

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Studie Nr. 11

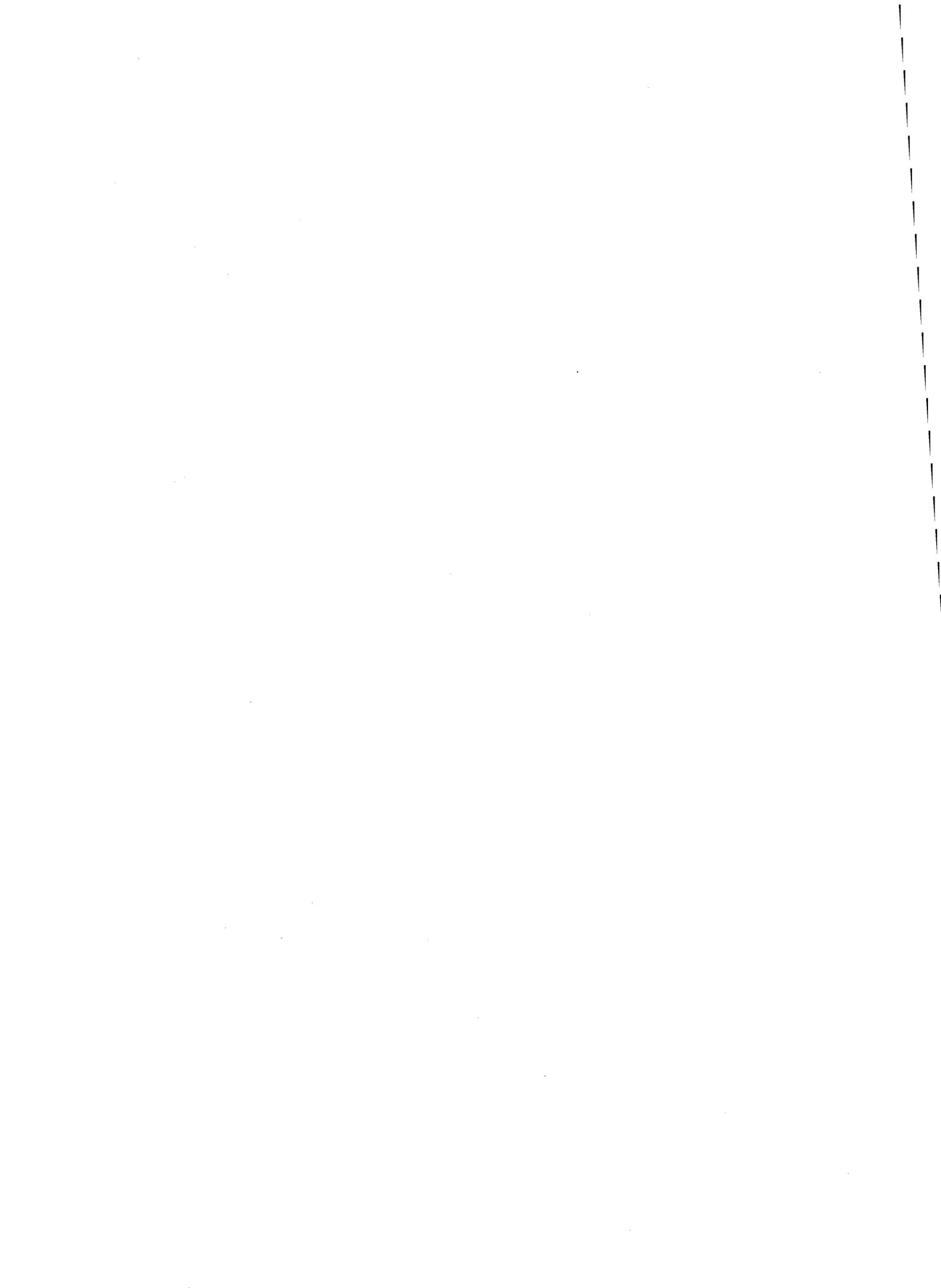
Robert W. Cox

Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“

mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Bieling,
Frank Deppe und Stefan Tidow



FEG am Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
und Philosophie der Philipps-Universität Marburg



Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Studien
der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Nr. 11

Robert W. Cox

**Weltordnung und Hegemonie –
Grundlagen der „Internationalen
Politischen Ökonomie“**

mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Bieling,
Frank Deppe und Stefan Tidow

Marburg 1998

ISBN 3-8185-0272-2

Redaktionelle Bearbeitung: Jochen Steinhilber

FEG am Institut für Politikwissenschaft

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der

Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

INHALTSVERZEICHNIS

HANS-JÜRGEN BIELING, FRANK DEPPE, STEFAN TIDOW

**SOZIALE KRÄFTE UND HEGEMONIALE STRUKTUREN IN DER
INTERNATIONALEN POLITISCHEN ÖKONOMIE 7**

ROBERT W. COX

**SOZIALE KRÄFTE, STAATEN UND WELTORDNUNGEN: JENSEITS DER
THEORIE INTERNATIONALER BEZIEHUNGEN 28**

**GRAMSCI, HEGEMONIE UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN:
EIN AUFSATZ ZUR METHODE 69**

MULTILATERALISMUS UND WELTORDNUNG 87

**ZIVILISATIONEN UND DAS 21. JAHRHUNDERT - EINIGE THEORETISCHE
ÜBERLEGUNGEN 116**

Soziale Kräfte und hegemoniale Strukturen in der internationalen politischen Ökonomie

1. Einleitung: Ein neues Paradigma der internationalen Beziehungen

Neben den beiden theoretischen Hauptströmungen der Forschung auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen, dem liberalen Internationalismus und dem Realismus bzw. Neo-Realismus, entstanden in den letzten Jahren neue kritische Paradigmen.¹ In den achtziger Jahren kristallisierte sich ein Theoriestrang heraus, dessen Schriften je nach Perspektive entweder als "neo-gramscianische Internationale Politische Ökonomie" (IPE) bzw. die "Italian School"² oder auch als "Open Marxism"³ bzw. "transnationaler historischer Materialismus" bezeichnet werden. Die Arbeiten, die dieser Denkrichtung zuzurechnen sind, setzen zwar unterschiedliche Schwerpunkte.⁴ Gleichwohl verfolgen sie ein übergreifendes Forschungsprogramm, dessen theoretische Grundannahmen sich durch folgende Merkmale charakterisieren lassen:

- erstens ein historisches Verständnis der internationalen Beziehungen, insbesondere der Herausbildung von *internationaler Hegemonie*, das im Unterschied zur neo-realistischen Sicht, die den Aufstieg und Niedergang der großen Mächte ehernen Gesetzmäßigkeiten zuschreibt, die hegemonialen Strukturen und Entwicklungsbrüche als Produkt sozialer Prozesse zu erklären versucht;
- zweitens eine *Konzeption des Staates*, die diesen nicht einfach als "Macht-Container", sondern – in enger Beziehung zur Zivilgesellschaft – als eine sozial strukturierte und umkämpfte Arena mit einer eigenen institutionellen Materialität begreift ("integraler Staat" bzw. "Staat-Zivilgesellschafts-Komplex");
- drittens werden gesellschaftliche Entwicklungen und hegemoniale Strukturen stets auch im internationalen Kontext verortet und folglich daraufhin überprüft, ob und inwiefern sie Momente eines *transnationalen historischen Blocks* bilden, dessen Macht- und Herrschaftsstrukturen auf der Grundlage eines relativ bestän-

¹ Zum Überblick vgl. S. Burchill / A. Linklater (eds.), *Theories of International Relations* (London: Macmillan, 1996).

² So z.B. S. Gill in den beiden einleitenden Beiträgen des von ihm herausgegebenen Sammelbandes, *Gramsci, historical materialism and international relations* (Cambridge: University Press, 1993).

³ Vgl. A. Drainville, *International Political Economy in the Age of Open Marxism. Review of International Political Economy*, Vol. 1, No. 1 (1994), S. 105-132.

⁴ H.-J. Bieling / F. Deppe, Gramscianismus in der internationalen politischen Ökonomie. *Das Argument*, Jg. 38, Heft 217 (1996), S. 729-740.

digen Arrangements von produktiven, zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationsformen mehrere nationale Gesellschaften miteinander verbinden;

- viertens ein Verständnis der gesellschaftlichen Reproduktion von Macht-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen, das neben den repressiven Zwangselementen auch jene Mechanismen in die Analyse mit einbezieht, über die die (nationalen und internationalen) Macht- und Herrschaftsstrukturen konsensual abgesichert werden. Dies schließt die kulturellen und ideologischen *Dimensionen des hegemonialen Konsenses* ebenso mit ein wie die materiellen Gratifikationen und Zugeständnisse an die subalternen Klassen;
- und fünftens schließlich begreifen sich die Arbeiten des transnationalen historischen Materialismus als eine kritische Theorie, die auch danach fragt, inwiefern den gesellschaftlichen und internationalen Entwicklungsprozessen ein Potential (Widersprüche und Konflikte) eingeschrieben ist, das – getragen von einem *Block gegenhegemonialer Kräfte* – über die bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen hinausdrängt.

Die wohl wichtigsten Studien des transnationalen historischen Materialismus wurden vor allem von Repräsentanten der Amsterdamer Schule⁵ und von Wissenschaftlern der York University in Toronto verfaßt.⁶ Darüber hinaus sind in den neunziger Jahren eine Reihe interessanter Aufsatzsammlungen und anregender Diskussionsbände erschienen.⁷ Angesichts des wachsenden Umfangs an publizierten Forschungsberichten und theoretischen Diskussionen ist es wenig verwunderlich, daß sich in den letzten Jahren auch die kritischen Rezeptionen und Besprechungen mehren. Viele der Kritiken beziehen sich insbesondere auf Robert W. Cox, dessen – hier übersetzte – Arbeiten zu Anfang der achtziger Jahre gewissermaßen den Ausgangspunkt einer neo-gramscianischen IPE bzw. eines transnationalen historischen Materialismus bilden.⁸ Ohne auf die vorgebrachten Argumente im Detail eingehen zu wollen,

⁵ Vgl. vor allem die Arbeiten von K. van der Pijl, *The Making of an Atlantic Ruling Class* (London: Verso 1984) und *The Political Economy of Transnational Society* (London; New York: Routledge, 1998) sowie H. Overbeek, *Global Capitalism and National Decline. The Thatcher Decade in Perspective* (London: Unwin Hyman, 1990); O. Holman, *Integrating Southern Europe. EC Expansion and the Transnationalisation of Spain* (London; New York: Routledge, 1996).

⁶ Vgl. R. W. Cox, *Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History* (New York: Columbia University Press, 1987) und S. Gill, *American Hegemony and the Trilateral Commission* (Cambridge: Cambridge University Press, 1990).

⁷ So z.B. S. Gill (eds.), *Gramsci ... a.a.O.*; S. Gill / J. H. Mittelmann (eds.), *Innovation and Transformation in International Studies* (Cambridge: University Press, 1997); B. Hettne (ed.), *International Political Economy. Understanding Global Disorder* (Halifax: Fernwood, 1995); H. Overbeek (ed.), *Restructuring Hegemony in the Global Political Economy. The Rise of Transnational Liberalism in the 1980s* (London; New York: Routledge, 1993).

⁸ So M. Neufeld, Democratic Socialism in a Global(-izing) Context: Towards a Collective Research Programme (unv. Man.) mit Bezug auf R. W. Cox, *Social Forces, States and World Orders: Beyond international relations Theory. Millennium. Journal of International Studies*, Vol. 10, No. 2 (1981), S. 126-155 und R. W. Cox, *Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method. Millennium. Journal of International Studies*, Vol. 12, No. 2 (1983), S. 162-175.

kann die Diskussion des transnationalen historischen Materialismus in vier Varianten unterteilt werden:

- Die Rezeption durch Timothy J. Sinclair und Stephen Gill steht für eine tendenziell *affirmative Aneignung* der Cox'schen Schriften. Sinclair streicht in der Einleitung des von ihm herausgegebenen Cox-Bandes nur die Verdienste der neo-gramscianischen IPE heraus⁹, und auch bei Gill findet sich insgesamt eine fast ausschließlich positive Bezugnahme auf Cox. Allerdings setzt Gill leicht andere Akzente. Für ihn haben polit-ökonomische Prozesse wie ökonomische und politische Eliten offenbar eine deutlich größere Bedeutung. Außerdem befaßt er sich in seinen Analysen intensiver mit der europäischen Integration.¹⁰
- Eine *orthodox marxistische Kritik* hatte vor einiger Zeit bereits Peter Burnham formuliert.¹¹ Seine Argumente richten sich vor allem gegen die Neigung, die ideologischen Dimensionen und politischen Strategien zu überschätzen und die Bedeutung der durch die Produktionsweise konstituierten gesellschaftlichen Totalität zu vernachlässigen. Für ihn bewegen sich die Neo-Gramscianer, indem sie von einer Analyse der Widersprüche des Kapitalverhältnisses absehen und sich stattdessen vornehmlich mit den kulturellen und ideologischen Artikulationsformen befassen, in Richtung eines weberianischen Pluralismus.
- Die dritte Rezeptionsvariante stützt ihre Kritik auf eine – in gewisser Weise ahistorische – *Gramsci-Exegese*. Randall Germain und Michael Kenny versuchen aufzuzeigen, daß für Gramsci die meisten Kategorien und Konzepte eine andere und im Vergleich zu den neo-gramscianischen Arbeiten präzisere Bedeutung hatten.¹² Der Hinweis auf die mangelnde Trennschärfe von bestimmten Kategorien, z.B. der des "transnationalen historischen Blocks" oder der "transnationalen Zivilgesellschaft" ist keineswegs unberechtigt. Gleichwohl bleibt der Vorwurf der Fehlinterpretation und problematischen Übertragung gramscianischer Konzepte auf den Bereich der internationalen Beziehungen insofern dogmatisch, als er nicht die wirklich erklärungsbedürftigen gesellschaftlichen Umbrüche und Entwicklungen, sondern die gramscianischen Textfragmente zum Maßstab der Kritik erwählt. Dies gilt zum Teil auch noch für die Einwände, die Christoph Scherrer aus der "post-

⁹ Vgl. T. J. Sinclair, Beyond international relations theory: Robert W. Cox and approaches to world order, in: R. W. Cox / T.J. Sinclair, *Approaches to World Order* (Cambridge: Cambridge University Press, 1996), S. 3-18.

¹⁰ Vgl. S. Gill, The Emerging World Order and European Change: The Political Economy of European Union, in: R. Miliband / L. Panitch (eds.), *New World Order? Socialist Register* (London: Merlin Press, 1992), S. 157-196; S. Gill, An EMU or an Oustrich? EMU and Neoliberal Globalisation. Limits and Alternatives, in: P. Minkinen / H. Patomäli (eds.), *The Politics of Economic and Monetary Union* (Helsinki: Vesa Tuukkanen), S. 205-229.

¹¹ Vgl. P. Burnham, Neo-Gramscian hegemony and the international order. *Capital and Class*, Vol. 45, Autumn (1991), S. 73-93.

¹² Vgl. R. Germain / M. Kenny, Engaging Gramsci: international relations theory and the new Gramscians. *Review of International Studies*, Vol. 24, No. 2 (1998), S. 3-21.

positivistischen" Perspektive des „diskurstheoretischen Konstruktivismus“ vorbringt.¹³ Indem er sich die von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe¹⁴ entwickelte Interpretation und Reformulierung gramscianischer Konzepte zu eigen macht, erscheinen ihm die Arbeiten des transnationalen historischen Materialismus als essentialistisch. Um dies zu korrigieren, plädiert er dafür, die diskursiven und kulturellen Praktiken stärker zu gewichten und auch die Kontingenz gesellschaftlicher Entwicklungen angemessener zu berücksichtigen.

- Die vierte Variante schließlich setzt sich mit den neo-gramscianischen Arbeiten insofern *kritisch-produktiv* auseinander, als sie die Fragestellungen und theoretischen Grundlagen zwar prinzipiell akzeptiert, die unterbreiteten Kategorien und Konzepte zum Teil jedoch modifiziert: So übernimmt Leo Panitch z.B. die von Cox dargestellte Veränderung der Machtverhältnisse innerhalb des Komplexes der Staatsapparate, bestreitet jedoch zugleich den dabei behaupteten nationalstaatlichen Funktionswandel, wonach der Staat nicht mehr als Vermittler zwischen der globalen Weltökonomie und den nationalen Gesellschaften, sondern nurmehr als Transmissionsriemen operiert.¹⁵ Auf eine andere Schwachstelle verweist in ähnlicher Form André Drainville. Er kritisiert insbesondere die theoretisch unterentwickelte und begrifflich unscharfe Verwendung der Klassenterminologie sowie die Suggestion einer weitgehend widerspruchsfreien, in sich kohärenten neoliberalen Restrukturierung.¹⁶ Und um die widersprüchlichen Prozesse und den Wandel hegemonialer Strukturen – insbesondere die Paradoxie zwischen globaler Unordnung (US-Divergenz) und neoliberaler Hegemonie – zu erfassen, sprechen sich Hans-Jürgen Bieling und Frank Deppe dafür aus, die Bedeutung von politischen Projekten stärker in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen.¹⁷

Eine gründliche und systematische Rekonstruktion des transnationalen historischen Materialismus bzw. der neo-gramscianischen Debatte steht nach wie vor aus. Auch diese Publikation wird hieran nichts ändern, da ihre Zielsetzung weitaus bescheidener ist: In erster Linie sollen die sprachlichen Barrieren beseitigt werden, die mit dazu beitragen, daß die fast ausschließlich in englischer Sprache vorliegenden neo-gramscianischen Arbeiten vielen Studenten und Studentinnen nur schwer zugänglich sind. Die Übersetzung muß sich dabei auf einige Schlüsseltexte von Robert W. Cox beschränken, die den Einstieg in die Diskussionen des transnationalen historischen

¹³ Vgl. Ch. Scherrer, Neo-Gramscianische Interpretationen internationaler Beziehungen; in: U. Hirschfeld (Hrsg.), *Gramsci-Perspektiven* (Berlin; Hamburg: Argument Verlag, 1998), S. 160-174.

¹⁴ Vgl. E. Laclau / Ch. Mouffe, *Hegemonie und radikale Demokratie* (Wien: Passagen Verlag, 1991).

¹⁵ Vgl. L. Panitch, Globalisation and the State, in: R. Miliband / L. Panitch (eds.), *Between Globalism and Nationalism. Socialist Register* (London: Merlin Press, 1994), S. 60-90.

¹⁶ Vgl. A. Drainville, *International Political Economy ... a.a.O.*

¹⁷ Vgl. H.-J. Bieling / F. Deppe, *Gramscianismus ... a.a.O.*; sowie H.-J. Bieling, *Neo-liberalism and Communitarianism: towards a new type of employment policy in Western Europe?* (Amsterdam: International Studies Working paper nr. 54, 1998).

Materialismus erleichtern sollen. Vor allem die beiden ersten Texte haben Cox zu einem wichtigen Initiator einer neuen, innovativen und analytisch vielversprechenden internationalen politischen Ökonomie werden lassen, die sich sowohl der Dominanz einer positivistischen, oftmals unkritischen Erforschung internationaler Beziehungen und Organisationen als auch dem strukturalistischen "Käfig" dependenztheoretischer Analysen entgegenstellt.

2. Robert W. Cox: Exzentriker¹⁸ und Pionier einer kritischen Internationalen Politischen Ökonomie

Robert W. Cox ist Kanadier. Er wuchs in den 30er und 40er Jahren in Montreal auf; in einem, wie er selbst in einer autobiographischen Skizze hinzufügt¹⁹, anglo-kanadischen, konservativen Milieu. Noch vor dem Ende des Krieges – als Student der McGill Universität – bekam er eine Anstellung beim Internationalen Arbeitsamt (International Labour Office, ILO), das 1945 nach Genf in die Schweiz zurückverlegt wurde. Cox und seine Frau lebten dort 25 Jahre. Er war zunächst Kabinettschef des US-amerikanischen ILO-Generaldirektors David Morse und seit den 60er Jahren Direktor des Internationalen Instituts für Arbeitsstudien beim ILO.

Im Jahre 1972 erschien seine erste, größere politikwissenschaftliche Arbeit über Entscheidungsprozesse in internationalen Organisationen: "The Anatomy of Influence"²⁰. Diese Untersuchung, die an eine frühere Arbeit über das Problem der Führung in internationalen Organisationen angeschlossen, fügte sich noch in die herrschende Tendenz der amerikanischen Politikwissenschaft dieser Jahre ein. Sie bediente sich der "Werkzeuge des Funktionalismus", die von den Theoretikern der "vergleichenden Politikwissenschaft" (comparative politics) entwickelt worden waren. Die Veröffentlichung dieser Studie führte zum Konflikt mit dem neuen Generaldirektor des ILO und schließlich zum Ausscheiden von Robert Cox. Er übernahm zunächst eine Professur an der Columbia University (New York). Seit 1977 lehrt und forscht er als Politikwissenschaftler an der York University von Toronto (Kanada); eine – wie er sagt – außerordentlich "angenehme intellektuelle Heimstätte".

In den 70er und 80er Jahren war Cox Mitherausgeber der renommierten amerikanischen Zeitschrift "International Organization". Bis zur Veröffentlichung seines großen Werkes mit dem programmatischen Titel "Production, Power, and World Order: Social Forces in the Making of History" (1987) veränderte sich sein Forschungsinter-

¹⁸ Die britische Ökonomin Susan Strange, die seit den frühen 70er Jahren mit Cox zusammenarbeitet, hat ihn als einen "Exzentriker im besten englischen Sinne des Wortes" charakterisiert, als einen "Einzelgänger, einen, der von den Feldern intellektueller Siege flieht, sowohl ein Marxist als auch ein Liberaler".

¹⁹ Vgl. R. W. Cox, Influences and commitments, in: R. W. Cox / T. J. Sinclair, *Approaches to World Order*, a.a.O., S. 19-38.

²⁰ R. W. Cox / H. J. Jacobson (eds.), *The Anatomy of Influence: Decision Making in International Organization* (New Haven: Yale University Press, 1973); weitere Autoren in diesem Band waren Gerrard und Viktoria Curzon, Joseph S. Nye, Lawrence Scheinmann, James P. Sewell und Susan Strange.

esse in die Richtung eines kritischen und historisch orientierten Studiums der Weltordnungen des 19. und 20. Jahrhunderts, der "Pax Britannica" und der "Pax Americana". Diese Entwicklung seines Denkens wurde nicht nur durch die internationale Studentenbewegung seit 1968, durch die Niederschlagung des "Prager Frühlings" im August 1968 sowie durch die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen dieser Zeit angestoßen. Schon in den letzten Jahren seiner Tätigkeit beim ILO war ihm bewußt geworden, daß er bislang eine ganz spezifische Sichtweise der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit sowie der Sozialpolitik eingenommen hatte: nämlich die der herrschenden sozialen Kräfte in den reichen Ländern und in der Welt. Seine beiden bahnbrechenden Artikel, die er 1981 und 1983 in der britischen Zeitschrift "Millenium" von der London School of Economics veröffentlichte (und die in dieser Studie zum ersten Mal in deutscher Sprache zugänglich gemacht werden²¹), lassen die intensive Arbeit der wissenschaftlichen Neuorientierung deutlich erkennen.

Er vertieft sich in dieser Zeit auch in wissenschaftstheoretische und methodologische Fragestellungen. Seine Kritik eines positivistischen Wissenschaftsbegriffs wird nunmehr durch die gründliche Rezeption des Historischen Materialismus und der Geschichts- und Hegemonietheorie von Antonio Gramsci, des Weltsystem-Strukturalismus der Wallerstein-Schule, aber auch und vor allem durch die Arbeiten von Fernand Braudel fundiert, von dem er den Begriff der "historischen Struktur" (sowie das Epochenverständnis der "longue durée") übernimmt. Wissenschaftliche Kritik in Kontext des Studiums der Geschichte wird von Cox fortan als Beitrag zur Veränderung der Gesellschaft sowie der herrschenden Produktionsweisen bestimmt. Am Ende von "Production, Power, and World Order" schreibt er: "Der Kalte Krieg und das Profitmotiv waren die beiden wichtigsten Antriebskräfte, die darüber entscheiden, was und wieviel produziert wird und wie die Verteilung stattfindet. Jede Veränderung menschlicher Tätigkeit zu Lasten der physischen und zugunsten der sozialen Reproduktion führt unvermeidlich zu einer Konfrontation mit diesen beiden Antriebskräften ... Eine mehr partizipative (demokratische) Gesellschaft ... kann nicht durch den bloßen Wunsch nach ihr verwirklicht werden. Sie kann nur durch eine politische Bewegung aufgebaut werden, die sich als fähig erweist, genügend segmentierte Elemente der bestehenden Gesellschaft in einem gegen-hegemonialen historischen Block zu vereinen. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe ... beginnt mit dem Bewußtsein über die gegenwärtigen sozialen Spaltungen, die im Produktionsprozeß erzeugt werden, mit dem Bewußtsein über die Existenzbedingungen dieser verschiedenen Gruppen und ihrer Weltanschauungen sowie mit dem Bewußtsein über die möglichen Ziele ihrer (sozialen und politischen) Bewegungen"²².

²¹ Wir bedanken uns bei Robert W. Cox sowie bei der Zeitschrift "Millenium" (London), daß sie die Genehmigung für diese Übersetzung und Publikation erteilt haben.

²² R. W. Cox, *Production, Power, and World Order*, a.a.O., S. 403.

Als freiem Geist sind Cox dogmatische Verengungen und die damit verbundene Disziplinierung des Denkens zuwider. So bekennt er sich zu vielfältigen – auf den ersten Blick disparat erscheinenden – Theorietraditionen. Bei *Niccolò Machiavelli* (1469 - 1527), der ihm über Gramsci wieder begegnet, hat ihn dessen Gespür für die Notwendigkeit der politischen Führung in Krisenperioden, aber auch dessen Bekenntnis zu den republikanischen "Tugenden" (*virtù*) fasziniert. Er erwähnt immer wieder *Giambattista Vico* (1688 - 1744), den "ersten wirklichen Geschichtsphilosophen der Neuzeit" (Max Horkheimer). Schon früh vertrat dieser eine nicht-positivistische Konzeption der historischen Analyse: soziale Praxis verändert sich durch Klassenkämpfe; die menschliche Natur ist nicht a priori (essentialistisch) fixiert, sondern verändert sich im historischen Prozeß mit dem Ensemble der gesellschaftlichen Beziehungen. *Georges Sorel*, der Verfasser der "Réflexions sur la violence" (1907) beeindruckte ihn früh durch seinen Anti-Etatismus. Später hat Cox - wie Gramsci - bei Sorel ein Interesse für die subjektiven, d.h. die ideologischen, kulturellen, selbst mythischen - Dimensionen historischer Kämpfe entdeckt und für seinen eigenen Ansatz fruchtbar gemacht. Sein "Historizismus", der die sich wandelnde soziale Praxis von Menschen und sozialen Kräften zum Gegenstand hat, distanziert sich explizit von allen Spielarten eines ahistorischen Strukturalismus. Der große englische Historiker E. P. Thompson, der Verfasser der Konstitutionsgeschichte der englischen Arbeiterklasse (1963), hat den Klassenbegriff von Cox inspiriert.²³ Thompson's brillante Attacke gegen den Althusser'schen Strukturalismus und dessen Marxismus-Interpretation²⁴ wird daher von Cox immer wieder als Referenz erwähnt.

Die Fragestellungen und Forschungsinteressen im wissenschaftlichen Werk von Robert Cox haben sich mit dem Ende der Systemkonkurrenz nach 1989 notwendig verändert und neu geöffnet. Die alten Hegemonial- und Weltordnungen, auf deren Entstehung, Struktur und Widersprüche sich die Arbeiten der späten 70er und 80er Jahre wesentlich bezogen, haben sich aufgelöst. Die Umriss einer neuen Weltordnung sind - so schreibt er Mitte der 90er Jahre, in einer turbulenten Zeit des Übergangs - noch nicht erkennbar. Die Konkurrenz zwischen verschiedenen Kapitalismusmodellen (und den mit ihnen verbundenen regionalen Blöcken) könnte für eine neue Ordnung bestimmend werden. Cox setzt sich demgegenüber für eine Restrukturierung und Stärkung der Zivilgesellschaft ein, die den desintegrativen Tendenzen der fortbestehenden Machtkonstellationen des Kalten Krieges (die er in der Rolle der USA im Golfkrieg 1990/91 bestätigt sah) wie auch den sozial polarisierenden Tendenzen der wirtschaftlichen Globalisierung entgegenwirken könnte. In diesem Zusammenhang geht er auf die Chancen eines neuen Multilateralismus ein, der - über

²³ "By class I understand a historical phenomenon, unifying a number of disparate and seemingly unconnected events, both in the raw material of experience and in consciousness. I emphasize that it is a *historical* phenomenon. I do not see class as a 'structure', nor even as a 'category', but as something which in fact happens (and can be shown to have happened) in human relationships". E. P. Thompson, *The Making of the English working Class* (Harmondsworth, Middlesex: Penguin, 1968), S. 9.

²⁴ E. P. Thompson, *The Poverty of Theory and Other Essays* (London: Merlin Press, 1978).

die Vereinten Nationen - nicht länger von den Machtinteressen der Großmächte, vor allem der USA, beherrscht wird. Schließlich wendet er sich dem Thema der "Zivilisationen" zu. Dabei geht es ihm unter anderem um die notwendige Auseinandersetzung mit den Thesen von Samuel P. Huntington, für den der "Zusammenstoß der Zivilisationen" die bestimmende Konfliktformation im Übergang zum 21. Jahrhundert ist. Cox kritisiert diese Position als eine Form des Denkens und der Politik, in der sich die US-amerikanische Politik aus der Epoche des Kalten Krieges fortschreibt. Ihm bedeutet die Beschäftigung mit den Zivilisationen hingegen die normative Option einer Anerkennung kultureller Unterschiede in einer grenzüberschreitenden Zivilgesellschaft.²⁵

Im Blick auf die Zukunft bleibt Cox skeptisch. Die sozialen Kräfte oder gar die politische Führung (im Sinne von Gramsci's "principe moderno"), die einen gegen-hegemonialen Block fortschrittlicher Kräfte formieren und voranbringen könnten, sind derzeit als Adressaten des kritischen Denkens noch nicht erkennbar. Cox bescheidet sich daher mit der – natürlich nicht weniger anspruchsvollen – Rolle des kritischen Intellektuellen, der die gegenwärtige Krise der Kultur und der Werte mit jenen normativen Orientierungen konfrontiert, die – historisch betrachtet – die Fundamente der gegenwärtigen Gesellschaft und Kultur begründet haben. Der islamisch-arabische Philosoph Ibn Khaldun (1332 – 1406) könnte Vorbild für dieses Selbstverständnis des kritischen Intellektuellen in „Zeiten des Niedergangs“ sein. Er bekräftigte die ethische Verantwortung des Intellektuellen und setzte sich dafür ein, die Werte der Zivilisation auf der Ebene lokaler Gemeinschaften zu reartikulieren und am Leben zu erhalten. Dies könnte – so Cox – eine neue 'asabiya', eine neue soziale und politische Solidarität, befördern²⁶.

3. Begriffe und theoretische Grundlagen des "genetischen Strukturalismus"

Der von Cox entwickelte Theorieansatz stützt sich nicht nur auf die Rezeption der aufgeführten sozialwissenschaftlichen Klassiker, charakteristisch ist auch die Kritik des (Neo-)Realismus und marxistischen Strukturalismus. Im Mittelpunkt der Kritik am neo-realistischen Denken steht vor allem das ahistorische – dieser Einwand richtet sich nicht so sehr auf die alte realistische Schule – und eng auf den Staat fixierte Verständnis von internationalen Macht- und Herrschaftsbeziehungen. Da der Neo-Realismus die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, die zivilgesellschaftlichen Institutionen und Kommunikationsformen und damit auch die Dimensionen von Kooperation, politisch-ideologischer Führung und Konsens fast durchweg ausblendet oder zumindest vernachlässigt, sind für ihn die Konzeptionen von internationaler He-

²⁵ Vgl. dazu die beiden letzten Artikel in diesem Band.

²⁶ Vgl. R. W. Cox, Towards an posthegemonic conceptualization of world order: reflections on the relevancy of Ibn Khaldun (1992), in: ders., *Approaches to World Order*, a.a.O., S. 144ff.

gemonie und internationaler Dominanz zumeist deckungsgleich.²⁷ Die von Cox unterbreitete Analyse internationaler und transnationaler Macht- und Herrschaftsbeziehungen versucht demgegenüber, auch die sozialen, kulturellen und ideologischen Dimensionen hegemonialer Strukturen in die Betrachtung mit einzubeziehen. Überdies bemüht sie sich, kritische Maßstäbe – Aufhebung von Unterdrückung und Ausbeutung – für eine alternative Verfaßtheit der gesellschaftlichen und internationalen Verhältnisse zu gewinnen. Den zentralen Referenzpunkt bildet dabei die in der Auseinandersetzung mit Antonio Gramsci entwickelte *Definition internationaler Hegemonie*: "Hegemonie auf der internationalen Ebene ist (...) nicht nur eine Ordnung von Staaten. Es ist eine Ordnung innerhalb einer Weltökonomie mit einer dominanten Produktionsweise, die alle Länder durchdringt und zu anderen, untergeordneten Produktionsweisen führt. Es ist auch ein Komplex internationaler Sozialbeziehungen, der die sozialen Klassen unterschiedlicher Länder verbindet. Welthegeemonie ist als soziale Struktur, als ökonomische Struktur und als politische Struktur zu beschreiben; sie kann nicht nur eines beinhalten, sondern muß alle drei umfassen. Weiter drückt sich die Welthegeemonie in universellen Normen, Institutionen und Mechanismen aus, die generelle Regeln festlegen für das Verhalten von Staaten und für die sozialen Kräfte, die die nationalen Grenzen überschreiten – Regeln, die die dominante Produktionsweise unterstützen."²⁸

Das Zitat macht deutlich, daß Strukturen für Cox alles andere als unwichtig sind. Gleichwohl kritisiert er neben dem Neo-Realismus auch den marxistischen Strukturalismus. Seine Einwände richten sich vor allem gegen eine unhistorische und statische Sichtweise, die sich fast ausschließlich mit der Reproduktion, nicht aber mit dem *Wandel* und der *Veränderbarkeit* von gesellschaftlichen Strukturen befaßt.²⁹ Cox selbst folgt stärker dem Marx des "Achtzehnten Brumaire", insbesondere dessen Diktum: "Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten; sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen."³⁰ Wie für Marx sind auch für Cox diese Umstände bzw. Strukturen gesellschaftlich umkämpft und historisch wandelbar. Da sein Augenmerk unverkennbar der Historizität und Transformation von Strukturen gilt, bezeichnet er sich zuweilen selbst explizit als "historischen" bzw. "genetischen" Strukturalisten. Am deutlichsten bringt er diese theoretische Perspek-

²⁷ Zum Überblick über diese Diskussion vgl. auch K. Hübner, "Wer die Macht hat, kann sich alles erlauben!" Anmerkungen zu den Konzepten Hegemonie – Dominanz – Macht – Kooperation in der globalen Ökonomie. *Prokla*, Jg. 20, Nr. 4 (1990), S. 66-90; F. Deppe, *Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung* (Marburg 1991).

²⁸ R. W. Cox, Gramsci ... a.a.O., S. 172f.

²⁹ Vgl. R. W. Cox, Production, the State, and Change in World Order, in: E-O. Czempiel und J. N. Rosenau (eds.), *Global Changes and Theoretical Challenges: Approaches to World Politics for the 1990s* (Toronto: Lexington Books, 1989), S. 37-50; oder auch ders., *Social Forces* ... a.a.O.

³⁰ K. Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, 8. Aufl. (Berlin: Dietz Verlag, 1988), S. 115.

tive in seinem Hauptwerk "Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History" zum Ausdruck. Durch die Rekonstruktion hegemonialer historischer Strukturen entwickelt er ein Set von Kategorien und Konzepten, mit deren Hilfe der gesellschaftliche und internationale Zusammenhang von Produktion, Macht und Herrschaft systematisch entschlüsselt werden kann. Das Gewicht, das er hierbei der empirischen Darstellung historischer Prozesse einräumt, zeigt zugleich, daß seine Analysen und Erklärungen zwar theoretisch angeleitet sind, die theoretischen Konzepte jedoch stets der Überprüfung durch die gesellschaftliche Realität ausgesetzt werden.

Die Ausführungen von Cox kreisen immer wieder um zwei miteinander verwobene Vermittlungs-Komplexe. Zum einen befaßt er sich gesellschaftstheoretisch mit dem – von ihm als sehr offen und weitgehend kontingent begriffenen – *dialektischen Verhältnis von materiellen Bedingungen, Institutionen und Ideen*. Obwohl er als historischer Materialist die Produktion der materiellen Existenzbedingungen als grundlegende menschliche Aktivität begreift, lehnt er ein mechanisches Verständnis des Basis-Überbau-Modells ab. Er wehrt sich gegen die Annahme, daß die sozialen Strukturen und die unterschiedlichen Staatsformen durch den ökonomischen Produktionsprozeß einfach determiniert sind.³¹ Stattdessen plädiert er für einen weiten Produktions-Begriff, der auch die Dimensionen von Wissens, sozialen Beziehungen, von Institutionen und Moral mit einbezieht. Zugleich bestärkt ihn diese Perspektive darin, die konkreten Ausprägungen des Staates und der Weltordnung immer auch als das Ergebnis von politischen, kulturellen und ideologischen Kämpfen konkurrierender sozialer Kräfte zu betrachten.

Der zweite Vermittlungs-Komplex betrifft das Zusammenspiel von verschiedenen Ebenen historischer Strukturen. Cox unterscheidet hier zwischen der *Organisation der Produktion, den Formen des Staates und den Strukturen der Weltordnung*. Die Organisation der Produktion interessiert ihn vor allem als sozialer Prozeß und institutionalisierte Machtbeziehung. Zum einen arbeitet er heraus, wie sich – von der agrarkulturellen Subsistenzproduktion bis hin zum transnationalen High-Tech-Kapitalismus – die Ausbeutungsformen und Machtverhältnisse und mit ihnen auch die sozialen Organisationsmuster verändert haben. Zum anderen zeichnet er nach, wie die nationale Produktionsorganisation in eine Hierarchie weltweit miteinander verflochtener Produktionsstrukturen eingebunden ist. Die soziale Struktur der Produktion einschließlich ihrer Machtbeziehungen korrespondiert auf einer zweiten Ebene mit jeweils spezifischen nationalen Staatstypen (merkantilistisch, liberal, wohlfahrtsstaatlich, staatskapitalistisch, neoliberal etc.). Der Staat bildet für Cox – obgleich sich seine Formen und Funktionsweisen im Kontext der Internationalisierung maßgeblich gewandelt haben – die zentrale Institution, die zwischen den Strukturen der Produk-

³¹ Zur Kritik des ökonomischen Reduktionismus und zur komplexen Vermittlung von Ökonomie, Politik, Kultur und Ideologie im Marxismus vgl. auch S. Hall, *Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus* (Hamburg; Berlin: Argument-Verlag, 1989)

tion und den Strukturen der Weltordnung vermittelt. Den Strukturen der Weltordnung gilt, da sich Cox vor allem als Theoretiker der internationalen Beziehungen begreift, seine besondere Aufmerksamkeit. Von den anderen Theorie-Ansätzen unterscheidet er sich dabei nicht ausschließlich durch die historische Rekonstruktion von Perioden hegemonialer bzw. nicht-hegemonialer Weltordnungen. Eine derartige Unterteilung findet sich auch in realistischen und interdependenztheoretischen Untersuchungen.³² Charakteristisch für das Hegemonie-Konzept von Cox ist vielmehr, daß er für den Wandel der internationalen Strukturen wesentlich die Umbrüche in der Produktion sowie die (zivil-)gesellschaftlichen und staatlichen Organisationsformen verantwortlich macht. Daher betrachtet er die Weltordnung nicht nur als ein Resultat zwischenstaatlicher – politischer und militärischer – Machtverhältnisse, sondern stets auch als Ergebnis der produktiven, institutionellen, kulturellen und ideologischen gesellschaftlichen Beziehungen.

Cox bringt die zentrale Bedeutung des Komplexes von Staat und Zivilgesellschaft wohl am klarsten dadurch zum Ausdruck, daß er zentrale gramscianische Begriffe auf den Bereich der internationalen Beziehungen überträgt. Dies gilt insbesondere für die Konzeption des *historischen Blocks*. Indem er so den analytischen Schwerpunkt auf die sozialen Grundlagen der Staatsmacht lenkt, greift er zugleich auf einen zentralen Faktor gesellschaftlicher und internationaler Veränderungen zu: auf die Beziehungen und Kämpfe zwischen den sozialen Klassen (Klassenbündnisse), über die sich die Artikulation von Ideen, Institutionen und materiellen Kräften wesentlich realisiert. Der hierdurch begründete "bottom up"-Ansatz ist nun allerdings nicht als eindimensional oder gar als ableitungstheoretisch zu verstehen. Cox versucht vielmehr auch die Art und Weise, wie die Weltordnung auf die staatlichen und die produktiven Organisationsformen zurückwirkt, in die Analyse mit einzubeziehen. Der Komplex von Produktion, Staat und Zivilgesellschaft eröffnet ihm gegenüber (neo)-realistischen Argumentationen zudem einen weiteren Vorteil: Während diese, fixiert auf die zwischenstaatlichen Konflikte, in gewohnter Manier die ökonomischen, militärischen und politischen Kapazitäten führender Nationalstaaten untersuchen, entwickelt der transnationale historische Materialismus im Zeitalter der Globalisierung eine leicht modifizierte Perspektive. Denn für ihn ist die Genese und Reproduktion von transnationalen hegemonialen Strukturen nicht notgedrungen an die Existenz eines dominanten Nationalstaates gebunden; eine Einsicht, die für das Verständnis von Hegemonie in der post-hegemonialen Ära nach der Pax Americana von zentraler Bedeutung zu sein scheint.

³² Vgl. z.B. P. Kennedy, *Aufstieg und Fall der Großen Mächte. Ökonomischer Wandel und Militärischer Konflikt von 1500 bis 2000* (Frankfurt a.M.: Fischer Verlag, 1989); R. Gilpin, *The Political Economy of International Relations* (Princeton: Princeton University Press, 1987); D. Senghaas, *Die Zukunft Europas* (Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1986).

4. Inspirationen und offene Fragen

Der am Anfang nur knapp skizzierte Überblick über den Forschungsstand läßt bereits erkennen, daß sich die neo-gramscianische internationale politische Ökonomie nicht nur mit konzeptionellen Fragestellungen beschäftigt, sondern auch die gesellschaftlichen Formationsbrüche und globalen Restrukturierungsprozesse empirisch und historisch analysiert. Gleichwohl ist das Forschungsprogramm alles andere als abgeschlossen. Dies ist zum Teil dadurch begründet, daß die theoretischen Grundlagen im Kontext des gesellschaftlichen und internationalen Wandels immerfort überprüft und verändert werden müssen. Darüber hinaus können aber auch einige konkrete Anforderungen benannt werden: Hierbei handelt es sich zum einen um die Diskussion von konzeptionellen bzw. kategorialen Streitpunkten, die z.B. das Verständnis und die Kriterien eines "transnationalen historischen Blocks" oder einer "transnationalen Zivilgesellschaft" betreffen. Zum anderen sind einige wichtige, möglicherweise aufschlußreiche Untersuchungsbereiche – die europäische Integration, die Regionalisierung der Weltwirtschaft, die inneren Widersprüche der neoliberalen Globalisierung, Perspektiven eines gegenhegemonialen Blocks etc. – aus neo-gramscianischer Perspektive bislang nur ansatzweise aufgearbeitet worden. Inwiefern hierdurch der transnationale historische Materialismus nicht nur an Profil gewinnt, sondern darüber hinaus die Diskussionen innerhalb der internationalen Beziehungen und der europäischen Integration *inspirieren* kann, soll zum Abschluß dieser Einleitung wenigstens noch angedacht und kurz umrissen werden.

4.1. Neoliberale Hegemonie und globale Unordnung

Die bereits erwähnte, für die gegenwärtige Konstellation charakteristische Paradoxie von "globaler Unordnung" und "neoliberaler Hegemonie"³³ wird aus (neo-)realistischer Perspektive gemeinhin nicht thematisiert. Hier dominiert nach wie vor die Analyse der zwischenstaatlichen Machtbeziehungen, die nach dem relativen Abstieg der USA zumeist als post-hegemonial bezeichnet werden. Anders nähern sich hingegen die neo-gramscianischen Arbeiten dieser Konstellation. Aus ihrer Sicht stützen sich die Strukturen der internationalen Hegemonie nicht ausschließlich auf politische Kräfte – Staatsapparate, Ministerien, Parteien etc. –, sondern wesentlich auch auf soziale Kräfte, d.h. soziale Klassen und Akteure wie transnationale Konzerne, aber auch Gewerkschaften, soziale Bewegungen etc. Die im Kontext der Globalisierung gesteigerte politische Macht der transnationalen Konzerne³⁴ deutet nun darauf

³³ Vgl. hierzu S. Gill, Globalisation, Market Civilisation, and Disciplinary Neoliberalism. *Millenium: Journal of International Studies*, Vol. 24, No. 3 (1995), S. 399-423; oder auch P. Anderson, Neo-liberalismus. Bilanz und Perspektiven für die Linke. *Beilage zur Sozialistischen Zeitung – Soz.*, 30. October, Vol. 12, No. 22 (1997).

³⁴ Vgl. W. Ruijgrok / R. van Tulder, *The logic of international restructuring* (London; New York: Routledge, 1995).

hin, daß sich zwischen den sozialen und politischen Kräften die Gewichte verschoben haben. Internationale Hegemonie ist demzufolge heute nicht mehr so sehr auf das Engagement eines weltweit führenden Nationalstaats, sondern in weitaus stärkerem Maße auf die Interessen und Strategien sozialer Kräfte, in vorderster Linie des transnationalen Kapitals zurückzuführen.

Cox selbst hat diese Verschiebung theoretisch noch nicht eindeutig verarbeitet. Obwohl seine Hegemonie-Konzeption einer solchen Lesart prinzipiell offen gegenübersteht, argumentiert er in seinem Gramsci-Aufsatz mit Blick auf die aktuellen Umbrüche internationaler hegemonialer Strukturen aus einer kritisch-realistischen Perspektive.³⁵ Internationale Hegemonie wird hier noch weitgehend nach Maßgabe der Pax Britannica und Pax Americana gedacht. Erst in den nachfolgenden Arbeiten modifiziert Cox seine Argumentation zum Teil; z.B. wenn er in "Production, Power, and World Order" die Herausbildung einer politisch zunehmend einflußreichen *transnationalen Managerklasse* in den Blick nimmt³⁶; oder wenn er die internationale Koordination neoliberaler Projekte – analytisch allerdings nicht besonders trennscharf – einer "global nébuleuse", d.h. einer undeutlichen und wolkigen Konstellation zuschreibt.³⁷ Ob seine derzeitige Beschäftigung mit Fragen internationaler kultureller Beziehungen³⁸ dazu beiträgt, die Genese und Reproduktion von transnationalen hegemonialen und gegen-hegemonialen Strukturen zu präzisieren, bleibt abzuwarten.

Mögliche Modifikationen des Hegemonie-Konzepts werden von Cox zumeist nur angedacht. Stephen Gill bringt die wachsende Bedeutung von sozialen Kräften, vor allem die Definitionsmacht der transnationalen Managerklasse weitaus deutlicher zum Ausdruck.³⁹ Im Kern sieht er in der vom transnationalen Kapital vorangetriebenen Reorganisation der Produktions- und Finanzbeziehungen die Keimformen eines neuen transnationalen Akkumulationsregimes. Dieses wird abgestützt von einer veränderten, neoliberal-monetaristisch ausgerichteten Funktionsweise internationaler Regimes. Für Gill sind in diesem Sinne der IWF, das GATT (bzw. die WTO), die G7

³⁵ Vgl. R. W. Cox, Gramsci ... a.a.O.; ähnlich argumentiert auch R. Jacobitz, *Antonio Gramsci – Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik* (Marburg: FEG-Arbeitspapier Nr. 5, 1991); zur Kritik der kritisch-realistischen Gramsci-Interpretation vgl. B. Röttger, *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes* (Münster: Westfälisches Dampfboot, 1997). Der Begriff des kritischen Realismus trifft auf die Arbeiten von Cox insofern zu, als sein Hauptaugenmerk stets den mächtigen Nationalstaaten gilt und er den historischen Realismus gegen den a-historischen Neo-realismus prinzipiell verteidigt. Zugleich nimmt er aber auch gegenüber dem realistischen Denken eine kritische Haltung ein, indem er das Staatshandeln stets im Kontext der sozialen Machtverhältnisse in der Produktion und der sozialen Strukturierung der Zivilgesellschaft betrachtet.

³⁶ Vgl. R. W. Cox, *Production ...* a.a.O., S. 359ff.

³⁷ Vgl. R. W. Cox, Global Perestroika; in: R. Miliband / L. Panitch (eds.), *The New World Order. Socialist Register* (London: Merlin Press, 1992), S. 26-43.

³⁸ Vgl. R. W. Cox, Civilizations: Encounters and Transformations. *Studies in International Political Economy*, Vol. 47, Summer (1995), S. 7-31; R. W. Cox, Civilizations and the 21st Century. Some theoretical considerations (unv. Man. 1998).

³⁹ Vgl. S. Gill, *American Hegemony ...* a.a.O.; S. Gill, Globalisation ... a.a.O.

und auch die regionalen Prozesse wirtschaftlicher Integration (EU, NAFTA, ASEAN etc.) Ausdruck eines "new constitutionalism", der die Vernetzung des globalen Kapitals, die Intensivierung der Marktdisziplin und die Kommodifizierung der Sozialbeziehungen politisch-institutionell absichert. Derartige Prozesse lassen sich empirisch sicherlich ohne weiteres aufarbeiten und nachzeichnen. Offen ist jedoch, ob und inwiefern die Genese und Reproduktion der transnationalen neoliberalen Hegemonie über die Neugewichtung von sozialen und politischen Kräften hinaus noch weitere theoretische Modifikationen nahelegt: Zuweilen gewinnt man nämlich den Eindruck, daß die (hegemoniale) Artikulation von sozialen und politischen Kräften recht direkt auf sozialstrukturell und machtpolitisch korrespondierende Interessenlagen zurückgeführt wird. Analytisch könnte es jedoch aufschlußreicher sein, diese Interessen – und damit auch die Kooperation von sozialen und politischen Kräften – in stärkerem Maße selbst als durch Ideen, Leitbilder und politische Projekte beeinflusst zu betrachten.

4.2. Politische Projekte im Prozeß der europäischen Integration

Welche Bedeutung Leitbildern und politischen Projekten für die Genese und Reproduktion hegemonialer Strukturen zukommt, läßt sich nicht zuletzt am Beispiel der europäischen Integration aufzeigen.⁴⁰ Historisch betrachtet, waren es jeweils bestimmte übergreifende politische Zielsetzungen – EGKS, Zollunion, gemeinsame Agrarpolitik etc. –, die die unterschiedlichen sozialen und politischen Kräfte kooperativ eingebunden haben. Die Zustimmung und Kooperation stützte sich wesentlich auf die erwarteten Wohlfahrtsgewinne, zum Teil aber auch auf finanzielle und politische Kompensationen, über die die Gefolgschaft von potentiell benachteiligten sozialen Gruppen und Ländern sichergestellt wurde. Trotz aller Fortschritte präsentiert sich die Geschichte der europäischen Integration nun aber nicht nur als eine Erfolgsstory. Gerade das Scheitern vieler Projekte – so z.B. der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), des Werner-Plans, der Errichtung einer Politischen Union, insbesondere einer europäischen Sozialunion – zeigt, daß die materiellen Bedingungen, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und natürlich auch die zwischenstaatlichen Machtpotentiale für die Realisierung von politischen Visionen von entscheidender Bedeutung sind. Dies gilt auch für die neoliberalen Projekte der achtziger und neunziger Jahre.

Das von Helmut Schmidt und Valerie Giscard d'Estaing 1979 initiierte Europäische Währungssystem (EWS) schuf auf der europäischen Ebene gleichsam die *Voraus-*

⁴⁰ Zur Bedeutung von Leitbildern vgl. H. Schneider, Europäische Integration: die Leitbilder und die Politik; in: M. Kreile (Hrsg.), *Die Integration Europas*, PVS-Sonderheft (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1992), S. 3-35; zu den hegemonialen Konstellation im historischen Prozeß vgl. H.-J. Bieling / F. Deppe, Internationalisierung, Integration und politische Regulierung, in: Jachtenfuchs, M. / Kohler-Koch, B. (Hrsg.), *Europäische Integration* (Opladen: Leske & Budrich, 1996), S. 481-511 sowie H.-J. Bieling, *Neo-liberalism and Communitarianism ... a.a.O.*

setzungen für die nachfolgende Verallgemeinerung neoliberal-monetaristischer Politikstile.⁴¹ Nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und dem Scheitern des Werner-Plans lag es im Interesse Westeuropas, die über die Dollar-D-Mark-Schwankungen ausgelösten EG-internen Wechselkursprobleme in den Griff zu bekommen. In dem getroffenen Arrangement setzten sich die deutschen Vorstellungen durch, so daß in der Folgezeit die geldpolitischen Stabilisierungs- und Anpassungslasten (Zinssatzerhöhung oder Abwertung) überwiegend den Ländern mit schwächeren Währungen aufgebürdet wurden. Oder anders formuliert: Über die D-Mark als Leitwährung und eine monetaristisch inspirierte Geldpolitik veranlaßte die deutsche Bundesbank die übrigen Mitgliedstaaten indirekt – d.h. unter dem Druck der internationalen Finanzmärkte – zu einem austeritätspolitischen Kurswechsel. Da hiermit die Option einer staatsinterventionistischen, anti-zyklischen Konjunktur-, Beschäftigungs- und Strukturpolitik zunehmend verbaut schien, verblieb den Regierungen, wollten sie den drängenden Problemlagen – Beschäftigungskrise, Wettbewerbschwäche etc. – begegnen, nurmehr die Möglichkeit, auf einen stärker neoliberal ausgerichteten Modernisierungspfad einzuschwenken.

So übernahmen in den achtziger Jahren in den meisten EG-Staaten neokonservative bzw. neoliberale Parteien die Regierung. Zudem akzeptierten die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien mehr und mehr die Grundprämissen der neoliberalen Wettbewerbsphilosophie. Einschneidend wirkte sich dabei offensichtlich das Scheitern der Links-Koalition in Frankreich (1983) aus, das den später verkündeten Slogan neoliberaler Gralshüter – "There is no Alternative" – augenscheinlich zu bestätigen schien. Von besonderer Bedeutung war der politisch-strategische Kurswechsel in Frankreich nicht zuletzt auch für die Dynamisierung der europäischen Integration. Er schuf wichtige Voraussetzungen dafür, daß das Binnenmarkt-Projekt Mitte der achtziger Jahre auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte.⁴² In den Folgejahren verbreitete sich rasch eine *pro-europäische euphorische Grundstimmung*. Der Cechini-Bericht brachte die damals vorherrschende Erwartungshaltung recht gut auf den Punkt: Man erwartete sich von den vereinbarten Deregulierungsmaßnahmen einen intensiveren Wettbewerb und in der Konsequenz Produktivitätsgewinne, ein zusätzliches Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung. Die erhofften Wohlfahrtseffekte überstiegen in der Bevölkerung offenkundig die zweifelsohne auch vorhandenen Befürchtungen und Ängste.

Trotz seiner neoliberalen Stoßrichtung handelte es sich bei dem Binnenmarkt-Programm unzweifelhaft um ein hegemoniales, d.h. höchst ausstrahlungskräftiges Pro-

⁴¹ Vgl. hierzu S. Gill, *The Emerging World Order ... a.a.O.*; M. Bonder / B. Röttger / G. Zieburg, *Deutschland in einer neuen Weltära. Unbewältigte Herausforderungen* (Opladen: Leske & Budrich, 1992), S. 79ff.

⁴² Vgl. hierzu, vor allem zu den strategischen Neuorientierungen des transnationalen Kapitals O. Holman / K. van der Pijl, *The Capitalist Class in the European Union*; in: G.A. Kourvetaris / A. Moschonas (eds.), *The Impact of European Integration. Political, Sociological, and Economic Changes* (London: Praeger, 1996), S. 55-74.

jekt. Von dem Projekt der Europäischen Währungsunion (EWU) kann dies hingegen nicht behauptet werden. Zwar wurde es von den politischen und ökonomischen Eliten als eine mehr oder weniger zwangsläufige Konsequenz und Fortschreibung der Binnenmarkt-Integration präsentiert, doch wirkte die Prognose reduzierter Transaktionskosten und die Perspektive eines nochmals intensivierten internen Wettbewerbs, der zusätzliche Produktivitäts- und Wachstumseffekte hervorrufen sollte, auf die Bevölkerung alles andere als elektrisierend. Im Gegenteil, in vielen Ländern stand fast die Hälfte der Bevölkerung dem monetaristischen Großprojekt skeptisch bis ablehnend gegenüber (*"Post-Maastricht-Krise"*).⁴³ Die abwehrende Haltung verfestigte sich noch, da in der Folgezeit die zwischenstaatlichen Konflikte um die Ausgestaltung der EWU zunahmten. Im Verlauf der Diskussionen wurde mehr und mehr klar, daß sich die EWU nicht einfach zwangsläufig als Konsequenz des Binnenmarktes aufdrängte, sondern wesentlich das Resultat eines europäischen Interessenausgleichs war. Zunächst war sie der Bundesregierung von Frankreich – mit dem Ziel, über die gemeinsame Währung das Diktat der Bundesbank aufzubrechen – während der Verhandlungen über die deutsche Einheit als Zugeständnis abgerungen worden. Allerdings erfüllten sich die von Frankreich, Italien und einigen anderen Ländern in die EWU gesetzten Hoffnungen nur bedingt. So werden zwar die geldpolitischen Kompetenzen auf die supranationale Ebene verlagert, die absehbare Funktionsweise der EWU (Konvergenzkriterien, Stabilitätspakt, politische "Unabhängigkeit" der Zentralbank, das Abschmettern der französischen Bemühungen um eine europäische Wirtschaftsregierung etc.) zeigt jedoch recht deutlich, wie Kernelemente der deutschen geldpolitischen „Stabilitätskultur“ europäisiert wurden und Verfassungsrang erhielten.

Nach wie vor sind in die EWU allerdings intergouvernementale Spannungen eingeschrieben, die auch in den kommenden Jahren Anlaß zu wirtschafts-, finanz- und geldpolitischen Konflikten geben werden. So ist zu vermuten, daß die auf der nationalen Ebene ungelösten sozialen Problemlagen, den Streit um die Kriterien der fiskal- und geldpolitischen Regulation zusätzlich stimulieren. Denn anders als hierzulande, werden die Kürzungen in den öffentlichen Haushalten in den anderen Ländern oftmals nicht akzeptiert und auf die monetaristischen Zielvorgaben der EWU zurückgeführt. Mit anderen Worten: Der Maastrichter Vertrag repräsentiert in den Augen vieler einen zentralen Baustein eines neoliberal motivierten *"disciplinary constitutionalism"*, der den nationalen Regierungen einen austeritätspolitischen Anpassungskurs vorschreibt und die Probleme der sozialen Spaltung und Exklusion nicht korrigiert, sondern verfestigt. Die WWU repräsentiert in diesem Sinne den Übergang von einem *"euphorischen"* zu einem stärker *"disziplinierenden"* Neoliberalismus.⁴⁴

⁴³ Vgl. F. Deppe / M. Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG) (Marburg: FEG-Arbeitspapier Nr. 10, 1993).

⁴⁴ Vgl. S. Gill, Globalisation ... a.a.O.; S. Gill, An Emu ... a.a.O. Eine unmittelbare Reaktion auf die soziale Disziplinierung, nicht zuletzt auf die weitere Schwächung politisch regulierter und sozialintegrativer Ar-

4.3. Theoretische Brückenschläge: zur politischen Artikulation von Handlungsebenen sowie von Interessen und Ideen

Die Analyse von hegemonialen Strukturen und Projekten ist nicht allein unter zeitdiagnostischen und politischen Gesichtspunkten aufschlußreich. Sie vermag auch fruchtbare Anstöße zu geben, um die derzeit vorherrschenden theoretischen Frontstellungen im Bereich der internationalen Beziehungen und der europäischen Integrationsforschung aufzubrechen. In bezug auf die europäische Integration betrifft dies zum einen den gleichsam zyklisch, d.h. in Abhängigkeit von der europapolitischen "Großwetterlage" auflebenden Streit über die Bedeutung von intergouvernementalen und supranationalen Entscheidungsprozessen; zum anderen wird dieser Theorie-Konflikt mittlerweile von einer sog. "Dritten Debatte" in den internationalen Beziehungen überlagert, in der sich die Vertreter eher rationalistischer und die Anhänger konstruktivistischer Theorien gegenüberstehen.⁴⁵ Während der handlungstheoretische Rationalismus dazu neigt, die sozialen und kulturellen Voraussetzungen des politischen und organisatorischen Handelns auszublenden, übersehen die konstruktivistischen Ansätze nur allzu leicht, daß die politischen Ideen und Projekte, einschließlich der kulturellen Werte, Normen und Kommunikation an bestimmte materielle Bedingungen geknüpft bleiben. In der wissenschaftlichen Diskussion hat daher die Einbeziehung von ideellen Faktoren wie Ideen, Welt- und Leitbildern, Diskursen etc. offensichtlich die Funktion eines Gegengewichts bzw. Korrektivs zum einem harten Rationalismus, der die nicht-ökonomischen Dimensionen des sozialen Handelns aus dem Auge verliert.

Nachdem in einigen Texten zunächst die Gegensätze beider Diskussionen – intergouvernemental vs. supranational und rationalistisch vs. konstruktivistisch – hervorgehoben wurden, kann die Durchsicht der aktuelleren integrationstheoretischen Literatur auch als Aufforderung zu einem "doppelten Brückenschlag" resümiert werden: Auf der einen Seite geht es darum, die einseitige und dichotomische Sicht auf eine vermeintlich supranationale bzw. intergouvernementale Integrationslogik zu überwinden⁴⁶; auf der anderen Seite bemüht sich ein zweiter Brückenschlag um eine genauere Bestimmung des Verhältnisses von (rationalen) Interessen und (konstruktiven) Ideen.

Bislang ist innerhalb beider Debatten noch nicht eingehender darüber nachgedacht worden, ob und inwiefern die neo-gramscianische Konzeption hegemonialer Struktu-

beits- und Lebensbedingungen ("erschöpfte Gesellschaft") waren die Streik- und Protestbewegungen Mitte der neunziger Jahre. Vgl. hierzu K. van der Pijl, *The History of Class Struggle: from Original Accumulation to Neo-liberalism*. *Monthly Review*, Vol. 49, No. 1 (1997), S. 28-44.

⁴⁵ Vgl. hierzu u.a. die Diskussion in der Zeitschrift für Internationale Beziehungen; zur erneuten Aufwertung von Ideen vgl. den Literaturüberblick von M. Jachtenfuchs, *Ideen und internationale Beziehungen*. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 2 (1995), S. 417-442.

⁴⁶ Vgl. J. Neyer / D. Wolf, *Zusammenfügen was zusammengehört! Zur Notwendigkeit eines Brückenschlags zwischen alten und neuen Fragestellungen der Integrationsforschung*. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 3 (1996), S. 399-423.

ren und Projekte dazu beitragen könnte, die doppelte Polarisierung aufzubrechen. Vor allem zwei Überlegungen sprechen für ein derartiges Unterfangen: Zum einen arbeiten Gill, van der Pijl, Holman u.a. neben den Konflikten auch die komplementären Beziehungen zwischen der *intergouvernementalen und supranationalen* Handlungsebene heraus. Entsprechend werden die Widersprüche und Reibungen innerhalb der hegemonialen Projekte zumeist kooperativ ausbalanciert. Kompromißstrukturen sind jedoch nicht von vornherein garantiert, da das konkrete Verhältnis von Konflikt- und Kooperationsmustern vielfältigen – materiellen und kulturellen – Einflüssen unterliegt. Neben dem diplomatischen Geschick von politischen Repräsentanten und Verhandlungspartnern, ist insbesondere von Bedeutung, wie die materielle Produktion, die sozialen Kräfteverhältnisse, die ideologisch führenden, d.h. die gesellschaftlich dominanten Interpretationen, kurzum die Komplexe von Staat und Zivilgesellschaft auf die macht- und interessenpolitische Konstellation einwirken.

Zum anderen vermitteln sich in den hegemonialen Strukturen und Projekten nicht nur die Konflikte und Kooperationsformen zwischen unterschiedlichen sozialen und politischen Kräften bzw. Handlungsebenen (*intergouvernemental* vs. *supranational*). Hegemonie impliziert immer auch eine Vielzahl gesellschaftlicher Ressourcen, Strategien und Interventionsformen. Die Reproduktion hegemonialer Strukturen stützt sich in diesem Sinne auf politische Projekte, die stets ein umfassendes *Ensemble von rationalen und sozial-konstruktiven Aspekten* miteinander kombinieren. Neben Interessen, Strategien, zielgerichteten Interventionen etc. vermitteln sich über sie demzufolge immer auch – implizit oder explizit – bestimmte normative Grundhaltungen bzw. Basis-Philosophien, Ideen, Visionen etc. In der Analyse des Staat-Zivilgesellschaft-Komplexes hat sich Gramsci insbesondere mit dem Zusammenspiel von intellektueller und moralischer Führung und administrativen bzw. repressiven Interventionsformen auf der nationalen Ebene auseinandergesetzt. Der neogramscianischen internationalen politischen Ökonomie kommt nun das Verdienst zu, das dabei entwickelte Verständnis von Hegemonie – als konsensualer Dimension eines mit Zwang gepanzerten Herrschaftsverhältnisses – für die Analyse der internationalen Beziehungen fruchtbar gemacht zu haben. Der konzeptionelle Stellenwert des hierin angelegten sozialen Konstruktivismus ist allerdings noch nicht systematisch freigelegt worden. Vermutlich ist dies ein Grund dafür, daß die hegemonietheoretischen Überlegungen in der Debatte zwischen Rationalisten und Konstruktivisten bislang weitgehend ausgeblendet wurden.

5. Literatur

- Anderson, P. (1997): Neo-liberalismus. Bilanz und Perspektiven für die Linke, Beilage zur Sozialistischen Zeitung – Soz, 30. October, Vol. 12, No. 22.
- Bieling, H.-J. (1998): Neo-liberalism and Communitarianism: towards a new type of employment policy in Western Europe? (Amsterdam: International Studies Working paper nr. 54).
- Bieling, H.-J. / Deppe, F. (1996): Gramscianismus in der internationalen politischen Ökonomie; in: Das Argument, Jg. 38, Heft 217, S. 729-740.
- Bieling, H.-J. / Deppe, F. (1996): Internationalisierung, Integration und politische Regulierung; in: Jachtenfuchs, M. / Kohler-Koch, B. (Hrsg.), Europäische Integration (Opladen: Leske & Budrich), S. 481-511.
- Bonder, M. / Röttger, B. / Ziebura, G. (1992): Deutschland in einer neuen Weltära. Unbewältigte Herausforderungen (Opladen: Leske & Budrich).
- Burchill, S. / Linklater, A. (eds.) (1996): Theories of International Relations (London: Macmillan).
- Burnham, P. (1991): Neo-Gramscian hegemony and the international order; in: Capital and Class, Vol. 45, Autumn, S. 73-93
- Cox, R. W. / Jacobson H. J. (eds.) (1973): The Anatomy of Influence: Decision Making in International Organisation (New Haven: Yale University Press).
- Cox, R. W. (1981): Social Forces, States and World Orders: Beyond international relations Theory; in: Millennium. Journal of International Studies, Vol. 10, No. 2, S. 126-155.
- Cox, R. W. (1983): Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method; in: Millennium. Journal of International Studies, Vol. 12, No. 2, S. 162-175.
- Cox, R. W. (1987): Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History (New York: Columbia University Press).
- Cox, R. W. (1989): Production, the State, and Change in World Order, in: Czempiel, E.-O. / Rosenau, J. N. (eds.), Global Changes and Theoretical Challenges: Approaches to World Politics for the 1990s (Toronto: Lexington Books), S. 37-50.
- Cox, R. W. (1992): Global Perestroika; in: Miliband, R. / Panitch, L. (eds.), The New World Order. Socialist Register (London: Merlin Press), S. 26-43.
- Cox, R. W. (1995): Civilizations: Encounters and Transformations; in: Studies in International Political Economy, Vol. 47, Summer, S. 7-31.
- R. W. Cox (1996): Approaches to World Order, hrsg. von Sinclair, T. J. (Cambridge: Cambridge University Press).
- Cox, R. W. (1998): Civilizations and the 21st Century. Some theoretical considerations (unv. Man.).
- Deppe, F. (1991): Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung (Marburg: Verlag Arbeit & Gesellschaft).
- Deppe, F. / Felder, M. (1993): Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG) (Marburg: FEG-Arbeitspapier Nr. 10).
- Drainville, A. (1994): International Political Economy in the Age of Open Marxism; in: Review of International Political Economy, Vol. 1, No. 1, S. 105-132.
- Germain, R. D. / Kenny, M. (1998): Engaging Gramsci: international relations theory and the new Gramscians; in: Review of International Studies, Vol. 24, No. 2, S. 3-21.
- Gill, S. (1990): American Hegemony and the Trilateral Commission (Cambridge: Cambridge University Press).
- Gill, S. (1992): The Emerging World Order and European Change: The Political Economy of European Union; in: Miliband, R. / Panitch, L. (eds.), New World Order? Socialist Register (London: Merlin Press), S. 157-196.

- Gill, S. (ed.) (1993): Gramsci, historical materialism and international relations (Cambridge: University Press).
- Gill, S. (1995): Globalisation, Market Civilisation, and Disciplinary Neoliberalism; in: *Millenium: Journal of International Studies*, Vol. 24, No. 3, S. 399-423.
- Gill, S. (1997): An EMU or an Oustrich? EMU and Neoliberal Globalisation. Limits and Alternatives; in: Minkinen, P. / Patomäli, H. (eds.), *The Politics of Economic and Monetary Union* (Helsinki: Vesa Tuukkanen), S. 205-229.
- Gill, S. / Mittelman, J. H. (eds.) (1997): *Innovation and Transformation in International Studies* (Cambridge: University Press).
- Gilpin, R. (1987): *The Political Economy of International Relations* (Princeton: Princeton University Press)
- Hall, S. (1989): *Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus* (Hamburg; Berlin: Argument-Verlag).
- Hettne, B. (ed.) (1995): *International Political Economy. Understanding Global Disorder* (Halifax: Fernwood).
- Holman, O. (1996): *Integration Southern Europe. EC Expansion and the Transnationalisation of Spain* (London; New York: Routledge).
- Holman, Otto / Van der Pijl, Kees (1996): The Capitalist Class in the European Union; in: Kourvetaris, George A. / Moschonas, Andreas (eds.), *The Impact of European Integration. Political, Sociological, and Economic Changes* (London), S. 55-74.
- Hübner, K. (1990): "Wer die Macht hat, kann sich alles erlauben!" Anmerkungen zu den Konzepten Hegemonie – Dominanz – Macht – Kooperation in der globalen Ökonomie; in: *Prokla*, Jg. 20, Nr.4, S. 66-90.
- Jacobitz, R. (1991): Antonio Gramsci – Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik (Marburg: FEG-Arbeitspapier Nr. 5).
- Kennedy, P. (1989): *Aufstieg und Fall der Großen Mächte. Ökonomischer Wandel und Militärischer Konflikt von 1500 bis 2000* (Frankfurt a.M.: Fischer Verlag).
- Laclau, E. / Mouffe, Ch. (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie* (Wien: Passagen Verlag).
- Marx, K. (1988): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, in: MEW 8, 8. Aufl. (Berlin: Dietz Verlag), S. 111-207.
- Neufeld, M. (1998): *Democratic Socialism in a Global(-izing) Context: Towards a Collective Research Programme* (unv. Man.).
- Neyer, J. / Wolf, D. (1996): Zusammenfügen was zusammengehört! Zur Notwendigkeit eines Brückenschlags zwischen alten und neuen Fragestellungen der Integrationsforschung. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 3, S. 399-423.
- Overbeek, H. (1990): *Global Capitalism and National Decline. The Thatcher Decade in Perspective* (London: Unwin Hyman).
- Overbeek, H. (ed.) (1993): *Restructuring Hegemony in the Global Political Economy. The Rise of Transnational Liberalism in the 1980s* (London; New York: Routledge).
- Panitch, L. (1994): *Globalisation and the State*; in: Miliband, R. / Panitch, L. (eds.), *Between Globalism and Nationalism. Socialist Register* (London: Merlin Press), S. 60-90.
- Röttger, B. (1997): *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes* (Münster: Westfälisches Dampfboot).
- Ruigrok, W. / van Tulder, R. (1995): *The logic of international restructuring* (London; New York: Routledge).
- Scherrer, Ch. (1998): Neo-Gramscianische Interpretationen internationaler Beziehungen; in: Hirschfeld, U. (Hrsg.), *Gramsci-Perspektiven* (Berlin; Hamburg: Argument Verlag), S. 160-174.

- Schneider, H. (1992): Europäische Integration: die Leitbilder und die Politik; in: Kreile, M. (Hrsg.), Die Integration Europas, PVS-Sonderheft (Opladen: Westdeutscher Verlag), S. 3-35.
- Senghaas, D. (1986): Die Zukunft Europas (Frankfurt a.M., Suhrkamp).
- Sinclair, T. J. (1996): Beyond international relations theory: Robert W. Cox and approaches to world order; in: Cox, R. W., Approaches to World Order, hrsg. von Sinclair, T.J. (Cambridge: Cambridge University Press), S. 3-18.
- Thompson E. P. (1968): The Making of the English working Class (Harmondsworth, Middlesex: Penguin).
- Thompson E. P. (1978): The Poverty of Theory and Other Essays (London: Merlin Press).
- van der Pijl, K. (1984): The Making of an Atlantic Ruling Class (London: Verso).
- van der Pijl, K. (1997): The History of Class Struggle: from Original Accumulation to Neo-liberalism; in: Monthly Review, Vol. 49, No. 1, S. 28-44.
- van der Pijl, K. (1998): The Political Economy of Transnational Society (London; New York: Routledge).

Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen: Jenseits der Theorie Internationaler Beziehungen¹

Der akademischen Konvention nach wird das nahtlose Netz der bestehenden sozialen Welt in drei separate Sphären mit jeweils eigenen Formen der theoretischen Bearbeitung unterteilt; dies ist ein notwendiger und praktischer Weg des Erkenntnisgewinns. Die Betrachtung einer ungeteilten Totalität mag zwar zu begründeten Abstraktionen oder mystischen Enthüllungen führen, das praktische Wissen (eines, das handlungsanleitend wirksam werden kann) ist seinem Ursprung nach jedoch immer partiell oder fragmentiert. Eine zentrale Frage der wissenschaftlichen Methode und ihrer Absicht ist nun, ob die Teile als abgegrenzte, voneinander separierte Wissensbestände bestehen bleiben, oder ob sie die Grundlage zur Konstruktion einer strukturierten und dynamischen Sicht auf das größere Ganze bilden. Welcher Weg auch gewählt wird, der Ausgangspunkt ist immer die anfängliche, gewöhnlich von der Konvention vorgeschriebene Unterteilung der Realität.

Es empfiehlt sich, nicht zu vergessen, daß eine solch konventionelle Aufteilung der Realität nur eine gedankliche Abstraktion darstellt. Allerdings werden die so gewonnenen Segmente von der Realität insofern indirekt hergeleitet, als sie das Ergebnis von Gewohnheiten sind, das heißt: Reaktionen des Bewußtseins auf den Druck der Realität. Die Unterteilungen des sozialen Wissens korrespondieren folglich weitgehend mit der Art und Weise, in der die menschlichen Angelegenheiten zu unterschiedlichen Zeiten und Orten organisiert sind. Sie mögen demzufolge, wenn sich die gesellschaftlichen Gewohnheiten wandeln, in wachsendem Maße als willkürlich erscheinen.

Die internationalen Beziehungen sind hierfür ein treffendes Beispiel. Sie bilden einen Forschungsbereich, der sich – in einer Epoche, in der die Staaten, üblicherweise Nationalstaaten, die maßgebliche Aggregation politischer Macht sind – mit Fragen der zwischenstaatlichen Beziehungen auseinandersetzt. Da sie sich mit den Ergebnissen von Krieg und Frieden befassen, sind sie von offensichtlich praktischer Bedeutung. Die veränderte Praxis hat allerdings, bezogen auf das Wesen der involvierten Akteure (unterschiedliche Staatstypen und nicht-staatliche Einheiten) Konfusion erzeugt, die zur Debatte stehenden Themen ausgeweitet („low“ ebenso wie „high politics“), eine größere Diversität der verfolgten Ziele herbeigeführt und hinsichtlich der Arenen des sozialen Handelns komplexere Interaktionsformen und Institutionen produziert.

¹ Dieser Text wurde zuerst in „Millenium: Journal of International Studies“, Vol. 10, Nr. 2, 1981, S. 126-155 publiziert.

Eine alte intellektuelle Konvention, die sich auf die Definition der internationalen Beziehungen auswirkte, ist die Unterscheidung zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft. Im achtzehnten und frühen neunzehnten Jahrhundert hatte diese Unterscheidung eine praktische Bedeutung, da sie mit zwei, mehr oder weniger voneinander getrennten Sphären menschlicher Aktivitäten und Gewohnheiten korrespondierte: einerseits mit einer aufstrebenden Gesellschaft von Individuen, die auf der Grundlage von Vertrags- und Marktbeziehungen die alte statusbasierte Gesellschaft zunehmend ersetzte, andererseits mit einem Staat, dessen Funktionen sich darauf beschränkten, den inneren Frieden, die äußere Verteidigung und die notwendigen Marktbedingungen aufrecht zu erhalten. Die traditionelle Theorie internationaler Beziehungen hält an der Trennung dieser beider Sphären fest, so daß die Außenpolitik als reiner Ausdruck der staatlichen Interessen erscheint. Heute haben sich der Staat und die bürgerliche Gesellschaft jedoch wechselseitig so durchdrungen, daß die Konzepte fast ausschließlich analytischen Charakter haben (in bezug auf schwierig zu definierende Aspekte einer komplexen Realität) und nur sehr vage und unpräzise voneinander getrennte Handlungssphären bestimmen.

Eine neuere theoretische Entwicklung hinterfragte die konzeptionelle Einheitlichkeit des Staates, indem sie ihn als Arena widerstreitender bürokratischer Einheiten verstand, während eine andere die relative Bedeutung des Staates herabsetzte, indem sie auf eine Reihe privater transnationaler Aktivitäten verwies sowie auf regierungsübergreifende Netzwerksbeziehungen zwischen Teilen der staatlichen Bürokratie. Nichtsdestotrotz blieb der Staat der zentrale Bezugspunkt innerhalb der internationalen Beziehungen und damit ein einzigartiges Konzept: ein Staat war ein Staat und nichts als ein Staat. Es gab kaum Anstrengungen, den Komplex Staat/Gesellschaft als die grundlegende Einheit der internationalen Beziehungen zu betrachten. Die Aussicht darauf, daß eine Pluralität von Staatsformen existiert, die jeweils unterschiedliche Konfigurationen des Komplexes von Staat/Gesellschaft ausdrücken, blieb demzufolge weitgehend unerklärt, zumindest in bezug auf die Erforschung der internationalen Beziehungen.

Vom auflebenden marxistischen Interesse am Staat wurde möglicherweise erwartet, diese Lücke durch eine Erweiterung und Diversifizierung des Staatsverständnisses, insbesondere durch die Einbeziehung seiner sozialen Dimensionen zu füllen. Einige hervorstechende Ergebnisse dieses Aufschwungs waren allerdings entweder von gänzlich abstraktem Charakter, da sie den Staat als "Teilbereich" einer als einzigartig betrachteten kapitalistischen Produktionsweise definierten (Althusser, Poulantzas), oder aber sie lenkten die Aufmerksamkeit weg von Staat und Klassenkonflikt hin zur Motivationskrise in Kultur und Ideologie (Habermas). Niemand drang weiter dazu vor, die wirklichen bzw. historischen Unterschiede zwischen den Staatsformen zu erklären oder die hieraus resultierenden Implikationen für die internationalen Verhaltensweisen zu betrachten.

Es waren eher Historiker – marxistisch oder auch nicht – die unabhängig davon, ob sie sich den Theorien der internationalen Beziehungen oder der Staatstheorie zuwandten, praktisch dazu beitrugen, diese Lücke zu füllen. E. H. Carr und Eric Hobsbawm hatten ein sehr gutes Gespür für das Zusammenspiel der sozialen Kräfte, wie auch für den grundlegenden Wandel des Staates und der globalen Beziehungen. In Frankreich hat Fernand Braudel diese wechselseitigen Beziehungen im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert auf einer riesigen, die ganze Welt erfassenden Leinwand nachgezeichnet.² Durch Braudels Arbeit inspiriert, entwickelte eine Gruppe unter der Leitung von Immanuel Wallerstein eine Welt-System-Theorie, die wesentlich über den Charakter der sozialen Beziehungen bestimmt wird. Die Austausch- und Ausbeutungsbeziehungen zwischen einem entwickelten Zentrum und einer unterentwickelten Peripherie korrespondieren dabei mit jeweils unterschiedlichen Formen der Arbeitskontrolle (z.B. freie Arbeit in den Regionen des Zentrums, Zwangsarbeit in der Peripherie, dazwischen liegende Kontrollformen in der sogenannten Semi-Peripherie).³ Obwohl er zu den herkömmlichen Theorien der internationalen Beziehungen die radikalste Alternative anbietet, ist der Welt-System-Ansatz vor allem aus zwei Gründen kritisiert worden: erstens wegen seiner Tendenz, den Staat von seiner Position im Weltsystem einfach abzuleiten (starke Staaten im Zentrum, schwache Staaten in der Peripherie) und seine Bedeutung damit zu unterschätzen; zweitens wegen seiner angeblichen, wenn auch unbeabsichtigten Neigung zur Systemstabilisierung. Denn ähnlich wie die strukturfunktionalistische Soziologie, ist auch dieser Ansatz eher dazu geeignet, jene Kräfte zu beraten, die das Systemgleichgewicht aufrecht erhalten oder wiederherstellen, als die Widersprüche zu identifizieren, die zu einer Systemtransformation führen können.⁴

Die hier vorangestellten kurzen Bemerkungen sollten nun allerdings nicht als der zentrale Bezugspunkt dieses Essays betrachtet werden, sondern als eine vorangestellte Warnung für den nachfolgenden Versuch, eine Methode für das Verständnis der globalen Machtbeziehungen zu skizzieren: Betrachte das Problem der Weltord-

² Fernand Braudel, *Civilisation matérielle, Economie et Capitalisme, Xve - XVIIIe, 3 vols.* (Paris: Armand Colin, 1979). Braudel führt seine Theorie und Methode in einem Essay aus, der zuerst 1958 in *Annales E.S.C.* publiziert wurde. "Histoire et sciences sociales. La longue durée" (republished in Braudel, *Ecrits sur l'histoire* Paris: Flammarion, 1969).

³ Die von dieser Gruppe bis heute produzierte Literatur ist umfassend. Die grundlegende Arbeit liefert I. Wallerstein, *The Modern World-System: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century* (New York: Academic Press, 1974). Eine kurze Zusammenfassung der Weltsystem-Theorie findet sich in Wallerstein, "The rise and future demise of the world capitalist system: Concepts for comparative analysis", *Comparative Studies in Society and History* (vol. 16, no. 4, Sept. 1974), S. 387-415.

⁴ Unter den Kritikern des Weltsystem-Ansatzes ist vor allem Theda Skocpol zu beachten, "Wallerstein's World Capitalist System: A Theoretical and Historical Critique", *American Journal of Sociology* (Vol. 82, No. 5, March 1977), S. 1075-1090; und allgemeiner ihr Hauptwerk, *States and Social Revolutions* (Cambridge: Cambridge University Press, 1979). Siehe ebenso Robert Brenner, "The Origins of Capitalist Development: A Critique of Neo-Smithian Marxism", *New Left Review* (No. 104, Juli-August 1977), S. 25-92.

nung im Ganzen, aber hüte dich davor, das Weltsystem zu verdinglichen.⁵ Vermeide es, die staatliche Macht zu unterschätzen, schenke jedoch zugleich den sozialen Kräften und Prozessen ausreichend Beachtung und achte darauf, in welcher Beziehung sie zur Entwicklung des Staates und der Weltordnung stehen. Vor allem aber, gründe die Theorie nicht auf Theorie, sondern vielmehr auf sich verändernde gesellschaftliche Praxen und empirisch-historische Studien, die für die Konzepte und Hypothesen eine nützliche Grundlage bilden.

Über Perspektiven und Absichten

Theorie wird immer *für* jemanden und *für* irgendeine Absicht verfaßt. Alle Theorien haben eine Perspektive. Diese leitet sich aus der Position in Zeit und Raum her, speziell aus der sozialen und politischen Zeit und dem sozialen und politischen Raum. Die Welt wird von einem Standpunkt aus gesehen, der in Begriffen von Nation oder sozialer Klasse, Herrschaft oder Unterordnung, aufsteigender oder schwindender Macht, einem Gefühl der Bewegungslosigkeit oder dem einer gegenwärtigen Krise, vergangenen Erfahrungen sowie von Hoffnungen und zukünftigen Erwartungen bestimmt werden kann. Natürlich ist eine ausgereifte Theorie niemals nur der Ausdruck einer Perspektive. Je ausgereifter eine Theorie ist, um so mehr reflektiert und transzendiert sie den eigenen Standpunkt; allerdings bleibt die unmittelbare Perspektive immer in einer Theorie enthalten und für ihre Erklärung relevant. Es gibt demzufolge nicht so etwas wie eine Theorie für sich, losgelöst von ihren Bezügen in Zeit und Raum. Sollte sich eine Theorie dennoch so darstellen, ist es um so wichtiger, sie als Ideologie zu überprüfen und ihre verborgene Perspektive offen zu legen.

An jede dieser Perspektiven werden von Seiten der sie umgebenden Welt eine Vielzahl von Fragen gestellt; dem Bewußtsein präsentieren sich die Zwänge der sozialen Realität folglich als Probleme. Eine vordringlichste Aufgabe von Theorie ist es demnach, sich dieser Probleme bewußt zu werden, den Verstand also dazu zu befähigen, die konfrontierte Realität klar zu erfassen. Wandelt sich die Realität, so müssen die alten Konzepte neu ausgerichtet oder zurückgewiesen werden, und neue Konzepte treten in einen anfänglichen Dialog zwischen dem Theoretiker und der spezifischen Welt, die er zu verstehen versucht. Mit der eigentlichen *Problemstellung* be-

⁵ Ich bevorzuge den Begriff "Weltordnung" gegenüber dem des "zwischen-staatlichen Systems", da er für alle historischen Perioden gilt (und nicht nur für jene, in denen die Staaten die elementaren Komponenten bildeten). Dem Begriff des "Weltsystems" ziehe ich ihn vor, da er zum einen deutlicher auf die Strukturen hinweist, die nur einen gewissen zeitlichen Bestand haben, und zum anderen die dem "System" zugeschriebenen Gleichgewichts-Konnotation vermeidet. Der Begriff der "Welt" bezeichnet die relevante Totalität, die geographisch durch die Verbreitung wahrscheinlicher Interaktionen begrenzt ist (einige vergangene "Welten" waren begrenzt auf den Mittelmeerbereich, Europa, China etc.). "Ordnung" wird in dem Sinne benutzt, wie sich die Dinge gewöhnlich ereignen (und nicht als Abwesenheit von Turbulenz); auch die Unordnung ist demnach im Konzept der Ordnung mit eingeschlossen. Ein zwischenstaatliches System stellt eine historische Form der Weltordnung dar. Der Begriff wird im Plural benutzt, um darauf hinzuweisen, daß die besonderen, zeitlich dauerhaften Muster der Machtbeziehungen hinsichtlich ihrer maßgeblichen Charakteristika als verschiedene Weltordnungen voneinander abgesetzt werden können.

faßt sich dieser anfängliche Dialog aus einer besonderen Perspektive. Ursprünglich ist die soziale und politische Theorie, da stets auf ein historisch bedingtes Bewußtsein bestimmter Probleme und Fragen zurückführbar, historisch verankert, während sie gleichzeitig versucht, die Partikularität ihrer historischen Ursprünge zu überschreiten, um sie in den Kontext allgemeiner Konzepte oder Gesetzmäßigkeiten zu stellen.

Ausgehend von ihrer Problemstellung kann die Theorie zwei verschiedenen Absichten dienen. Die eine davon folgt einem einfachen, direkten Reflex: Um als Ratgeber zu fungieren, der die Probleme in der Form zu lösen hilft, wie sie sich aus einer besonderen Perspektive innerhalb des gegebenen Rahmens stellen. Die andere Absicht reflektiert stärker den Prozeß der Theoriebildung selbst: um sich über die Perspektive, durch die die Theoriebildung selbst veranlaßt wurde und auch über ihr Verhältnis zu anderen Perspektiven Klarheit zu verschaffen (um also eine Perspektive der Perspektiven einzunehmen); und um damit die Möglichkeit zu eröffnen, eine anders begründete Perspektive zu wählen, deren Problemstellung dazu anhält, eine alternative Welt zu schaffen. Jede dieser Absichten erzeugt einen anderen Theorietypus.

Der ersten Absicht entspricht die *Problem-Lösungs-Theorie*. Diese akzeptiert die vorgefundene Welt als den gegebenen Handlungsrahmen, mitsamt den vorherrschenden sozialen und Machtbeziehungen einschließlich ihrer institutionellen Organisationsformen. Das allgemeine Ziel des Problem-Lösens besteht darin, diese Beziehungen und Institutionen reibungslos arbeiten zu lassen, indem die einzelnen Störungsursachen wirksam beseitigt werden. Da das grundsätzliche Muster der Institutionen und Beziehungen nicht infrage gestellt wird, können die besonderen Probleme in ihrem Verhältnis zu den speziellen Handlungsbereichen, in denen sie sich entfalten, betrachtet werden. Die Problem-Lösungs-Theorie spaltet sich somit in einer Vielzahl von Handlungssphären oder -aspekten auf, von denen jede eine gewisse Stabilität der übrigen Sphären annimmt (was es ermöglicht, diese dann praktisch zu ignorieren), wenn sie mit einem Problem im eigenen Bereich konfrontiert wird. So liegt die Stärke des Problem-Lösungs-Ansatzes in seiner Fähigkeit, die Grenzen oder Parameter eines Problembereichs festzulegen und Aussagen über ein bestimmtes Problem auf eine begrenzte Anzahl von Variablen, die einer relativ sorgfältigen und präzisen Überprüfung zugänglich sind, zu reduzieren. Die *ceteris paribus* Annahme, auf die sich eine solche Theoriebildung stützt, ermöglicht es, zu Aussagen über Gesetzmäßigkeiten oder Regelmäßigkeiten vorzustoßen, die den Anschein einer allgemeinen Gültigkeit haben, tatsächlich jedoch die dem Problem-Lösungs-Ansatz zugrunde liegenden institutionellen und sozialen Parameter voraussetzen.

Die zweite Absicht führt zur *kritischen Theorie*. Sie ist kritisch in dem Sinne, daß sie abseits der vorherrschenden Weltordnung steht und danach fragt, wie diese Ordnung zustande gekommen ist. Anders als die Problem-Lösungs-Theorie nimmt die

kritische Theorie die Institutionen, die sozialen Verhältnisse und Machtbeziehungen nicht einfach als gegeben hin. Sie hinterfragt sie vielmehr, indem sie sich mit deren Ursprüngen befaßt und zu ergründen versucht, ob und inwiefern sich diese möglicherweise verändern. Sie zielt auf die Bewertung eben jenes Handlungsrahmens, den die Problem-Lösungs-Theorie als vorgegeben akzeptiert. Ihre Aufmerksamkeit richtet sie somit eher auf den sozialen und politischen Komplex insgesamt als auf dessen separate Teile. Im Falle praktischer Fragen geht zwar auch die kritische wie die Problem-Lösungs-Theorie von einem Aspekt oder einer besonderen Sphäre menschlichen Handelns aus. Doch während der Problem-Lösungs-Ansatz zur weiteren analytischen Unterteilung und Begrenzung der behandelten Fragestellung führt, will der kritische Ansatz auf die Konstruktion eines umfassenden Bildes des sozialen Ganzen hinaus, von dem der anfänglich betrachtete Teil nur eine Komponente bildet. Dabei bemüht er sich überdies, den Wandlungsprozeß zu verstehen, in den sowohl die Teile als auch das Ganze mit einbezogen sind.

Die kritische Theorie ist in dem Sinne eine historische Theorie, wie sie sich nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch mit dem anhaltenden Prozeß des historischen Wandels auseinandersetzt. Die Problem-Lösungs-Theorie ist hingegen un- oder ahistorisch, da sie letztlich eine fortdauernde Gegenwart annimmt (die Permanenz der Institutionen und Machtbeziehungen, die ihre Parameter ausmachen). Die Stärke der einen erweist sich dabei als Schwäche der anderen Theorie. Da sich die kritische Theorie mit einer wandelnden Realität befaßt, muß sie in bezug auf den sich verändernden Gegenstand, den sie zu verstehen und zu erklären versucht, ihre Konzepte fortlaufend neu ausrichten.⁶ So scheint es den Konzepten und dazugehörigen Untersuchungsmethoden an der Präzision zu fehlen, die von der Problem-Lösungs-Theorie erreicht wird, die als Bezugspunkt eine starre Ordnung voraussetzt. Diese relative Stärke beruht allerdings auf einer falschen Prämisse, da die soziale und politische Ordnung (zumindest in langfristiger Perspektive) nicht unbeweglich ist, sondern sich wandelt. Zudem ist die Annahme der Unbeweglichkeit nicht einfach nur eine methodische Konvention, sondern ebenso eine ideologische Verengung. Aus der erweiterten Perspektive der kritischen Theorie kann sich die Problem-Lösungs-Theorie für besondere nationale, Gruppen- oder Klasseninteressen, die sich in der gegebenen Ordnung gut eingerichtet haben, als zweckdienlich darstellen. Und tatsächlich sind die Absichten der Problem-Lösungs-Theorie konservativ, da sie darauf abzielen, die Probleme, die innerhalb der verschiedenen Teile eines komplexen Ganzen entstehen, so zu lösen, daß das Ganze wieder reibungslos funktioniert. Zweifelsohne läuft dieses Ziel dem seitens der Problem-Lösungs-Theorie häufig vorgebrachten Anspruch der Wertfreiheit zuwider. Zwar ist sie methodologisch insofern wertfrei, als sie

⁶ E. P. Thompson argumentiert, daß historische Konzepte oft "eine extreme Elastizität zeigen und weitreichende Abweichungen erlauben" müssen. Er entwickelt diesen Punkt im Kontext des Umgangs mit der historischen Logik in seinem Essay "The Poverty of Theory" in *The Poverty of Theory and Other Essays* (London: Merlin Press, 1978), vor allem S. 231-242.

die betrachteten Variablen als Gegenstände behandelt (wie der Chemiker die Moleküle oder der Physiker Kraft und Bewegung); aufgrund der Tatsache, daß sie implizit die bestehende Ordnung als ihren eigenen Rahmen akzeptiert, ist sie jedoch wertgebunden. Die Kritische Theorie umschließt gewissermaßen Problem-Lösungs-Theorien, allerdings nur in Form identifizierbarer Ideologien, wodurch sie zwar auf deren konservative Konsequenzen, nicht aber auf die handlungsanleitende Nützlichkeit aufmerksam macht. Die Problem-Lösungs-Theorie neigt dazu, diese Form der Kritik als irrelevant zu ignorieren und ihre praktische Anwendbarkeit als keinesfalls beeinträchtigt zu sehen. Sie beharrt auf ihrem Anspruch der größeren Präzision und bezweifelt in dem Maße, wie sie die kritische Theorie im Großen und Ganzen anerkennt, doch deren Möglichkeit, zu einer wissenschaftlichen Erkenntnis über historische Prozesse vorzustoßen.

Natürlich steht die kritische Theorie den realen Probleme keineswegs gleichgültig gegenüber. Ihre Ziele sind ebenso praktisch wie die der Problem-Lösungstheorie, sie wendet sich der Praxis jedoch aus einer Perspektive zu, die die bestehende Ordnung, welche die Problem-Lösungs-Theorie zum Ausgangspunkt nimmt, überschreitet. Die kritische Theorie ermöglicht eine normative Entscheidung zugunsten einer von der vorherrschenden Ordnung verschiedenen sozialen und politischen Ordnung. Die Auswahlmöglichkeiten begrenzt sie allerdings auf jene alternativen Ordnungen, die als Transformationen der existierenden Welt realisierbar sind. Ein grundsätzliches Ziel der kritischen Theorie besteht daher darin, den Bereich der möglichen Alternativen abzuklären. Sie enthält in dem Sinne ein utopisches Element, als sie ein kohärentes Bild einer alternativen Ordnung unterbreiten könnte, tatsächlich ihren Utopismus durch ihr Verständnis des historischen Prozesses jedoch einschränkt. Unwahrscheinliche Alternativen weist sie ebenso zurück wie die Permanenz der bestehenden Ordnung. Auf diese Weise kann sie als Anleitung zum strategischen Handeln mit dazu beitragen, eine andere Ordnung herbeizuführen. Die Problem-Lösungs-Theorie liefert hingegen eine Anleitung zum taktischen Handeln, das, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, die bestehende Ordnung aufrecht erhält.

Aus der Sicht der verschiedenen historischen Perioden wird der eine oder der andere Theorietypus bevorzugt. In Perioden offensichtlich stabiler oder unbeweglicher Machtbeziehungen wird der Problem-Lösungs-Ansatz bevorzugt. Der Kalte Krieg war eine solche Periode. In den internationalen Beziehungen begünstigte er die Konzentration auf die Frage, wie eine augenscheinlich bestandfeste Beziehung zwischen zwei Supermächten zu regulieren ist. Instabile Machtbeziehungen begünstigen hingegen die kritische Theorie, da die Menschen danach streben, die Möglichkeiten und Risiken des Wandels zu verstehen. Von daher erzeugten die Ereignisse der 1970er Jahre das Gefühl einer größeren Beweglichkeit in den Machtbeziehungen und einer vielschichtigen Krise. Die Schwellen der Unsicherheit wurden überschritten, und es eröffnete sich die Möglichkeit, zu einer den Problemen der Weltordnung zugewendeten kritischen Theorie fortzuschreiten. Um die möglichen

zukünftigen Weltordnungen jetzt zu ergründen, ist es allerdings erforderlich, unsere Untersuchung über die herkömmlichen internationalen Beziehungen hinaus zu erweitern und auch jene grundlegenden Prozesse mit einzubeziehen, die die Entwicklung der sozialen Kräfte, der Staatsformen und der Struktur der globalen politischen Ökonomie antreiben. Dies ist zumindest das zentrale Argument dieses Essays.

Realismus, Marxismus und Annäherungen an eine Kritische Theorie der Weltordnung

Die gegenwärtigen Theorien, und dies schließt auch sehr ausgefeilte Arbeiten mit ein, weisen für gewöhnlich sowohl einige Merkmale der Problem-Lösungs- als auch der kritischen Theorie auf. Allerdings neigen sie dazu, den einen oder anderen Ansatz stärker zu gewichten. Zwei für die zwischenstaatlichen Beziehungen und Weltordnungen wichtige Stränge – Realismus und Marxismus –, werden hier als Wegbereiter für eine angestrebte Fortentwicklung des kritischen Ansatzes betrachtet.

Die realistische Theorie der internationalen Beziehungen hatte ihren Ursprung in einer historischen Denkweise. In seiner Studie über die *Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte* führte Friedrich Meinecke dies auf die politische Theorie von Machiavelli und die Diplomatie des italienischen Stadtstaates der Renaissance zurück. Beide sind Ausdruck eines sich entwickelnden Gespürs dafür, die spezifischen Interessen der einzelnen Staaten getrennt von den allgemeinen Normen zu betrachten, die von der ideologisch dominierenden Institution der mittelalterlichen Gesellschaft, der christlichen Kirche, propagiert wurden.⁷ Meineckes Interpretation der Staatsräson liefert insofern einen Beitrag zur kritischen Theorie, als sie die den Staatsgeschäften zugrunde liegenden Doktrinen und Prinzipien als Reaktion auf spezifische historische Umstände versteht. Andere mit der realistischen Tradition in Verbindung gebrachte Wissenschaftler, wie E. H. Carr und Ludwig Dehio, haben diese historische Denkweise fortgesetzt, indem sie die besondere Konfiguration der Kräfte skizzierten, die zu unterschiedlichen Zeiten den Rahmen des internationalen Verhaltens bestimmt haben, und sich dabei bemühten, die Institutionen, Theorien und Ereignisse innerhalb ihres historischen Kontextes zu verstehen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde der Realismus von einigen amerikanischen Wissenschaftlern, hauptsächlich von Hans Morgenthau und Kenneth Waltz, in eine Form der Problem-Lösungs-Theorie transformiert. Obwohl sie als Individuen über ein beträchtliches historisches Wissen verfügten, tendierten sie dazu, die starre ahistorische Sicht des für die Problem-Lösungs-Theorie charakteristischen Handlungsrahmens zu übernehmen, anstatt sich in der Art und Weise von E. H. Carr von einem solchen Rahmen zu distanzieren und ihn als historisch bestimmt und damit als für

⁷ Friedrich Meinecke, *Machiavellism: The Doctrine of Raison d'Etat and its Place in Modern History*, übersetzt von Douglas Scott (London: Routledge and Keagan Paul, 1957).

sozialen Wandel empfänglich zu behandeln. Es ist kein Zufall, daß diese theoretische Neigung mit dem Kalten Krieg zusammenfiel, der den internationalen Beziehungen die Kategorie der Bipolarität aufzwang wie auch die vordringliche Sorge darum, die amerikanische Macht als Bollwerk der Ordnungssicherung zu verteidigen.

Die generalisierte Form des Handlungsrahmens, der vom neuen amerikanischen Realismus (den wir fortan kurz Neo-Realismus nennen sollten, die ideologische Form, die vom realen historischen Rahmen des Kalten Kriegs abstrahiert) postuliert wird, ist charakterisiert durch drei Ebenen, von denen jede in Termini begriffen werden kann, die die klassischen Philosophen als Substanz oder Wesen bezeichnen würden, d.h. als das fundamentale und unveränderbare Substrat von sich wandelnden und kontingenten Manifestationen oder Phänomenen.⁸ Als Grundeinheiten werden dabei angenommen: (1) die Natur des Menschen, verstanden als die Augustinische ursprüngliche Sünde oder als Hobbes "fortwährendes und unaufhörliches Verlangen nach immer neuer Macht für einen allgemeinen Trieb der gesamten Menschheit, der nur mit dem Tod endet"⁹; (2) die Natur von Staaten, die in ihrer gesellschaftlichen Konstitution und ihrem Vermögen, Stärke zu mobilisieren, zwar voneinander abweichen, in ihrer Fixierung auf ein bestimmtes Konzept des nationalen Interesses (eine Leibniz'sche Monade) als Anleitung zum Handeln jedoch gleich sind; und (3) die Natur des Staatensystems, das dem ungezügelden Drang rivalisierender nationaler Interessen durch den Mechanismus eines Gleichgewichts der Kräfte rationale Beschränkungen auferlegt.

Zu dieser Sicht auf die tieferliegenden Substanzen vorgedrungen, wird für Neo-Realisten die Geschichte zu einem Steinbruch, der nurmehr das Material dafür liefert, die Variationen stetig wiederkehrender Themen zu illustrieren. Auch wenn das verwandte Material der Geschichte entnommen wird, hört diese Denkweise auf, historisch zu sein. Schließlich schreibt diese Art der Beweisführung fest, daß mit Blick auf die wesentlichen Dinge die Zukunft stets wie die Vergangenheit sein wird.¹⁰

Dieser Kern der neo-realistischen Theorie hat sich auch auf solche Gebiete wie die Spieltheorie ausgedehnt. In ihr präsentiert sich die Bedeutung der Substanz auf der Ebene der menschlichen Natur in Form einer Rationalität, die angeblich allen konkurrierenden Akteuren gemeinsam ist, wenn sie über Streitfragen, alternative Strategien und die jeweiligen Ergebnisse in ähnlicher Weise abwägen. Diese Idee einer allgemeinen Rationalität bestärkt die unhistorische Denkweise. Andere Denkweisen müs-

⁸ Dies kommt am klarsten zum Ausdruck in K. Waltz, *Man, the State and War* (New York; Columbia University Press, 1954).

⁹ Hobbes, *Leviathan*, Teil I, Kap. xi.

¹⁰ In einem Papier, das auf einer Podiumsdiskussion der American Political Science Association, für die auch eine erste Fassung des vorliegenden Essays geschrieben war, im August 1980 vorgestellt wurde, stellte Kenneth Waltz die Frage "Wird die Zukunft wie die Vergangenheit sein?", um sie anschließend bejahend zu beantworten – wahrscheinlich würde nicht nur das gleiche Muster der Beziehungen maßgebend sein, sondern es würde, wenn es so sein sollte, auch zum Wohle aller sein. Allerdings ist hinzuzufügen, daß sich die von Waltz ins Auge gefaßte Zukunft nur auf die nächsten zehn Jahre erstreckt.

sen als unpassend und als der eigenen Begrifflichkeit unverständlich zurückgewiesen werden (was es schwierig macht, auch plötzliche Verwerfungen in den internationalen Beziehungen in die Betrachtung mit einzubeziehen, wie z.B. das Phänomen des islamischen Integralismus).

Die "allgemeine Rationalität" des Neo-Realismus entstand aus seiner gegen den liberalen Internationalismus gerichteten Polemik. Für den Neo-Realismus ist diese Rationalität die einzig angemessene Antwort auf das postulierte anarchische Staatensystem. Moral ist demzufolge nur in dem Maße wirksam, wie sie durch physische Macht erzwungen wird. Dem Neo-Realismus gab dies den Anschein einer nicht-normativen Theorie. Sie ist dabei "wertfrei" in ihrem Ausschluß moralischer Ziele (worin sie die Schwäche des liberalen Internationalismus sieht) und ihrer auf die physischen Machtverhältnisse reduzierten Problemsicht. Diese nicht-normative Qualität ist allerdings nur oberflächlich. Es existiert nämlich durchaus ein latent normatives Element, das sich aus den Annahmen der neo-realistischen Theorie herleitet: Sicherheit innerhalb des postulierten zwischenstaatlichen Systems hängt davon ab, daß alle maßgeblichen Akteure dieses System auf die gleiche Art und Weise betrachten, das heißt, daß die neo-realistische Rationalität von allen als Handlungsanleitung verinnerlicht wird. Daß die Akteure aufgrund ihrer Erfahrungen innerhalb des Systems dazu neigen, in dieser Weise zu denken, leitet die neo-realistische Theorie von ihren essentialistischen Grundlagen her; zudem erfüllt sie als Anwalt dieser Rationalitätsform eine bekehrende Funktion. Für den neo-realistischen Theoretiker ist diese bekehrende Funktion (worin die normative Rolle des Neo-Realismus besteht) besonders dringlich in den Staaten, die über mehr Macht verfügen, als zur Ausbalancierung von Rivalen erforderlich ist. Denn schließlich könnten solche Staaten versucht sein, sich von der Rationalität des Neo-Realismus zu verabschieden und sie durch ihr eigenes moralisches Ordnungsverständnis zu ersetzen, besonders wenn, wie im Fall der Vereinigten Staaten, die kulturelle Tradition zu einem eher optimistischen und moralisch alternativen Blick auf die Natur des Menschen, des Staats und der Weltordnung ermutigt.¹¹

In der Debatte zwischen Neo-Realisten und liberalen Internationalisten reproduziert sich gewissermaßen, freilich auf der Grundlage aktuellen Datenmaterials, die Herausforderung der Naturrechtstheorie von Grotius durch die bürgerliche Philosophie

¹¹ Ein neueres Beispiel dieses Arguments stammt von Stephen Krasner, *Defending the National Interest: Raw Material Investments and U.S. Foreign Policy* (Princeton: Princeton University Press, 1978). Die normative Intention des Neo-Realismus ist besonders offensichtlich in der polemischen Antwort auf den liberalen Moralismus. Dies war auch der Fall für E. H. Carrs *The Twenty Years Crisis, 1919-1939* (London: Macmillan, 1942), dessen unterbreitete "wissenschaftliche" Denkweise über internationale Beziehungen im Gegensatz zum "Utopismus" der Unterstützer des Völkerbundes in Britannien steht. Als Dean Acheson und George Kennan die Grundlagen für die US-amerikanische Politik des Kalten Kriegs legten, bestätigten sie die Verdienste von Reinhold Niebuhr, dessen Erneuerung einer pessimistischen Augustinianischen Sicht der menschlichen Natur die optimistische Lock'sche Sicht herausforderte, wie sie der amerikanischen Natur eigentümlich ist. Der von Krasner gewählte Angriffspunkt ist der "Lock'sche Liberalismus", den er dafür verantwortlich macht, die rationale Verteidigung der nationalen Interessen der USA unterminiert zu haben.

von Hobbes im siebzehnten Jahrhundert. Jedes der Argumente beruht auf unterschiedlichen Ansichten über das Wesen des Menschen, des Staates und des zwischenstaatlichen Systems. Eine Alternative, die die Möglichkeit eröffnet, die Entgegensetzung von sich wechselseitig ausschließenden Konzepten zu überwinden, zeigte ein Neapolitaner des achtzehnten Jahrhunderts auf. Nach Giambattista Vico sollte über die Natur des Menschen und der menschlichen Institutionen (unter diesen finden sich auch der Staat und das zwischenstaatliche System) nicht in Begriffen unwandelbarer Substanzen nachgedacht werden, sondern eher in Gestalt einer fortwährenden Schaffung neuer Formen. Wo der Neo-Realismus, in der Dualität von Kontinuität und Wandel, die Kontinuität hervorhebt, betont die Perspektive Vicos den Wandel; denn wie Vico schrieb, "... ist diese Welt der Nationen zweifelsohne durch Menschen geschaffen worden, und ihre Gestalt ist deshalb im Rahmen der Veränderungen unserer eigenen menschlichen Denkweise zu ergründen."¹²

Dies ist nicht als Stellungnahme für einen radikalen Idealismus zu verstehen (wonach die Welt durch den Geist geschaffen ist). Für Vico waren die sich immerfort wandelnden Formen des Denkens durch einen Komplex sozialer Beziehungen gestaltet, in deren Genese der Klassenkampf, wie später auch für Marx, eine grundlegende Rolle spielte. Das Denken ist demnach der Faden, der die Gegenwart mit der Vergangenheit verbindet, und ein Mittel, um die sich wandelnden Formen der sozialen Realität zu erkennen. Die menschliche Natur (die Modifikationen des Denkens) und die menschlichen Institutionen sind folglich identisch mit der menschlichen Geschichte; sie sind in einer genetischen und nicht in einer wesensmäßigen Terminologie (wie im Neo-Realismus) oder in einer teleologischen Begrifflichkeit (wie im Funktionalismus) zu verstehen. Man kann in dieser Perspektive den Menschen und den Staat nicht vollkommen von der Geschichte ablösen, um deren Substanz oder Wesen als der Geschichte *vorgängig* zu definieren, so daß die Geschichte nichts als die Abfolge von Wirkungen und Manifestationen dieser Substanzen ist. Eine angemessene Studie der menschlichen Angelegenheiten sollte dazu in der Lage sein, beides zu enthüllen, sowohl den Zusammenhang zwischen dem Denken und den für unterschiedliche Zeiten charakteristischen Institutionen, als auch den Prozeß, durch den ein solch kohärentes Muster – das wir als historische Struktur bezeichnen können – einem anderen nachfolgt. Vicos Vorhaben – heute würden wir es als Sozialwissenschaft bezeichnen – bestand nun darin, zu einem "Wörterbuch des Denkens" oder einem Satz allgemeiner Konzepte vorzustoßen, mit Hilfe dessen man in der Lage ist, die Prozesse einer "idealen immerwährenden Geschichte" zu begreifen oder das, was für die Sequenz des Wandels, den die menschliche Natur und die Institutionen durchlaufen, möglichst generell und allgemein gilt.¹³ Er kritisierte dabei die "Selbstgefälligkeit von Wissenschaftlern", davon auszugehen, daß das, "was sie wissen, so

¹² *The New Science of Giambattista Vico*, übersetzt aus der dritten Edition von Thomas Goddard Bergin und Max Harold Fisch (Ithaka und London: Cornell University Press, 1970), S. 62, Paragraph 349.

¹³ Ebd., S. 6., Paragraph 35; S. 22, Paragraph 145; S. 25, Paragraph 161; S. 62, Paragraph 349.

alt wie die Welt ist" als Irrtum. Dieser bestand darin, von einer Denkweise, die einer besonderen geschichtlichen Phase (und daher einer besonderen Struktur sozialer Beziehungen) zuzurechnen ist, anzunehmen, universell gültig zu sein.¹⁴ Dies ist nun aber der Irrtum des Neo-Realismus und allgemeiner betrachtet, die brüchige Grundlage aller Problem-Lösungs-Theorien. Natürlich wird hierdurch, innerhalb ihrer ideologischen Grenzen, die praktische Nützlichkeit des Neo-Realismus und der Problem-Lösungs-Theorien nicht bestritten. Im Unterschied zu diesen folgt der Ansatz Vicos jedoch den Absichten der kritischen Theorie.

Wie bezieht sich nun der Marxismus auf diese Methode oder Annäherung an eine Theorie der Weltordnung? Zunächst einmal ist es unmöglich, den Marxismus als eine einheitliche Denkströmung zu betrachten ohne die Gefahr einer ernsthaften Konfusion zu erzeugen. Für unsere Zwecke ist es notwendig, analog der beiden Zweige des alten und des neuen Realismus zwei voneinander abweichende marxistische Strömungen zu unterscheiden. So gibt es einen Marxismus, der historisch argumentiert und der versucht, den Wandel der sozialen Beziehungen ebenso zu erklären wie auch voranzutreiben; und es gibt auch einen Marxismus, der als analytischer Rahmen des kapitalistischen Staates und der Gesellschaft entworfen wurde und auf historisches Wissen nur zurückgreift, um zu einer eher statischen und abstrakten Konzeptionalisierung der Produktionsweise zu gelangen. Den ersten sollten wir mit dem Namen, den er sich selbst gegeben hat, bezeichnen: als historischen Materialismus. Er findet sich ebenso in den historischen Arbeiten von Marx wie in denen zeitgenössischer marxistischer Historiker wie Eric Hobsbawm und im Denken Gramscis. Er beeinflusste auch einige derer, die nicht im strikten Sinne als Marxisten betrachtet werden (oder sich selbst so betrachten), wie viele der französischen, mit der *Annales-Schule* assoziierte Historiker. Der zweite wird durch den sogenannten strukturalen Marxismus von Althusser und Poulantzas repräsentiert ("sogenannt", um zwischen seinem Verständnis von "Struktur" und dem diesem Essay zugrunde liegenden Konzept der historischen Struktur zu unterscheiden) und erscheint für gewöhnlich in Form einer Exegese des *Kapitals* und anderer geheiligter Texte. Der strukturale Marxismus teilt einige Charakteristika mit dem neo-realistischen Problem-Lösungs-Ansatz wie z.B. die ahistorische, essentialistische Epistemologie, allerdings nicht die Präzision im Umgang mit Statistiken oder die praktische Anwendbarkeit auf konkrete Probleme, da er weitgehend in der Untersuchung abstrakter Begriffe verharrt. Doch in dieser Ausprägung soll uns der Marxismus hier nicht interessieren. Anders verhält es sich hingegen mit dem historischen Materialismus, der eine der ersten Quellen kritischer Theorie darstellt und der den Neo-Realismus in vier wichtigen Punkten korrigiert.

Der erste Punkt betrifft die Dialektik. Dieser Begriff war wie der des Marxismus dazu geeignet, eine Vielzahl nicht immer miteinander vereinbarer Bedeutungen auszu-

¹⁴ Ebd., S. 19, Paragraph 127.

drücken, weswegen sein Gebrauch eine Definition nötig macht. Er wird hier auf zwei Ebenen verwandt: der Ebene der Logik und der Ebene der Realgeschichte. In logischer Hinsicht meint er einen Dialog, der durch die Untersuchung von Widersprüchen die Wahrheit sucht.¹⁵ Ein Aspekt hiervon ist, daß Konzepte fortwährend mit der Realität, die sie darstellen sollen, konfrontiert und der sich permanent wandelnden Realität angepaßt werden. Ein anderer Aspekt, der zur Methode der Konzeptanpassung gehört, ist die Erkenntnis, daß jede Behauptung, die die Realität betrifft, implizit auch ihr Gegenteil enthält und daß beide, die Behauptung und ihr Gegenteil, sich nicht wechselseitig ausschließen, sondern ein gewisses Maß der gesuchten Wahrheit miteinander teilen, einer Wahrheit im übrigen, die stets in Bewegung und niemals definitiv abgeschlossen ist. Auf der Ebene der Realgeschichte, ist die Dialektik das Potential für alternative Entwicklungen, das sich in konkreten historischen Situationen aus der Konfrontation entgegengerichteter sozialer Kräfte ergibt.

Beide, der Realismus wie der historische Materialismus, richten ihre Aufmerksamkeit auf den Konflikt. Der Neo-Realismus betrachtet den Konflikt als einen den menschlichen Verhältnissen inhärenten, konstanten Faktor, der dem machthungrigen Wesen der menschlichen Natur direkt entspringt. Politisch entspricht dies einer permanenten Machtverschiebung zwischen den Spielern eines Null-Summen-Spiels, das stets nach den eigenen angestammten Regeln gespielt wird. Der historische Materialismus sieht im Konflikt hingegen den Prozeß einer fortwährenden Neugestaltung der menschlichen Natur und die Herausbildung von neuen Mustern sozialer Beziehungen, die die Spielregeln selbst verändern und aus denen – wenn der historische Materialismus seiner eigenen Logik und Methode treu bleibt – letztlich wieder neue Konfliktformen zu erwarten sind. Mit anderen Worten, der Neo-Realismus betrachtet den Konflikt als eine immer wiederkehrende Folge einer dauerhaften Struktur, während der historische Materialismus den Konflikt als eine mögliche Ursache des sozialen Wandels in den Blick nimmt.

Zweitens, durch seine Konzentration auf den Imperialismus ergänzte der historische Materialismus die horizontale Dimension der zwischenstaatlichen Konkurrenz, der sich der Neo-Realismus beinahe ausschließlich zuwandte, durch eine vertikale Machtdimension. In der globalen politischen Ökonomie bezieht sich diese Dimension auf das Verhältnis von Herrschaft und Unterordnung zwischen Metropole und Hinterland, zwischen Zentrum und Peripherie.

Drittens, der historische Materialismus erweitert die realistische Perspektive, indem er sich mit dem Verhältnis von Staat und bürgerlicher Gesellschaft befaßt. Marxisten wie Nicht-Marxisten lassen sich in solche unterteilen, die den Staat als bloßen Ausdruck der partikularen Interessen in der bürgerlichen Gesellschaft betrachten, und

¹⁵ Zur Unterscheidung zwischen einer dialektischen und eristischen Begründung vgl. z.B. R. G. Collingwood's, *The New Leviathan* (Oxford: Oxford University Press, 1942). Collingwood erinnert an die griechischen Ursprünge der Dialektik und überläßt es uns, anhand des "Diamat" den theologischen Marxismus zu bewerten.

jene, die den Staat als eine autonome Kraft ansehen, die eine Form des allgemeinen Interesses zum Ausdruck bringt. Für Marxisten ist dies das allgemeine Interesse des Kapitalismus, im Unterschied zum besonderen Interesse der Kapitalisten. Gramsci stellt den historischen Materialismus, der die Wirksamkeit von ethischen und kulturellen Antrieben des politischen Handelns anerkennt (auch wenn er sie immer zur ökonomischen Sphäre in Beziehung setzt), dem gegenüber, was er als historischen Ökonomismus bezeichnete oder die Reduktion von allem auf technologische und materielle Interessen.¹⁶ Die neo-realistische Theorie in den USA kehrte zurück zur Beziehung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft, obwohl sie die bürgerliche Gesellschaft als eine Einschränkung des Staates und als eine durch partikulare Interessen auferlegte Begrenzung der *Staatsräson* behandelte, der von der bürgerlichen Gesellschaft als unabhängig wahrgenommen und definiert wurde.¹⁷ Im Denken Gramscis enthält das Verständnis einer wechselseitigen Beziehung von Struktur (die ökonomischen Verhältnisse) und Überbau/Superstruktur (die ethisch-politische Sphäre) das Potential dafür, die Komplexe von Staat und Gesellschaft als konstituierende Einheiten einer Weltordnung zu betrachten und die besonderen historischen Formen zu erklären, die diese Komplexe annehmen.

Viertens konzentriert sich der historische Materialismus auf den Produktionsprozeß als ein entscheidendes Element, um die besondere historische Form zu erklären, die ein Komplex von Staat und Gesellschaft annimmt. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die sowohl den gesellschaftlichen Wohlstand als auch die staatlichen Kapazitäten dafür bereitstellt, außenpolitische Macht zu mobilisieren, vermittelt sich über die Machtbeziehungen zwischen denen, die die Aufgaben der Produktion kontrollieren und denen, die sie ausüben. Der politische Konflikt und das staatliche Handeln sorgen entweder dafür, diese Machtbeziehungen der Produktion aufrecht zu erhalten, oder ihren Wandel zuwege zu bringen. Der historische Materialismus

¹⁶ Antonio Gramsci, *Selections from the Prison Notebooks*, herausgegeben und übersetzt von Quintin Hoare und Geoffrey Nowell Smith (New York: International Publishers, 1971), vor allem S. 158-168. Die vollständige kritische italienische Ausgabe *Quaderni del carcere* (Torino: Einaudi editore, 1975) enthält zu diesem Punkt weitere Passagen, z.B. S. 471, 1321, 1492. Gramsci betrachtete Ideen, Politik und Ökonomie als wechselseitig aufeinander bezogen, jeweils ineinander überführbar und verschmolzen in einem *blocco storico*. "In einem bestimmten Sinn ist der historische Materialismus", so schrieb er, "mithin eine Reform und eine Entwicklung des Hegelianismus, er ist die von jedem einseitigen und fanatischen ideologischen Element befreite Philosophie, er ist das volle Bewußtsein der Widersprüche, in denen der Philosoph selbst, individuell oder als ganze gesellschaftliche Gruppe genommen, die Widersprüche nicht nur begreift, sondern sich selbst als Element des Widerspruchs setzt und dieses Element zum politischen Prinzip und dem des Handelns erhebt" (Kritische Gesamtausgabe der Gefängnishefte: Gramsci, Antonio, Gefängnishefte, herausgegeben von Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle, Hefte 4-5, Band 3, Hamburg 1992, S. 510). (Zu Gramscis Auseinandersetzung mit dem "Ökonomismus", vgl. Band 6 dieser Ausgabe ("Philosophie der Praxis") (d.Ü.)).

¹⁷ So in Krasner, a.a.O. und Peter Katzenstein (ed.), *Beyond Power and Plenty. Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States* (Madison, Wisconsin: University of Wisconsin Press, 1978). Die Vereinigten Staaten werden von diesen Autoren als ein, bezogen auf die Stärke der bürgerlichen Gesellschaft (oder vor allem hinsichtlich der Interessen in der bürgerlichen Gesellschaft) verhältnismäßig schwacher Staat dargestellt, während andere Staaten, z.B. Japan oder Frankreich, im Verhältnis zu ihren Gesellschaften stärker sind. Im Fall der USA wird die bürgerliche Gesellschaft somit als Beschränkung der staatlichen Effektivität gesehen.

untersucht die Verbindungen zwischen der Macht in der Produktion, der Macht im Staat und der Macht in den internationalen Beziehungen. Im Unterschied hierzu hat der Neo-Realismus den Produktionsprozeß praktisch ignoriert. An diesem Punkt läßt sich die Problem-Lösungs-Vorliebe des Neo-Realismus vom kritischen Ansatz des historischen Materialismus am klarsten unterscheiden. Implizit akzeptiert der Neo-Realismus den Produktionsprozeß und die ihm inhärenten Machtbeziehungen als ein gegebenes Element des nationalen Interesses und daher als einen Bestandteil seiner Parameter. Der historische Materialismus zeigt sich hingegen aufgeschlossen gegenüber den dialektischen Möglichkeiten des Wandels in der Produktionssphäre, über die auch die anderen Sphären, z.B. die des Staates und der Weltordnung, beeinflußt werden können.

Um einen kritischen Ansatz für eine Theorie der Weltordnung zu unterbreiten, wurden in der bisherigen Diskussion zunächst zwei Arten der Theoriebildung unterschieden. Einige der grundlegenden Prämissen einer solchen kritischen Theorie lassen sich nun neu formulieren:

1. das Bewußtsein dafür, daß das Handeln niemals vollkommen frei ist, sondern innerhalb eines Handlungsrahmens stattfindet, der seine eigene Problemstellung konstituiert. Die kritische Theorie beginnt mit diesem Rahmen, was gleichbedeutend damit ist, mit einer historischen Untersuchung anzufangen oder einer Würdigung der menschlichen Erfahrungen, durch die das Bedürfnis nach Theorie veranlaßt ist;¹⁸
2. die Erkenntnis, daß nicht nur das Handeln, sondern auch die Theorie durch die Problemstellung beeinflußt ist. Die kritische Theorie ist sich ihrer eigenen Relativität bewußt, kann durch dieses Bewußtsein aber auch einen weiteren Zeithorizont überblicken und ist hierdurch letztlich weniger unbestimmt als die Problem-Lösungs-Theorie. Die kritische Theorie weiß, daß die Aufgabe der Theoriebildung niemals innerhalb eines abgeschlossenen Systems beendet sein kann, sondern kontinuierlich von neuem zu beginnen hat;
3. der Handlungsrahmen wandelt sich im Laufe der Zeit, und ein grundlegendes Ziel der kritischen Theorie ist es, diesen Wandel zu verstehen;
4. dieser Handlungsrahmen nimmt die Form einer historischen Struktur an, d.h. einer besonderen Kombination von Denkmustern, materiellen Bedingungen und menschlichen Institutionen, deren Elemente untereinander über eine gewisse

¹⁸ Die Bedeutung eines Handlungsrahmens erinnert an das, was Machiavelli *Necessità* nannte, einen Sinn dafür, daß die Bedingungen der Existenz ein Handeln erfordern, um eine Form der sozialen Ordnung zu schaffen oder zu erhalten. Die *Necessità* erzeugt beides, die Möglichkeit einer neuen Ordnung und all die Risiken, die dem Versuch, die bestehende Ordnung zu verändern, inhärent sind. "(V)on jeher begrüßen einige Männer die neuen Gesetze, die eine neue Staatsordnung festlegen, solange für sie aufgrund von Notwendigkeiten klar ist, daß ein Bedürfnis für solche Gesetze besteht; da eine solche Notwendigkeit nicht ohne Gefahr entstehen kann, kann der Staat leicht zerstört werden, bevor die neue Ordnung vervollständigt ist." Niccolò Machiavelli, *The Discourses* (ed.) Bernard Crick (Harmondsworth, Middlesex: Penguin Books, 1970), S. 105-106.

Kohärenz verfügen. Diese Strukturen bestimmen das Handeln der Menschen keineswegs in irgend einem mechanischen Sinne, sie konstituieren jedoch den Kontext der Gewohnheiten, Zwänge, Erwartungen und Einschränkungen, innerhalb derer das Handeln erfolgt;

5. der Rahmen oder die Struktur des Handelns läßt sich nicht aus einer top-down Perspektive und mit Blick auf die Gleichgewichts- oder Reproduktionserfordernisse erschließen (was schnell zurück zur Problem-Lösung führen würde). Sie sollten vielmehr aus einer Perspektive untersucht werden, die von unten oder von außen den Blick auf die entstehenden Konflikte und die sich bietenden Möglichkeiten ihrer Transformation richtet.¹⁹

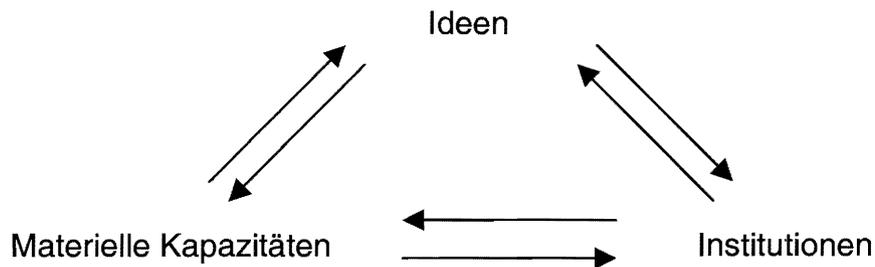
Der Handlungsrahmen: historische Strukturen

Sehr abstrakt verstanden, zielt die Bedeutung eines Handlungsrahmens oder einer historischen Struktur auf ein Bild einer besonderen Kräftekonfiguration. Diese Konfiguration bestimmt die Handlungen nicht auf direkte, mechanische Weise, sondern errichtet Zwänge und Einschränkungen. Individuen und Gruppen mögen sich im Einklang mit den Zwängen bewegen, oder sie ablehnen und ihnen widerstehen, sie können sie jedoch nicht ignorieren. In dem Maße, wie sie einer vorherrschenden historischen Struktur erfolgreich widerstehen, stützen sie ihr Handeln auf eine alternative, aufsteigende Konfiguration von Kräften, eine rivalisierende Struktur.

In einer Struktur interagieren drei Kategorien von Kräften (im Sinne von Potentialen): materielle Kapazitäten, Ideen und Institutionen. Zwischen diesen dreien besteht kein einseitiger Determinismus; die Beziehungen sind als reziprok anzunehmen. Die Frage, in welcher Weise sich die Kräftelinien bewegen, ist dabei immer eine historische Frage, die nur durch die Untersuchung des besonderen Falles beantwortet werden kann.

¹⁹ Stanley Hoffmann schrieb diesbezüglich: "In Amerika geboren und aufgewachsen, sitzt die Disziplin der internationalen Beziehungen, gewissermaßen zu nah am Feuer. Sie braucht die dreifache Distanz: Sie sollte sich von der zeitgenössischen Welt in Richtung der Vergangenheit bewegen; von der Perspektive der Supermacht (und zudem einer sehr konservativen), zu einer der Schwachen und der Revolutionäre – weit ab vom unmöglichen Streben nach Stabilität; vom Gleitflug in die politische Wissenschaft, zurück zum steilen Aufstieg zu den Gipfeln, die jene Fragen repräsentieren, die von der traditionellen politischen Philosophie gestellt werden." In "An American Social Science: International Relations". Daedalus, vol. 106, no. 3 (Summer 1977), S. 89.

Schaubild 1



Die materiellen Kapazitäten bergen in sich produktive und destruktive Potentiale. In ihrer dynamischen Form existieren sie als technologische und organisatorische Kapazitäten, und in ihrer akkumulierten Form als natürliche, durch Technologie umwandelbare Ressourcen wie Investitionsbestände (z.B. Industrien und Ausrüstungslager) und das Vermögen, deren Einsatz bestimmen zu können.

Ideen sind gemeinhin von zweierlei Art. Die eine Art setzt sich aus intersubjektiven Überzeugungen oder den geteilten Auffassungen über die Natur sozialer Beziehungen zusammen, die die Gewohnheiten und Verhaltenserwartungen tendenziell perpetuieren.²⁰ Beispiele von intersubjektiven Überzeugungen sind in der derzeitigen Weltpolitik die Vorstellungen, daß die Menschen von Staaten organisiert und beherrscht werden, die innerhalb abgesteckter Territorien die Amtsgewalt haben; daß Staaten über diplomatische Akteure zueinander in Verbindung treten; daß gewisse Regeln, die zum Schutz der diplomatischen Akteure beantragt werden, im gemeinsamen Interesse aller Staaten sind; und daß, wenn zwischenstaatliche Konflikte entstehen, gewisse Verhaltensweisen zu erwarten sind, wie Verhandlung, Konfrontation oder Krieg. Auch wenn diese Auffassungen lange Zeitperioden überdauern, sind sie historisch bedingt. Die Realitäten der Weltpolitik haben sich nicht immer in genau dieser Form dargestellt und mögen dies auch zukünftig nicht tun. Es ist jedoch möglich, die Ursprünge derartiger Ideen aufzuspüren und auch Symptome ihrer Schwächung zu entdecken.²¹

Die andere, für eine historische Struktur bedeutsame Art von Ideen sind von unterschiedlichen Personengruppen vertretene kollektive Vorstellungen über die soziale Ordnung. Hierunter fallen die voneinander abweichenden Sichtweisen über das We-

²⁰ Zu den intersubjektiven Überzeugungen vgl. Charles Taylor, "Hermeneutics and Politics", in Paul Connerton (ed.) *Critical Sociology* (Harmondsworth, Middlesex: Penguin Books, 1965), Kap. VI. Relevant ist auch Peter L. Berger und Thomas Luckman, *The Social Construction of Reality* (Harmondsworth, Middlesex: Penguin, 1971).

²¹ C. Taylor, a.a.O., zeigt auf, daß die Erwartungen in der heutigen Welt in bezug auf das ausgehandelte Verhalten kulturell differenziert sind. Garrett Mattingly, *Renaissance Diplomacy* (London: Cape, 1955) erforschte die Ursprünge der in diesen Abschnitt umrissenen Ideen, die dem modernen Staatensystem eigentümlich sind.

sen und die Legitimität der vorherrschenden Machtbeziehungen wie auch das Verständnis von Gerechtigkeit und öffentlichem Wohl usw. Während die intersubjektiven Überzeugungen innerhalb einer besonderen historischen Struktur gemeinhin weit verbreitet sind und die gemeinsame Grundlage des sozialen Diskurses (den Konflikt mit eingeschlossen) konstituieren, sind die kollektiven Vorstellungen eher verschieden und entgegengesetzt.²² Der Widerstreit konkurrierender kollektiver Vorstellungen gibt einen Einblick in das Potential alternativer Entwicklungspfade und fragt, welche denkbaren materiellen und institutionellen Grundlagen erforderlich sind, um eine alternative Struktur zu errichten.

Die Institutionalisierung ist ein Mittel, um eine besondere Ordnung zu stabilisieren und aufrecht zu erhalten. Institutionen reflektieren die zur Zeit ihrer Entstehung vorherrschenden Machtbeziehungen und neigen zumindest anfänglich dazu, die mit diesen Machtbeziehungen übereinstimmenden kollektiven Vorstellungen zu bestärken. Später führen sie schließlich ihr eigenes Leben; sie können entweder zum Schlachtfeld einander widersprechender Tendenzen werden, oder dazu anregen, daß konkurrierende Institutionen geschaffen werden, die abweichende Tendenzen widerspiegeln. Als besondere Mischungen von Ideen und materieller Macht beeinflussen die Institutionen ihrerseits die Entwicklung der Ideen und materiellen Kapazitäten.

Zwischen der Institutionalisierung und dem, was Gramsci als Hegemonie bezeichnete, besteht eine enge Verbindung. Die Institutionen stellen die Möglichkeiten bereit, die internen Konflikte zu regulieren, um die Gewaltanwendung zu minimieren. (Natürlich mögen sie auch das Vermögen maximieren, extern Gewalt anzuwenden, wir betrachten hier jedoch nur die sich unter dem institutionellen Dach abspielenden internen Konflikte.) Den materiellen Machtbeziehungen, die einer Struktur unterliegen, ist ein Durchsetzungspotential eingeschrieben, das es den Stärkeren, wenn sie es für nötig erachten, ermöglicht, die Schwächeren zu zermalmen. Der Zwang muß jedoch nicht benutzt werden, um die Dominanz der Stärkeren derart zu sichern, daß die Schwächeren die vorherrschenden Machtbeziehungen als legitim akzeptieren. Dies mag nur dann geschehen, wenn die Stärkeren ihre Mission als hegemonial und nicht einfach als dominant oder diktatorisch betrachten, d.h. wenn sie dazu bereit sind, Zugeständnisse zu machen, die sicherstellen, daß ihre Führung seitens der Schwächeren gebilligt wird, und wenn sie dazu in der Lage sind, die Führung in Begriffen eines universellen oder allgemeinen Interesses auszudrücken, anstatt nur als Sicherung ihrer eigenen partikularen Interessen.²³ Die Institutionen mögen, insofern

²² Kollektive Vorstellungen sind nicht Aggregationen fragmentierter individueller Meinungen, wie sie in Übersichten zusammengestellt sind; sie sind kohärente geistige Typisierungen, in denen die Weltansicht von spezifischen Gruppen zum Ausdruck kommt, die eventuell durch die Arbeit von Historikern und Soziologen rekonstruiert wird, so z.B. Max Webers Rekonstruktion von Formen des religiösen Bewußtseins.

²³ Gramscis grundsätzliche Verwendung des Hegemoniekonzepts bezog sich auf die Verhältnisse zwischen sozialen Klassen, z.B. um die Unfähigkeit der italienischen industriellen Bourgeoisie zu erklären, nach der Vereinigung Italiens ihre Hegemonie zu etablieren, und um die Aussichten der italienischen Industriear-

sie sich selbst für die Repräsentation der unterschiedlichen Interessen wie auch für die Universalisierung der Politik eignen, eine solche hegemoniale Strategie verankern.

Gewöhnlich ist es möglich, zwischen hegemonialen und nicht-hegemonialen Strukturen zu unterscheiden, gleichsam zwischen jenen, in denen sich die Machtbasis der Strukturen im Unbewußten tendenziell verflüchtigt, und jenen, in denen die Verwaltung von Machtbeziehungen stets im Vordergrund steht. Hegemonie läßt sich allerdings nicht auf die institutionelle Dimension reduzieren. Man muß sich davor hüten, nur die Institutionen zu beachten und die Veränderungen in den materiellen Kräfteverhältnissen oder die aufscheinende ideologische Herausforderung einer vorherrschenden Ordnung gleichzeitig zu verdecken. Sollten die Institutionen mit diesen oder anderen Aspekten der Realität nicht mehr übereinstimmen, so unterminiert dies auch ihre Wirksamkeit als Medium der Konfliktregulierung (und damit auch ihre hegemoniale Funktion). Sie sollten somit als ein Ausdruck von Hegemonie, nicht aber als mit dieser identisch verstanden werden.

Die Methode der historischen Strukturen ist der Ausdruck dessen, was als begrenzte Totalität bezeichnet werden kann. So repräsentieren sie keineswegs die gesamte Welt, sondern eher eine besondere Sphäre des menschlichen Handelns in ihrer historisch verorteten Totalität. Das *ceteris paribus* Problem, durch das die Problemlösungs-Theorie aufgrund der Annahme vollkommener Unveränderlichkeit widerlegt wird, wird umgangen, indem die historischen Strukturen und ihre Handlungssphären nebeneinander gestellt und aufeinander bezogen werden. Dialektisch ist dies insofern, als erstens die Definition einer besonderen Struktur nicht aus dem abstrakten Modell eines sozialen Systems oder einer Produktionsweise hergeleitet wird, sondern aus der Analyse der historischen Situation, auf die sie sich bezieht, und als zweitens nach der Entstehung konkurrierender Strukturen Ausschau gehalten wird, die alternative Entwicklungsmöglichkeiten ausdrücken. Die drei in Schaubild 1 dargestellten Einflußfaktoren sind heuristischer Natur und keine Kategorien mit von vornherein festgelegten hierarchischen Beziehungen. Historische Strukturen operieren als Kontrastmodelle: Wie Idealtypen liefern sie, in einer logisch kohärenten Form,

beiter zu überprüfen, gegenüber der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie hegemonial zu werden, um einen neuen *blocco storico* (historischen Block) zu schaffen – ein Begriff, der in Gramscis Schriften im allgemeinen mit der Bedeutung dessen korrespondiert, was in diesem Essay historische Struktur genannt wird. Der "Hegemonie"-Begriff in Gramscis Schriften ist eng mit den Debatten in der internationalen kommunistischen Bewegung über die revolutionäre Strategie verknüpft und wird in dieser Verbindung insbesondere auf Klassen angewendet. Die Form des Konzepts leitet sich allerdings von der Rezeption Machiavellis her und ist nicht auf Klassenbeziehungen beschränkt, sondern hat vielmehr ein umfassendes Anwendungspotential. Gramscis Neuausrichtung der Ideen Machiavellis auf die Realität der ihm bekannten Welt war eine dialektische Übung im oben definierten Sinne. Es ist demnach eine angemessene Fortsetzung seiner Methode, wenn versucht wird, wie hier vorgeschlagen, das Konzept auf die Strukturen der Weltordnung anzuwenden. Für Gramsci wie für Machiavelli ist die grundsätzliche, der Hegemonie innewohnende Frage die nach dem Wesen der Macht. Die Macht ist dabei ein Centaure, halb Mensch und halb Tier, eine Kombination von Zwang und Konsens. Vgl. Machiavelli, *The Prince*, Norton Critical Edition (ed.) Robert M. Adams (New York: W. W. Norton, 1977), S. 49-50; Gramsci, *Selections*, a.a.O., S. 169-170.

eine vereinfachte Darstellung einer komplexen Realität und eine Formel von Entwicklungstendenzen, deren Gebrauch zeitlich und räumlich begrenzt ist und die weniger voll ausgebildete Entwicklungen erfaßt.

Im Sinne der hier entfaltenen Diskussion läßt sich die Methode historischer Strukturen auf drei Handlungsebenen oder -sphären herunterbrechen: (1) auf die Produktionsorganisation, insbesondere im Hinblick auf die *sozialen Kräfte*, die durch den Produktionsprozess erzeugt werden; (2) auf die *Formen des Staates*, wie sie aus der Untersuchung des Komplexes von Staat und Gesellschaft hergeleitet werden; und (3) auf *Weltordnungen*, d.h. die besonderen Kräfte-Konfigurationen, die in der Folge für das Ensemble der Staaten das Grundproblem von Krieg oder Frieden definieren. Jede dieser Ebenen kann als eine Abfolge von dominanten und neuen konkurrierenden Strukturen untersucht werden.

Alle drei Ebenen sind miteinander verwoben. Veränderungen in der Produktionsorganisation erzeugen neue soziale Kräfte, die ihrerseits einen Wandel der staatlichen Strukturen herbeiführen; und die Verallgemeinerung des Wandels von Staatsstrukturen verändert die Problemstellungen der Weltordnung. E. H. Carr argumentierte z.B., daß in den westlichen Staaten des späten neunzehnten Jahrhunderts die Hinwendung zum ökonomischen Nationalismus und Imperialismus (einer neuen Form des Staates) über die partizipatorische Inkorporierung der Industriearbeiter (einer neuen sozialen Kraft) akzentuiert wurde, was seinerseits zu einer Fragmentierung der Weltwirtschaft und einer stärker konfliktorischen Phase der internationalen Beziehungen führte (die neue Struktur der Weltordnung).²⁴

Die Beziehungen zwischen den drei Ebenen laufen allerdings nicht einfach nur in eine Richtung. Wie die Wirkungen des expansiven Kapitalismus des neunzehnten Jahrhunderts, mit Blick auf die Entwicklung der staatlichen Strukturen sowohl im Zentrum als auch in der Peripherie, aufzeigte (*les bourgeois conquérants*)²⁵, beeinflussten transnationale soziale Kräfte die Staaten auch über die Weltstruktur. Die besonderen Strukturen der Weltordnung wirken sich auf die Formen aus, die die Staaten annehmen: Der Stalinismus war zumindest teilweise eine Antwort auf das Gefühl der existenziellen Bedrohung des sowjetischen Staates durch eine feindliche Weltordnung; in den Ländern des Zentrums rechtfertigt der militärisch-industrielle Komplex heutzutage seinen Einfluß, indem er auf die konfliktgeladenen Verhältnisse der Weltordnung verweist; und die Verbreitung des repressiven Militarismus in den Ländern der Peripherie kann sowohl durch die äußere Unterstützung durch den Imperialismus als auch durch eine besondere Verbindung interner Kräfte erklärt werden. Die Formen des Staates beeinflussen durch die Art der Herrschaftsausübung die

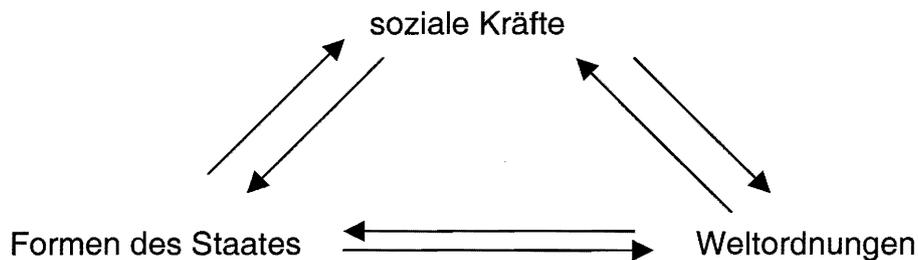
²⁴ E. H. Carr, *Nationalism and After* (London: Macmillan, 1945).

²⁵ Charles Morazé, *Les bourgeois conquérants* (Paris: Colin, 1957).

Entwicklung der sozialen Kräfte, indem sie z.B. das eine Klasseninteresse fördern und das andere durchkreuzen.²⁶

Für sich genommen können die sozialen Kräfte, die Staatsformen und die Weltordnungen in einer ersten Annäherung als ganz bestimmte Konfiguration von materiellen Kapazitäten, Ideen und Institutionen dargestellt werden (wie in Schaubild 1). Werden sie in ihrer Beziehung zueinander betrachtet, und das führt in die Richtung einer umfassenderen Darstellung des historischen Prozesses, scheint jede Ebene die anderen mit einzuschließen und deren Einflüsse in sich zu tragen (wie in Schaubild 2).²⁷

Schaubild 2



Hegemonie und Weltordnungen

Wie sind diese wechselseitigen Beziehungen in der gegenwärtigen historischen Situation nun zu verstehen? Welche der verschiedenen Beziehungen sind besonders aufschlußreich? Ein historisches Verständnis der Konzepte legt nahe, daß die entscheidenden Beziehungen in den aufeinanderfolgenden Perioden nicht unbedingt die gleichen sein müssen, nicht einmal innerhalb der post-westfälischen Ära, in der der Begriff des "Staaten-Systems" eine besondere Bedeutung hat. Der hier umrissene Ansatz einer kritischen Theorie der Weltordnung gewinnt damit die Form einer zusammenhängenden Reihe historischer Hypothesen.

Der Neo-Realismus legt den Schwerpunkt auf Staaten, die auf die Dimension materieller Gewalt reduziert werden. In ähnlicher Weise reduziert er auch die Strukturen

²⁶ Eine neuere Diskussion des reziproken Charakters dieser Beziehungen findet sich in Peter A. Gourewitch, "The Secon Image Reversed", *International Organization* (Vol. 32, No. 4, Autumn 1978), S. 888-911.

²⁷ Zusammen mit Jeffrey Harrod beschäftigte ich mich in einer Studie, die die unterschiedlichen Muster der Machtbeziehungen im Produktionsprozeß zunächst als unterschiedliche historische Strukturen untersuchte, um dann die unterschiedlichen Staatsformen und die globale politische Ökonomie in den Blick zu nehmen, mit den Produktionsverhältnissen im Weltmaßstab. Zum Verständnis der Existenz der unterschiedlichen Muster der Produktionsverhältnisse und der zwischen ihnen bestehenden Hierarchie, ist es unerlässlich, die beiden letztgenannten Ebenen mit zu berücksichtigen. Um den historischen Prozeß zu erklären, kann man allerdings genau so gut die Staatsformen und die Weltordnungen zum Ausgangspunkt wählen und sich anschließend erst dazu gezwungen sehen, die anderen Ebenen einzubringen.

der Weltordnung auf ein Machtgleichgewicht bzw. eine Konfiguration materieller Kräfte. Da er die sozialen Kräfte im allgemeinen als irrelevant vernachlässigt, befaßt er sich nicht so sehr mit den unterschiedlichen Formen des Staates (nur insofern, wie "starke Gesellschaften" in liberalen Demokratien möglicherweise die staatliche Gewaltanwendung behindern oder partikulare Interessen über das nationale Interesse stellen) und neigt dazu, die normativen und institutionellen Aspekte der Weltordnung zu vernachlässigen.

Ein Versuch, die neo-realistische Perspektive zu erweitern, um auch die unterschiedliche Autorität der internationalen Normen und Institutionen zu erfassen, ist die Theorie der "hegemonialen Stabilität", die, so Robert Keohane, "daran festhält, daß hegemoniale, von einem einzigen Land dominierte Machtstrukturen für die Entwicklung starker internationaler Regime mit verhältnismäßig präzisen und wohlbefolgten Regeln am zuträglichsten sind."²⁸ Die klassischen Beispiele der von Keohane diskutierten Theorie sind die *pax britannica* Mitte des neunzehnten Jahrhunderts und die *pax americana* in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Bestätigt wird die Theorie anscheinend dadurch, daß parallel zum relativen Abstieg der britischen Staatsmacht seit dem späten neunzehnten Jahrhundert auch die damals geltenden Ordnungsnormen immer weniger befolgt wurden. Die Vertreter dieser Theorie beobachteten seit den frühen 1970er Jahren nun auch eine nachlassende Befolgung der Normen der Nachkriegsordnung und bringen dies in Zusammenhang mit dem relativen Abstieg der US-Macht. Robert Keohane überprüfte die Theorie auf einzelnen Untersuchungsfeldern (Energie, Geld und Handel), um nachzuweisen, daß Macht nicht ein einfach einsetzbarer Posten ist, sondern entsprechend der Kontexte differenziert werden muß, innerhalb derer ein Staat versucht, einflußreich zu sein. Er fand dabei heraus, daß vor allem auf den Gebieten von Handel und Geld die eingetretenen Veränderungen nicht durch den Wandel der US-Macht erklärt werden können. Statt-

²⁸ Robert O. Keohane, "The Theory of Hegemonic Stability and Changes in International Economic Regimes, 1967-1977", in Ole Holsti, Randolph Siverson, Alexander George (eds.) *Change in the International System* (Boulder, Colorado: Westview Press, 1981). Als andere, die zu dieser Theorie mit beigetragen haben, zitiert Keohane Charles Kindleberger, Robert Gilpin und Stephen Krasner. Der Begriff "Hegemonie" wird von Keohane im eingeschränkten Sinne als Dominanz eines Staates verwandt. Diese Bedeutung ist von dem auf Gramsci zurückgehenden, diesem Artikel zugrundeliegenden Verständnis von Hegemonie zu unterscheiden. So läßt Hegemonie als Dominanzstruktur die Frage offen, ob sich hinter der dominanten Macht ein Staat, eine Gruppe von Staaten oder eine Kombination von staatlicher und privater Macht verbirgt, die von einem weitgetragenen Konsens, durch die Akzeptanz einer Ideologie und von Institutionen, die mit dieser Struktur übereinstimmen, unterstützt werden. In einer hegemonialen Struktur der Weltordnung nimmt die Macht folglich primär konsensuale Formen an, in deutlichem Unterschied zu einer nicht-hegemonialen Ordnung, in der unter den konkurrierenden Mächten offensichtlich keine in der Lage ist, ihre Dominanz als legitim zu etablieren. Es kann also durchaus zur Dominanz ohne Hegemonie kommen; Hegemonie ist nur eine Form der Dominanz. Institutionalisierte Hegemonie, wie in diesem Essay verwandt, korrespondiert mit dem, was Keohane ein "starkes internationales Regime" nennt. Seine Theorie kann in unseren Begriffen neu formuliert werden: die Dominanz durch einen mächtigen Staat ist der Entwicklung von Hegemonie am zuträglichsten. Im vorliegenden Text ist der Begriff der "Hegemonie" für eine konsensuale Ordnung reserviert, und "Dominanz" bezieht sich nur auf ein Übergewicht der materiellen Macht.

dessen muß die Analyse durch die Berücksichtigung von innenpolitischen, ökonomischen und kulturellen Faktoren ergänzt werden.

Vielleicht sollte ein alternativer Ansatz damit beginnen, den zu erklärenden Gegenstand neu zu bestimmen, nämlich die relative Stabilität der aufeinanderfolgenden Weltordnungen. Dies kann dadurch erreicht werden, daß Stabilität mit einem Hegemoniekonzept gleichgesetzt wird, welches sich auf eine kohärente Verbindung oder eine Entsprechung zwischen der Konfiguration materieller Macht, den verbreiteten kollektiven Weltordnungsvorstellungen (einschließlich gewisser Normen) und eines Sets von Institutionen stützt, das der Ordnung einen gewissen Anschein von Universalität gibt (wodurch diese nicht nur als unverhohlenes Instrument eines einzelnen vorherrschenden Staates erscheint). So gesehen ist die Staatsmacht nicht mehr der einzige Erklärungsfaktor, sie wird eher Teil des zu Erklärenden. Diese Umformulierung der Fragestellung führt zu einem wesentlichen, bereits von Keohane und anderen aufgezeigten Problem des neo-realistischen Modells, nämlich zu erklären, warum die USA in der Zwischenkriegsperiode trotz ihrer überragenden Machtposition es nicht vermochten, eine stabile Weltordnung zu errichten. Wenn die Dominanz eines einzelnen Staates in einigen Fällen mit einer stabilen Ordnung zusammenfällt, in anderen jedoch nicht, scheint es sinnvoll zu sein, genauer darauf zu schauen, was mit Stabilität eigentlich gemeint ist und umfassender nach den hierfür ausreichenden Bedingungen zu fragen. Die Dominanz eines mächtigen Staates scheint nämlich eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Bedingung für Hegemonie zu sein.

Die zwei Perioden der *pax britannica* und der *pax americana* stellen auch diese reformulierte Definition von Hegemonie zufrieden. Die Weltvorherrschaft Großbritanniens in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts gründete sich auf dessen Seemacht. Aufgrund der Fähigkeit, in einer relativ beweglichen Machtbalance in Europa die Rolle einer ausgleichenden Kraft zu spielen, blieb Großbritannien von einer Herausforderung durch einen kontinentalen Staat verschont. Mit der Verbreitung des britischen Ansehens erfuhren auch die Normen der liberalen Wirtschaftslehre (Freihandel, Goldstandard, die Freizügigkeit von Kapital und Personen) weitverbreitete Zustimmung, zumal diese auf der Grundlage einer Konzeption harmonischer Interessen eine universalistische Ideologie offerierten. Obwohl es damals keine formalen internationalen Institutionen gab, konnte infolge der ideologischen Trennung von Ökonomie und Politik die City of London, mit dem Zwangspotential der britischen Seemacht im Hintergrund, als Verwalter und Regulierer dieser universellen Regeln erscheinen.

In der Periode vom letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts bis einschließlich des Zweiten Weltkriegs transformierte sich diese historische Struktur in allen drei Dimensionen. Die britische Macht verminderte sich relativ, da sie zunächst durch die deutsche Herausforderung und dann mit dem Aufstieg der US-Macht ihre einst unbestrittene Vorherrschaft zur See verlor; der ökonomische Liberalismus strauchelte mit dem aufkommenden Protektionismus, dem neuen Imperialismus und letztlich mit

dem Ende des Goldstandards; und der verspätete wie erfolglose Versuch einer internationalen Institutionalisierung durch den Völkerbund, der weder durch eine dominante Macht noch eine weithin akzeptierte Ideologie gestützt wurde, mußte in einer Welt, die sich bereits in wachsendem Maße in rivalisierenden Machtblöcken organisierte, scheitern.

Die Machtkonfiguration der *pax americana* war, da aus einer Reihe von Allianzen geschaffen (alle abhängig von der Macht der USA), um die Sowjetunion einzudämmen, insgesamt unnachgiebiger als die vorangegangene Hegemonie. Die Stabilisierung dieser Machtkonfiguration schuf die Bedingungen dafür, daß sich eine globale Ökonomie entfalten konnte, in der die Vereinigten Staaten eine ähnliche Rolle spielten wie Großbritannien in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts. Um ihre spezifischen nationalen ökonomischen Interessen zur Geltung zu bringen, mußten die Vereinigten Staaten selten direkt intervenieren; indem sie die Regeln einer internationalen ökonomischen Ordnung gemäß des revidierten Liberalismus von Bretton Woods aufrecht erhielten, reichte die Stärke der auf Profitrealisierung bedachten US-Konzerne aus, die Fortdauer der nationalen Macht zu sichern. Die *pax americana* errichtete eine größere Zahl formaler internationaler Institutionen als die vorherige Hegemonie. Infolge der Erfahrungen der Großen Depression und durch das Aufkommen keynesianischer Doktrinen verschwamm die Trennung von Ökonomie und Politik des neunzehnten Jahrhunderts. Da die Staaten fortan eine legitime und notwendigerweise unverhohlene Rolle im nationalen Wirtschaftsmanagement übernahmen, wurde es auch notwendig, zum einen das administrative Management der internationalen Ökonomie multilateral auszugestalten und ihm zum anderen eine intergouvernementale Qualität zu geben.

Das Verständnis von Hegemonie als einer Entsprechung von Macht, Ideen und Institutionen ermöglicht es, mit einigen Problemen in der Theorie staatlicher Dominanz, wie den notwendigen Bedingungen einer stabilen internationalen Ordnung fertig zu werden; auch die Verzögerungen und Vorsprünge in der Hegemonie können dabei berücksichtigt werden. Die nostalgische Betrachtung der Hegemonie des neunzehnten Jahrhunderts wirkte zum Beispiel derart anziehend, daß die ideologische Dimension der *pax britannica* noch lange andauerte, auch nachdem sich die stützende Machtkonfiguration längst aufgelöst hatte. In der Zwischenkriegsperiode wurden nachhaltige, letztlich aber vergebliche Anstrengungen unternommen, die liberale Weltökonomie zusammen mit dem Goldstandard zu neuem Leben zu erwecken. Auch in der Nachkriegsperiode gab die britische Politik den Problemen der Zahlungsbilanz gegenüber der nationalen industriellen Entwicklung und den Beschäftigungsfragen den Vorrang.²⁹ Ein anderes vortreffliches Beispiel sind die USA, wo die

²⁹ Zwei klassische, für die Zwischenkriegsperiode besonders relevante Studien stammen von Karl Polanyi, *The Great Transformation* (Boston, Mass: Little, Brown, 1957) und E. H. Carr, *The Twenty Year' Crisis, a.a.O.* Das Kapitel von Stephen Blank, "Britain: The Politics of Foreign Economic Policy, the Domestic Economy and the Problem of Pluralistic Stagnation", in: Katzenstein (ed.) *a.a.O.*, kommentiert die britische

Wachstumsindikatoren der materiellen Macht während der Zwischenkriegsperiode nur unzureichende Vorboten einer neuen Hegemonie waren. Es war notwendig, daß die US-Führer sich selbst auch in ideologischer Hinsicht als Garanten einer neuen Weltordnung sahen. Erst die Roosevelt Ära vollzog den Wechsel, was sowohl die bewußte Zurückweisung der alten Hegemonie mit einschloß (z.B. indem sie die Weltwirtschaftskonferenz von 1933 torpedierte und den Goldstandard abschaffte) als auch die graduelle Inkorporierung von New Deal Prinzipien in die ideologischen Grundlagen der neuen Weltordnung. Dem folgten dann die US-Initiativen, die zur Verwaltung dieser Ordnung erforderlichen Institutionen zu schaffen.³⁰ Heute warnen Neo-Merkantilisten in den Vereinigten Staaten vor der Gefahr, die britischen Irrtümer zu wiederholen, sie drängen die politisch Verantwortlichen in den USA, damit aufzuhören, das Handeln noch immer an Doktrinen orientieren, die der *pax americana* angemessen waren, während die Vereinigten Staaten doch schon längst nicht mehr in der Lage sind, als Bürge einer universalistischen Weltordnung aufzutreten. Ihre Überzeugungsarbeit unterstreicht die Tatsache, daß in diesen Angelegenheiten die Ideologie ein bestimmender Handlungsbereich ist, der stets jedoch in Verbindung zu den materiellen Machtbeziehungen zu sehen ist.

Soziale Kräfte, Hegemonie und Imperialismus

Als Zusammenspiel von materieller Macht, Ideologie und Institutionen führt das Hegemoniekonzept wie von selbst zu einer zyklischen Geschichtstheorie; so greifen die drei Dimensionen zu gewissen Zeiten und Orten ineinander, während sie sich in anderen voneinander ablösen. Dies erinnert an ältere Vorstellungen von *virtù* oder an den von Volk zu Volk wandernden *Weltgeist*. Die Analogie weist bloß auf etwas hin, das unerklärt bleibt. Was fehlt, ist eine Theorie darüber, wie und warum das Ineinandergreifen zustande kommt und wie es sich wieder auflöst. Meine Behauptung ist nun, daß die Erklärung hierfür im Bereich der durch die Produktionsverhältnisse geformten sozialen Kräfte gesucht werden sollte.

Soziale Kräfte sollten dabei nicht so aufgefaßt werden, als ob sie ausschließlich innerhalb von Staaten existierten. Bestimmte soziale Kräfte sind dazu in der Lage, die Staatsgrenzen zu überschreiten, und auch die Weltstrukturen lassen sich genauso gut in Begriffen sozialer Kräfte wie als Konfigurationen der Staatsmacht beschreiben.

Wirtschaftspolitik der Zwischenkriegszeit; wie auch Stephen Krasner in, "State Power and the Structure of International Trade", World Politics (Vol. 28, No. 3, April 1976). Vgl. auch R. F. Harrod, *The Life of John Maynard Keynes* (London: Macmillan, 1951).

³⁰ Mit den internationalen Implikationen des New Deals setzt sich in einigen Passagen Arthur M. Schlesinger Jr. auseinander, *The Age of Roosevelt*, bes. Vol. II, *The Coming of the New Deal* (London: Heinemann, 1960). Charles Meier, "The Politics of Productivity: Foundations of American International Economic Policy after World War II", in Katzenstein, a.a.O., diskutiert die Beziehungen zwischen dem New Deal und der Nachkriegsideologie der Weltordnung. Richard Gardner, *Sterling-Dollar Diplomacy: Anglo-American Collaboration in the Reconstruction of Multilateral Trade* (Oxford: Clarendon Press, 1956) zeigt die Verbindung zwischen den Ideen des New Deal und den Institutionen der Weltökonomie, die gemäß den Verhandlungen von Bretton Woods nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurden.

Die Welt kann als Muster sich gegenseitig beeinflussender sozialer Kräfte dargestellt werden, innerhalb dessen die Staaten zwischen der globalen Struktur sozialer Kräfte und den lokalen Konfigurationen der sozialen Kräfte innerhalb der einzelnen Länder eine vermittelnde, zugleich aber autonome Rolle spielen. Man kann dies als politökonomische Weltsicht bezeichnen: Macht wird als vom sozialen Prozeß *aufsteigend* betrachtet und weniger als über die akkumulierten materiellen Kapazitäten einfach gegeben, d.h. als das Resultat sozialer Prozesse. (Paraphrasiert man Marx, so könnte man die letztere, neo-realistische Sicht als "Fetischismus der Macht" beschreiben).³¹ Um zu einer politökonomischen Perspektive zu gelangen, gehen wir, nachdem wir die strukturellen Charakteristika von Weltordnungen als Konfigurationen materieller Kapazitäten, Ideen und Institutionen identifiziert haben (Schaubild 1), dazu über, ihre Ursprünge, ihr Wachstum und ihren Untergang durch die Beziehungen zwischen den drei Strukturebenen zu erklären (Schaubild 2).

Aus politökonomischer Perspektive ist es natürlich keine große Erkenntnis, daß sich die *pax britannica* innerhalb der internationalen Handelsökonomie mit dem Zentrum Großbritanniens sowohl auf den aufstrebenden Fabrik-Kapitalismus stützte, als auch, in Großbritannien wie in anderen Teilen Nordwesteuropas, auf die soziale und ideologische Macht jener Klasse, die ihren Reichtum aus der Produktion bezog. Die neue Bourgeoisie hatte es nicht nötig, die Staaten direkt zu kontrollieren; ihre soziale Macht wurde zur Voraussetzung der staatlichen Politik.³²

Auch der Untergang dieser hegemonialen Ordnung läßt sich durch die Entwicklung der sozialen Kräfte erklären. In den fortgeschritteneren Ländern mobilisierte der Kapitalismus eine Industriearbeiterschaft, die ab dem letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts beträchtlichen Einfluß auf die Staatsstruktur dieser Länder hatte. Mit der nationalen Inkorporierung der Industriearbeiter, also jener neuen sozialen Kraft, die durch den Fabrik-Kapitalismus ins Leben gerufen wurde, erweiterten sich in Gestalt von wirtschaftlichen Interventionen und der Sozialpolitik die staatlichen Handlungsfelder. Hierdurch wiederum wurde die nationale Wohlfahrt (d.h. das soziale Minimum, das erforderlich ist, um die Folgebereitschaft der Arbeiter zu erhalten) mit dem Bereich der Außenpolitik verbunden. Innerhalb der staatlichen Verwaltung konkurrierten fortan die Wohlfahrtsansprüche mit den Erfordernissen des liberalen Internationalismus; während erstere wie der Protektionismus an Boden gewannen, markieren der neue Imperialismus und schließlich auch das Ende des Goldstandards

³¹ Diese Argumentation stützt sich auf Gramsci, vgl. dazu den folgenden Artikel von R. Cox (d. Ü.).

³² E. J. Hobsbawm schreibt: "Die Männer, die von Amts wegen die die Geschicke der siegreichen bürgerlichen Ordnung zum Zeitpunkt ihres Triumphes lenkten, waren ein zutiefst reaktionärer Landjunkere aus Preußen, ein Attrappenkaiser in Frankreich und in England eine Folge von adeligen Landbesitzern." *The Age of Capital, 1843-1875* (London: Sphere Book, 1977), S. 15.

den langfristigen Niedergang des liberalen Internationalismus.³³ Die liberale Staatsform wurde allmählich durch den nationalistischen Interventionsstaat abgelöst.

Mit der Ausbreitung der Industrialisierung und der damit einhergehenden Mobilisierung der sozialen Kräfte wandelte sich nicht nur das Wesen der Staaten. In dem Maße, wie neue Rivalen die Führungsposition Großbritanniens streitig machten, veränderte sich auch die internationale zwischenstaatliche Machtkonfiguration. Der Protektionismus war als Mittel, um eine mit Großbritannien vergleichbare ökonomische Macht zu entwickeln, für die neuen Industrieländer überzeugender als die liberale Theorie der komparativen Kostenvorteile. Die neuen Imperialismen der maßgeblichen Industrienächte waren dabei eine nach außen gerichtete Projektion des wohlfahrtsnationalistischen Konsenses, der innerhalb der Nationen von den sozialen Kräften gesucht oder erzielt wurde. Als sich sowohl die materielle Vorherrschaft der britischen Ökonomie als auch die Anziehungskraft der hegemonialen Ideologie abschwächten, machte die zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts bestehende hegemoniale Weltordnung einer nicht-hegemonialen Konfiguration rivalisierender Machtblöcke Platz.

Der Imperialismus ist ein eher ungenaues Konzept, das, wenn es praktisch angewandt wird, in bezug auf jede historische Periode neu definiert werden muß. Jenseits der Formen, die die Dominanz und Unterwerfung in unterschiedlichen, aufeinanderfolgenden Strukturen der Weltordnung annehmen, gibt es wenig Anhaltspunkte für die Suche nach irgendeinem "Wesen" des Imperialismus. Die tatsächliche Form, ist unabhängig davon, ob sie durch Staaten, soziale Kräfte (z.B. den Geschäftsleitungen multinationaler Konzerne) oder durch eine Kombination beider angetrieben wird, und ob die Herrschaft nun vornehmlich politisch oder ökonomisch ist, stets durch die historische Analyse zu bestimmen und nicht durch deduktive Überlegungen.

In der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts zog der expansive Kapitalismus fast die ganze Welt in die Austauschbeziehungen einer internationalen Wirtschaft mit London als Zentrum. Unter der Voraussetzung, daß die Regeln der internationalen Ökonomie eingehalten wurden, war es dem liberalen Imperialismus dieser Phase weitgehend gleichgültig, ob die peripheren Länder formal unabhängig waren oder unter der politisch-administrativen Kontrolle einer Kolonialmacht standen.³⁴ Kanada und Argentinien hatten faktisch zum Beispiel ähnliche Positionen, obwohl eines einen kolonialen und das andere einen unabhängigen Status hatte. In der Phase des liberalen Imperialismus sorgten die lokalen Autoritäten, deren Verhältnis zum Produktionsprozeß oft vorkapitalistisch geprägt war (z.B. traditionale agrarisch basierte Regeln), dafür, daß ihre Länder im Handelssystem verblieben. Während der zweiten Phase

³³ Unter den Analytikern, die in diesem Punkt übereinstimmen, befinden sich Karl Polanyi, *op. cit.*, Gunnar Myrdal, *Beyond the Welfare State* (New Haven: Yale University Press, 1960); E.H. Carr, *Nationalism and After*, *op. cit.*; und Geoffrey Barraclough, *Introduction to Contemporary History* (London: Penguin, 1968).

³⁴ Ich habe den Begriff "liberalen Imperialismus" der von Georg Lichtenheim, *Imperialism* (New York; Praeger, 1971) vorgeschlagenen Periodisierung entnommen.

ab 1870, die des sogenannten neuen Imperialismus, wurden die weniger formellen Muster der Handels-Periode allmählich durch die direkte staatliche Kontrolle ersetzt. Unter dem Schutz dieser politischen Schirmherrschaft durchdrangen die kapitalistischen Produktionsbeziehungen nahezu vollständig die Peripherie, insbesondere durch die Ausbeutung von Rohmaterialien und den Aufbau einer Infrastruktur (Straßen, Schienenverkehr, Häfen und kommerzielle wie Regierungsverwaltungen), welche nötig war, um die Kolonien enger mit den Metropolen zu verbinden.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse erzeugten in der Peripherie neue soziale Kräfte. Zudem begannen auch Außenseiter innerhalb der lokalen Gesellschaft eine bedeutende Rolle zu spielen, einige als Vertreter der kolonialen Administration und des großen metropolitanen Kapitals, andere über kleinere Geschäfte, um die Lücken zwischen dem großen Kapital und der traditionellen Produktion zu schließen (so zum Beispiel die Chinesen in Südostasien, die Inder in Ostafrika oder die Libyer in Westafrika). Hierdurch wurde eine quantitativ oft kleine, im Vergleich zur Mehrheit der Bevölkerung jedoch materiell wohlhabende lokale Arbeiterschaft in die kapitalistische Produktion mit einbezogen. Diese, politisch gesehen, strategische Gruppe widersetzte sich dem Kapital zwar bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen, verbündete sich mit ihm jedoch mit Blick auf die Entwicklung des kapitalistischen Produktionssektors. Es entwickelte sich zudem eine einheimische Kleinbourgeoisie, die innerhalb der kolonialen Administration und den metropolitanen Unternehmen wie im lokalen Kleinhandel die untergeordneten Positionen besetzte. Unter der kolonialen Vormundschaft entstand allmählich ein lokaler Staatsapparat, der die Entwicklung der neuen Produktionsverhältnisse durch Methoden ermutigte, die angefangen von der Einführung von Zwangsarbeit oder Kopfsteuern als Mittel der Arbeitskrafterzeugung bis dahin reichten, einige der Institutionen und Verfahrensweisen der metropolitanen industriellen Beziehungen auch im kolonialen Kontext zu reproduzieren.

In den kolonialen Gebieten legte die Existenz der neuen sozialen Kräfte – Arbeiterschaft und Kleinbourgeoisie –, die sich beide auf ein nationalistisches politisches Programm einigen konnten, zusammen mit dem durch die koloniale Administration geförderten Aufbau von Elementen eines modernen Staatsapparates (mit der möglichen Zielsetzung der politischen Kontrolle), die Grundlage für die anti-kolonialen Revolten nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Bewegungen wehrten sich dabei gegen die administrative Kontrolle durch die Metropolen, nicht aber gegen die Einbindung in die kapitalistischen Produktions- und Austauschverhältnisse. Wenn diese Kräfte, die die zweite Phase oder die durch den neuen Imperialismus geschaffenen Strukturen ersetzten, als anti-imperialistisch bezeichnet werden, so verdeckt dies ihre gestaltende Rolle im Übergang zur bereits dritten Phase des Imperialismus.

James Petras hat in seiner Verwendung des Konzepts des imperialen Staatensystems eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die die strukturellen Charakteristika von Staaten in der gegenwärtigen Weltordnung betreffen. Der dominante imperiale Staat

und der mit ihm kollaborierende untergeordnete Staat unterscheiden sich demnach in ihren Strukturen, haben aber komplementäre Funktionen innerhalb des imperialen Systems; sie bilden keineswegs mehr oder weniger machtvolle Einheiten derselben Art, wie es ein einfaches neo-realistisches Modell vielleicht nahelegen könnte. Auffällig an Petras Konzeption ist, daß er den von ihm analysierten imperialen Staat nicht mit der gesamten US-Regierung gleichsetzt; er focussiert vielmehr "jene exekutiven Organe innerhalb der ‚Regierung‘, die mit der Aufgabe betraut sind, die Expansion des Kapitals über die Staatsgrenzen hinaus zu fördern und zu schützen."³⁵ Das imperiale System umfaßt demnach zugleich mehr und weniger als den Staat. Es umfaßt insofern mehr als den Staat, als es eine transnationale Struktur mit einem dominanten Zentrum und einer abhängigen Peripherie bildet. Der eben angeführte Teil der US-Regierung steht zusammen (und hier sollten wir uns herausnehmen, Petras Indikatoren zu erweitern) mit zwischenstaatlichen Institutionen wie dem IWF und der Weltbank, die symbiotisch mit dem expansiven Kapital verbunden sind, im Zentrum des Systems, die kollaborierenden Regierungen (oder zumindest der Teil, der mit dem System verknüpft ist) befinden sich hingegen in der Peripherie. Das System ist zugleich weniger als der Staat in dem Sinne, daß sich in anderen Bereichen der zentralen wie peripheren Staaten auch nicht-imperiale oder sogar anti-imperiale Kräfte befinden. Die vom Neo-Realismus postulierte Einheit des Staates ist dieser Vorstellung zufolge fragmentiert. Der Kampf für und gegen das imperiale System kann sich innerhalb der staatlichen Strukturen des Zentrums und der Peripherie vollziehen sowie zwischen den sozialen Kräften, die das System unterstützen und jenen, die ihm oppositionell gegenüberstehen. Um das imperiale System zu erklären, ist der Staat demnach zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Kategorie. Das imperiale System wird daher selbst zum Ausgangspunkt der Untersuchung.

Das imperiale System ist eine Weltordnungsstruktur, die ihre Unterstützung von einer besonderen Konfiguration aus nationalen und transnationalen sozialen Kräften sowie zentralen und peripheren Staaten bezieht. Man muß sich, wenn man über Strukturen spricht, davor hüten, in eine Sprache der Verdinglichung abzugleiten; Strukturen sind Handlungseinschränkungen, jedoch keine Akteure. Das imperiale System umschließt auf der System-Ebene einige formale und weniger formale Organisationen, durch die auf die Staaten Druck ausgeübt werden kann, ohne daß diese Organisationen auf der System-Ebene tatsächlich staatliche Macht an sich reißen. Das Verhalten der einzelnen Staaten oder der organisierten ökonomischen und sozialen Interessen gewinnt seine Bedeutung allerdings erst in der umfassenden Totalität des imperialen Systems. Das Handeln wird entweder direkt durch den vom System ausgehenden Druck beeinflusst oder indirekt über das subjektive Bewußtsein seitens jener Akteure, denen durch das System Einschränkungen auferlegt werden. So kann niemand hoffen, das imperiale System wirklich zu verstehen, wenn er den Imperia-

³⁵ "The Imperial State System", ein Papier, das der American Political Science Association in Washington D.C. im August 1980 vorgestellt wurde.

lismus mit Akteuren gleichsetzt, seien es nun Staaten oder multinationale Konzerne; beide sind zwar dominierende Elemente innerhalb des Systems, aber das System als eine Struktur umfaßt mehr als ihre Summe. Überdies muß man sich davor hüten, die Prinzipien der Dialektik zu ignorieren, indem man die Macht und Kohärenz einer Struktur überbetont, auch wenn sie sehr dominant sein mag. Wo eine Struktur hegemonial ist, bringt eine kritische Theorie dazu, nach einer Gegenstruktur zu suchen und sei sie noch so latent, indem ihre potentiell stützenden Grundlagen und kohäsiven Elemente ausfindig gemacht werden.

An diesem Punkt kehren wir sinnvoller Weise zur früheren Terminologie zurück, die auf hegemoniale und nicht-hegemoniale Weltordnungsstrukturen abzielte. Den Begriff "imperial" in Verbindung mit der *pax americana* einzuführen, birgt das Risiko in sich, zum einen die wichtige Differenz zwischen hegemonialen und nicht-hegemonialen Weltordnungen zu verdecken und zum anderen die strukturell unterschiedlichen Arten des Imperialismus durcheinander zu bringen (z.B. den liberalen Imperialismus, den neuen oder kolonialen Imperialismus, und das imperiale System wie es eben umrissen wurde). Die hier aufgestellte Behauptung lautet, daß die *pax americana* hegemonial war: Unter den Staaten außerhalb der sowjetischen Einflußsphäre verfügte sie über ein hohes Maß an Zustimmung, und zudem war sie in der Lage, den assoziierten und untergeordneten Kräften hinreichende Vorteile zu verschaffen, um deren Gefolgschaft zu sichern. Natürlich war der Konsens brüchiger, wenn man sich der Peripherie näherte, wo das Element des Zwanges stets sichtbar war. Nicht ohne Grund wurde dann auch dort die Infragestellung des imperialen Systems zuerst manifest.

Oben wurde bereits unterbreitet, wie das besondere, für die *pax americana* konstitutive Ineingreifen von Macht, Ideologie und Institutionen zustande kam. Da die praktische Frage gegenwärtig darin besteht, ob sich die *pax americana* unwiderruflich aufgelöst hat, und wenn ja, was sie ersetzen mag, gebührt zwei spezifischen Fragen unsere Aufmerksamkeit: (1) was sind die Mechanismen, über die in dieser besonderen historischen Struktur die Hegemonie aufrecht erhalten wird? und (2) welche sozialen Kräfte und/oder Staatsformen sind in ihr erzeugt worden, die sich ihr widersetzen und letztlich eine Transformation der Struktur herbeiführen können?

Die Internationalisierung des Staates

Ein Teil der Antwort auf die erste Frage betrifft die Internationalisierung des Staates. Die grundlegenden Prinzipien der *pax americana* sind denen der *pax britannica* ähnlich – die relativ freizügige Bewegung von Gütern, Kapital und Technologie und eine ziemlich hohe Vorhersehbarkeit des Wechselkurses. Cordell Hulls Überzeugung, daß eine offene Handelswelt eine notwendige Bedingung für den Frieden darstellt, kann dabei als ihre ideologische Formel aufgefaßt werden, die noch ergänzt wird durch das Vertrauen in das ökonomische Wachstum und eine stetig wachsende Produktivität, gleichsam die Basis zur Moderation und Kontrolle von Konflikten. Al-

lerdings war die Nachkriegs-Hegemonie weitaus stärker institutionalisiert als die *pax britannica*, wobei die hauptsächliche Funktion ihrer Institutionen darin bestand, den innergesellschaftlichen sozialen Druck mit den Erfordernissen der Weltökonomie in Einklang zu bringen. So war der Internationale Währungsfonds errichtet worden, um Ländern mit Zahlungsbilanzdefiziten Darlehen anzubieten, damit diese Zeit für Strukturanpassungen gewinnen und die scharfen deflationären Konsequenzen des automatischen Goldstandards vermeiden können. Die Weltbank operierte eher als Medium für eine langfristige finanzielle Unterstützung. Den ökonomisch schwachen Ländern gewährte das System selbst Unterstützung, entweder direkt durch dessen Institutionen, oder von anderen Staaten, die durch die Institutionen des Systems dazu nominell berechtigt waren. Diese Institutionen verfügten über Mechanismen, die die Anwendung der Systemnormen überwachten und die die finanzielle Unterstützung wirksam von einer angemessenen Absichtsbekundung abhängig machten, die Normen auch zu befolgen.

Im Fall der westlichen Verbündeten und dann nachfolgend aller industrialisierten kapitalistischen Länder wurde dieser Überwachungsapparat durch einen ausgeklügelten Apparat zur Harmonisierung der nationalen Politiken ergänzt. Solche Verfahren begannen mit der wechselseitigen Kritik der Rekonstruktionspläne in den westeuropäischen Ländern (die Bedingung der USA für die Marshall-Plan Hilfsfonds), setzten sich fort mit der Entwicklung jährlicher Inspektionsverfahren in der NATO (die sich mit der Verteidigung und den Programmen der Verteidigungsunterstützung befaßten), bis hin zur mittlerweile üblichen Praxis der wechselseitigen Konsultation und Überprüfung der nationalen Politiken (durch die OECD und andere Vertretungen).

Die Bedeutung der internationalen Verbindlichkeit reichte über einige wenige grundsätzliche Verpflichtungen, wie die Einhaltung des Meistbegünstigungsprinzips oder die Aufrechterhaltung eines beschlossenen Wechselkurses, hinaus bis hin zur grundsätzlichen Anerkennung, daß sich nationale wirtschaftspolitische Maßnahmen auf andere Länder auswirken und mögliche Konsequenzen mit in Betracht zu ziehen sind, bevor die nationale Politik umgesetzt wird. Ebenso sollten die anderen Länder die Schwierigkeiten eines Landes ausreichend verstehen, um in vorübergehende Ausnahmeregelungen einzuwilligen. Anpassungen konnten daher als Reaktion auf die Erfordernisse des gesamten Systems und nicht einfach nur auf den Willen der dominanten Länder wahrgenommen werden. Der externe Druck auf die nationale Politik war demzufolge internalisiert worden.

Ein derartiger internationaler Politikprozeß setzt natürlich eine Machtstruktur voraus, innerhalb derer die zentralen Agenturen der US-Regierung in einer dominanten Position waren. Notwendigerweise handelte es sich dabei jedoch weder um eine vollkommen hierarchische Machtstruktur mit Zwangsmechanismen, die ausschließlich von oben nach unten verliefen, noch um eine, deren Handlungseinheiten gänzlich die Nationalstaaten waren. Vielmehr handelte es sich um eine Machtstruktur, die den Konsens über Verhandlungen aufrecht zu erhalten versuchte und deren Verhand-

lungseinheiten nur einzelne Fragmente der Staaten waren. Die hinter der Verhandlung stehende Macht wurde von den Parteien dabei stillschweigend mit in Betracht gezogen.

Die Praxis der Politikharmonisierung wurde eine solch machtvolle Gewohnheit, daß die Verfahren der wechselseitigen Anpassung der nationalen Wirtschaftspolitik sogar noch verstärkt wurden, als die grundlegenden Normen des internationalen Wirtschaftsverhaltens, wie in den 70er Jahren, nicht länger gültig zu sein schienen. Angesichts der Abwesenheit klarer Normen erschien die Notwendigkeit zur wechselseitigen Anpassung nurmehr um so größer.³⁶

Die diesem Prozeß der Politikharmonisierung angemessenen staatlichen Strukturen können mit denen des wohlfahrtsnationalistischen Staates in der vorangegangenen Periode kontrastiert werden. Der Wohlfahrtsnationalismus nahm dabei auf der nationalen Ebene die Form der ökonomischen Planung an und versuchte, die externen ökonomischen Einflüsse auf die nationale Ökonomie zu kontrollieren. Um die nationale Planung effektiv zu machen und die Industrie wie auch die organisierte Arbeit hinsichtlich der Politikformulierung und -implementierung zu Beratungsgesprächen mit der Regierung zusammen zu bringen, entwickelten sich in den meisten der industriell fortgeschrittenen Länder korporatistische Strukturen. Die nationalen und industriellen korporativen Strukturen können gegenüber den Anpassungen, die für die Eingliederung der Volkswirtschaften in die Weltökonomie eines hegemonialen Systems erforderlich sind, protektionistische oder restriktive Hindernisse errichten. Der Korporatismus auf der nationalen Ebene war eine Antwort auf die Bedingungen der Zwischenkriegsperiode; institutionell konsolidierte er sich in Westeuropa aber gerade

³⁶ Max Bellow war vielleicht der erste, der in seinem Buch *New Dimensions in Foreign Policy* (London: Allen and Unwin, 1961) auf die Mechanismen hinwies, über die durch die Teilnahme an internationalen Organisationen die internen politischen Praxen der Staaten verändert wurden. R.W. Cox und H.K. Jacobson, et al., *The Anatomy of Influence: Decision-making in International Organisation* (New Haven: Yale University Press, 1972) stellten das politische System von internationalen Organisationen als ein System dar, das auch staatliche Segmente mit einschließt. R.O. Keohane und J.S. Nye, "Transgovernmental Relations and International Organizations", *World Politics* (Vol. 27. October 1974) verweisen auf die Prozesse, über die sich Koalitionen zwischen verschiedenen Segmenten der Apparate unterschiedlicher Staaten herausbilden, und auf die Art und Weise, in der internationale Institutionen solche Koalitionen ermöglichen. Zwar weisen die verschiedenen Arbeiten auf die Existenz von Mechanismen für die zwischenstaatliche politische Koordination und für die staatliche Durchdringung durch äußere Einflüsse hin, ohne jedoch die Implikationen zu diskutieren, die diese Mechanismen für die Machtstrukturen innerhalb der Staaten haben. Es ist dieser strukturelle Aspekt, den ich mit dem Begriff der "Internationalisierung des Staates" bezeichnen möchte. Christian Palloix bezieht sich auf die "L'internationalisation de l'appareil de l'Etat national, de certains lieux de cet appareil d'Etat ..." (*L'internationalisation du capital*, Paris, Maspero, 1975, p. 82) durch die er jene Segmente der Nationalstaaten bezeichnet, die zur politischen Unterstützung der Internationalisierung der Produktion dienen. Folglich stellt er die Frage nach dem strukturellen Wandel innerhalb des Staates, auch wenn er diesen Punkt nicht vertieft. Nachfolgend auf die oben erwähnte Arbeit, verbinden Keohane und Nye in *Power and Interdependenz* (Boston: Little, Brown, 1977) den transgouvernementalen Mechanismus mit dem Konzept der "Interdependenz". Ich ziehe es vor, nicht auf dieses Konzept zurückzugreifen, da es meines Erachtens dazu tendiert, die Machtbeziehungen zu verdecken, die sowohl in den strukturellen Wandel des Staates als auch in den der Weltordnung verwickelt sind. Peter Gourevitch, a.a.O. hält am Konzept der Interdependenz fest, besteht jedoch darauf, daß es mit den innerstaatlichen Machtkämpfen zwischen den sozialen Kräften verbunden wird.

dann, als sich die Weltstruktur in etwas verwandelte, für das der nationale Korporatismus schlecht ausgestattet war.

Die Internationalisierung des Staates wertete bestimmte staatliche Agenturen auf – namentlich die Finanzministerien und die Büros der Regierungschefs –, die für die Anpassung der nationalen an die internationale Wirtschaftspolitik die Schlüsselpositionen einnahmen. Industrie- und Arbeitsministerien sowie die im Kontext des nationalen Korporatismus errichteten Planungsbüros wurden den zentralen Organen der internationalisierten öffentlichen Politik tendenziell untergeordnet. Wie sich die nationalen Ökonomien stärker in die Weltökonomie integrierten, so waren es die großen und vor allem technologisch fortgeschrittenen Unternehmen, die sich den neuen Gegebenheiten am besten anpaßten. Eine neue Einflußachse verband die internationalen Politik-Netzwerke mit den zentralen Schlüsselagenturen der Regierung und der großen Geschäftswelt. Diese neue informelle korporatistische Struktur überschattete den alten, stärker formalisierten nationalen Korporatismus. Hierin reflektierte sich auch die Dominanz des auf die Weltwirtschaft ausgerichteten Sektors gegenüber dem stärker national-orientierten Sektor der einheimischen Ökonomie.³⁷

³⁷ Das Argument dieses Absatzes stützt sich natürlich auf eine umfangreiche Literatur. Einige knappe Verweise mögen nützlich sein. Andrew Shonfield, *Modern Capitalism* (London: Oxford University Press, 1965) hat die Entwicklung der korporativen Typenstrukturen jener Art illustriert, die ich mit dem wohlfahrtsnationalistischen Staat assoziiere. Der Wechsel vom industriellen Branchen-Korporatismus zu einem unternehmensgestützten Korporatismus unter der Führung der großen öffentlichen und privaten Konzerne wurde von einigen Arbeiten im Bereich der industriellen Beziehungen zur Kenntnis genommen, besonders von jenen, die sich mit der Herausbildung einer "neuen Arbeiterklasse" befassen, z.B. Serge Mallet, *La nouvelle classe ouvrière* (Paris: Seuil, 1963), allerdings hat die Literatur der industriellen Beziehungen das, was ich an anderer Stelle als Unternehmens-Korporatismus bezeichnet habe, im allgemeinen nicht zu dem hier ausgebreiteten, weiter gefaßten Rahmen in Verbindung gebracht (vgl. R.W. Cox, "Pour une étude prospective des relations de production", *Sociologie du Travail*, 2, 1977). Erhard Friedberg, "L'internationalisation de l'économie et modalités d'intervention de l'état: la 'politique industrielle'", in *Planification et Société* (Grenoble: Presses universitaires de Grenoble, 1974), S. 94-108, diskutiert die Unterordnung des alten Korporatismus unter den neuen. Der Wechsel in der Terminologie von der Planung zur Industriepolitik steht in Beziehung zur Internationalisierung des Staates und der Ökonomie. Die Industriepolitik ist zu einer Angelegenheit der globalen wirtschaftspolitischen Akteure geworden, vgl. William Diebold, Jr., *Industrial Policy as an International Issue* (New York: McGraw-Hill for the Council on Foreign Relations, 1980) und John Pinder, Takashi Hosomi und William Diebold, *Industrial Policy and the International Economy* (Trilateral Commission, 1979). Wenn Planung die Gespenster des ökonomischen Nationalismus wachruft, dann kann aus der Perspektive der Weltökonomie, wie die Studie der Trilateralen Kommission zeigt, auf die Industriepolitik als notwendigen Aspekt der Politikharmonisierung mit Wohlgefallen herabgeblickt werden: "Wir haben argumentiert, daß die Industriepolitik gebraucht wird, um mit den strukturellen Problemen in den modernen Ökonomien fertig zu werden. Das internationale Handeln sollte folglich nicht darauf abzielen, diese Politik zu demontieren. Der Druck sollte eher zu einer positiven und anpassungsfähigen Industriepolitik führen, ob nun seitens einzelner Länder oder gemeinsam in Ländergruppen. Weit davon entfernt, protektionistisch zu sein, kann die Industriepolitik ihnen helfen, einen Grund des Protektionismus zu beseitigen, indem der Anpassungsprozeß weniger schmerzvoll gemacht wird." (S. 50) Es mag nun der Einwand erhoben werden, daß das Argument und die Verweise, die hier dargelegt werden, eher für Europa als für die Vereinigten Staaten gelten, und daß das eigentliche Konzept des Korporatismus der US-Ideologie tatsächlich fremd ist. Dem kann entgegen gehalten werden, daß sich, da sich die grundlegenden Hebel der Weltökonomie in den Vereinigten Staaten befinden, die US-Ökonomie weniger anpaßt als die Ökonomien der europäischen und peripheren Länder und demzufolge auch die Institutionalisierung der Anpassungsmechanismen nur weniger entwickelt ist. Strukturanalysen der US-Ökonomie haben allerdings darauf hingewiesen, daß zwischen einem international orientierten Konzernsektor und einem national orientierten Sektor mittlerer und kleinerer Unternehmen zu unterscheiden ist sowie zwischen den diversen Segmenten des Staates und den verschiedenen politischen Orientie-

Die Internationalisierung des Staates ist natürlich nicht auf die fortgeschrittenen Länder des kapitalistischen Zentrums beschränkt. Es wäre nicht besonders schwierig, eine Liste jüngerer Beispiele aus peripheren Ländern zu erstellen, wo Institutionen der Weltökonomie, gewöhnlich als Bedingung von Umschuldungsmaßnahmen, eine Politik diktiert haben, die nur von einer Koalition konservativer Kräfte getragen werden kann. Unter den kürzlich betroffenen Ländern sind die Türkei, Peru und Portugal. Wie im Falle Zaires, stellte eine Gläubigerkonferenz die Bedingung, Bedienstete des IWF in die staatlichen Schlüsselministerien zu versetzen, um zu überwachen, daß die Konditionen der Umschuldungsmaßnahmen auch erfüllt werden.³⁸

Die Internationalisierung der Produktion

Die Internationalisierung des Staates verbindet sich mit der Expansion der internationalen Produktion. Dies zeigt sich in der Integration des Produktionsprozesses im transnationalen Maßstab mit unterschiedlichen Phasen jenes Prozesses, der sich in den verschiedenen Ländern durchsetzt. Für die staatlichen Strukturen und die Struktur der Weltordnung spielt die internationale Produktion gegenwärtig eine ebenso prägende Rolle wie das nationale Fabrik- und Handelskapital in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts.

Die internationale Produktion expandiert über Direktinvestitionen, während sich der Rentier-Imperialismus, über den Hobson und Lenin geschrieben haben, vornehmlich auf Portfolio-Investitionen stützte. Im Falle der Portfolio-Investitionen geht die Kontrolle über die produktiven Ressourcen, die durch die Transaktion finanziert werden, in den Besitz des Kreditnehmers über. Bei den Direktinvestitionen ist die Kontrolle dem Produktionsprozeß selbst inhärent und verbleibt beim Investor. Das wesentliche Merkmal von Direktinvestitionen ist nicht der Besitz des Geldes, sondern der des Wissens – in Form der Technologie und vor allem der Fähigkeit, fortwährend neue Technologien zu entwickeln. Auch wenn die finanziellen Arrangements für Direktinvestitionen stark variieren, sie sind doch stets diesem entscheidenden Faktor der technischen Kontrolle untergeordnet. Unabhängig davon, ob sie die Form von gänzlich unternehmenseigenen Tochtergesellschaften annehmen, von Joint Ventures mit dem örtlichen Kapital, das über den Staat in den Gastländern errichtet wurde, von Management-Verträgen mit staatseigenen Unternehmen oder von Ausgleichsvereinbarungen mit sozialistischen Unternehmen für die Bereitstellung von Technologie, werden alle diese Unternehmen zu Anbietern von einzelnen Bausteinen für einen

rungen, die mit jedem von ihnen assoziiert werden. Vgl. John Kenneth Galbraith, *Economics and the Public Purpose* (London: Andre Deutsch, 1974) und James O'Connor, *The Fiscal Crisis of the State* (New York: St. Martin's Press, 1973). Historiker verweisen auf die korporatistischen Elemente des New Deal, z.B. Arthur Schlesinger, Jr., a.a.O.

³⁸ Der Fall Zaire erinnert an die Arrangements, die dem Ottomanischen Reich und Ägypten durch die westlichen Mächte im späten neunzehnten Jahrhundert auferlegt wurden, um gewisse Einkünfte des ausländischen Schuldendienstes effektiv einzutreiben. Siehe Herbert Feis, *Europe the World's Banker, 1870-1914* (New York: Kelly for the Council on Foreign Relations, 1961), S. 332-341, 384-397.

global organisierten Produktionsprozeß, der durch die technologischen Quellen geplant und kontrolliert wird. Das formale Eigentum ist dabei weniger wichtig als die Art und Weise, in der die verschiedenen Elemente in das Produktionssystem integriert sind.

Die Direktinvestitionen vermitteln den Eindruck, daß das industrielle das Finanzkapital dominiert. Die großen multinationalen Konzerne, die durch Direktinvestitionen expandieren, finanzieren sich zu einem gewissen Grade selbst, und in dem Maße wie sie nicht dazu in der Lage sind, scheinen sie doch in der Lage, sich auf vielfältige Art und Weise Geldkapital beschaffen zu können: über die lokalen Kapitalmärkte (wo sie im Vergleich zu den nationalen Unternehmen bessere Kreditkonditionen haben), über die Eurogeldmärkte, über Kapitalzuflüsse von anderen multinationalen Konzernen in Verbindung mit Technologie- und Produktionsvereinbarungen, durch staatliche Subventionen und so weiter. Und doch scheint es insbesondere seit den 1970er Jahren so, als ob das Finanzkapital über die Operationen der multinationalen Banken, an Bedeutung gewinnt; nicht nur in der alten Form des Rentier-Kapitalismus, der peripheren Staaten Kredite gewährt, sondern auch als ein Netzwerk zur Kontrolle und privaten Planung der internationalen Produktion innerhalb der Weltwirtschaft. Dieses Netzwerk taxiert und kollektiviert die Investitionsrisiken und weist den in der Expansion der internationalen Produktion Beteiligten ihre Investitionsmöglichkeiten zu, was heißt, daß es unter den Bedingungen der Produktionsverhältnisse des späten zwanzigsten Jahrhunderts die Funktion von Lenins "kollektiven Kapitalisten" wahrnimmt.

Internationale Produktion und Klassenstruktur

Die internationale Produktion mobilisiert die sozialen Kräfte, über die sich, bezogen auf das Wesen der Staaten und zukünftigen Weltordnungen, die maßgeblichen politischen Konsequenzen möglicherweise antizipieren lassen. Ungeachtet der rhetorischen Aufrufe zur internationalen Solidarität der Arbeiter, wurde bislang davon ausgegangen, daß soziale Klassen innerhalb national definierter sozialer Formationen existieren. Als Konsequenz der internationalen Produktion wird es nun jedoch zunehmend angemessener, in Begriffen einer globalen Klassenstruktur zu denken, die neben den nationalen Klassenstrukturen besteht oder diese überlagert.

An der Spitze der entstehenden globalen Klassenstruktur befindet sich die transnationale Managerklasse. Da sie über ihre eigene Ideologie, Strategie und Institutionen kollektiven Handelns verfügt, bildet sie sowohl eine Klasse an sich als auch für sich. Ihre Organisationszentren, die Trilaterale Kommission, die Weltbank, der IWF und die OECD, entwickeln sowohl Strukturen des Denkens als auch Richtlinien des politischen Handelns. Hiervon ausgehend, dringt das Klassenhandeln in die einzelnen Länder über den Prozeß der Internationalisierung des Staates ein. Die Zugehörigkeit zu dieser transnationalen Klasse beschränkt sich nicht nur auf jene, die Funktionen auf globaler Ebene ausüben, wie die Geschäftsführer von multinationalen Konzernen

oder die höheren Funktionäre internationaler Agenturen, sondern erstreckt sich auch auf jene, die die international orientierten Sektoren innerhalb der Länder leiten, die Beamten des Finanzministeriums, die örtlichen Manager von an internationale Produktionssysteme angebundenen Unternehmen und so weiter.³⁹

Von der transnationalen Klasse sind die nationalen Kapitalisten zu unterscheiden. Der natürliche Reflex des nationalen Kapitals, das sich mit der Herausforderung der internationalen Produktion konfrontiert sieht, ist der Protektionismus. Es ist hin und her gerissen zwischen dem Verlangen, den Staat als Bollwerk einer unabhängigen nationalen Ökonomie zu benutzen, und der Möglichkeit, innerhalb einer untergeordneten symbiotischen Beziehung mit der internationalen Produktion die Nischen, die von dieser gewährt werden, auszufüllen.

Die Industriearbeiterschaft ist doppelt fragmentiert. Eine Spaltungslinie verläuft zwischen den Stamm- und Randbelegschaften. Zur Stammebelegschaft gehören jene, die mit ihrem Arbeitsplatz einen Status relativer Sicherheit und Stabilität erreicht haben und zudem einige Aussichten haben, beruflich aufzusteigen. Sie sind im allgemeinen relativ gut ausgebildet, arbeiten für größere Unternehmen und verfügen über durchsetzungsfähige Gewerkschaften. Die Randbelegschaften sind im Unterschied hierzu unsicher beschäftigt, weniger gut ausgebildet, haben keine Aussichten auf beruflichen Aufstieg und große Schwierigkeiten, durchsetzungsfähige Gewerkschaften aufzubauen. Häufig setzen sie sich überproportional aus ethnischen Minoritäten mit niedrigem Status, Immigranten und Frauen zusammen. Die Institutionen einer handelnden Arbeiterklasse privilegierten die Stammebelegschaften. Nur wenn die Ideologie der Klassensolidarität mächtig bleibt, für gewöhnlich ist dies unter Bedingungen einer starken ideologischen Polarisierung und des sozialen wie politischen Konflikts der Fall, bemühen sich die von den Stammebelegschaften kontrollierten Organisationen (Gewerkschaften und politische Parteien), auch die Randbelegschaften mit einzubeziehen und für sie einzutreten.

Die zweite Spaltungslinie innerhalb der Industriearbeiterschaft ist durch die Spaltung zwischen dem nationalen und internationalen Kapital (dessen Aufmerksamkeit der

³⁹ Der Nachweis für die Existenz einer transnationalen Managerklasse läßt sich über die tatsächlichen Organisationsformen, die Einzelheiten der Ideologie, finanzielle Unterstützungsleistungen und das Verhalten der Individuen erbringen. Andere Strukturen stehen für gegenläufige Tendenzen, so z.B. das nationale Kapital und seine Interessen, die von einer gänzlich anderen Struktur von Loyalitäten, Agenturen etc. getragen werden. Individuen, Firmen oder staatliche Agenturen mögen in manchen Phasen ihrer Aktivität sich der einen, in anderen wiederum einer anderen Tendenz anschließen. So mag die Klassenzugehörigkeit kontinuierlich wechseln, obwohl die Struktur bestehen bleibt. Zuweilen wird argumentiert, daß dies nur für US-amerikanische Kapitalisten mit einer hegemonialen Ausstrahlung gilt, was jedoch implizieren würde, aus dem Imperialismus ein rein nationales Phänomen zu machen. Der US-amerikanische Ursprung jener Werte, die durch die transnationale Klasse transportiert und propagiert werden, ist nicht zu bezweifeln. Es kann aber auch weder ein Zweifel daran bestehen, daß viele nicht-amerikanische Bürger und Agenturen dieser Klasse angehören noch daß ihre Weltsicht global ist und von den rein nationalen Kapitalismen, die neben ihr existieren, unterschieden werden kann. Über die transnationale Managerklasse ist die amerikanische Kultur oder eine bestimmte amerikanische Geschäftskultur global hegemonial geworden. Sollten sich in den internationalen ökonomischen Beziehungen natürlich wieder neo-merkantilistische Tendenzen durchsetzen, so würde diese transnationale Klassenstruktur wieder verschwinden.

internationalen Produktion gilt) verursacht. Die Stammebelegschaften des internationalen Produktionssektors sind potentielle Verbündete des internationalen Kapitals. Dies soll nicht heißen, daß diese Arbeiter nicht im Konflikt mit dem internationalen Kapital stehen, sondern nur, daß das internationale Kapital über die Ressourcen verfügt, diese Konflikte zu befrieden und von den Konflikten mit anderen Beschäftigtengruppen zu isolieren, indem es einen Unternehmenskorporatismus ins Leben ruft, in dem beide Parteien die Wahrnehmung ihrer Interessen von der kontinuierlichen Expansion der internationalen Produktion abhängig machen.

Die Stammebelegschaften im nationalen Kapitalektor erliegen stärker der Anziehungskraft des Protektionismus und des nationalen (eher als des Unternehmens)-Korporatismus. Hierdurch werden die Verteidigung des nationalen Kapitals, der Arbeitsplätze und des von den Arbeitern innerhalb der Institutionen der industriellen Beziehungen erreichten Status als eng miteinander verbundene Aufgaben wahrgenommen.⁴⁰

Die Randbelegschaften haben durch die Expansion der internationalen Produktion eine besondere Bedeutung erlangt. Die Produktionssysteme sind so konzipiert, daß sie auf einen wachsenden Anteil von angelernten (und daher häufig unsicher beschäftigten) im Verhältnis zu ausgebildeten (und etablierten) Arbeitskräften zugreifen.⁴¹ Durch diese Tendenz in der Produktionsorganisation ist es dem Zentrum möglich, die wirklich physische Güterherstellung zu dezentralisieren, sie in periphere Gegenden, in denen ein überzähliges Angebot an relativ billigen Randbelegschaften vorhanden ist, zu verlagern und zudem die Kontrolle über den Produktionsprozeß sowie die zukunftsbestimmende Forschung und Entwicklung zurückzugewinnen.

Sobald durch die internationale Produktion in den Ländern der Dritten Welt die Randbelegschaften mobilisiert wurden, versuchten die dortigen Regierungen sehr häufig zu verhindern, daß diese neue soziale Kraft ihre eigenen klassenbewußten Organisationen entwickelt. Stattdessen wurden ihr über Gewerkschaften, die von der Regierung oder der dominanten politischen Partei gegründet und kontrolliert wurden, staatskorporatistische Strukturen aufgedrängt. Die Kontrolle der lokalen Arbeiterschaft gab den lokalen Regierungen, was die Direktinvestitionen anbetrifft, auch einen zusätzlichen Einfluß gegenüber dem internationalen Kapital. Wenn die Indu-

40 Einige Industrien erscheinen als mehrdeutig und liegen quer zu den zwei Tendenzen, so z.B. die Automobilindustrie. Im ökonomischen Aufschwung standen in den Vereinigten Staaten die internationalen Aspekte dieser Industrie im Vordergrund, und die Automobilarbeitergewerkschaft war dabei führend, in den großen internationalen Autofirmen Arbeitervvertretungen mit der Perspektive auf multinationale Verhandlungen zu errichten. Als die Industrie in die Rezession geriet, drängte der Protektionismus in den Vordergrund.

41 R. W. Cox, "Labour and Employment in the Later Twentieth Century", in: R. St. J. Macdonald, et al. (eds.), *The International Law and Policy of Human Welfare* (Sijthoff and Noordhoff, 1978). Diese Tendenz kann als Fortsetzung einer langfristigen Entwicklung der Produktionsorganisation betrachtet werden, innerhalb derer der Taylorismus eine frühe Etappe bildete. Die Kontrolle über den Arbeitsprozeß wird den Arbeitern fortschreitend abgerungen und von der tatsächlichen Durchführung der Aufgaben getrennt, um sie im Management zu konzentrieren.

striearbeiter in der Dritten Welt daher manchmal in die politische und soziale Passivität zurückgedrängt wurden, so mag sich der Staatskorporatismus zwar als Phasenverzögerung erweisen, ohne langfristig jedoch ein deutlicher artikuliertes Selbstbewußtsein eliminieren zu können.⁴²

Selbst wenn die Industrie schnell in die Dritte Welt strömen sollte, und die lokalen Regierungen im großen und ganzen in der Lage sein sollten, die Kontrolle über die Industriearbeiterschaft zu behalten, würden sich die Verhältnisse für den überwiegenden Teil der Bevölkerung in diesen Ländern nicht verbessern, sondern wahrscheinlich verschlechtern. Die neuen industriellen Arbeitsplätze sind weit hinter dem Wachstum des Arbeitskräftepotentials zurückgeblieben, während infolge des landwirtschaftlichen Wandels ein Großteil der ländlichen Bevölkerung enteignet wurde. Unabhängig davon, wie schnell sich die internationale Produktion ausbreitet, wird ein erheblicher Teil der Weltbevölkerung in den besonders armen Gebieten am Rande der Weltökonomie verbleiben, ohne über eine Beschäftigung, ein Einkommen oder eine davon abgeleitete Kaufkraft zu verfügen. Im Streben nach Hegemonie besteht ein Hauptproblem für das internationale Kapital darin, die Effekte der Marginalisierung von etwa einem Drittel der Weltbevölkerung zu neutralisieren, um zu verhindern, daß durch die Armut Revolten stimuliert werden.⁴³

Soziale Kräfte, Staatsstrukturen und Ausblicke auf die zukünftige Weltordnung

Es wäre natürlich logisch unzulässig und außerdem unklug, Vorhersagen über die zukünftige Weltordnung auf die vorangegangenen Überlegungen zu stützen. Deren Nutzen besteht vielmehr darin, die Aufmerksamkeit auf jene Faktoren zu lenken, die die entstehende Weltordnung in die eine oder andere Richtung drängen. Die sozialen Kräfte, die durch den Wandel des Produktionsprozesses erzeugt werden, bilden den Ausgangspunkt, um über mögliche zukünftige Entwicklungen nachzudenken. Sie wirken dabei in unterschiedlichen Konfigurationen aufeinander ein, und wie in einer Übung kann man die hypothetischen Konfigurationen betrachten, die höchstwahrscheinlich wie die Zukunft des Staatensystems zu drei unterschiedlichen Varianten führen. Wenn der Schwerpunkt auf diese drei Varianten gelegt wird, so bedeutet dies natürlich nicht, daß keine anderen Varianten oder Konfigurationen sozialer Kräfte möglich sind.

⁴² Neuere Nachrichten aus Brasilien melden, daß sich die Arbeiter von Sao Paulo, deren Gewerkschaften seit der Zeit von Präsident Vargas einer staatskorporatistischen Struktur unterworfen waren, unzufrieden zeigen.

⁴³ Die Weltbank fördert ländliche Entwicklung und Geburtenkontrolle. Dabei ist das Konzept der "Selbständigkeit", einst ein anti-imperialistischer Slogan zum Zwecke der "Abkopplung" vom imperialen System, durch das imperiale System kooptiert worden und meint die Selbsthilfe unter der marginalisierten Bevölkerung – ein do-it-yourself Wohlfahrtsprogramm.

Die erste ist die Erwartung einer neuen Hegemonie, die gestützt auf die globale soziale Machtstruktur durch die Internationalisierung der Produktion entsteht. Dies würde eine Konsolidierung zweier, gegenwärtig kraftvoller und miteinander verbundener Tendenzen erforderlich machen: innerhalb der wichtigsten Länder eine fort-dauernde Dominanz des internationalen über das nationale Kapital sowie die fortge-setzte Internationalisierung des Staates. Eine solche Variante impliziert, daß die wirtschaftspolitische Orthodoxie des Monetarismus, die der Stabilisierung der Weltökonomie (Inflationsbekämpfung und stabile Wechselkurse) gegenüber der Er-füllung von gesellschaftlichen sozialpolitischen Erfordernissen (die Reduktion der Arbeitslosigkeit und die Aufrechterhaltung des Reallohniveaus) Vorrang einräumt, fortgesetzt wird.

Die zwischenstaatliche Machtkonfiguration, die eine solche Weltordnung aufrecht erhalten könnte und die die Staaten in Übereinstimmung mit diesem Model bringt, besteht, unterstützt von anderen OECD-Staaten, im Kern aus einer Koalition aus den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik Deutschland und Japan. Sie kooptiert die führenden konservativen OPEC-Staaten und einige der stärker industrialisierten Länder der Dritten Welt wie Brasilien, und hält sich die Möglichkeit offen, die Ent-spannung neu aufzulegen, um der sowjetischen Einflußsphäre eine größere Einbin-dung in die internationale Produktion der Weltwirtschaft zu erlauben. Zugleich würde die neue internationale Arbeitsteilung, gleichsam das Resultat der fortschreitenden Dezentralisierung der Fabrikation in die Länder der Dritten Welt seitens des interna-tionalen Kapitals, die Industrialisierungsbestrebungen dieser Länder befriedigen. Die sozialen Konflikte in den Ländern des Zentrums würden durch den Unternehmens-korporatismus kleingehalten, obwohl viele, insbesondere die Randbelegschaften, dadurch nicht geschützt würden. Und in den peripheren Ländern, würden die sozia-len Konflikte durch eine Kombination aus staatlichem Korporatismus und Repression eingedämmt.

Die sozialen Kräfte, die dieser Konfiguration entgegenstehen, sind bereits erwähnt worden. Das nationale Kapital, die eng mit dem nationalen Kapital verbundenen Sektionen der Stammebelegschaften, die neu mobilisierten Randbelegschaften in der Dritten Welt und die sozial Marginalisierten in den armen Ländern. Sie alle stehen auf die eine oder andere Weise dem internationalen Kapital, dem Staat und den Weltordnungsstrukturen, die dem internationalen Kapital zuarbeiten, möglicherweise oppositionell gegenüber. Allerdings verfügen diese Kräfte über keine natürliche Ko-häsion und mögen von einem effektiven Hegemon voneinander separiert und neu-tralisiert werden. Sollten sie sich unter besonderen Umständen in einem besonderen Land vereinigen und einen Regimewechsel herbeiführen, dann würde das Land durch die Weltstruktur möglicherweise in die Isolation gedrängt. Mit anderen Worten: Wo die Hegemonie innerhalb eines einzelnen Landes versagt, könnte sie mit Hilfe der Weltstrukturen wieder re-etabliert werden.

Eine zweite denkbare Variante ist eine nicht-hegemoniale Weltstruktur miteinander widerstreitender Machtzentren. Der wahrscheinlichste Weg hierher führt vermutlich über den Aufstieg von neo-merkantilistischen Koalitionen in einigen Ländern des Zentrums. Diese Koalitionen würden das nationale Kapital mit den etablierten Arbeitskräften verbinden, und wären dazu entschlossen, sich aus den Arrangements zugunsten des internationalen Kapitals auszuklinken und ihre eigene Macht und Wohlfahrt auf einer nationalen Grundlage oder Einflußsphäre zu organisieren. Allein das Festhalten an einer monetaristischen Politik mag einen sehr wahrscheinlichen Grund für die neo-merkantilistische Reaktion bereitstellen. Anti-inflatorisch legitimiert, wird die monetaristische Politik wahrgenommen als Behinderung des nationalen Kapitals (wegen der hohen Zinsraten), als Arbeitslosigkeit stimulierend (durch die beabsichtigte Rezession) und als ungünstig für die relativ benachteiligten sozialen Gruppen und Regionen, die von den Dienstleistungen und Transferzahlungen der Regierung abhängig sind (wegen der haushaltskonsolidierenden staatlichen Ausgabenkürzungen). Eine gegnerische Koalition würde den Monetarismus dafür angreifen, daß er die nationale Wohlfahrt externen Vorgaben unterordnet und den Märkten (die durch die Preissetzungsmacht der Konzerne als manipuliert betrachtet werden) ein blindes Vertrauen entgegenbringt. Innerhalb der Staaten des Zentrums würde die mutmaßliche strukturelle Form des Neo-Merkantilismus auf einen industriellen oder nationalen Korporatismus hinauslaufen, der das nationale Kapital und die organisierten Arbeitskräfte mit der Regierung zusammenführt, um die staatliche Politik zu formulieren und zu implementieren. Die peripheren Staaten würden im wesentlichen dieselbe Struktur wie in der ersten Variante haben, würden allerdings weitaus enger mit den Ökonomien des einen oder anderen Landes des Zentrums verbunden sein.

Eine dritte, eher unwahrscheinliche Variante wäre die Herausbildung einer Gegenhegemonie, die sich auf eine Dritte-Welt-Koalition stützt und sich gegen die Dominanz der Länder des Zentrums richtet. Sie würde darauf abzielen, daß sich die peripheren Länder autonom entwickeln und die Zentrum-Peripherie-Beziehungen beendet werden. Eine Gegenhegemonie müßte aus einer kohärenten Perspektive einer alternativen Weltordnung bestehen, und von einer Machtkonzentration gestützt werden, die ausreicht, um die Länder des Zentrums herauszufordern. Diese Variante läßt bereits das Verlangen nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung erahnen. Dem Konsens, der dieses Verlangen stützt, fehlt jedoch, um eine Gegenhegemonie zu errichten, ein hinreichend klares Verständnis einer alternativen weltpolitischen Ökonomie. Die Aussicht auf eine Gegenhegemonie hängt weitgehend davon ab, wie sich die staatlichen Strukturen in der Dritten Welt zukünftig entwickeln werden.

Die kontrollierende soziale Kraft in diesen Ländern ist charakteristischerweise als "Staatsklasse"⁴⁴ bezeichnet worden. Sie setzt sich zusammen aus dem Partei-, Bürokratie- und Militärpersonal und den Gewerkschaftsführern, entstammt zumeist der Kleinbourgeoisie, kontrolliert den Staatsapparat und versucht über ihn, eine größere Kontrolle über den Produktionsapparat des Landes zu erlangen. Die Staatsklasse kann als örtlich begrenzte Antwort auf die durch die Internationalisierung der Produktion erzeugten Zwänge verstanden werden sowie als ein Versuch, diese Zwänge lokal wieder stärker zu kontrollieren. Die Orientierung der Staatsklasse ist unbestimmt. Sie kann entweder konservativ oder radikal sein. Sie kann sich entweder dafür einsetzen, daß sich innerhalb der produktiven internationalen Weltökonomie die Geschäftsbedingungen verbessern, oder versuchen, die durch das internationale Kapital erzeugte ungleiche innere Entwicklung zu überwinden.

Die Staatsklassen, die der ersten Orientierung anhängen, sind leicht dafür zu gewinnen, sich in eine neue hegemoniale Weltökonomie inkorporieren zu lassen und als gesellschaftlicher Gegenpart zum internationalen Kapital zur Aufrechterhaltung staatskorporatistischer Strukturen beizutragen. Die zweite Orientierung könnte hingegen die Unterstützung für eine Gegenhegemonie eröffnen. Allerdings pflegt eine Staatsklasse wahrscheinlich nur dann die zweite, eher radikale Orientierung, wenn sie durch einen genuinen Populismus (und nicht nur von einem durch politische Führer manipulierten Populismus) von unten unterstützt wird. Man mag darüber spekulieren, ob dies infolge der sich ausbreitenden sozialen Konsequenzen der internationalen Produktion, wie z.B. die Mobilisierung einer neuen nicht-etablierten Arbeiterschaft in Verbindung mit der Marginalisierung eines wachsenden Teils der städtischen Bevölkerung, der Fall sein wird. Die radikale Alternative könnte die Form sein, in der in den Ländern der Dritten Welt auf das internationale Kapital reagiert wird, ebenso wie der Neo-Merkantilismus die Antwort in den reicheren Ländern sein könnte. Jede Alternative projiziert dabei eine besondere Staatsstruktur und Vision der Weltordnung.

Übersetzung von Hans-Jürgen Bieling

⁴⁴ Ich habe diesen Begriff von Hartmut Elsenhans geborgt, "The State Class in the Third World: For a New Conceptualisation of Periphery Modes of Production" (unveröffentlicht).

Gramsci, Hegemonie und Internationale Beziehungen: Ein Aufsatz zur Methode¹

Vor einigen Jahren begann ich, Gramscis *Gefängnishefte* zu lesen. Der einstige Führer der Italienischen Kommunistischen Partei beschäftigt sich in diesen Fragmenten – niedergeschrieben in einem faschistischen Gefängnis – mit der Frage, wie die kapitalistischen Gesellschaften der 20er und 30er Jahre zu verstehen sind, vor allem aber reflektierte er die Bedeutung des Faschismus und die Möglichkeiten, eine alternative, auf der Arbeiterklasse beruhende Form des Staates und der Gesellschaft zu errichten. Was er zu sagen hatte, konzentrierte sich auf den Staat, auf das Verhältnis der bürgerlichen Gesellschaft zum Staat sowie auf die Politik, Ethik und Ideologie in ihrem Verhältnis zur Produktion. Es ist wenig überraschend, daß Gramsci zu Fragen der internationalen Beziehungen wenig zu sagen hatte. Dennoch fand ich, daß sein Denken sehr hilfreich ist, um die Bedeutung internationaler Organisationen – mit denen ich mich damals hauptsächlich befaßte – zu verstehen. Besonders wertvoll ist sein Konzept der Hegemonie; aber auch andere Konzepte, die er entweder selbst erarbeitet oder von anderen übernommen und weiterentwickelt hat, erwiesen sich als nützlich. Dieser Aufsatz wird mein Verständnis dessen darlegen, was Gramsci mit Hegemonie und den damit in Beziehung stehenden Konzepten meinte. Er wird zeigen, wie sie - nach meiner Überzeugung - für das Verständnis von Problemen der Weltordnung angepaßt werden können, ohne ihren wesentlichen Gehalt zu verlieren. Der Aufsatz will freilich keine kritische Auseinandersetzung mit Gramscis politischer Theorie leisten. Er leitet nur einige Ideen aus ihr ab, die mir für eine Revision der gegenwärtigen Theorie internationaler Beziehungen nützlich erscheinen.²

Gramsci und Hegemonie

Alle Konzepte Gramscis sind aus der Geschichte abgeleitet – entweder im Sinne einer Interpretation spezifischer historischer Perioden, von denen er glaubte, daß sie ein erhellendes Licht auf die Gegenwart werfen, oder aber aus seinen persönlichen Erfahrungen des politischen und sozialen Kampfes. Diese Erfahrungen schlossen die Fabrikrätebewegung der frühen 20er Jahre (*consigli di fabbrica*), seine Mitwirkung in der Dritten Internationalen und seine Opposition zum Faschismus mit ein.

¹ Dieser Artikel wurde zuerst in: *Millenium. Journal of International Studies* (London), Vol. 12, No. 2 (Sommer 1983) publiziert.

² Zitiert wird im folgenden aus: Antonio Gramsci, *Selections from the Prison Notebooks*, herausgegeben und übersetzt von Quinton Hoare und Geoffrey Nowell Smith (New York: International Publishers, 1971). Die kritische Gesamtedition von V. Gerratana, *Quaderni del carcere* (Torino: Einaudi editore, 1995) wird als *Quaderni* zitiert. Die deutsche Übersetzung folgt - soweit möglich - der Kritischen Gesamtausgabe der *Gefängnishefte*: Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, herausgegeben von Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle, Hamburg: Argument, 1991 ff. (bis zum Jahre 1998 7 Bände).

Gramscis Ideen müssen stets eng auf diesen historischen Kontext bezogen werden. Mehr noch, er paßte seine Konzepte fortwährend den spezifischen historischen Umständen an. Man kann diese Konzepte nicht sinnvoll betrachten, wenn sie von ihrem Bezugspunkt losgelöst werden, andernfalls würde die Verwendung des gleichen Konzepts widersprüchlich oder mehrdeutig erscheinen.³ Im Denken Gramscis ist ein Konzept offen und dehnbar und erlangt seine Präzision nur, wenn es auf eine einzigartige Situation bezogen wird, die es zu erklären hilft – erst in diesem Bezug entfaltet ein Konzept seine Bedeutung. Das ist die Stärke von Gramscis Historismus und hierin liegt seine erklärende Kraft. Häufig wird allerdings der Ausdruck "Historismus" von denen, die eine stärker abstrakte, systematische, universalistische und unhistorische Form der Erkenntnis suchen, mißverstanden und kritisiert.⁴

Gramsci richtete sein Denken konsequent auf die praktischen Ziele des politischen Handelns aus. In seinen Gefängnisschriften bezog er sich immer auf den Marxismus als "Philosophie der Praxis".⁵ Wahrscheinlich wollte er den praktischen revolutionären Nutzen der Philosophie unterstreichen. Es könnte aber auch seine Intention zum Ausdruck bringen, zu einer lebendigen Weiterentwicklung von Gedanken beizutragen, die bereits von Marx angestoßen, aber niemals endgültig festgeschrieben wurden. Nichts lag ihm ferner als ein Marxismus, der aus einer Exegese der "heiligen Texte" zum Zwecke der Verfeinerung einer zeitlosen Kollektion von Kategorien und Konzepten besteht.

Ursprünge des Hegemoniekonzepts

Es gibt zwei Hauptstränge, die zu Gramscis Begriff der Hegemonie führen. Der erste entwickelte sich aus Debatten innerhalb der Dritten Internationale. Er betraf die Strategie der bolschewistischen Revolution sowie die Errichtung eines sozialistischen Sowjetstaates. Der zweite geht auf die Schriften Machiavellis zurück. Im Kontext des ersten Stranges haben sich einige Interpreten bemüht, Gramscis Gedanken mit denen Lenins zu kontrastieren, indem sie Gramsci mit der Idee einer Hegemonie des Proletariats und Lenin mit der Idee der Diktatur des Proletariats in Verbindung brachten. Andere Interpreten unterstrichen demgegenüber eine grundsätzli-

³ Dies scheint das zugrunde liegende Problem bei Perry Anderson zu sein, der behauptet, Widersprüche in Gramscis Konzepten gefunden zu haben. Vgl. Ders., *The Antinomies of Antonio Gramsci*, in: *New Left Review*, Nr. 100, November 1976-Januar 1977.

⁴ Vgl. dazu E. P. Thompson, der analog zu Gramsci gegen den abstrakt philosophischen Strukturalismus Althusser's eine historistische Position bezieht. Vgl. Thompson, E. P., *The Poverty of Theory and Other Essays*, London: Merlin Press, 1978; Althusser, Louis, *Marxism is not Historicism*, in: Ders. ; Balibar, Etienne, *Reading Capital*, London: New Left Books, 1979.

⁵ Es wird behauptet, daß dies vor allem deshalb geschah, um der Beschlagnahmung seiner Notizen durch den Zensor des Gefängnisses zu entgehen. Sollte das zutreffen, so müßte dieser geistig schon ziemlich beschränkt gewesen sein.

che Übereinstimmung zwischen beiden.⁶ Wichtig ist, daß sich Lenin auf das russische Proletariat sowohl als herrschende als auch als führende Klasse bezieht. Dominanz impliziert Diktatur, Leitung hingegen die Führung bei gleichzeitiger Zustimmung seitens der verbündeten Klassen (namentlich der Bauernschaft). Gramsci übernahm zunächst eine Idee, die in der Dritten Internationale anerkannt war: Die Arbeiterschaft übt über die verbündeten Klassen Hegemonie, über die feindlichen Klassen Diktatur aus. Allerdings bezog sich diese Idee nur auf die Arbeiterklasse. Sie artikuliert deren Rolle, eine Allianz aus Arbeitern, Bauern und vielleicht einigen anderen Gruppen anzuführen, die den revolutionären Wandel potentiell unterstützen.⁷

Gramscis Originalität liegt nun gerade darin, diesem ersten Strang eine Wendung gegeben zu haben: Er wandte ihn auf die Bourgeoisie und damit auf die hegemonialen Apparate oder Mechanismen der herrschenden Klasse an.⁸ So konnte er zwischen Fällen unterscheiden, in denen die Bourgeoisie eine Position der hegemonialen Führung gegenüber anderen Klassen erlangt hatte, und solchen, in denen das nicht der Fall war. In Nordeuropa – in den Ländern, in denen sich der Kapitalismus zuerst etabliert hatte – war die bürgerliche Hegemonie am umfassendsten. Notwendigerweise schloß dies im Austausch für die Zustimmung zur bürgerlichen Führung Zugeständnisse an subalterne Klassen mit ein - Zugeständnisse, die letztlich zu Formen der sozialen Demokratie führten. Diese stabilisieren den Kapitalismus, indem sie ihn für die Arbeiter und das Kleinbürgertum akzeptabler machen. Da ihre Hegemonie in der Zivilgesellschaft fest verankert war, brauchte die Bourgeoisie den Staat oftmals nicht einmal selbst zu führen. Der Landadel in England, die Junker in Preußen oder - in Frankreich - ein Betrüger wie Louis Bonaparte, der sich als der Nachfolger von Napoleon I gerierte, konnten diese Funktion der politischen Herrschaft ausüben, solange sie die hegemonialen Strukturen der Zivilgesellschaft als die grundlegenden Grenzen ihres politischen Handelns anerkannten.

Aufgrund dieses Hegemoniebegriffs erweiterte Gramsci seine Definition des Staates. Wenn der administrative, exekutive und repressive Apparat der Regierung tatsächlich durch die Hegemonie der führenden Klasse einer umfassenden Gesellschafts-

⁶ Christine Buci-Gluckmann stellt Gramsci direkt in die leninsche Tradition. Demgegenüber konfrontieren Hughes Portelli und Maria Antonietta Macciocchi Gramsci und Lenin. Mir scheint Buci-Gluckmanns Argumentation durchdacht zu sein. Vgl. Buci-Gluckmann, Christine, Gramsci et l'Etat: Pour une theorie materialiste de la philosophie, Paris: Fayard, 1975; Portelli, Hughes, Gramsci et le bloc historique, Paris: Fayard, 1972; Macciocchi, Maria Antonietta, Pour Gramsci, Paris: Fayard, 1973; vgl. auch Mouffe, Chantal; Sassoon, Anne Showstack, Gramsci in France and Italy - A review of the literature, in: Economy and Society, Vol. 6, No. 1, Februar 1977, S. 31-68.

⁷ Diese Vorstellung paßt gut zu Gramscis Einschätzung der italienischen Situation in den frühen 20er Jahren. Die Arbeiterklasse war ihrerseits zu schwach, die volle Last der Revolution zu tragen, und konnte einen neuen Staat nur in einer Allianz mit den Bauern und Teilen des Kleinbürgertums gründen. Tatsächlich betrachtete Gramsci die Fabrikrätebewegung als eine Schule, um solche Koalitionen zu führen. Seine Bemühungen vor der Inhaftierung richteten sich stets auf den Aufbau solcher Koalitionen.

⁸ Vgl. Buci-Gluckmann, a. a. O., S. 63.

formation beschränkt war, dann darf sich die Definition des Staates nicht auf diese Aspekte beschränken. Ein erweiterter Begriff des Staates müßte demzufolge auch die Grundlagen der politischen Struktur in der Zivilgesellschaft einbeziehen. Gramsci dachte sich diese in sehr konkreten historischen Begriffen: die Kirche, das Bildungssystem, die Presse - alle Institutionen, die dazu beitragen, in den Menschen jene Verhaltensweisen und Erwartungshaltungen zu erzeugen, die der hegemonialen sozialen Ordnung entsprechen. Gramsci behauptete zum Beispiel, daß die italienischen Freimaurerlogen ein Band zwischen den Regierungsbeamten, die nach der Vereinigung des Landes in den Staatsdienst traten, knüpfen und deshalb als Teil des Staates anzusehen sind, sofern dessen allgemeine Struktur erfaßt werden soll. Die Hegemonie einer herrschenden Klasse schlägt deshalb eine Brücke zwischen den konventionellen Kategorien von Staat und Zivilgesellschaft - zwischen Kategorien also, die immer noch analytisch nützlich sind, aber eben nicht mehr im Sinne wirklich separierter Einheiten.

Der zweite Strang, der zu Gramscis Begriff der Hegemonie führt, läßt sich - wie bereits angedeutet - auf Machiavelli zurückführen. Er hilft uns, die Anwendungsmöglichkeiten des Konzeptes noch zu erweitern. Gramsci hatte darüber nachgedacht, was Machiavelli insbesondere im *Fürst* (Il Principe) in bezug auf das Problem der Neugründung eines Staates geschrieben hatte. Im fünfzehnten Jahrhundert ging es Machiavelli darum, für ein vereintes Italien eine Führung und eine tragfähige soziale Basis zu finden. Gramsci hingegen ging es im zwanzigsten Jahrhundert um die Führung und eine tragfähige Basis als Alternative zum Faschismus. Wo sich Machiavelli dem Individuum des Fürsten zuwandte, betrachtete Gramsci den modernen Fürsten: die revolutionäre Partei, die sich im dauerhaften und fortschreitenden Dialog mit der eigenen, sie unterstützenden Basis befindet. Gramsci übernahm von Machiavelli die Metapher von der Macht als einem Zentaur: halb Mensch, halb Tier, eine notwendige Kombination aus Konsens und Zwang.⁹ In dem Maße, wie die konsensuelle Komponente der Macht im Vordergrund steht, herrscht die Hegemonie vor. Zwang ist zwar immer latent vorhanden, wird jedoch nur in seltenen und abweichenden Fällen angewandt. Hegemonie reicht aus, um bei den meisten Menschen - fast immer - Verhaltenskonformität zu gewährleisten. Über den Anschluß an Machiavelli wird das Konzept der Macht (und der Hegemonie als eine Form der Macht) von der Bindung an historisch spezifische soziale Klassen befreit und ermöglicht eine breitere Anwendung auf Beziehungen von Dominanz und Abhängigkeit, einschließlich - wie bereits angedeutet - auf die Verhältnisse der Weltordnung. Gleichwohl werden dadurch die Machtverhältnisse gerade nicht von ihrer sozialen Basis abgetrennt (das wäre der Fall, wenn die Beziehungen innerhalb der Weltordnung sehr eng als Beziehungen zwischen Staaten gedacht werden); die Aufmerksamkeit wird im Gegenteil gerade darauf gerichtet, das Bewußtsein für diese soziale Basis zu schärfen.

⁹ Machiavelli, Niccolo, *Der Fürst*, Stuttgart 1961, 18. Kapitel, S. 103 ff.

Bewegungskrieg und Stellungskrieg

Beim Durchdenken des ersten Stranges seines Hegemoniekonzeptes reflektierte Gramsci die Erfahrungen der bolschewistischen Revolution und versuchte zu bestimmen, welche Lehren hieraus für die Revolution in Westeuropa gezogen werden könnten.¹⁰ Er kam zu dem Ergebnis, daß die Umstände in Westeuropa von denen in Rußland höchst verschieden sind. Um die unterschiedlichen Verhältnisse und die daraus resultierenden Unterschiede in den erforderlichen Strategien zu veranschaulichen, griff er auf die militärische Analogie des Bewegungskrieges und des Stellungskrieges zurück. Die grundlegende Differenz zwischen Rußland und Westeuropa lag in der jeweiligen Stärke des Staates und der Zivilgesellschaft. In Rußland war der administrative und repressive Staatsapparat gewaltig; aber er erwies sich als verwundbar. Die Zivilgesellschaft hingegen war unterentwickelt. Einer relativ kleinen Arbeiterklasse - angeführt durch eine disziplinierte Avantgarde - gelang es, in einem Bewegungskrieg den Staat zu übernehmen, ohne auf nennenswerten Widerstand der restlichen Zivilgesellschaft zu treffen. Die Avantgarde-Partei konnte durch eine Kombination von Gewaltanwendung gegen aufsässige Elemente und Konsensbildung gegenüber anderen mit dem Aufbau des neuen Staates beginnen. (Diese Analyse traf besonders auf die Periode der Neuen Ökonomischen Politik zu, bevor sich der Zwang in stärkerem Maße gegen die ländliche Bevölkerung richtete.)

In Westeuropa dagegen war - unter den Bedingungen bürgerlicher Hegemonie - die Zivilgesellschaft in vielfältigen Formen wesentlich weiter entwickelt. Ein Bewegungskrieg könnte im Fall einer außergewöhnlich Erhebung wohl eine revolutionäre Vorhut in die Lage versetzen, die Kontrolle über die Staatsapparate zu erlangen; wegen der Widerstandsfähigkeit der Zivilgesellschaft wäre eine solche Tat langfristig jedoch zum Scheitern verurteilt. Gramsci beschrieb den Staat in Westeuropa (und hier sollten wir den Staat im engeren Sinne der Administration und der Regierungs- und Zwangsapparate betrachten und nicht im oben angedeuteten erweiterten Sinne verstehen) als einen "vorgeschobenen Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kassematten befand."

"Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft."¹¹

Gramsci argumentierte also, daß ein Bewegungskrieg gegen die hegemonialen Strukturen in den Staaten und Gesellschaften Westeuropas nicht wirksam zu führen sei. Die alternative Strategie ist deshalb der Stellungskrieg, der ganz allmählich ein tragfähiges soziales Fundament für einen neuen Staat legt. Bevor ein Angriff auf die

¹⁰ Westeuropa meint hier Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien in den 20er und 30er Jahren.

¹¹ Gramsci, Gefängnishefte, Bd. 4, H. 7 §16, S. 874.

Staatsgewalt (im engeren Sinne) erfolgversprechend sein kann, muß in Westeuropa der Kampf in der Zivilgesellschaft gewonnen werden. Ein vorschneller Angriff auf den Staat im Bewegungskrieg würde lediglich die Schwäche der Opposition bloßstellen und zu einer Erneuerung der bürgerlichen Vorherrschaft führen, da die Institutionen der Zivilgesellschaft ihre Kontrolle behaupten.

Die strategischen Implikationen dieser Analyse sind offensichtlich, aber doch mit Schwierigkeiten belastet. Wenn unter der Führung der Arbeiterklasse die Grundlagen für einen alternativen Staat und eine alternative Gesellschaft errichtet werden sollen, müssen nämlich alternative Institutionen und alternative intellektuelle Ressourcen innerhalb der Gesellschaft geschaffen und Brücken zwischen der Arbeiterschaft und anderen subalternen Klassen gebaut werden. Das bedeutet, daß im Rahmen bestehender hegemonialer Strukturen eine Gegen-Hegemonie errichtet werden muß, während man gleichzeitig dem Druck und den Versuchungen widerstehen muß, in das Streben nach zusätzlichen Vorteilen für subalterne Gruppen innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Hegemonie zurückzufallen. Hier liegt die Trennlinie zwischen dem Stellungskrieg als einer weitreichenden revolutionären Strategie und der Sozialdemokratie als einer Politik, die innerhalb der bestehenden Ordnung Vorteile zu gewinnen sucht.

Passive Revolution

Nicht in allen westeuropäischen Gesellschaften gab es eine bürgerliche Hegemonie. Gramsci unterschied zwischen zwei Arten von Gesellschaften. Der eine Typus ist durch eine tiefgreifende soziale Revolution hindurchgegangen, deren Konsequenzen sich in neuen Produktionsweisen und sozialen Beziehungen manifestieren. England und Frankreich sind in dieser Hinsicht weiter als andere gegangen. Beim anderen Typus handelt es sich um Gesellschaften, die Bestandteile einer im Ausland geschaffenen neuen Ordnung gleichsam importiert haben oder zu deren Übernahme gedrängt wurden, ohne daß die alte Ordnung abgeschafft wurde. Diese Gesellschaften verfielen in einer Dialektik von Revolution und Restauration, die sich - da weder die neuen noch die alten Kräfte triumphieren konnten - selbst blockierte. Die neue industrielle Bourgeoisie vermochte in diesen Gesellschaften keine hegemoniale Position zu erringen. Das daraus resultierende Patt mit der traditionell herrschenden Gesellschaftsklasse schuf jene Bedingungen, die Gramsci „passive Revolution“ nannte: die Einführung von Veränderungen ohne eine Erhebung des Volkes.¹²

Eine typische Begleiterscheinung der passiven Revolution ist - nach Gramsci - der Cäsarismus: Eine starke Person greift ein, um die Pattsituation zwischen gleich starken, sich gegenüberstehenden Kräften aufzulösen. Für Gramsci gab es sowohl pro-

¹² Gramsci übernahm den Begriff der „passiven Revolution“ von dem neapolitanischen Historiker Vincenzo Cuocco (1770-1823), der in den frühen Phasen des Risorgimento sehr aktiv war. Der Interpretation Cuoccos zufolge, brachten die Armeen Napoleons die passive Revolution nach Italien.

gressive als auch reaktionäre Formen des Cäsarismus: fortschrittlich, sofern ein strenges Regime eine geordnete Entwicklung eines neuen Staates absicherte - reaktionär, sofern er die bestehende Herrschaft stützte. Napoleon I. repräsentierte den Fall eines fortschrittlichen Cäsarismus, während Napoleon III. - Verkörperung eines reaktionären Modells - jenen Herrschaftstypus repräsentierte, der im Verlauf einer passiven Revolution entsteht. Gramscis Analyse ist hier praktisch identisch mit der von Marx im *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte*: Die französische Bourgeoisie – unfähig, durch ihre Parteien selbst die Herrschaft auszuüben - war bereit, den Kapitalismus unter einem politischen Regime zu entwickeln, das seine soziale Basis in der Bauernschaft hatte. Diese Klasse war nicht in der Lage, sich zu artikulieren und zu organisieren. Daher konnte Bonaparte beanspruchen, ihr eigentlicher Repräsentant zu sein.

Im Italien des späten 19. Jahrhunderts war die Bourgeoisie des industrialisierten Nordens – diejenige Klasse, die am meisten von einer Vereinigung Italiens profitierte – nicht in der Lage, die Halbinsel zu beherrschen. Die Basis für den neuen Staat bestand daher aus einem Bündnis zwischen ihr und den Landbesitzern des Südens. Von diesem Bündnis profitierten auch die Anhänger des Kleinbürgertums (besonders aus dem Süden). Sie stellten das Personal sowohl für die Verwaltung des neuen Staates als auch für die politischen Parteien. Damit wurden sie zum Mittler zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und dem Staat. Da es keine dauerhafte und umfassende Beteiligung des Volkes für die Einheitsbewegung gab, nahm diese den Charakter einer "passiven Revolution" an. Nach dem Ersten Weltkrieg waren die Fabrik- und Landbesetzungen durch Arbeiter und Bauern zwar stark genug, den bestehenden Staat zu bedrohen; sie waren jedoch nicht stark genug, um ihn zu beseitigen. So kam es zu dem, was Gramsci als "Verschiebung der Basis des Staates"¹³ hin zum Kleinbürgertum bezeichnete, die einzige - landesweit existierende - Klasse, die zum Rettungsanker für die faschistische Macht wurde. Der Faschismus setzte die passive Revolution fort, indem er die Position der alten Besitzklassen stärkte. Es gelang ihm allerdings nicht, die Unterstützung der Arbeiter und der subalternen Gruppen der Landbevölkerung zu gewinnen.

Als ein zweites, wesentliches Merkmal der passiven Revolution in Italien - jenseits des Cäsarismus - nannte Gramsci den *Transformismo*. In der italienischen Politik wurde er von Giovanni Giolitti verkörpert, der die politische Szene in den Jahren vor dem Faschismus beherrschte und danach strebte, eine möglichst breite Koalition von Interessen zu bilden. Er versuchte z.B. mit seiner protektionistischen Politik, die Industriearbeiter des Nordens in eine gemeinsame Front mit den Industriellen zu bringen. Der *Transformismo* will potentielle Führer der subalternen sozialen Gruppen kooptieren. Als umfassende Strategie der Assimilation kann der *Transformismo* potentiell gefährliche Ideen "domestizieren", indem diese in die Politik der herrschen-

¹³ Vgl. Buci-Gluckmann, a. a. O., S. 121.

den Koalition eingebunden werden. Dadurch wird die Formierung einer organisierten Klassen-Opposition gegenüber der etablierten sozialen und politischen Macht untergraben. Der Faschismus setzte den *Transformismo* fort. Gramsci deutete den faschistischen Staatskorporatismus als einen erfolglosen Versuch, einige fortschrittliche, industrielle Praktiken des amerikanischen Kapitalismus unter der Ägide des alten italienischen Managements einzuführen.

Das Konzept der passiven Revolution ist also das Gegenstück zum Konzept der Hegemonie, denn es beschreibt den Zustand einer nicht-hegemonialen Gesellschaft – einer Gesellschaft, in der keine herrschende Klasse in der Lage ist, eine Hegemonie im gramscianischen Sinne zu errichten. Heutzutage trifft diese Vorstellung von passiver Revolution, zusammen mit ihren Komponenten des Cäsarismus und *Transformismo*, besonders auf die sich industrialisierenden Länder der “Dritten Welt” zu.

Historischer Block (Blocco Storico)

Gramsci führt seine Vorstellung des historischen Blocks (Blocco Storico) auf George Sorel zurück, obwohl Sorel selbst diesen oder einen ähnlichen Begriff im Sinne Gramscis niemals verwandte. Allerdings interpretierte Sorel revolutionäres Handeln mit dem Begriff vom sozialen “Mythos”. Durch diesen nehmen die Menschen, die handeln, die Konfrontation von Totalitäten wahr - also die Herausforderung einer alten, etablierten Ordnung durch eine neue. Im Verlauf einer Umwälzung würde die gesamte alte Ordnung umgestürzt, damit sich eine neue entfalten kann.¹⁴ Obgleich Gramsci den Subjektivismus dieser Vision ablehnte, teilte er die Ansicht, daß Staat und Gesellschaft zusammen eine stabile Struktur bilden und daß die Revolution immer erst die Entwicklung einer anderen Struktur voraussetzt, die stark genug ist, erstere zu ersetzen. Ganz wie Marx dachte er, daß dies nur dann möglich wird, wenn die alte Ordnung ihre Entwicklungspotentiale voll ausgeschöpft hat. Diese Struktur - ob sie sich erst noch entwickelt oder ob sie schon dominant ist - wird von Gramsci als “historischer Block” bezeichnet.

Sorel glaubte, daß der soziale Mythos, als kraftvolle Artikulation einer kollektiven Subjektivität, reformistische Tendenzen verhindern würde. Diese könnten sonst nämlich die Arbeiter vom revolutionären Syndikalismus ablenken und den auf Lohnfragen fixierten Gewerkschaften oder der reformistischen Parteipolitik zuführen. Der Mythos war sowohl eine Waffe im Kampf als auch ein analytisches Werkzeug. Für Gramsci hatte der “historische Block”, indem er die Einheit und Kohärenz der sozio-politischen Ordnungen hervorhob, eine ähnliche revolutionäre Ausrichtung. Er bildete einen intellektuellen Schutz gegen die Kooptierung durch den *Transformismo*.

¹⁴ Vgl. Sorels Ausführungen über den Mythos und den Napoleonischen Krieg im Brief an Daniel Halévy. Als Einleitung zu Sorel, Georges, Über die Gewalt. Mit einem Nachwort von Georg Lichtheim, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1969.

Der historische Block ist in dem Sinne ein dialektisches Konzept, als seine interagierenden Elemente ein übergeordnetes Ganzes schaffen. Gramsci bezeichnete die interagierenden Elemente manchmal als das Subjektive und das Objektive, manchmal als Superstruktur und Struktur.

Die Struktur und die Superstruktur bilden einen geschichtlichen Block, das heißt, das komplexe und nichtübereinstimmende *Ensemble* der Superstrukturen ist der Reflex des *Ensembles* der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse.¹⁵

Das Nebeneinander und die wechselseitigen Beziehungen von politischen, ethischen und ideologischen Handlungsebenen und der ökonomischen Sphäre vermeidet eine reduktionistische Sichtweise. Es bewahrt davor, alles entweder auf die Ökonomie (Ökonomismus) oder auf die Ideenwelt (Idealismus) zu reduzieren. In Gramscis historischem Materialismus (den er deutlich von dem abgrenzte, was er 'historischen Ökonomismus' oder eine zu enge ökonomische Interpretation der Geschichte nannte) sind Ideen und materielle Bedingungen immer miteinander verbunden; sie beeinflussen sich wechselseitig und können nicht aufeinander reduziert werden. Ideen sind in ihrer Beziehung zu den materiellen Verhältnisse zu verstehen. Diese umfassen sowohl die sozialen Beziehungen, als auch die stofflichen Produktionsmittel. Die Überbauelemente der Ideologie und der politischen Organisation prägen die Entwicklung diese beiden Aspekte der Produktion und werden ihrerseits durch sie beeinflusst.

Ein historischer Block kann nicht ohne eine hegemoniale soziale Klasse existieren. Sofern diese die herrschende Klasse in einem Land oder in einer Gesellschaftsformation ist, gewährleistet der Staat (in Gramscis erweiterten Konzept) die innere Kohäsion und Identität des Blocks durch die Verbreitung einer gemeinsamen Kultur. Ein neuer Block formiert sich, wenn eine untergeordnete Klasse (z. B. die Arbeiter) ihre Hegemonie über andere subalterne Gruppen (z.B. Kleinbauern, Marginalisierte) errichtet. Dieser Prozeß erfordert einen intensiven Dialog zwischen Führern und Gefolgschaft innerhalb einer potentiell hegemonialen Klasse. Gramsci mochte hier mit Lenin's Konzept von einer Avantgardepartei übereinstimmen. Diese beansprucht für sich die Führung einer noch nicht voll entwickelte Arbeiterklasse – aber das ist gerade ein Merkmal des Bewegungskrieges. Weil aber die Situation in den westlichen Ländern für Gramsci eine Strategie des Stellungskrieges erfordert, verändert sich auch die Rolle der Partei. Ihre Aufgabe besteht darin, den Dialog innerhalb der Arbeiterklasse sowie zwischen der Arbeiterklasse und anderen subalternen Klassen, die in ein gemeinsames Bündnis integriert werden sollen, zu führen, zu intensivieren und zu entwickeln. In dieser Hinsicht stimmt die von der Kommunistischen Partei Chinas entwickelte Mobilisierungstechnik der "Massenlinie" durchaus mit dem Denken Gramscis überein.

¹⁵ Gramsci, Gefängnishefte, Band. 5, H. 8 § 182, S. 1045.

Bei der Formierung eines historischen Blocks spielen die Intellektuellen eine Schlüsselrolle. Sie bilden keine eigenständige und frei schwebende soziale Schicht. Für Gramsci sind sie vielmehr organisch mit einer sozialen Klasse verbunden. Sie haben die Funktion, diejenigen geistigen Leitbilder, Technologien und Organisationen zu entwickeln und aufrechtzuerhalten, die den Mitgliedern einer Klasse und eines historischen Blocks eine gemeinsame Identität vermitteln. Die bürgerlichen Intellektuellen leisteten genau dies für die Gesamtgesellschaft, in der die Bourgeoisie hegemonial war. Die "organischen Intellektuellen" der Arbeiterklasse haben eine ähnliche Rolle bei der Errichtung eines neuen historischen Blocks unter der Hegemonie der Arbeiterklasse innerhalb dieser Gesellschaft zu übernehmen. Deshalb müssen sie in ständigem Kontakt mit den Mitgliedern des sich bildenden Blocks eine klare, unverwechselbare Kultur, Organisation und Technik entwickeln. In gewisser Weise ist für Gramsci jeder ein Intellektueller, auch wenn nur einige Personen dauerhaft die soziale Funktion des Intellektuellen erfüllen. Bei dieser Aufgabe war für ihn die Partei der "kollektive Intellektuelle".

Bei der Herausbildung von Hegemonie und der Entstehung eines historischen Blocks unterscheidet Gramsci drei Ebenen des Bewußtseins: die ökonomisch-korporative, die sich der spezifischen Interessen einer partikularen Gruppe bewußt ist; die Solidarität oder das Klassenbewußtsein, welches die gesamte Klasse umfaßt, aber noch der rein ökonomischen Ebene verhaftet bleibt; und das hegemoniale Bewußtsein, welches die Interessen der führenden Klasse in Einklang bringt mit denen der untergeordneten Klassen und deren Interessen zu einer Ideologie verschmelzt, die sich in universalen Begriffen ausdrückt.¹⁶ Der Schritt zur Hegemonie ist, so Gramsci, der "Übergang von der Struktur in den Bereich der Superstruktur". Er meint damit den Übergang von spezifischen Gruppen- oder Klasseninteressen zum Aufbau von Institutionen und zur Ausarbeitung von Ideologien. Wenn sie Hegemonie widerspiegeln, werden diese Institutionen und Ideologien der Form nach universal sein - d. h. sie erscheinen nicht als diejenigen einer partikularen Klasse und sie werden die untergeordneten Gruppen so zufriedenstellen, daß diese die führende Rolle oder die vitalen Interessen der hegemonialen Klasse nicht in Frage stellen.

Hegemonie und internationale Beziehungen

Wir können nun dazu übergehen, Gramscis Konzept der Hegemonie sowie die damit zusammenhängenden Konzepte, für das Verständnis der Internationalen Beziehungen fruchtbar zu machen. Zunächst scheint es allerdings sinnvoll, die wenigen Bemerkungen über die internationalen Beziehungen zur Kenntnis zu nehmen, die von Gramsci selbst stammen. Ein Ausgangspunkt bietet die folgende Passage:

¹⁶ Vgl. ebd., Band. 3, H. 4; § 38 S. 495 ff.

“Gehen die internationalen Beziehungen den grundlegenden gesellschaftlichen Beziehungen (logisch) voraus oder folgen sie ihnen? Sie folgen ihnen zweifellos. Jede organische Neuerung in der Struktur verändert über ihre militärisch-technischen Ausdrucksformen organisch die *absoluten* und *relativen* Verhältnisse auf internationalem Gebiet”¹⁷.

Mit organisch meint Gramsci das, was strukturell, langfristig oder verhältnismäßig dauerhaft ist - im Gegensatz zum Kurzfristigen oder "Konjunkturellen". Er war der Auffassung, daß grundsätzliche Veränderungen in den internationalen Machtverhältnissen oder der Weltordnung, die als Wechsel im militärisch-strategischen und geopolitischen Gleichgewicht zu beobachten sind, auf fundamentale Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen zurückzuführen sind.

Gramsci vernachlässigt dabei keineswegs den Staat oder minderte seine Bedeutung. Der Staat blieb für ihn die grundlegende Einheit in den internationalen Beziehungen. Er ist der Ort, wo die sozialen Konflikte ausgetragen werden. Und deshalb ist er auch der Ort, wo Hegemonien gesellschaftlicher Klassen errichtet werden können. In diesen Hegemonien gesellschaftlicher Klassen verbinden sich die besonderen Eigenschaften der Nationen auf einzigartige und originelle Weise. Die Arbeiterklasse, die - abstrakt - als international betrachtet werden kann, nationalisiert sich deshalb im Prozeß der Ausbildung von Hegemonie. Nach diesen Überlegungen würde daher die Herausbildung von neuen, von den Arbeitern geführten Blöcken auf der nationalen Ebene jeder grundlegenden Restrukturierung der internationalen Beziehungen vorausgehen. Der hier zugrunde gelegte Begriff des Staates, der der primäre Kristallisationspunkt sozialer Kämpfe und die grundlegende Einheit internationaler Beziehungen bleibt, ist der des erweiterten Staates - einschließlich seiner sozialen Basis. Diese Auffassung verwirft eine enge und oberflächliche Konzeption des Staates, die diesen zum Beispiel auf die außenpolitische Bürokratie oder seine militärischen Kapazitäten reduziert.

Aus seiner italienischen Perspektive hat Gramsci einen geschärften Sinn für das, was wir heute Dependenz nennen würden. Er wußte, daß die Ereignisse in Italien eindeutig durch äußere Mächte beeinflußt wurden. Auf der reinen außenpolitischen Ebene verfügen die großen Mächte über verhältnismäßig viel Freiheit, ihre Außenpolitik in bezug auf ihre jeweiligen nationalen Interessen zu formulieren; kleinere Länder verfügen dagegen über weniger Autonomie¹⁸ Das ökonomische Leben der beherrschten Nationen ist daher von dem der mächtigen Nationen durchdrungen und mit diesem verwoben. Dies wird freilich noch kompliziert durch die Existenz von strukturell verschiedenen Regionen innerhalb eines Landes, die gesonderte Beziehungen zu äußeren Kräften unterhalten. ¹⁹

¹⁷ Ebd., Band 7, H. 13 § 2, S. 1541.

¹⁸ Vgl. Gramsci, Selections, S. 264.

¹⁹ Ders., Gefängnishefte, Band 7, Heft 13, § 17, S. 1561.

Auf einer noch tieferen Ebene betrachtet sind gerade die mächtigen Staaten diejenigen, die eine tiefgreifende soziale und ökonomische Revolution erlebt haben, was sich sowohl in der Staatsform als auch den Sozialbeziehungen niederschlägt. Gramscis Überlegungen orientierten sich am Fall der französischen Revolution, aber wir können auf die gleiche Weise an die Entwicklungen in den USA und in der Sowjetunion denken. Es handelt sich jeweils um nationale Entwicklungswege, die die nationalen Grenzen überschritten und zu international expansiven Phänomenen wurden. Andere Länder haben die Konsequenzen dieser Entwicklung eher passiv verarbeitet. Sie sind also ein Beispiel für das, was Gramsci auf der nationalen Ebene als passive Revolution beschrieb. Dies ist der Fall, wenn der "Drang zum Fortschritt nicht eng mit einer lokalen Wirtschaftsentwicklung verknüpft, sondern Reflex einer internationalen Entwicklung ist, welche ihre (aufgrund der produktiven Entwicklung in den fortgeschritteneren Ländern entstandenen) ideologischen Strömungen in die Randgebiete entsendet".²⁰

Die Gruppe, die Träger der neuen Ideen ist, kann unter solchen Umständen keine einheimische soziale Gruppe sein, die aktiv am Aufbau einer neuen ökonomischen Basis mit einer neuen Struktur der sozialen Beziehungen beteiligt ist. Es handelt sich vielmehr um eine intellektuelle Schicht, die ihre Ideen einer vorhergehenden auswärtigen ökonomischen und sozialen Revolution entlehnt. Das Denken dieser Gruppe nimmt folglich eine idealistische, in der nationalen ökonomischen Entwicklung nicht begründete Form. Seine Staatskonzeption weist Züge eines 'rational Absoluten' auf.²¹ Wegen dieser Verzerrung kritisierte Gramsci das Denken Benedetto Croces, der zu seiner Zeit die dominierende Figur des intellektuellen italienischen Establishment Italiens war.

Hegemonie und Weltordnung

Ist Gramscis Konzept der Hegemonie auf die internationale oder die Weltebene anzuwenden? Bevor im folgenden zu zeigen versucht wird, wie dies geschehen kann, scheint es sinnvoll, einige der in den internationalen Beziehungen allgemein üblichen Verwendungen des Hegemoniebegriffs auszuschließen. Sehr oft wird nämlich von "Hegemonie" gesprochen, um die Dominanz von einem Land über andere Länder auszudrücken. Damit wird die Bedeutung des Begriffs ausschließlich auf die Beziehungen zwischen Staaten verengt. Manchmal wird der Begriff "Hegemonie" auch als Euphemismus für Imperialismus gebraucht. Wenn die chinesische politische Führung die Sowjetunion des "Hegemonismus" beschuldigt, scheint es so, als ob sie eine Kombination von beidem im Sinn hat. Diese Bedeutungen unterscheiden sich vom

²⁰ Gramsci, Gefängnishefte, Band 1, Heft 1, § 150, S. 188.

²¹ Ders., Selections, S. 117.

gramscianischen Verständnis so stark, daß es der Klarheit wegen besser ist, sie in diesem Aufsatz durch den Begriff "Dominanz" zu ersetzen.

Bei der Anwendung des Hegemoniekonzept auf die Weltordnung ist es wichtig zu bestimmen, wann eine hegemoniale Periode beginnt und wann sie endet. Eine Periode, in der eine Welt-Hegemonie errichtet wurde, kann dann als hegemonial bezeichnet werden und eine, in der eine nicht-hegemoniale Dominanz vorherrschte, als nicht-hegemonial. Um dies zu verdeutlichen, unterteilen wir die letzten hunderdfünfzig Jahre in vier voneinander abgrenzbare Perioden. Grob betrachtet sind dies die Zeiträume 1845-1875, 1875-1945, 1945-1965 und 1965 bis zur Gegenwart (1983 d.Ü.).²²

Die erste Periode (1845-75) war hegemonial: Es gab eine Weltwirtschaft mit Großbritannien als Zentrum. Ökonomische Doktrinen, die mit der britischen Vorherrschaft übereinstimmten, aber ihrer Form nach universell waren – komparative Kostenvorteile, Freihandel und der Goldstandard – breiteten sich von Großbritannien allmählich aus. Starker Zwang unterstützte diese Ordnung. Großbritannien bestimmte das Gleichgewicht der Kräfte in Europa; jedwede Infragestellung seiner Hegemonie durch eine Landmacht des Kontinents wurde so abgewehrt. Der Inselstaat beherrschte die Meere und konnte so den peripheren Ländern die Regeln des Marktes aufzwingen.

In der zweiten Periode (1875-1945) waren all diese Merkmale nicht mehr vorhanden. Andere Länder hatten die britische Vorherrschaft herausgefordert. Die Destabilisierung des in Europa bestehenden Gleichgewichts der Kräfte führte zu zwei Weltkriegen. An die Stelle des Freihandels trat der Protektionismus; der Goldstandard wurde

²² Die Datierung ist vorläufig und müßte durch eine Untersuchung der strukturellen Merkmale, die auf jede Periode zutreffen, sowie der Faktoren, die die Bruchstellen zwischen den aufeinander folgenden Perioden zu bestimmen scheinen, verfeinert werden. Sie werden hier bloß als Anregung zur Revision der einschlägigen historischen Forschung vorgebracht, um einige Fragen zur Hegemonie und den mit ihr verbundenen Strukturen und Mechanismen anzustoßen.

Der Imperialismus, der in diesen Zeiträumen unterschiedliche Formen annahm, ist eng mit diesen Fragen verbunden. In der ersten Periode - der Pax Britannica -, schien die Kontrolle der Kolonien, auch wenn einige Territorien direkt verwaltet wurden, für die ökonomische Expansion eher nebensächlich als unmittelbar notwendig zu sein. Argentinien, ein formell unabhängiges Land, stand im Grunde genommen in der gleichen Beziehung zur britischen Wirtschaft wie die einstige Kolonie Kanada. Diese Phase kann man, wie Georg Lichtenheim feststellte, als "liberalen Imperialismus" bezeichnen. In der zweiten Periode legte der sogenannte "Neue Imperialismus" auf die direkte politische Kontrolle wesentlich mehr Gewicht. Ebenso sah er im Wachstum der Kapitalexporte und des von Lenin so bezeichneten Finanzkapitals das Wesen des Imperialismus. In der dritten Periode, die neo-liberaler oder liberal-monopolistischer Imperialismus genannt werden kann, entwickelte sich die Internationalisierung der Produktion, unterstützt durch neue Formen des Finanzkapitals (Multinationale Banken und Konsortien), zum herausragenden Merkmal. Es scheint kaum Anhaltspunkte dafür zu geben, einige dauerhafte Wesensmerkmale des Imperialismus festzuschreiben. Statt dessen scheint es sinnvoller zu sein zu beschreiben, wie die strukturellen imperialistischen Charakteristika mit den aufeinanderfolgenden hegemonialen und nicht-hegemonialen Weltordnungen korrespondieren. Für eine weiterführende Diskussion bezüglich der Pax Britannica und der Pax Americana vgl. den Aufsatz von Robert W. Cox, Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen: Jenseits der Theorie Internationaler Beziehungen (in dieser Studie).

schließlich aufgegeben; die Weltwirtschaft fragmentierte sich in unterschiedliche Wirtschaftsblöcke. Dies war eine nicht-hegemoniale Periode.

In der dritten Periode (1945-1965) nach dem Zweiten Weltkrieg begründeten die Vereinigten Staaten von Amerika eine neue hegemoniale Weltordnung. In ihren grundlegenden Strukturen glich diese der britischen in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts. Sie war jedoch mit Institutionen und Doktrinen ausgestattet, die einer weit komplexeren Weltwirtschaft und nationalen Gesellschaften angepaßt waren, die gegenüber den politischen Auswirkungen ökonomischer Krisen empfindlicher reagierten. Zwischen den späten 60er und den frühen 70er Jahren wurde es offensichtlich, daß diese von den USA beherrschte Weltordnung nicht mehr richtig funktionierte. In den anschließenden unsicheren Zeiten eröffneten sich drei Möglichkeiten einer strukturellen Transformation: Eine Rekonstruktion der Hegemonie mit einem erweiterten politischen Management im Sinne der Vorstellungen der Trilateralen Kommission; eine zunehmende, auf die ökonomischen Einflußsphären der Großmächte ausgerichtete Fragmentierung der Weltwirtschaft; und die mögliche Durchsetzung einer Gegenhegemonie, die sich auf die "Dritte-Welt" stützt und sich - gleichsam als Vorläufer - die transnational abgestimmte Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung zu eigen macht.

Auf der Grundlage dieser vorläufigen Skizze scheint es so, daß - historisch betrachtet - ein Staat, um hegemonial zu werden, eine Weltordnung gründen und sichern mußte, die nach ihrer Konzeption universal war, d. h. keine Ordnung, in der ein Staat unmittelbar die anderen ausbeutet, sondern vielmehr eine Ordnung, die die meisten anderen Staaten (oder zumindest diejenigen innerhalb des hegemonialen Einflußbereichs) als mit ihren eigenen Interessen vereinbar betrachten konnten. Eine solche Ordnung kann nicht allein in der Begrifflichkeit der zwischenstaatlichen Beziehungen und Konflikte erfaßt werden; denn diese würde die Gegensätze zwischen den staatlichen Interessen in den Vordergrund stellen. Eine hegemoniale Ordnung dagegen eröffnet den zivilgesellschaftlichen Kräften Möglichkeiten, im Weltmaßstab (oder in der hegemonialen Einflußsphäre) zu operieren. Das hegemoniale Konzept der Weltordnung gründet sich nicht allein auf die Regulierung zwischenstaatlicher Konflikte, sondern ebenso auf die global konzipierte Zivilgesellschaft, d. h. auf einer globalen Produktionsweise, die die sozialen Klassen der in sie einbezogenen Länder miteinander verbindet.

Historisch betrachtet, wurden derartige Hegemonien von mächtigen Staaten gegründet, die zuvor eine tiefgreifende soziale und ökonomische Revolution durchgemacht haben. Diese Revolution verändert nicht nur die wirtschaftlichen und politischen Binnenstrukturen des betroffenen Staates, sondern setzt auch über die Staatsgrenzen hinausgreifende Energien frei. Eine Welthegeemonie ist daher in ihren Anfängen die nach außen gerichtete Expansion einer internen (nationalen), durch eine herrschende soziale Klasse geschaffene Hegemonie. Die ökonomischen und sozialen Institutionen, die Kultur und die Technologie, die mit dieser nationalen Hegemonie

verknüpft sind, werden im Ausland dann zu Mustern für eine Nachahmung. In den eher peripheren Staaten nimmt eine solche expansive Hegemonie als passive Revolution Einfluß. Obwohl diese Länder weder die gleiche soziale Revolution durchgemacht haben, und auch ihre Wirtschaft sich anders entwickelt hat, versuchen sie, Elemente des hegemonialen Modells zu übernehmen, ohne die alten Machtstrukturen zu beseitigen. Während die peripheren Länder einige ökonomische und kulturelle Aspekte des hegemonialen Zentrums übernehmen können, fällt es ihnen weitaus schwerer, dessen politisches Modell zu adaptieren. Der Faschismus war die Form der passiven Revolution im Italien der Zwischenkriegszeit. In den heutigen Peripherien überwachen verschiedene Formen militär-bürokratischer Regime eine passive Revolution. Nach diesem Modell der Welt-Hegemonie ist die Hegemonie im Zentrum ausgeprägter und beständiger, in der Peripherie hingegen widersprüchlicher und instabiler.

Hegemonie auf internationaler Ebene ist nicht nur eine Ordnung zwischen Staaten. Sie ist eine Ordnung innerhalb der Weltwirtschaft mit einer dominanten Produktionsweise, die alle Länder durchdringt und sich mit anderen untergeordneten Produktionsweisen verbindet. Sie ist auch ein Komplex internationaler sozialer Beziehungen, der die sozialen Klassen der verschiedenen Länder miteinander verbindet. Welthegegonie läßt sich so beschreiben als eine soziale, eine ökonomische und eine politische Struktur. Sie kann nicht auf eine dieser Dimensionen reduziert werden, sondern umfaßt alle drei. Welthegegonie drückt sich ferner in universellen Normen, Institutionen und Mechanismen aus, die generelle Regeln für das Verhalten von Staaten und für diejenigen zivilgesellschaftlichen Kräfte festlegen, die über die nationalen Grenzen hinweg handeln - Regeln, die die dominante Produktionsweise abstützen.

Die Mechanismen der Hegemonie: Internationale Organisationen

Ein Mechanismus, durch den die universellen Normen einer Welthegegonie zum Ausdruck gebracht werden, ist die internationale Organisation. In der Tat fungiert internationale Organisation als der Prozeß, durch den die Institutionen der Hegemonie und ihrer Ideologie entwickelt werden. Folgende Merkmale internationaler Organisation drücken deren hegemoniale Rolle aus: (1) die Institutionen artikulieren die Regeln, die die Ausbreitung hegemonialer Weltordnungen erleichtern; (2) sie sind ihrerseits das Produkt der hegemonialen Weltordnung; (3) sie legitimieren ideologisch die Normen der Weltordnung; (4) sie binden die Eliten der peripheren Länder ein und (5) sie absorbieren gegen-hegemoniale Ideen.

Internationale Institutionen verkörpern die Regeln, die einerseits die Ausbreitung der herrschenden ökonomischen und sozialen Kräfte erleichtern. Zugleich mindern sie für die untergeordneten Interessen die Schmerzen der Anpassung. Dabei sind die Regeln für die weltweiten Finanz- und Handelsbeziehungen von besonderer Bedeutung. Sie sollen in erster Linie der wirtschaftlichen Expansion dienen. Gleichzeitig

lassen sie Ausnahmen und Abweichungen zu, um auf Problemsituationen Rücksicht zu nehmen. Sie können angesichts veränderter Umstände revidiert werden. Im Unterschied zum Goldstandard gaben die Institutionen von Bretton Woods mehr Schutz für innenpolitische soziale Angelegenheiten wie die Arbeitslosigkeit - unter der Bedingung freilich, daß die nationalen Politiken mit dem Ziel einer liberalen Weltwirtschaft übereinstimmten. Das gegenwärtige System freier Wechselkurse gibt ebenfalls Raum für nationales Handeln, obgleich es - als oberstes Ziel und Prinzip - die Verpflichtung aufrecht erhält, die nationalen Politiken im Interesse einer liberalen Weltwirtschaft zu harmonisieren.

Internationale Institutionen und Regeln werden im Allgemeinen durch denjenigen Staat initiiert, der die Hegemonie errichtet. Zumindest aber brauchen sie dessen Unterstützung. Der dominante Staat achtet natürlich darauf, daß er gemäß der Machthierarchie innerhalb der zwischenstaatlichen hegemonialen Struktur die Zustimmung der anderen Staaten erhält. Einige Länder aus der zweiten Reihe werden zuerst konsultiert, um ihre Unterstützung zu sichern. Zumindest die Zustimmung einiger peripherer Länder ist dringend geboten. Die formale Beteiligung kann dabei zugunsten der dominierenden Mächte gewichtet sein, wie im Internationalen Währungsfond und der Weltbank. Sie kann sich aber auch - wie in den meisten größeren internationalen Organisationen - auf das Prinzip "ein Staat, eine Stimme" stützen. Den formellen Entscheidungsprozeduren liegt stets eine informelle Einflußstruktur zugrunde. Diese spiegelt die unterschiedlichen Ebenen der tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse wider.

Internationale Institutionen erfüllen ebenso eine ideologische Rolle. Sie helfen, politische Leitlinien für die Staaten festzulegen und bestimmte Institutionen und Praktiken auf der nationalen Ebene zu legitimieren. In ihnen reflektieren sich die Orientierungen, die für die dominanten sozialen und ökonomischen Kräfte vorteilhaft sind. Indem die OECD den Monetarismus empfahl, unterstützte sie den in den Kernländern vorherrschenden Konsens des politischen Denkens und stärkte auf diese Weise diejenigen, die zum Kampf gegen die Inflation entschlossen waren, gegenüber anderen, die sich mehr auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit konzentrieren wollten. Indem sich die ILO für den Tripartismus stark machte, legitimierte sie die sozialen Beziehungen, wie sie sich in den Kernländern entwickelt hatten und empfahl sie als wünschenswertes Modell zur Nachahmung.

Die begabten Eliten der peripheren Länder werden in der Art des *Transformismo* in die internationalen Institutionen eingebunden. Die Menschen aus diesen Ländern sind dazu verdammt, innerhalb der Strukturen der passiven Revolution zu arbeiten, selbst wenn sie zu den internationalen Institutionen mit der Absicht kamen, das System durch ihre Arbeit von Innen heraus zu verändern. Sie werden bestenfalls helfen, Elemente der "Modernisierung" auf die Peripherien zu übertragen, aber nur soweit, wie diese mit den Interessen der etablierten lokalen Mächte übereinstimmen. Hegemonie ist wie ein Kissen: Es fängt Stöße ab und früher oder später wird es der

(vermeintliche) Angreifer ganz komfortabel finden, sich auf ihm auszuruhen. Nur wo sich die Vertretung in internationalen Organisationen fest auf eine bereits artikulierte soziale und politische Herausforderung der Hegemonie gründet, auf einen entstehenden historischen Block und einer Gegen-Hegemonie, könnte die Partizipation eine reale Bedrohung bedeuten. Die Kooptierung hervorragender Individuen aus den Peripherien macht dies allerdings weniger wahrscheinlich.

Der *Transformismo* absorbiert zudem potentiell gegen-hegemoniale Ideen und harmonisiert diese mit der herrschenden Lehre. So entstand zum Beispiel die Vorstellung von der "Selbstverantwortlichkeit" als Herausforderung der Weltwirtschaft, denn sie trat für eine selbstbestimmte, autonome Entwicklung ein. Heute ist der Begriff umgedeutet worden und meint die Unterstützung für "do-it-yourself"-Wohlfahrtsprogramme in den peripheren Ländern durch die Agenturen der Weltwirtschaft. Diese Programme zielen nun darauf, die ländliche Bevölkerung in die Lage zu versetzen, sich selbst zu versorgen, die Wanderungsbewegungen in die Städte einzudämmen, und dadurch ein höheres Maß an sozialer und politischer Stabilität innerhalb jener Bevölkerungen zu erreichen, die nicht in die Weltwirtschaft integriert werden können. In seiner Umdeutung ergänzt und unterstützt nun der Begriff der "Selbstverantwortung" die hegemonialen Ziele der Weltwirtschaft.

Eine Taktik, die den Wandel in den Strukturen der Weltordnung herbeiführen will, kann deshalb als vollständige Illusion getrost zu den Akten gelegt werden. Auf internationaler Ebene ist ein Bewegungskrieg, durch den radikale Kräfte die Kontrolle über die Superstruktur der internationalen Institutionen erhalten, sehr unwahrscheinlich. Ganz im Gegensatz zur Auffassung von Daniel Patrick Moynihan werden die internationalen Institutionen nicht von Radikalen aus der "Dritten-Welt" kontrolliert. Auch wenn dies der Fall wäre, könnten sie dadurch nichts erreichen; denn diese Superstrukturen sind nur unzulänglich mit irgendeiner - auf Volksbewegungen begründeten - politischen Basis verbunden. Statt dessen sind sie mit den nationalen hegemonialen Klassen in den Ländern des Zentrums verbunden und sie haben in diesen Staaten - über die vermittelnde Rolle dieser Klassen - eine sehr breite soziale Basis. In der Peripherie verbinden sie sich lediglich mit der passiven Revolution.

Die Aussichten für eine Gegen-Hegemonie

Weltordnungen gründen sich - um auf Gramscis anfänglich zitierte Feststellung zurückzukommen - auf sozialen Beziehungen. Eine bedeutende strukturelle Veränderung der Weltordnung ist demnach aller Wahrscheinlichkeit nach auf einige elementare Veränderungen in den sozialen Beziehungen sowie auf Veränderungen in der nationalen politischen Ordnung zurückzuführen, die ja mit der nationalen Struktur sozialer Beziehungen korrespondiert. Gramsci zufolge würde dies mit der Herausbildung eines neuen historischen Blocks einhergehen.

Wir müssen also das Problem, die Weltordnung zu verändern, von den internationalen Institutionen zurück auf die nationalen Gesellschaften verlagern. Gramscis Italien-Analyse ist um so stichhaltiger, wenn sie auf die Weltordnung bezogen wird: Nur ein Stellungskrieg kann letztendlich strukturelle Veränderungen herbeiführen. Dies bedeutet, daß die gesellschaftliche und politische Basis für diese Veränderung durch einen neuen historischen Block geschaffen werden muß. Der nationale Kontext bleibt der einzige Ort, einen solchen historischen Block zu begründen, auch wenn die Weltwirtschaft und die weltpolitischen Bedingungen die Aussichten für ein solches Unterfangen wesentlich beeinflussen.

Die anhaltende Krise der Weltwirtschaft (deren Anfänge auf die späten sechziger und frühen siebziger Jahre zurück verfolgt werden können) begünstigt einige Entwicklungen, die zur gegen-hegemonialen Infragestellung des Bestehenden führen können. In den Ländern des Zentrums eröffnet diejenige Politik, die die Transferzahlungen für die benachteiligten sozialen Gruppen beschneidet und zu einer hohen Arbeitslosigkeit führt, neue Aussichten auf eine breite Allianz der Benachteiligten gegen die Sektoren von Kapital und Arbeit, die ihre gemeinsame Grundlage in der internationalen Produktion und in der monopolistischen und zugleich liberalisierten Weltordnung finden. Die politische Orientierung dieser Allianz wäre wahrscheinlich post-keynesianisch und neo-merkantilistisch. In der Peripherie sind einige Staaten, wie die Ereignisse vom Iran bis nach Mittelamerika zeigen, durch revolutionäre Aktionen verwundbar. Die Bevölkerung dieser Länder ist allerdings noch nicht hinreichend politisch vorbereitet, um mit den revolutionären Möglichkeiten Schritt zu halten. Dies verringert die Aussichten auf einen neuen historischen Block. Um die neue Arbeiterklasse, die durch die internationale Produktion erzeugt wird, zu einer und eine Brücke zu den Bauern und den in den Städten Marginalisierten zu schlagen, wäre eine effektive politische Organisation (Gramscis "moderner Fürst") erforderlich. Solange dies nicht geschieht, ist nur eine Entwicklung vorstellbar, in der sich die lokalen politischen Eliten - dabei sicher auch einige, die das Produkt mißglückter revolutionärer Umwälzungen sind - ihre Macht der liberalen und monopolistischen Weltordnung einpassen. Eine restrukturierte liberale und monopolistische Hegemonie wäre, indem sie sich an die verschiedenen nationalen Institutionen und Praktiken - einschließlich der Verstaatlichung von Industrien - anpaßt, immer noch imstande, sich des *Transformismo* zu bedienen. In einem neuen Gewand könnte dann in der Peripherie die nationalistische und sozialistische Rhetorik mit der Restauration der passiven Revolution in Einklang gebracht werden.

Kurzum, die Aufgabe, die Weltordnung zu verändern, beginnt mit dem langen und beschwerlichen Weg, innerhalb der nationalen Grenzen neue historische Blöcke aufzubauen.

Übersetzung von Stefan Tidow

Multilateralismus und Weltordnung¹

“Weltordnung” ist zu einem geläufigen Schlagwort des politischen Diskurses wie des Journalismus, aber auch zu einem Wachstumssektor im Bereich der akademischen Forschung geworden. Die Bedeutung der aktuellen Ereignisse muß der kritischen Analyse der Wissenschaft unterzogen werden. Dieser Essay wirft einige der Fragen auf, die bei einer solchen Analyse zu überprüfen sind.

Beide Konzepte sind eng aufeinander bezogen. Multilateralismus erscheint zunächst einmal als ein untergeordnetes Konzept. Es kann nur in dem Kontext verstanden werden, in dem es existiert - und dieser Kontext ist die historische Struktur der Weltordnung. Multilateralismus ist jedoch nicht einfach ein passiver, abhängiger Faktor. Er kann auch als eine aktive Kraft begriffen werden, die die Weltordnung gestaltet. Beim Struktur-Akteurs-Dilemma verhält es sich genauso wie bei der Frage, was denn früher gewesen sei, die Henne oder das Ei.

Um das Potential des Wandels zu verstehen, das der Multilateralismus impliziert, ist es zunächst einmal notwendig, das Studium des Multilateralismus in den Zusammenhang einer Analyse der globalen Machtbeziehungen zu stellen. Ich spreche absichtlich nicht von den “internationalen Beziehungen”; denn dieser Begriff impliziert eine Reihe von Annahmen über die globalen Machtbeziehungen, die ihrerseits hinterfragt werden müssen. “Internationale Beziehungen” beinhalten das Westfälische Staatensystem als grundlegenden Bezugsrahmen. Dieses kann jedoch nicht länger als eine adäquate Basis betrachtet werden; denn es gibt andere Formen der Macht als die der Staatsmacht, die in die internationalen Machtbeziehungen eingetreten sind. Der Begriff “Weltordnung” ist neutral hinsichtlich des Charakters der Einheiten, die die Macht konstituieren. Er bezeichnet eine - beliebige - historisch spezifische Konstellation der Macht.

Die vorherrschenden Tendenzen in der bestehenden Weltordnung können innerhalb eines globalen Systems untersucht werden, das aus drei wesentlichen Komponenten besteht: einer globalen politischen Ökonomie, einem System der zwischenstaatlichen Beziehungen und der Biosphäre oder dem globalen Ökosystem. Diese drei Komponenten sind einerseits autonom, weil sie eine ihnen jeweils spezifische Entwicklungsdynamik aufweisen; zugleich sind sie aber untereinander interdependent.

¹ Dieser Text wurde zuerst in *Review of International Studies*, Vol. 18, Nr. 2 (April 1992), S. 161-180 veröffentlicht. Ein erster Entwurf wurde als “Konzeptpapier” für ein Symposium über die Perspektiven des Multilateralismus - als Teil des United Nation University Programms über Multilateralismus und das System der Vereinten Nationen vorbereitet. Es wurde außerdem auf dem Kongreß der Internationalen Vereinigung für Politische Wissenschaften (IPSA) in Buenos Aires, Juli 1991, vorgestellt und diskutiert. Ich danke vor allem Edward Appathurai, Stephen Gill, Michael Schlechter und Pat Sewell für die kritische Lektüre und Kommentare zu einer frühen Fassung. Außerdem danke ich drei anonymen Kommentatoren der Zeitschrift *Review of International Studies*.

Widersprüche werden innerhalb jeder der drei Sphären erzeugt; Widersprüche entstehen aber auch aus den Beziehungen zwischen den drei Sphären.

In seinem konventionellen, diplomatischen Gebrauch beschränkt sich der Begriff Multilateralismus auf die Staaten. Er bezeichnet Beziehungen zwischen mehr als zwei Staaten hinsichtlich einer bestimmten Frage oder eine Reihe von Fragen². Ein anderer Gebrauch des Begriffs "multilateral" ist schon lange in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen üblich, d.h. der Begriff von multilateralem Handel und Zahlungsbeziehungen. In dieser Bedeutung war Multilateralismus ein Synonym für das Meistbegünstigungsprinzip im internationalen Handel, für die Konvertibilität der Währungen und die Freizügigkeit der Kapitalbewegungen³.

Die erste dieser Bedeutungen des "Multilateralen" entstammt aus dem System der zwischenstaatlichen Beziehungen. Sie beschränkt sich auf Beziehungen zwischen Staaten vermittelt diplomatischer Kanäle oder zwischenstaatlicher Organisationen. Die zweite bezeichnet Beziehungen zwischen ökonomischen Akteuren der Zivilgesellschaft innerhalb eines Rahmens, der durch die Staaten sowie durch internationale Organisationen reguliert wird. Sie gehört einer historisch spezifischen Form der kapitalistischen Marktwirtschaft an, in der die Zivilgesellschaft vom Staat getrennt und unterschieden ist, und in der von den Akteuren der Zivilgesellschaft angenommen wird, daß sie sich innerhalb eines Systems von rational ableitbaren Verhaltensregeln bewegen. Sie hat keine oder nur eine geringe Relevanz für die Beziehungen in und zwischen Gesellschaften, die Karl Polanyi als "redistributiv" bezeichnete, also weder für antike Reiche noch für moderne zentral geplante Wirtschaftssysteme⁴.

Das ökonomische Konzept des Multilateralismus ging im wesentlichen aus den Verhandlungen zwischen den USA und Großbritannien über die Struktur der internationalen Wirtschaftsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg hervor. Die USA benutzten ihren ökonomischen Einfluß, um Druck auf Großbritannien auszuüben, damit dieses das System des präferentiellen Handels und des Zahlungsverkehrs im Commonwealth und im Empire aufgeben sollte, das 1933 durch die Vereinbarungen von Ottawa geschaffen worden war. Es handelte sich dabei um einen von verschiedenen Versuchen, um innerhalb eines Wirtschaftsblocks protektionistisch auf die Folgen der Wirtschaftskrise der 30er Jahre zu reagieren. Als diese anglo-amerikanischen Verhandlungen stattfanden, waren Europa und die Sowjetunion noch durch den Krieg verwüstet - und das, was später als die "Dritte Welt" bekannt wurde, war in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen noch nicht präsent. Diese Länder hatten also keinen Einfluß auf die Definition des Konzeptes bzw. auf dessen Funktionsweise.

² Johan Kaufmann, *Conference Diplomacy: An Introductory Analysis*, Leiden: A. W. Sitjoff, 1968.

³ Richard N. Gardner, *Sterling-Dollar-Diplomacy: The Origins and Prospects of Our International Economic Order*, New York: McGraw-Hill, 1969.

⁴ Karl Polanyi, Conrad M. Ahrensberg, Harry W. Pearson (Eds.), *Trade and Market in the Early Empires*, Chicago: Henry Regnery, 1957.

Nach diesem Konzept bedeutete der ökonomische Multilateralismus eine Struktur der Weltwirtschaft, die der weltweiten Kapitalexpansion förderlich war. Der politische Multilateralismus entsprach mithin jenen institutionellen Arrangements, die zu dieser Zeit für die Zusammenarbeit zwischen den Staaten über gemeinsame Probleme vereinbart wurden. Es gab - für einige Leute - eine implizite Kompatibilität, ja sogar eine Identität zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Aspekten des Multilateralismus: der politische Multilateralismus verfolgte als oberstes Ziel die Sicherheit und die Aufrechterhaltung des ökonomischen Multilateralismus - als die Grundlage des Wachstums in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Das war die Vision von Cordell Hull, dem Außenminister von Franklin D. Roosevelt. Andere dagegen sahen Widersprüche zwischen den wirtschaftlichen und politischen Aspekten: der politische Multilateralismus hatte für sie die Funktion, die Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft zu korrigieren. Das führte z.B. in den sechziger Jahren zu der Forderung nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Dieser Standpunkt wurde von den politischen Repräsentanten der Nationen der Dritten Welt vertreten.

Die relativ schlichte Vorstellung von einer Weltordnung, die aus einem Staatensystem und einer kapitalistischen Weltwirtschaft besteht, könnte jedoch unangemessen sein, um die Totalität der Kräfte zu erfassen, die den strukturellen Wandel am Ende des 20. Jahrhunderts beeinflussen können. Eine erweiterte Konzeption der globalen Gesellschaft würde - mehr oder weniger institutionalisierte - ökonomische und politische Kräfte einschließen, die die Staatsgrenzen überschreiten - Kräfte der internationalen Produktion und des globalen Finanzwesens, die - mit erheblicher Autonomie - außerhalb staatlicher Regulation operieren, aber auch andere Kräfte, die sich mit Fragen der Ökologie, des Friedens, der Geschlechter, der Ethnien, der Menschenrechte, der Verteidigung der Besitzlosen und der Verbesserung der Lage der Benachteiligten befassen und die ebenfalls unabhängig von den einzelnen Staaten agieren. Der Multilateralismus muß also vom Standpunkt seiner Fähigkeit betrachtet werden, diejenigen Kräfte zu repräsentieren, die sowohl auf der lokalen als auch auf der globalen Ebene wirken. Wie steht es nun um Ansprüche auf Autonomie sowie um die Stimme von Mikroregionen und von Fragmenten bestehender Staaten in der Weltpolitik? Wie können die weniger Mächtigen besser repräsentiert werden? Wer wird für die Biosphäre verhandeln, die die Menschheit mit anderen Formen des Lebens teilt?

Um die Bedeutung des Multilateralismus für die Gegenwart und die Zukunft zu definieren, müssen wir mit einer Einschätzung des gegenwärtigen und für die Zukunft sich abzeichnenden Zustands des Weltsystems beginnen, mit den Machtbeziehungen, die dem Begriff erst in diesen Zusammenhängen eine Bedeutung verleihen. In den allgemeinsten Aussagen zum Problem des Multilateralismus werden die folgenden Fragen gestellt:

- Welche Art von Einheiten sind in die multilateralen Beziehungen involviert?
- Um welches System handelt es sich, das diese Einheiten miteinander verbindet?

- Welche besondere Verfassung des Systems gibt den Begriffen multilateral und Multilateralismus ihre zusammenhängende Bedeutung?
- Welche Art des Wissens ist angemessen, um das Phänomen des Multilateralismus zu verstehen?

Der Multilateralismus kann also aus unterschiedlichen Perspektiven untersucht werden: erstens, als die Institutionalisierung und Regulierung einer bestehenden Ordnung; oder, zweitens, als der Ort von Interaktionen für die Transformation einer bestehenden Ordnung. In der Praxis bedeutet der Multilateralismus beides; diese beiden Aspekte sind allerdings in ganz verschiedenen Bereichen der übergreifenden Struktur des Multilateralismus fundiert und sie verfolgen unterschiedliche Taktiken. Eine umfassende Untersuchung des Multilateralismus zum gegenwärtigen Zeitpunkt darf sich nicht auf einen Aspekt - auf Kosten anderer - konzentrieren. Die Frage nach der Transformation ist freilich die zwingendere der beiden.

Die "Krise des Multilateralismus"

Bevor wir diese Fragen angehen, müssen wir zunächst die Umstände betrachten, die an der Schwelle zu den 90er Jahren das Interesse an der Beschäftigung mit dem Multilateralismus neu geweckt haben. Warum ist der Multilateralismus heute so interessant geworden? Im Vorwort zu einer Sammlung von Artikeln von holländischen Beamten und Wissenschaftlern mit dem Titel *The UN Under Attack (1988)*⁵ schrieb Sir Shridath Ramphal, der Generalsekretär des Commonwealth: "Das Paradoxe und die Tragödie der jüngsten Vergangenheit besteht darin, daß sich die Notwendigkeit für ein besseres Management der Beziehungen zwischen den Nationen und für ein multilaterales Herangehen an die globalen Probleme verstärkt hat, daß aber gleichzeitig die Unterstützung für den Internationalismus schwächer geworden ist. Sie wurde durch einige der stärksten Nationen geschwächt, die - entsprechend ihrer Position - eigentlich an der Spitze eines solchen Internationalismus stehen sollten und die in der Vergangenheit diese Verpflichtung zur Führung durchaus anerkannt hatten. Das trifft natürlich am meisten auf die USA zu, deren Verhalten jedoch in der jüngsten Zeit dazu beigetragen hat, die Strukturen des Multilateralismus - unter Einfluß der Vereinten Nationen selbst - zu schwächen".

Ramphal bezieht sich danach auf einige Fortschritte bei der internationalen Kooperation seit Bretton Woods und San Francisco, vor allem hinsichtlich der Probleme der Dritten Welt. Dann fährt er fort: "Diese Fortschritte waren möglich, weil ein globaler Konsens entstanden war. Dieser entsprach dem Bewußtsein, daß wir alle Teil der Weltgemeinschaft sind - Nachbarn, die eine Ethik der Partnerschaft brauchen, um zusammenzuleben. Dieser aufgeklärte Konsens fiel jedoch einer Tendenz zur Dominanz und dem Aufstieg des Unilateralismus in der Weltpolitik zum Opfer (...) Vor kur-

⁵ Jeffrey Harrod and Nico Schrijver (Eds.), *The UN under Attack*, Aldershot, Hampshire: Gower, 1988.

zem hat es wieder Bewegungen in die Richtung einer Koordination der Wirtschaftspolitik zwischen den führenden Industriestaaten gegeben. Das ist - im Prinzip - besser als das unkoordinierte Handeln der Einzelstaaten. Aber die Kooperation innerhalb eines Direktorats der mächtigsten Staaten ist wohl kaum eine angemessene Antwort auf die Probleme der Welt, auf die Probleme aller Nationen. Sie könnte eben auch zur Befestigung der Vorherrschaft der Wenigen über die Vielen führen⁶.

In dieser Sichtweise entstand die Krise des Multilateralismus in den 80er Jahren - als Tendenz von Seiten der USA und einiger anderer mächtiger Staaten, die UNO als Instrument internationaler Politik zurückzuweisen, als eine Bewegung dieser Staaten in die Richtung des Unilateralismus oder einer kollektiven Vorherrschaft in der Weltwirtschaft und der Weltpolitik. Diese Veränderung vollzog sich im Zusammenhang mit der ökonomischen Krise Mitte der siebziger Jahre. Diese führte u.a. bei den reichen Ländern zu einer verminderten Bereitschaft, Hilfen für die Dritte Welt zu finanzieren. Zugleich insistierten sie um so mehr auf Freihandel, Deregulierung, auf einer Privatisierung der Wirtschaftspolitik - zu Hause wie international. Dies war von dem Mißtrauen begleitet, daß das System der Vereinten Nationen ein unfreundliches politisches Forum und ein potentielles Hindernis für die wirtschaftliche Liberalisierung war.

Es vollzog sich also eine Spaltung zwischen dem alten wirtschaftlichen Multilateralismus, der als eine Unterstützung für die liberale Wirtschaftsordnung konzipiert worden und institutionell bei den Hauptagenturen der westlich dominierten Weltwirtschaft lokalisiert war, d.h. beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank; und einem eher politischen Multilateralismus, der symbolisch in der Vollversammlung der UNO lokalisiert ist, die von den mächtigsten Staaten als Herberge für eine unfreundliche Mehrheit der Dritten Welt angesehen wird.

Während der späten achtziger und frühen neunziger Jahre veränderte sich erneut die Konfiguration der Macht, die den Kontext des Multilateralismus bildet. Die Sowjetunion - ergriffen von einer tiefen ökonomischen Krise im Inneren und inmitten einer weitreichenden Transformation ihrer politischen Existenz - proklamierte das "Neue Denken" über die Weltpolitik und das System der Vereinten Nationen. Wesentlich ging es ihr dabei um die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den USA, um die Folgen der Verlagerung ihrer Ressourcen von militärische auf zivile Zwecke, um eine Wende nach innen, um die politische und wirtschaftliche Krise in der Union zu bewältigen und um einen Rückzug von der bisherigen Unterstützung der Opposition der Dritten Welt gegen die internationalen Ziele der USA.

Als die Macht der Sowjetunion - zusammen mit der ökonomischen und politischen Schwächung der Dritten Welt - als ein Gegengewicht gegen die Macht der USA verschwand, entstand ein neues Handlungspotential für den UNO-Sicherheitsrat - und

⁶ Sir Shridath Ramphal, preface to Harrod and Schrijver, UN Under Attack.

die USA ergriffen diese Gelegenheit. Kooperative Beziehungen zwischen den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates etablierten sich während des Krieges zwischen dem Irak und Iran. Für Großbritannien und Frankreich boten diese neuen Beziehungen zwischen den fünf ständigen Mitgliedern eine Gelegenheit, um wieder eine privilegierte Position im Zentrum der Weltmacht zu gewinnen. Sie brauchten die USA - aber die USA brauchten offensichtlich auch sie. Für China eröffnete die neue Situation die Möglichkeit, jene Ächtung abzuschwächen, der es nach den Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens (1989) ausgesetzt gewesen war. Die Golf-Krise vom Sommer 1990 und die nachfolgende Militäraktion ließ eine neue Konfiguration der Kräfte erkennen, die der Präsident der USA, George Bush, wiederholt als "neue Weltordnung" bezeichnete.

Von der Position eines eher widerwilligen Mitglieds der UNO, das auch dort wenig Unterstützung für seine Politik erwartete, ergriffen die USA - mit sowjetischer Duldung - die Initiative gegen den Irak und erreichten dafür eine Legitimation durch den Sicherheitsrat. Der veränderten Einstellung gegenüber der UNO - sowohl von Seiten der USA als auch der Sowjetunion - folgten Abzahlungen auf die erheblichen Beitragsrückstände, die beide Staaten der UNO schuldeten - die Rückzahlungen wurden allerdings so gestreckt, daß sie einen ständigen Hebel bilden, um ein Wohlverhalten der Organisation zu erzwingen.

Der Erfolg der USA im Sicherheitsrat stellte das Problem des Multilateralismus auf ganz andere Weise, als es von Ramphal in der zuvor zitierten Passage gefaßt worden war. Das Problem war nicht länger, wie die UNO ohne die politische und finanzielle Unterstützung durch die USA überleben könnte. Das Problem war jetzt, ob die UNO als eine Weltorganisation funktionieren kann, wenn sie als das Handlungsinstrument ihrer mächtigsten Mitglieder konzipiert wird. Die Aktion des Sicherheitsrates mußte als Legitimation einer schon entschiedenen Initiative der USA angesehen werden, nicht als unabhängige Quelle einer wirklich internationalen Politik.

Diese Frage betraf vor allem die Länder der Dritten Welt, die in der Vollversammlung einen beträchtlichen Einfluß auf die Entscheidungen der UNO gewonnen hatten. Diese Befürchtung wurde noch dadurch verstärkt, daß aufgrund der globalen ökonomischen Strukturen die Fähigkeit der armen Länder geschwächt war, den disziplinierenden Wirkungen eines Marktes Widerstand entgegenzusetzen, die durch die Kräfte der globalen Finanzen und der Produktion in einem ökonomischen System ausgeübt wurden, das von den reichen Ländern organisiert und aufrechterhalten wurde. Wenn die Länder der Dritten Welt nicht einmal mehr symbolische Unterstützung durch eine kollektive Aktion in der UNO erwarten können, welche Möglichkeiten haben sie dann überhaupt noch, um eine alternative Vision der Weltordnung zu artikulieren?

Der gegenwärtige - politische und ökonomische - Kontext der Welt wirft - sowohl potentiell als auch immer mehr explizit - zahlreiche neue Probleme für den Multilateralismus auf. Eines davon betrifft den Prozeß, in dem die Mehrheit im Sicherheitsrat

und die militärische Koalition für den Golf-Krieg zusammengebracht wurde. Es handelte sich dabei um ad hoc diplomatische Konstrukte mit länderspezifischen Pressionen und Anreizen. Die Kosten der USA für die materiellen und diplomatischen Konzessionen, die sowohl für das Votum des Sicherheitsrates als auch für die Beteiligung an der militärischen Koalition erbracht wurden, wurden durch die Fähigkeit der USA wettgemacht, Japan und Deutschland, Saudi-Arabien und Kuwait zur Finanzierung der Aktion zu verpflichten. Solche Maßnahmen konnten im Sicherheitsrat mit seiner begrenzten Mitgliedschaft durchgesetzt werden; in der größeren Generalversammlung war dies jedoch nicht zu erwarten. Dieser Prozeß kann kaum mit jenem "aufgeklärten Konsensus" verglichen werden, an den Ramphal für die frühere Periode erinnert. Würde dies nun zu einer Polarisierung innerhalb des UN-Multilateralismus zwischen den dominierenden Wenigen und den machtlosen Vielen, zwischen dem Sicherheitsrat und der Generalversammlung führen?

Dazu kommt die Frage, wie weit ein Staat für die UNO militärisch handeln kann, ohne irgendein UNO-Kommando und ohne eine reguläre Verantwortlichkeit des Sicherheitsrates oder irgendeine klar definierte Rolle für den Generalsekretär. Der Fall des Golfkrieges scheint hier ein institutionelles Vakuum eröffnet zu haben, das seinerseits einen ungewissen und potentiell gefährlichen Präzedenzfall geschaffen hat.

Ein weiteres Problem betrifft die Beziehungen zwischen Regierungen und den inneren Kräften. In einigen Staaten der islamischen Welt hat die Stimmung auf den Straßen den Irak unterstützt sowie Ressentiments gegen die USA und andere westliche Interventionsmächte, die ein Kernland des Islam angreifen, geschürt - trotz der offiziellen Position der arabischen Regierungen, die Bestandteil der Anti-Irak-Koalition waren. Die Popularität des Islam kann auch als eine Metapher für ein in der Dritten Welt sehr weit verbreitetes Ressentiment gegen die ökonomische und politische Dominanz des kapitalistischen Westens interpretiert werden - und dies wurde in den 80er Jahren, als eine Folge der Schuldenkrise der Dritten Welt, sehr viel deutlicher erfahren. Außerdem manifestierte sich die innere Opposition gegen den Krieg auch in den mächtigeren Ländern, am Anfang sogar in den USA. Wie weit kann die Existenz einer breiten inneren Opposition die Legitimationsfunktion der UNO untergraben? Gibt es irgendeinen Weg, auf dem der Multilateralismus nicht nur die Ebene der Regierungen, sondern auch die Ebene der Volkskräfte in Betracht zieht?

Die Krise am Golf hat zugleich das Problem der ökologischen Konsequenzen des Krieges in den Mittelpunkt gerückt. Mit den brennenden Ölfeldern und der Verseuchung des Meeres erfüllten sich schnell die Warnungen vor einer ökologischen Katastrophe, die kurz vor Beginn der Kampfhandlungen von einer Konferenz von Wissenschaftlern in London erhoben wurden. Diese Katastrophe unterstrich noch einmal das Problem, daß Mittel gefunden werden müssen, um die Beziehungen zwischen der natürlichen Umwelt und dem menschlichen Handeln zu regeln und zugleich eine Politik im Interesse der Biosphäre zu entwickeln, an der die Menschheit als Teil der Natur Anteil hat. Die Implikationen des Multilateralismus gehen also weit über die

Menschheit hinaus, ob diese nun auf der Ebene des Staates oder auf der Ebene des individuellen Verhaltens artikuliert werden. Sie umschließen nicht-menschliche Kräfte, die jedoch die Zukunft des Überlebens der Menschheit berühren.

Die "Krise des Multilateralismus" - in ihren beiden jüngsten Phasen - hinterläßt uns also eine Reihe von zusätzlichen Fragen:

- Wie kann das nationale Interesse, des mächtigsten Staates mit dem Multilateralismus in Übereinstimmung gebracht werden? Muß es eine Wahl geben zwischen einer Schwächung des Multilateralismus aufgrund seiner Zurückweisung durch den Unilateralismus eines mächtigen Staates und der Schwächung des Multilateralismus durch seine Instrumentalisierung durch einen mächtigen Staat?
- Welches sind die Bedingungen für einen globalen Konsens als Basis des Multilateralismus? Eine Form der Übereinstimmung könnte die Einwilligung in die Führung durch einen mächtigen Staat sein, sofern dieser - weithin anerkannt - universell anerkannte Ordnungsprinzipien verkörpert. Eine andere Form der Übereinstimmung könnte in der Anerkennung der Koexistenz von verschiedenen Wertesystemen bestehen, bei der die Prinzipien jedes dieser Wertesysteme zur Lösung eines gemeinsamen Problems beitragen könnten.
- Welche Beziehung besteht zwischen dem ökonomischen Multilateralismus, d.h. den Prozessen der globalen, liberalen Wirtschaftsstrukturen, die durch die mächtigsten kapitalistischen Staaten aufrechterhalten werden und dem politischen Multilateralismus bzw. der Hoffnung auf eine konsensuale Kontrolle der globalen ökonomischen Prozesse, die den weniger privilegierten Ländern - wie es z.B. in den gescheiterten Forderungen nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung vorgesehen war - mehr Macht verleihen würde?
- Welche Rolle könnten Volksbewegungen für den Multilateralismus spielen, die entweder durch bestimmte Ereignisse mobilisiert werden oder sich um langfristige Forderungen (z.B. Frieden, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Feminismus) bilden?
- Welche Rolle spielt der Multilateralismus in der Beziehung zwischen der Biosphäre und der politischen und wirtschaftlichen Organisation?

Intellektuelle Annäherungen an den Multilateralismus

Diese Untersuchung befaßt sich mit der gegenwärtigen Krise des Multilateralismus. Die Problematik kann aber - je nach intellektueller Perspektive - durch ganz verschiedene Linsen betrachtet werden. Dabei sind verschiedene erkenntnistheoretische und ontologische Auffassungen zu unterscheiden, in denen sich verschiedene Begriffe darüber reflektieren, wie Wissen über die menschlichen Angelegenheiten zu welchen Zwecken erworben werden kann. Diese folgen aber auch unterschiedlichen Konzeptionen über das Feld ihrer Untersuchungen, über die grundlegenden Einhei-

ten und ihre grundlegenden Beziehungen zueinander. Einige der wichtigsten Konzeptionen wollen wir kurz rekapitulieren, um diesen Aspekt zu verdeutlichen.

Wenn wir die unterschiedlichen Konzeptionen vorstellen, so rekonstruieren wir sie als Idealtypen. Dabei wird die Konzeption selbst von den Subjekten, die sie vertreten, getrennt. Es ist die Arbeit vieler Autoren, die uns in die Lage versetzt, die logisch kohärenten Formen von Idealtypen zu definieren; aber diese Autoren vertreten nicht nur eine Konzeption. Es ist daher nicht meine Absicht, Leute in Schubladen zu sortieren. Vielmehr soll gezeigt werden, wie sich eine angemessene Perspektive auf verschiedene der wichtigsten Theorietraditionen bezieht.

Realismus

Ausgangspunkt für die gegenwärtige theoretische Debatte über die globalen Machtbeziehungen ist die realistische Tradition. Diese konzentriert sich vor allem auf die Staaten und die Analyse des staatlichen Verhaltens - aber, so werde ich argumentieren, sie beschränkt sich doch nicht allein auf diese. In ihren anspruchsvolleren Arbeiten befassen sich die Realisten auch mit den ökonomischen und sozialen Fundamenten der Staaten und ihrem Wandel. Der Staat ist nicht absolut; der Staat wird historisiert.

Dennoch wollen wir mit der Annahme von einer Welt beginnen, in der die Staaten die einzigen relevanten Machteinheiten im Hinblick auf die globalen Machtbeziehungen sind. Die Ambitionen eines jeden Staates werden allein durch die Vergeltungsdrohungen anderer Staaten beschränkt. In einer solchen Welt kann der Multilateralismus meist nur als eine Reihe von zeitweiligen Abkommen begriffen werden, deren Zweck es ist, kollektive Ziele einer Staatengruppe mit einem gemeinsamen Interesse zu erreichen. Die Antriebskräfte eines solchen Systems sind Veränderungen in den Machtbeziehungen der Staaten und die Neudefinition ihrer Interessen. Diese können die Zusammensetzung der Staatengruppen verändern, die in der Lage sind, gemeinsame bzw. übereinstimmende Ziele zu vertreten.

Natürlich finden sich in der realistischen Konzeption auch internationale Institutionen und allgemeine Prinzipien des Völkerrechts oder des Verhaltens. Diese haben jedoch - wie es Marxisten ausdrücken würden - den Charakter von Überbau-Phänomenen. Das heißt, sie werden nicht nach ihrem unmittelbaren Wert, sondern als Mittel betrachtet, mit denen wiederum Ziele erreicht werden, die aus realen Interessenkonflikten im Zentrum des Systems abgeleitet sind. E. H. Carr, dessen Arbeit immer noch als klassische Darlegung des realistischen Denkens anzusehen ist, schrieb: "So wie die herrschende Klasse eines Gemeinwesens für den inneren Frieden betet, der zugleich ihre eigene Sicherheit und Vorherrschaft garantiert, und den Klassenkampf verwirft, der sie bedrohen könnte, so wird der internationale Frieden

zum besonderen Anliegen der vorherrschenden Mächte⁷. Und: "Internationale Regierung ist, in der Tat, die Regierung durch einen Staat, der über die notwendige Macht für die Zwecke der Regierung verfügt"⁸.

In der realistischen Betrachtung gibt es Raum für die Ausbreitung der internationalen Institutionen; dennoch gibt es kaum Raum für irgendeine kumulative Aneignung von Autorität durch diese Institutionen. Die internationalen Organisationen verfügen nicht über eine wirkliche Autonomie, z.B. als Agenturen, die in der Lage sind, kollektive Ziele zu artikulieren und Ressourcen zu mobilisieren, um solche Ziele zu erreichen. Sie bleiben Mechanismen, durch die Zwecke realisiert - oder auch nur öffentlich gebilligt - werden, die letztlich nur von denjenigen Staaten verfolgt werden, die über die notwendigen Ressourcen verfügen. Internationale Institutionen sind ein öffentliches Ritual, das partikular bestimmte Maßnahmen legitimieren soll. Die allgemeinen Prinzipien, nach denen diese Legitimation von Maßnahmen erfolgt, stehen unter dem Verdacht, daß sie nur Rationalisierungen für dahinter liegende Interessen (*ulterior motives*) sind. Der kritische, realistische Analytiker mahnt eindringlich, daß man den Mantel der öffentlichen Respektabilität beiseite ziehen muß, um die grundlegenden Zwecke, um die es dabei geht, offenzulegen. Argumente auf der Basis der ins Feld geführten Prinzipien wären so eine irrelevante Ablenkung von der wirklichen Aufgabe. Diese besteht eben darin, die grundlegenden Interessen zu entdecken. Nur indem man diese Interessen aufdeckt, kann man gegensätzliche Kräfte zusammenbringen - Kräfte wiederum, die internationale Organisationen und Prinzipien des Rechts wie der Moral gebrauchen, um ihre verschiedenen Ziele zu befördern.

Der klassische Realismus ist wohl in der Lage, seine eigenen Grenzen zu erkennen; und diese Grenzen entstehen mit dem Phänomen der Moral. Die Tatsache, daß der Mächtige an moralische Prinzipien appelliert, um die Unterwerfung des weniger Mächtigen zu sichern, macht darauf aufmerksam, daß moralische Auffassungen einen gewissen Einfluß auf die menschlichen und zwischenstaatlichen Angelegenheiten ausüben. Obwohl der Staat eine rein fiktive Person ist, schreiben die Menschen dem Verhalten des Staates - als ob er eine wirkliche Person wäre - moralische Ansprüche zu und dieser Tatbestand hat einen gewissen Einfluß auf die Bindung der Staatsmacht. Darüber hinaus können moralische Ansichten in die Formulierung der Staatszwecke einbezogen werden. Der Realist wird sich allerdings davor hüten, dies allzu stark zu bewerten; denn er wird die Heuchelei bemerken, mit der in der Regel egoistische Absichten durch moralische Ansichten verhüllt werden.

Der klassische Realismus leistet einen bemerkenswerten Beitrag zur Erkenntnis der Verfassung des Multilateralismus und besonders der - zuvor diskutierten - Krise des

⁷ E. H. Carr, *The Twenty Years' Crisis 1919-1939*, London. Macmillan, 1946, S. 82. Andere bedeutende Autoren, der realistischen Schule sind Hans Morgenthau, Reinhold Niebuhr, Raymond Aron und William T. R. Fox. Sie unterscheiden sich natürlich hinsichtlich der unterschiedlichen Bedeutung, die sie der Moral in der Politik zumessen, aber sie nehmen an einem gemeinsamen Diskurs teil.

⁸ Ebd. S. 107.

Multilateralismus. Er stellt eine Erklärung für die Absonderung der USA vom System der UNO während der Krise der 70er Jahre zur Verfügung: die Vetomacht der Sowjetunion im Sicherheitsrat und die Mehrheit der Dritten Welt in der Generalversammlung verhinderte die Unterstützung der Ziele der USA in diesen Institutionen. In der Zwischenzeit schwächten die ökonomischen Kräfte, bei denen die Interessen der USA vorherrschend blieben, sowohl den sowjetischen Block als auch die Dritte Welt. Die USA konnten also praktisch die Vereinten Nationen als Zentrum multilateraler Aktivität ignorieren und es den ökonomischen Kräften überlassen, die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern.

Der klassische Realismus gibt außerdem eine Erklärung für die zweite Phase der Krise des Multilateralismus. Der Rückzug der sowjetischen Macht als ein Gegengewicht zu den USA und das Bündnis der sowjetischen und amerikanischen Positionen im Sicherheitsrat - dazu der permanente finanzielle Druck auf die Dritte-Welt-Länder - all dies garantierte eine schwache Reaktion auf die Initiativen der USA im Sicherheitsrat. Die meisten Länder der Dritten Welt waren gezwungen, unter dem Druck der Verschuldungskrise ihre Ökonomien weiter für die Durchdringung durch die dominanten Kräfte der Weltökonomie, die durch die USA geschützt werden, zu öffnen. Ein Land der Dritten Welt, das seine eigenen ökonomischen Ressourcen zu kontrollieren sucht - im eigenen Interesse und im Gegensatz zu den externen Marktkräften - stellt eine Herausforderung für das globale ökonomische System dar. Dies könnte auch dann - wenn es keine substantielle Bedrohung darstellt - ansteckend werden. Chile und Norwegen waren nicht die einzigen, die deshalb Konsequenzen hinnehmen mußten. Ein Sicherheitsrat, der von den USA dominiert wird, könnte militärische Aktionen autorisieren, die für jedes Dritte-Welt-Land, das eine militärische Herausforderung für das System aufbauen würde, eine Warnung darstellen. Die wirklichen Gründe für die Einleitung des Krieges der USA gegen den Irak werden - gemäß der realistischen Interpretation - durch das öffentliche Ritual im Sicherheitsrat verschleiert.

Die wissenschaftstheoretischen Begründungen des klassischen Realismus sind der Historizismus und die Hermeneutik. Der klassische Realismus ist insofern eine kritische Theorie, als er die unmittelbaren Erscheinungen nicht akzeptiert und ihre wirkliche Bedeutung aufspüren will. Er nimmt die historischen Strukturen wie die Ereignisse zur Kenntnis. Der Begriff historische Strukturen bezeichnet jene beständigen Muster des Denkens und Handelns, die zugleich die Rahmenbedingungen für das Handeln der Staaten und der Menschen definieren. Die Strukturen werden nur sehr langsam in der Zeit gebildet und umgebildet - die *longue durée* von Fernand Braudel⁹. Sie sind die intersubjektiven Realitäten der Weltpolitik. Die kritische Analyse des klassischen Realismus ist der Prozeß, in dem die Bedeutung von Ereignis-

⁹ Fernand Braudel, *Civilisation matérielle, économie et capitalisme, XVe - XVIIIe siècle*, Vol. 1, Paris: Armin Colin, 1979, und: *History and the Social Sciences*, in: Braudel, *On History*, Chicago: University of Chicago Press, 1980, S. 25 ff.

sen im Kontext dieser historisch bestimmten Rahmenbedingungen des Handelns herausgearbeitet wird.

Eine kritische Theorie steht eher im Dienst der Schwachen denn der Mächtigen. Machiavelli kann als der erste kritische Theoretiker im europäischen Denken bezeichnet werden¹⁰. Der Form nach scheint Machiavelli's *Principe* an den Mächtigen, an den *Palazzo*, gerichtet zu sein. Tatsächlich aber instruiert seine Arbeit die Außen-seiter des Machtapparates - sie klärt die *piazza* auf. Der klassische Realismus kann daher als ein Instrument zur Stärkung der weniger Mächtigen angesehen werden - als ein Instrument der Entmystifizierung der manipulativen Instrumente der Macht.

Es gibt eine Verzerrung des klassischen Realismus, die Neo-Realismus heißt. Dieser trennt den Realismus von seinen kritischen Wurzeln und verwandelt ihn in ein Instrument zur Problemlösung für die Außenpolitiker der mächtigsten Staaten¹¹. Dieser Neo-Realismus ist vor allem ein amerikanisches Produkt des Kalten Krieges. Er ist darauf ausgerichtet, eine Technologie der Staatsmacht zu erarbeiten¹². Er berechnet die jeweiligen Machtkomponenten einzelner Staaten; und er untersucht die relativen Entwicklungschancen im Spiel der Machtpolitik. Seine Wissenschaftstheorie ist positivistisch, und es fehlt jedwede Dimension des strukturellen historischen Wandels. Die Welt der zwischenstaatlichen Beziehungen ist eine gegebene Welt, deren Basisstrukturen - gleichsam übergeschichtlich - immer die gleichen sind. Es gibt keine Systemveränderungen, sondern nur Veränderungen innerhalb des Systems¹³.

Der liberale Institutionalismus

Seit der Verabschiedung der UNO-Charta hat bis heute ein anderer Strang der Theoriebildung seine Aufmerksamkeit auf den Multilateralismus konzentriert. Dieser geht davon aus, daß die Herausbildung von Institutionen schließlich die Weltordnung transformieren würde, indem das Staatensystem schrittweise in eine Form der autoritativen Regulation einbezogen wird. Dieser Strang hat eine ganze Reihe von theo-

¹⁰ Ich selbst würde argumentieren, daß Ibn Kaldun, der islamische Diplomat und Gelehrte des 14. Jahrhunderts, der erste kritische Theoretiker seiner Zivilisation gewesen ist, vgl. dazu meinen Aufsatz: "Towards a posthegemonic Conceptualization of World Order: Reflections on the Relevance of Ibn Kaldun". Ich nehme an, daß auch in anderen Zivilisationen Traditionen kritischer Theorie auszumachen sind.

¹¹ Ich habe den Unterschied zwischen Problemlösungstheorien und kritischer Theorie in einem anderen Text analysiert, vgl. Robert W. Cox, *Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen: Jenseits der Theorie Internationaler Beziehungen* (in dieser Studie).

¹² Vgl. z.B. Kenneth Waltz, *Theory of International Politics*, Reading, Mass.: Addison Wesley, 1979; Robert O. Keohane (ed.), *Neorealism and its Critics*, New York: Columbia University Press, 1986.

¹³ Der von mir verwendete Begriff des Neorealismus wird am besten durch die Arbeiten von Kenneth Waltz repräsentiert. Dieser Begriff wurde auch in einem breiteren Sinne verwendet, um die Kooperation zwischen interessengeleiteten Staaten in solchen Formen wie 'Regimen' theoretisch zu beschreiben. Vgl. dazu z.B. Fox, der dabei an die Arbeiten von John Ruggie and Stephen Krasner dachte. Ich bin freilich der Auffassung, daß es besser wäre, diese Arbeiten als Modifikationen des liberalen Institutionalismus zu bezeichnen; obwohl sich bei ihnen auch der Einfluß des Neorealismus auf die Tradition des liberalen Institutionalismus in der US-amerikanischen Wissenschaft in der Periode des Kalten Krieges zeigt.

retischen Problemen aufgeworfen - und jeder neue Ansatz scheint seine Vorgänger überholt zu haben.

Die früheste Formulierung war der Funktionalismus von David Mitrany¹⁴. Der Funktionalismus - verzweifelt über die Frage, ob der Föderalismus tatsächlich zu einer Weltregierung führen könnte - schlug einen anderen Weg ein - über die "niedere Politik", d.h. über funktionale oder technische Agenturen. Sein zentrales Argument lautete: indem Fachleute und Technokraten in internationalen Organisationen praktische Probleme des Alltagslebens - von der rechtzeitigen Zustellung von Postlieferungen bis hin zur Verbesserung der Gesundheit, der Erziehung und der Wohlfahrt - lösen, muß der Konflikt der "hohen Politik", die von Diplomaten und politischen Führern monopolisiert wird, durch die kooperative Dimension des Funktionalismus umgangen und dadurch auch vermindert werden. Eine Weltregierung würde so eher durch die List als durch einen Plan zustande kommen.

Der Funktionalismus wurde dem Wirken jener spezialisierten Organisationen zugeschrieben, die als Bestandteile des Systems der UNO wieder belebt oder neu etabliert wurden. Das damit verbundene Denken schien besondere Bedeutung zu gewinnen, als die UNO - nach 1960 - ihre technische Unterstützung der unterentwickelten Länder ausweitete. Das Weltsystem war gewissermaßen eine Hilfe, um die staatlichen Strukturen aufzubauen, auf denen es formell ruhte.

Allerdings konnte der Funktionalismus keine Theorie darüber anbieten, wie letztlich eine mehr zentralisierte Weltautorität zustande kommen würde - obwohl er die "niedere" von der "höheren" Politik unterschied und damit die These verknüpfte, daß langfristig die erste wichtiger sei als die zweite. Die neo-funktionalistische Theorie füllte diese Lücke; denn sie vertrat die Auffassung, daß die Reichweite wie die Autorität internationaler Organisationen durch eine bewußte Strategie der Führung erweitert werden könnte. Jedes relevante Feld funktionaler Kompetenz, das internationalen Organisationen übertragen wird, wird Auswirkungen auf andere Felder haben, in denen noch keine internationale Autorität existiert. Innovative Führung könnte aus Engpässen herausführen, in denen das Handeln durch bestehende Machtverhältnisse blockiert wird, und so einen Konsens schaffen, um die Ausdehnung dieser Autorität auf benachbarte Felder und Fortschritte im Handeln zu ermöglichen. Dieser Prozeß wurde "spill over" genannt. Außerdem erweiterte der Neo-Funktionalismus das Spektrum der politischen Akteure, um Elemente der Zivilgesellschaft zu integrieren: Gewerkschaften, industrielle Verbände, Konsumentenvereinigungen, andere Interessengruppen und schließlich auch die politischen Parteien. Die Berücksichti-

¹⁴ David Mitrany, *A Working Peace System: An Argument for Functional Development of International Organization*, London: Royal Institute of International Affairs, Oxford University Press, 1943.

gung dieser verschiedenen Interessen im Kontext internationaler Institutionen würde - so seine These - gleichzeitig die Autorität dieser Institutionen erhöhen¹⁵.

Die Erweiterung der Reichweite und der Autorität internationaler Institutionen wurde von den Neo-Funktionalisten als ein Prozeß der Integration angesehen. Karl W. Deutsch definierte - in einem etwas anderen Ansatz - die Integration als die Bildung einer "Sicherheitsgemeinschaft". In dieser nehmen Menschengruppen an Institutionen und Handlungskontexten mit der Erwartung teil, daß diese sich eher durch friedliche denn durch gewaltsame Mittel fortentwickeln¹⁶. Der Ansatz von Deutsch betonte den Modus des gegenseitigen Verständnisses und der Kommunikation. Die Bedingungen der Integration wurden bei ihm weniger durch die Schaffung einer mit Autorität ausgestatteten Zentralmacht bestimmt¹⁷.

Der Neo-Funktionalismus hatte seine größten Erfolge in der Untersuchung des Prozesses der europäischen Integration¹⁸. Seine offensichtliche Übereinstimmung mit der westeuropäischen Erfahrung förderte seine Anwendung auf außereuropäische Situationen. In bezug auf Lateinamerika wurde die Bedeutung von autonomen Interessengruppen und von politischen Parteien durch die Hervorhebung der technokratischen Eliten ersetzt¹⁹. Außerdem wurde der Neo-Funktionalismus - wenn auch mit einer geringeren Plausibilität - auf die gesamte Welt angewandt²⁰.

Der Funktionalismus wie der Neo-Funktionalismus wurden durch reale Ereignisse herausgefordert. Die Ost-West-Konflikte in der Zeit des Kalten Krieges sowie die Themen des Nord-Süd-Konfliktes nach der Dekolonialisierung der 60er Jahre (vor allem Südafrika und der israelisch-arabische Konflikt) konnten gerade nicht durch technische Kooperation gelöst werden. Diese Themen beherrschten sowohl die Unterorganisationen als auch die Vollversammlung der UNO. Daher erschien der Funktionalismus als eine Ideologie der westlichen, kapitalistischen Mächte, die den Versuch unternahmen, sich gegen eine - von ihnen so gesehene - "Politisierung" der technischen Arbeit durch die Diplomaten der Sowjetunion und der Dritten Welt zur Wehr zu setzen.

Der Neo-Funktionalismus wurde mit dem Scheitern des Projektes der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahre 1954 - als die französische Nationalversammlung die Ratifikation des EVG-Vertrages verweigerte - mit seiner Negation

¹⁵ Ernest B. Haas, *Beyond the Nation-State: Functionalism and International Organizations*, Stanford: Stanford University Press, 1964.

¹⁶ Karl W. Deutsch u.a., *Political Economy in the North Atlantic Area: International Organization in the Light of Historical Experience*, Princeton: Princeton University Press, 1957.

¹⁷ Karl W. Deutsch, *Nationalism and Social Communication: An enquiry into the Foundations of Nationality*, New York: Wiley, 1953.

¹⁸ Ernest B. Haas, *The Uniting of Europe*, Stanford: Stanford University Press, 1958.

¹⁹ Ernest B. Haas and Philippe Schmitter, *Economics and Differential Patterns of Political Integration: Projections about Unity in Latin America*, *International Organization*, Vol. 18 (Fall 1964), S. 705 - 737.

²⁰ Haas, *Beyond the Nation State*.

konfrontiert. Abermals wurde er in den 60er Jahren durch die Persönlichkeit des General De Gaulle widerlegt, der sich einer Ausweitung der Macht der Brüsseler EWG-Bürokratie entgegenstellte. Die neo-funktionalistischen Analytiker, die davor mit einem "spill over" von einer funktionalen Sphäre in die andere gerechnet hatten, begannen über einen "spill back" zu schreiben²¹. Der bislang als irreversibel bezeichnete Prozeß erschien nunmehr als verzögert und vielleicht sogar als reversibel.

In dem Maße, wie der Funktionalismus und der Neo-Funktionalismus ihren Glanz verloren, veränderte sich der liberale Institutionalismus. Er konzentrierte sich fortan weniger auf die Perspektive einer Überwindung des Staates durch einen übergreifenden Prozeß der regionalen oder weltweiten Integration, als vielmehr auf diejenigen Prozesse, durch die kooperative Arrangements auf der internationalen Ebene zustande kommen.

Seit den frühen siebziger Jahren verlagerte sich das Interesse auf die transnationalen Beziehungen²². Dieser Ansatz erweiterte jetzt den Stellenwert, den der Neo-Funktionalismus der Zivilgesellschaft als einem Netzwerk von Verbindungen zugeschrieben hatte. Diese erweitern und begrenzen zugleich die Autonomie des staatlichen Handelns. Die Weltwirtschaft rückte ins Zentrum der Aufmerksamkeit - sowohl im Blick auf die Unternehmen, die im globalen Rahmen operieren, als auch im Blick auf die Entstehung einer transnationalen Form der Vergesellschaftung derjenigen Menschen, die in solche Prozesse involviert sind. Neben den Interessengruppen sind in der jüngeren Zeit den Vertretern des liberalen Institutionalismus vor allem "wissenschaftliche Gemeinschaften" ("epistemic communities") ins Blickfeld geraten - also z.B. transnationale Netzwerke von Spezialisten, die untereinander kommunizieren, um globale Probleme in speziellen Bereichen wahrzunehmen und zu definieren²³.

Der wichtigen Bedeutung der transnationalen Zivilgesellschaft entsprach die Betonung der Fragmentierung des Staates. Solange man der führenden Rolle der "bürokratischen Politik" bei der Analyse nationaler Politik folgte, wurden die Staaten als Systeme konkurrierender Apparate begriffen, in denen der Apparat eines Staates Koalitionen mit ähnlichen Apparaten anderer Staaten aufbauen könnte, um seinen Einfluß innerhalb des eigenen Staates zu erweitern²⁴. Internationale Institutionen wurden nunmehr als komplexer angesehen: sie sind einerseits beschränkt durch die transnationalen Verbindungen in der globalen Zivilgesellschaft - wie z.B. die Einfluß-

²¹ Leon N. Lindberg and Stuart A. Scheingold, *Europe's Would-be Polity: Patterns of Change in the European Community*, Englewood Cliffs: Prentice-Hall, 1970.

²² Robert A. Keohane and Joseph S. Nye (eds.), *Transnational Relations and World Politics*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1972.

²³ Peter M. Haas, *Obtaining International Environmental Protection Through Epistemic Consensus*, in: *Millennium: Journal of International Studies*, Vol. 19, No. 3 (winter 1990).

²⁴ Robert O. Keohane and Joseph S. Nye, *Transgovernmental Relations and International Organizations*, in: *World Politics*, Vol. 27, No. 1 (October 1974), S. 39 - 62.

Netzwerke, die durch die internationalen Konzerne und durch das globale Finanzwesen erzeugt werden; andererseits sind sie Mittel für die Herstellung transgouvernementaler Koalitionen durch bürokratische Segmente innerhalb der verschiedenen Staaten.

Diese Konzeption einer "komplexen Interdependenz"²⁵ eröffnete eine neue, erfrischende Runde von Forschungen über internationale "Regime"²⁶. Ohne eine erschöpfende Definition eines Regimes zu geben, kann man dieses als eine Reihe von Normen und Regeln beschreiben, die von einer Gruppe von Staaten als Mittel der Auseinandersetzung mit einer bestimmten Sphäre gemeinsamer Interessen akzeptiert werden. Dieser Begriff betrifft die zentrale Frage, wie Zusammenarbeit hergestellt und aufrechterhalten wird, ohne daß diese notwendigerweise an die Existenz einer formellen internationalen Organisation gebunden wird. Darüber hinaus befaßt sich dieser Ansatz mit der Zusammenarbeit, nicht mit der Überwindung des Staatensystems als dem Fundament von Autorität. Die Regime-Theorie konzentriert sich auf "rationale Akteure", die unter den Bedingungen einer "gebundenen Rationalität" handeln, d.h. unter Abwesenheit der unmöglichen Bedingung der vollständigen Information und der kontinuierlichen Kalkulation der eigenen Interessen. Sie verlassen sich eher auf die Verfahren, die in der Vergangenheit recht gut funktioniert haben. Eine mögliche Konsequenz der Vorherrschaft der Regime-Theorie im neueren liberalen Institutionalismus war die Rückverlagerung des Schwergewichts der Analyse auf die Staaten als die wichtigsten Akteure.

Ein zentrales Thema in der Regime-Theorie ist die These der "hegemonialen Stabilität". Danach erfolgt die Konstituierung von Regimen unter dem Schutz von dominierenden Mächten. Die Frage ist dabei: können Regime, die unter solchen Bedingungen entstanden sind, den Niedergang solcher Mächte überleben? Robert Keohane baut seine Argumentation auf die Prämissen des "rationalen Wahlverhaltens" (rational choice): er nimmt an, daß bestehende Formen der Kooperation tatsächlich überleben können, weil sie die Staaten mit der Verminderung von Kosten, der Reduzierung von Ungewißheit und flexiblen Möglichkeiten, die Ergebnisse der Kooperation zu nutzen, ausstatten²⁷.

Eine andere Basisprämisse der Regime-Theorie scheint von Emile Durkheim's These abgeleitet zu sein, daß die Zunahme der Arbeitsteilung eine wachsende Interdependenz zwischen den Akteuren in der Gesellschaft hervorbringt, und daß dies dann zu störenden Konsequenzen führt (er erwähnte in diesem Zusammenhang besonders die ökonomischen Krisen und den Klassenkampf), sofern nicht die Zunahme

²⁵ Robert O. Keohane and Joseph S. Nye, *Power and Interdependence*, Boston: Little, Brown, 1977.

²⁶ Stephen Krasner (ed.), *International Regimes*, special issue of *International Organization*, Vol. 36, No. 2 (1982).

²⁷ Robert O. Keohane, *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton: Princeton University Press, 1984.

der Interdependenz durch eine angemessene Regulation begleitet wird²⁸. Wird dies auf die internationale Ebene übertragen, so haben Regime die Funktion, eine solche Regulation auszuüben - gleichsam als Gegenpart zu dem, was Durkheim in der nationalen Gesellschaft als die Rolle des Korporatismus betrachtete. In der gegenwärtigen Weltwirtschaft werden einige Handlungsfelder durch Regime erfaßt, die z.B. beim Handel mehr oder weniger effektiv durch das GATT aufrechterhalten und ergänzt werden. Andere Bereiche hingegen - z.B. Finanzwesen und Produktion - bleiben weithin unreguliert.

Der gegenwärtige Ansatz des liberalen Institutionalismus sucht Antworten auf die folgenden Fragen: Bedeuten internationale Institutionen einen Unterschied? Warum sind einige Bereiche der internationalen Aktivität reguliert und andere nicht? Antizipiert die Dichte von grenzüberschreitenden Interaktionen in einem bestimmten Feld die Bildung eines Regimes in diesem? Was bestimmt die Mitgliedschaft und die Nicht-Mitgliedschaft in einem Regime?²⁹

Durch seine verschiedenen Entwicklungsphasen hindurch hat der liberale Institutionalismus einige grundlegende Charakteristika beibehalten. Seine wissenschaftstheoretische Ausgangsposition ist positivistisch und rational deduktiv geblieben; denn seine Untersuchungsobjekte sind Akteure und Interaktionen und er will deren Verhalten gemäß den Modellen des "rational choice" erklären. Es fehlt ihm die strukturelle historische Dimension des klassischen Realismus, der sich mit den Rahmenbedingungen bzw. den Strukturen befaßt, in denen Akteure und deren Interaktionen stattfinden - und es fehlt ihm der Begriff jener Bedeutungen, die den Beziehungen zwischen den Akteuren im Bezug auf das vorgegebene Ganze inhärent sind. Der liberale Institutionalismus nimmt die bestehende Ordnung als gegeben an, deren Funktionieren zwar verbessert, jedoch nicht kritisiert oder verändert werden sollte.

Tatsächlich wird der Ausgangspunkt des liberalen Institutionalismus durch die Koexistenz von Staatensystem und kapitalistischer Weltwirtschaft gesetzt. Die Probleme, mit denen er sich befaßt, haben damit zu tun, diese beiden globalen Strukturen kompatibel zu machen, um auf diese Weise Stabilität und Kalkulierbarkeit in der Weltwirtschaft zu ermöglichen. Daher hat die Regime-Theorie viel über die ökonomische Zusammenarbeit zwischen den G 7-Staaten und andere Gruppierungen der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder im Hinblick auf deren gemeinsame Probleme zu sagen. Entsprechend weniger hat sie zu sagen über Versuche, die Strukturen der Weltwirtschaft zu verändern, also z.B. über die Forderung der Dritten Welt nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung. Regime sollen die Weltökonomie stabilisieren und dabei - wie es Keohane in seine Arbeiten immer wieder unterstrichen hat

²⁸ Emile Durkheim, *The Division of Labor in Society*, New York:Free Press, 1984.

²⁹ Robert A. Keohane, *Multilateralism: An Agenda for Research*, *International Journal*, Vol. 45, No. 4 (Autumn 1990); Oran R. Young, *International Cooperation: Building Regimes for Natural Resources*, Ithaca: Cornell University Press, 1989.

- bewirken, daß einzelne Staaten daran gehindert und davon abgeschreckt werden, sich zum Beispiel durch den Sozialismus von der ökonomischen Orthodoxie zu verabschieden³⁰.

Die gegenwärtigen Implikationen des liberalen Institutionalismus bestehen vor allem darin, daß es - bei Abwesenheit einer dominierenden Macht, die ihnen Ressourcen übertragen kann - schwieriger geworden ist, neue Regime oder internationale Institutionen zu initiieren oder zu verändern. Bestehende Regime können überleben und sich in dem Maße weiterentwickeln, wie sie notwendige Informationen und Möglichkeit bereitstellen, damit ihre Mitglieder ihre Probleme besser bearbeiten können. Diese Regime und Institutionen erleichtern die Interaktionen von Staaten und von Elementen der Zivilgesellschaft in bestimmten Bereichen. Dieser Zugang zum Multilateralismus korrespondiert mit einer konservativen Anpassungshaltung gegenüber den bestehenden Strukturen der Weltordnung.

Weltsystem-Strukturalismus

Im Unterschied zu Theorien des liberalen Institutionalismus haben sich Weltsystem-Theorien nicht explizit mit der Untersuchung von internationalen Organisationen befaßt. Gleichwohl stellen sie einen erklärenden Rahmen für den Multilateralismus zur Verfügung. Diese Theorien beginnen mit dem Konzept der Totalität des Weltsystems. Wie beim Realismus werden auch hier die Staaten als die konstituierenden Einheiten betrachtet. Allerdings geht die Weltsystem-Theorie davon aus, daß diese Einheiten eine strukturelle Beziehung haben, die durch die Weltwirtschaft vorbestimmt ist - eine Beziehung, die durch die Begriffe Zentrum und Peripherie ausgedrückt wird, mit einer Zwischenkategorie der Semi-Peripherie.

Das Konzept des "Staates" bezeichnet den politischen Aspekt einer Einheit, die hauptsächlich in ökonomischen Begriffen gefaßt wird. Ökonomien des Zentrums dominieren über die Ökonomien der Peripherie; sie bestimmen die Bedingungen, unter denen die peripheren Ökonomien produzieren - und sie extrahieren Überschüsse (surplus) aus der Peripherieproduktion zugunsten des Zentrums³¹. Das Zentrum erzeugt so die Unterentwicklung in der Peripherie durch die ökonomischen Verbindungen zwischen beiden³². Die Ökonomien der Semi-Peripherie sind stark genug, um sich selbst vor dieser Art der Ausbeutung zu schützen. Sie streben danach, den Status des Zentrums zu erlangen.

Die Staaten und die zwischenstaatlichen Beziehungen sind die politischen Strukturen, die die Ausbeutungsbeziehungen zwischen den Ökonomien des Zentrums und

³⁰ Keohane, *After Hegemonie*, S. 119/120 und 254.

³¹ Immanuel Wallerstein, *The Modern World-System: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy*, New York: Academic Press, 1974.

³² André Gunder Frank, *Capitalism and Underdevelopment in Latin America*, New York: Monthly Review, 1969.

der Peripherie aufrechterhalten. Peripherie-Staaten sind - im Verhältnis zu den Staaten des Zentrums - schwach und sie werden von diesen penetriert. Eine der wichtigsten Waffen im Kampf der semi-peripheren Länder ist es demnach, ihren Staat zu stärken, damit dieser eine Autonomie gegenüber den Staaten des Zentrums erlangen kann. Der wirtschaftliche Protektionismus, der Wirtschaftsnationalismus, nationale - sozialistische oder staatskapitalistische - Planungssysteme sind Charakteristika des semi-peripheren Kampfes für eine größere lokale Kontrolle über die eigene Entwicklung³³.

Die Struktur der Dominanz des Zentrums über die Peripherie wird nicht allein durch äußeren Druck, sondern auch vermittelt der Unterstützung durch herrschende Klassen oder Eliten in der Peripherie aufrechterhalten, die von dieser Beziehung profitieren. Der Staat, das Militär und die ökonomischen Eliten sind hier die entscheidenden Faktoren, um diese Beziehung aufrechtzuerhalten. Sie können mit materieller und ideologischer Unterstützung durch das Zentrum rechnen. Intern sichern sie ihre Position durch Manipulation und den Ausschluß der einheimischen sozialen Kräfte vom Zugang zur ökonomischen und politischen Macht - zum Beispiel durch die Unterdrückung der Opposition, oder indem sie nur "gezähmte" Oppositionsparteien zulassen, durch die Unterdrückung oder die Kontrolle der Gewerkschaften usw. Wo diese peripheren Machtstrukturen umgestürzt werden, können sich deren Träger auf die Ressourcen des Zentrums (Finanzen, Spionage und schließlich das Militär) verlassen. Diese sollen die Kräfte, die die Macht übernommen haben, destabilisieren und unterminieren.

Diese politische Struktur der Beherrschung ist mit einer sozio-ökonomischen Struktur verbunden, die die peripheren Ökonomien in die Weltwirtschaft einbindet, die ihrerseits vom Zentrum bestimmt wird. Das Zentrum verlangt, daß die periphere Ökonomie offen für ausländische Investitionen, für den Import von Waren und Dienstleistungen sowie für die Rückführung von Profiten ist. Auch die peripheren Strukturen der Kontrolle der Arbeit unterscheiden sich von denen des Zentrums. Sie sichern eine Zufuhr von billiger und unterwürfiger Arbeitskraft; denn die ökonomische Funktion der Peripherie besteht darin, nicht nur der hochwertigen Produktion des Zentrums billige Inputs hinzuzufügen, sondern einen Teil des Outputs des Zentrums zu absorbieren. Es ist diese relative Unterordnung der Arbeit in der Peripherie, die dazu beiträgt, günstige Austauschbedingungen (terms of trade) für das Zentrum zu reproduzieren. Zugleich trennt sie die Interessen der Arbeitskraft im Zentrum (die von dieser Zentrum-Peripherie-Beziehung profitiert) von denen der Arbeitskraft der Peripherie. Innerhalb der peripheren Ökonomie gibt es aber auch eine Minorität von Arbeitskräften, die von den ausländischen Unternehmen beschäftigt werden. Diese sind in die Netzwerke der Weltwirtschaft integriert, während die Masse der Arbeits-

³³ Immanuel Wallerstein, *The Rise and the Future Demise of the World Capitalist System*, in: *Comparative Studies in Society and History*, Vol. 16, No. 4 (September 1974), S. 387 - 415.

kräfte in der Peripherie benachteiligt bleibt. Diese Struktur reproduziert sich gerade vermittels der Spaltung des Potentials der oppositionellen Kräfte.

Obwohl der Multilateralismus innerhalb der Weltsystem-Theorie - im Unterschied zum liberalen Institutionalismus - keine zentrale Position einnimmt, so hat diese Theorie doch offenkundig Implikationen für den Multilateralismus. Zunächst einmal wird der Multilateralismus als ein Instrument angesehen, um die Herrschaftsstruktur zwischen Zentrum und Peripherie zu institutionalisieren. Die Rolle der Organisationen der Weltwirtschaft, wie des IWF und der Weltbank, besteht darin, den Druck auf die peripheren Ökonomien zu erhöhen, sich für den Weltmarkt zu öffnen, die Orientierung der Wirtschaftspolitik der Peripherieländer nach außen zu unterstützen - vor allem gegen lokale Bestrebungen nach einer autozentrierten Entwicklung³⁴.

Diese internationalen ökonomischen Organisationen operieren unter der Kontrolle der Länder des Zentrums. Sie sind zum Instrument einer kollektiven Durchsetzung der zentrumsorientierten Politik in den peripheren Ländern geworden, während die finanziellen Beziehungen zwischen den Ländern des Zentrums durch andere Mechanismen gestaltet werden³⁵. Tatsächlich hat sich in der Weltwirtschaft während der 60er Jahre ein zweistufiges System der ökonomischen Regulation etabliert: dessen Spitze umschließt allein die entwickelten kapitalistischen Staaten, während auf der unteren Ebene diese Staaten kollektiv den Ländern der Dritten Welt finanzielle Bedingungen auferlegen.

Darüber hinaus ist die technische Hilfe durch die internationalen Agenturen unter dem Einfluß der Länder des Zentrums ein Mittel zur Anpassung der inneren Strukturen der peripheren Ländern an die Anforderungen der Weltwirtschaft geworden. Internationale und bilaterale Hilfe wird von der Theorie des Weltsystem-Strukturalismus als ein Teil des gesamten Mechanismus zur Unterwerfung der Dritten Welt angesehen. Interne Herrschaftsstrukturen und Abhängigkeitsverhältnisse werden so durch äußeren Druck verstärkt³⁶.

Von der Weltsystem-Theorie wird der Multilateralismus jedoch auch als ein Terrain des Kampfes zwischen dem Zentrum und der Peripherie angesehen, als ein Terrain, auf dem die Beschwerden der Peripherie in kollektive Forderungen gegenüber dem Zentrum nach einer strukturellen Veränderung der Weltwirtschaft zusammengefügt

³⁴ Thersa Hayter, *Aid as Imperialism*, Harmondsworth: Penguin, 1971; Cheryl Payer, *The Debt Trap: The International Monetary Fund and the Third World*, New York: Monthly Review, 1974; James H. Mittelman, *International Monetary Institutions and Policies of Socialism and Self Reliance*, in: *Social Research*, Vol. 47, No. 1 (1980), S. 141 - 165.

³⁵ Robert W. Cox and Harold K. Jacobs, *The Anatomy of Influence: Decision Making in International Organization*, New Haven: Yale University Press, 1972.

³⁶ Brigitte Erler, *L'aide qui tue*, Lausanne 1987; James H. Mittelman, *Out from Underdevelopment: Aspects for the Third World*, London: Macmillan, 1988.

werden. In den siebziger Jahren war das die Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung³⁷.

Die zwei Phasen der Krise des Multilateralismus sind innerhalb des Rahmens des Weltsystem-Strukturalismus durchaus erklärbar. Der Quasi-Rückzug der USA von ihren Verpflichtungen gegenüber dem System der UNO während der späten siebziger und der achtziger Jahre kann demnach als eine Antwort auf die Wahrnehmung der Tatsache gesehen werden, daß die peripheren Länder ihre Mehrheit in den wichtigsten Versammlungen und Konferenzen wahrgenommen und dabei keine Rücksicht auf eine auf die Weltwirtschaft orientierte Politik und ein entsprechendes Verhalten genommen haben. Die USA und andere Staaten des Zentrums ließen den Druck des internationalen Finanzwesens zu, um der mit Schulden geplagten Dritten Welt eine Art Strafzoll aufzuerlegen; gleichzeitig boten sie Schutz an, um ein Zerbrechen des Systems durch die Dritte Welt zu verhindern. Außerdem trugen die USA dazu bei, revolutionäre Bewegungen in Zentralamerika zu destabilisieren. An der Schwelle zu den 90er Jahren war die ökonomische Disziplin in der Dritten Welt wieder weitgehend hergestellt - überall waren Regime etabliert, die gegenüber der Politik der Anpassung an die Weltwirtschaft positiv eingestellt waren. Die unmittelbare Bedrohung durch eine konzertierte Opposition gegen die Ziele der Länder des Zentrums in den wichtigsten internationalen Organisationen war offensichtlich abgeflaut. Als langfristiges Problem bestand freilich nach wie vor die Unterstützung von Regierungen in der Dritten Welt, die gegenüber dem Zentrum positiv eingestellt sind und die Schaffung eines Systems der Abschreckung und Warnung gegenüber radikal abweichendem Verhalten. Die Golf-Krise setzte daher das Zeichen, daß die letzte Sanktion gegen die Mißachtung der Hierarchie der Weltwirtschaft eine militärische ist. In all diesen Fragen befindet sich der Weltsystem-Strukturalismus in der Nähe der kritischen Analysen des klassischen Realismus.

Für den Weltsystem-Strukturalismus stellt der formale Multilateralismus - also das, was in und durch die internationalen Organisationen passiert - nur den institutionell sichtbaren Teil einer viel komplexeren und übergreifenden Systembeziehung zwischen der Ersten und der Dritten Welt dar. Die entwickelten kapitalistischen Länder verfügen über viele Mittel der Intervention (durch Geld, Geheimdienste, Kommunikation und das Militär). Jede Bedrohung auch von einzelnen Aspekten dieser komplexen Abhängigkeitsstruktur würde letztlich eine Antwort der Vergeltung provozieren, einschließlich jener Antworten, die von den multilateralen Institutionen gegeben werden. Der klassische Realismus untersucht auch die weniger sichtbaren Prozesse dieser Machtbeziehung in speziellen Fällen; der Weltsystem-Strukturalismus bietet dagegen eine systematischere und eine verallgemeinerte heuristische Hypothese.

³⁷ Robert W. Cox, Ideologies and the New Economic Order: Reflections on Some Recent Literature: in: ders., Approaches to World Order, Cambridge: Cambridge University Press, 1996, S. 376 ff.; Stephen Krasner, Structural Conflict: The Third World Against Global Liberalism, Berkeley: University of California Press, 1985.

Beide unterscheiden sich vom liberalen Institutionalismus, der eher bereit ist, die Handlungen von Staaten und multilaterale Prozesse für bare Münze zu nehmen.

Wissenschaftstheoretisch betrachtet verfügt die Weltsystem-Analyse über einen struktur-funktionalen Charakter. Sie geht von der Existenz von Strukturbeziehungen aus, die kohärent sind und sich selbst reproduzieren. Innerhalb dieses Rahmens erklärt sie ökonomische Praxis und soziale Kräfte, aber auch das Handeln der Staaten. Auf diese Weise schließt sie eine größere Sphäre des menschlichen Handelns ein als der Realismus, der sich fast ausschließlich auf die Staaten konzentriert. Der Realismus bezieht sich insoweit auf die ökonomischen Potentiale, wie diese Ressourcen für die Untermauerung staatlicher Macht bilden. Freilich tendiert er dazu, die Ökonomie als in nationale Abteilungen segmentiert anzusehen. Die Weltsystem-Theorie dagegen unterstreicht die transnationalen ökonomischen Verbindungen als wechselseitige Beziehungen der Dominanz und Abhängigkeit.

Die Schwäche der Weltsystem-Theorie besteht in den allgemeinen Schranken des Funktionalismus. Dieser kann synchrone Beziehungen in einem gegebenen System mit einer inneren Kohärenz wohl erklären. Allerdings kann er nicht erklären, wie dieses System entstanden ist; und er ist auch nicht in der Lage zu erklären, wie es transformiert werden könnte³⁸. Der Weltsystem-Theorie fehlt die Fähigkeit, den Wandel, die strukturelle Transformation zu erklären. Aus diesem Grund ist es angemessen, diese Theorie als *Strukturalismus* zu beschreiben. Dieser kann mit einer Konzeption der dialektischen Transformation historischer Strukturen konfrontiert und ergänzt werden.

Historische Dialektik

Wie wir schon in der Diskussion des Realismus festgestellt haben, sind historische Strukturen dauerhafte Muster menschlichen Handelns und Denkens, die über relativ lange Zeiträume Bestand haben. Diese sind das Ergebnis von Antworten auf gewisse gemeinsame Probleme - sie können sich auf die Befriedigung materieller Bedürfnisse (Wirtschaft), auf die Organisation der Kooperation und der Sicherheit (Politik) oder auf die Erklärung der Bedingungen und des Sinns menschlichen Lebens (Religion und Ideologie) beziehen. Und diese Antworten gerinnen zu Praxisformen, Institutionen und zwischenmenschlichen Verständigungen für eine bedeutende Gruppe von Menschen. Die Formen der Praxis und Sinngebung wiederum konstituieren für die Menschen ihre objektive Welt.

Die Strukturen sind deshalb historisch, weil sie unter besonderen geschichtlichen Umständen entstehen und weil sie wiederum als Antworten auf diese zu erklären sind. In der gleichen Weise werden sie transformiert, wenn die materiellen Bedin-

³⁸ W. G. Runciman, *Social Science and Political theory*, Cambridge: Cambridge University Press, 1965, S. 109 - 134; Robert Brenner, *The Origins Capitalist Development: A Critique of Neo-Smithian Marxism*, in: *New Left Review*, Vol. 104 (July-August 1977), S. 25 - 92.

gungen oder die vorherrschenden Ideologien und Zwecke durch neue Praxisformen herausgefordert werden. Die geschichtliche Formbarkeit von Strukturen unterscheidet sie von einem Strukturalismus, der - wie z.B. der Neo-Realismus - von feststehenden und unveränderbaren Strukturen ausgeht.

Der dialektische Zugang zum Begriff des Wandels wurde sehr genau von Ralf Dahrendorf formuliert: "Der Begriff einer Gesellschaft, die in ihrer Struktur jene Antagonismen erzeugt, die zu ihrer Veränderung führen, scheint uns ein geeignetes Modell für die Analyse des Wandels im allgemeinen zu sein"³⁹. Die Methode, die hier vorgeschlagen wird, ist daher sowohl dialektisch in ihrer Erklärung des Wandels, als auch hermeneutisch, soweit sie die Zwecke und Sinngebungen untersucht und die Subjektivität mit der Objektivität verbindet, um die gesellschaftliche Bestimmtheit der Weltordnung und des Multilateralismus zu erklären.

Dieser Ansatz kann auf der einen Seite als eine Vertiefung des klassischen Realismus betrachtet werden. Wo sich der Realismus auf den Staat und das Staatensystem konzentriert, untersucht die historische Dialektik die sozialen Prozesse, die bestimmte Formen des Staates und des Staatensystems schaffen und transformieren. Außerdem befaßt sie sich mit den Veränderungen in den Wahrnehmungen und Sinngebungen, die die objektive Weltordnung konstituieren und reproduzieren.

Daher beginnt dieser Ansatz mit der Feststellung der dominierenden Tendenzen in der bestehenden Weltordnung, und schreitet dann fort zu einer Identifizierung der Antagonismen, die innerhalb dieser Ordnung erzeugt werden und die ihrerseits zu Wendemarken für strukturelle Veränderungen werden könnten. In diesem Zusammenhang wird der Multilateralismus sowohl als Institutionalisierung und Regulation der bestehenden Ordnung, als auch als der Ort des Kampfes zwischen konservativen und progressiven Kräften bestimmt. Die Bedeutungen und Zwecke des Multilateralismus - ebenso die neuen oder veränderten Strukturen, die mit Hilfe des Multilateralismus geschaffen werden könnten - sind daher aus der Beziehung zu den Spannungen und Konflikten in der Weltordnung abzuleiten.

Karl Polanyi interpretierte die wirtschaftliche und soziale Geschichte Europas im 19. Jahrhundert dialektisch, indem er von einer doppelten Bewegung ausging⁴⁰. In der ersten Phase dieser Bewegung wurde der sich selbst regulierende Markt eingeführt. Dies betrachtete Polanyi als eine utopische Vision, die durch die Macht des Staates gestützt wurde. In der zweiten Phase der Bewegung antwortete die Gesellschaft - nicht geplant und unvorhersehbar - auf die desintegrierenden und entfremdenden Konsequenzen des marktorientierten Verhaltens - um der eigenen Selbsterhaltung willen. Die Gesellschaft machte sich daran, den Markt zu zähmen und zu zivilisieren.

³⁹ Ralf Dahrendorf, *Class and Class Conflict in Industrial Society*, Stanford: Stanford University Press, 1959, S. 125/126.

⁴⁰ Karl Polanyi, *The Great Transformation*, Boston: Beacon, 1957.

Der Ansatz der historischen Dialektik rekurriert im späten 20. Jahrhundert auf diese doppelte Bewegung. Ein mächtiger Trend zur ökonomischen Globalisierung stößt die Errungenschaften der Marktutopie im Weltmaßstab voran, indem er nationale Ökonomien öffnet und Transaktionen dereguliert. Zur Zeit werden die schützenden Antworten der Gesellschaften auf der nationalen Ebene durch diesen Trend geschwächt. Schützende Antworten auf der Ebene der globalen Gesellschaft haben jedoch noch keine Gestalt angenommen. Dennoch sind die Elemente des Widerstandes gegen die sozial zerstörerischen Konsequenzen der Globalisierung erkennbar. Es bleibt allerdings eine offene Frage, welche Form diese annehmen werden, ob und wie sie kohärenter und machtvoller werden, so daß im historischen Prozeß These und Antithese zu einer neuen Synthese führen werden. In diesem Zusammenhang wird der Multilateralismus zur Arena des Konfliktes zwischen dem Versuch, die Freiheit der Bewegung von mächtigen, homogenisierenden ökonomischen Kräften zu stützen und dem Bemühen, eine neue Struktur der Regulation aufzubauen, die die Verschiedenheit und die weniger Mächtigen schützt.

Die globale Ökonomie hat sich von dem entfernt, was wir die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nennen, d.h. grenzüberschreitende ökonomische Bewegungen, die der Kontrolle und Regulation des Staates unterworfen sind⁴¹. Globale Produktion und Finanzmärkte konstituieren nunmehr besondere Sphären der Machtbeziehungen, die das Staatensystem ebenso in seiner Macht beschränken, wie sie durch dieses beeinflußt sind⁴². Sie bringen eine neue Sozialstruktur der Produktionsbeziehungen hervor, die die auf die Nation sowie auf die Kapital-Arbeit-Beziehungen zentrierten sozialen Beziehungen der Vergangenheit überwindet. Die Dezentralisierung der Produktionsorganisation und die Massenmigration vom Süden in den Norden erzeugen globale Muster sozialer Spaltung und neue Quellen des Konfliktes innerhalb der nationalen Grenzen.

Gesellschaft läßt sich immer weniger in territorialen Grenzen begreifen. Immer notwendiger wird es, von einer - nach Schichten strukturierten - globalen Gesellschaft auszugehen, in der von globalen Eliten der Impuls zur Gestaltung der Sozialordnung ausgeht, einschließlich der Ideologie, auf die sie sich gründet. Andere soziale Gruppen sind dagegen in einer Position der relativen Machtlosigkeit, entweder ergeben oder frustriert. Das Konzept von Zentrum und Peripherie, das die Weltsystem-Theorie mit einer bestimmten geographischen Bedeutung entwickelt hat, läßt sich mehr und mehr auf die soziale Differenzierung innerhalb und zwischen territorialen Grenzen übertragen⁴³. Die Eliten, die die Globalisierung tragen, verschmelzen zu einer gemeinsamen, strukturellen Kraft, obwohl sie nach wie vor untereinander um die

⁴¹ Bernadette Madeuf and Charles Albert Michalet, A New Approach to International Economics, in: International Social Science Journal, Vol. 30, No. 2 (1978), S. 253 - 283.

⁴² Susan Strange, States and Markets, London: Pinter, 1988.

⁴³ Robert W. Cox, Production, Power and World Order: Social Forces in the Making of History, New York: Columbia University Press, 1987, Kap. 9.

Vorherrschaft in dieser Bewegung konkurrieren⁴⁴. Die relativ Machtlosen wiederum sind fragmentiert durch Nationalität, Ethnizität, Religion und Geschlecht - alles Hindernisse für eine größere Kohärenz. Ihre Unterordnung ist Ausdruck der Formierung der globalen Gesellschaft. Für die Zukunft des Multilateralismus ist es eine sehr wichtige Frage, wie sich ihre Interessen artikulieren werden.

Die globalen Finanzmärkte schränken die Fähigkeit des Staats zur Durchführung einer autonomen Sozial- und Wirtschaftspolitik zum Schutz ihrer Bevölkerung drastisch ein. Das Staatensystem des späten 20. Jahrhunderts fungiert immer mehr als eine Stütze für die Öffnung zu den globalen Finanzmärkten und zur globalen Produktion - und immer weniger als ein Mittel zur Verteidigung der Wohlfahrt ihrer einheimischen Bevölkerung. Staaten, die sich zu schützen versuchen, werden in der Tat mit - zunächst finanziellen, zuletzt aber auch militärischen - Vergeltungsmaßnahmen von Seiten des veränderten Staatensystems konfrontiert. Das Staatensystem verzerrt die Verteilung der Gewinne und Kosten einer zunehmend globalisierten Gesellschaft zugunsten der wirtschaftlich Mächtigen innerhalb der dominierenden Staaten. (In diesem Sinne behält auch der Ansatz der Weltsystem-Analyse seine Gültigkeit innerhalb des Rahmens der historischen Dialektik.) Die Zentren der Finanzmacht und der Militärmacht sind in diesen Staaten lokalisiert. Diese Formen der Macht unterstützen die Globalisierung der Weltwirtschaft - auch dann, wenn die Prozesse der globalen Gesellschaft die sozialen Spaltungen und die latenten Konflikte zwischen der Ersten und der Dritten Welt in diese Zentren der Weltmacht selbst hereinholen. Wir bezeichnen diesen Prozeß als "Peripherisierung des Zentrums".

Die Biosphäre leidet sowohl unter dem Einfluß der globalen Ökonomie als auch des Staatensystems. Die globale Ökonomie, die durch Profitmaximierung angetrieben wird, ist noch nicht gezwungen worden, ihre destruktiven ökologischen Wirkungen zu beschränken. Es gibt bis heute keine autoritative, regulierende Instanz, sondern lediglich verschiedene Interventionen durch das zwischenstaatliche System. Diese zielen darauf ab, über die Vermeidung besonders schädlicher Praktiken übereinzukommen. Das Staatensystem ist allerdings zu massiven ökologischen Zerstörungen durch Kriege in der Lage.

Das Ökosystem darf nicht länger als eine unbewegliche, passive Grenze für die menschlichen Aktivitäten gedacht werden. Es muß vielmehr als eine nicht-menschliche, aber aktive Kraft gedacht werden, die durch dramatische Interventionen die Lebens- und Überlebensbedingungen der Menschen zu beeinflussen vermag. Die Menschheit bildet nur ein kontingentes Element in der Biosphäre. Ein gültiges Paradigma für die Untersuchung des globalen Wandels müßte die historische Interaktion der menschlichen Organisation mit anderen Elementen der Natur einschließen. Die

⁴⁴ Stephen Gill, *American Hegemony and the Trilateral Commission*, Cambridge: Cambridge University Press, 1990; Kees van der Pijl, *The Making of an Atlantic Ruling Class*, London: Verso, 1984.

Biosphäre hat eine eigene, selbsttätige Dynamik, z.B. in den Folgen der globalen Erwärmung. Aber wer verhandelt im Namen der Biosphäre? Dies ist eine der wichtigen Fragen, die die Zukunft des Multilateralismus überschattet.

Die dominanten, ökonomischen Globalisierungstendenzen werden durch einen Prozeß der kulturellen Homogenisierung begleitet und beschleunigt. Dieser geht von den Zentren aus, die die Globalisierung vorantreiben. Sie werden durch die Medien weltweit verbreitet - und gleichzeitig durch eine Konvergenz im Denken und Verhalten der wirtschaftlichen und politischen Eliten gestützt. Dennoch wird diese Tendenz der Homogenisierung durch die Stärkung verschiedener Identitäten und verschiedener kultureller Traditionen konterkariert. Die Veränderungen in der Rolle des Staates in der sich globalisierenden Ökonomie schaffen die Voraussetzungen dafür, daß sich Nationalitäten, die über keinen eigenen Staat verfügen, in separatistischen oder autonomistischen Bewegungen artikulieren. Die gleichen Tendenzen ermutigen Ethnien und religiöse Gruppierungen, die sich über Staatsgrenzen erstrecken, ihre Identität in der globalen Politik auszudrücken. Soziale Bewegungen wie die Umweltbewegungen, der Feminismus und die Friedensbewegungen überschreiten ebenfalls die territorialen Grenzen. Die transnationale Kooperation zwischen eingeboren Völkern verbessert ihre Macht in den Staaten, in denen sie leben. Diese verschiedenen Entwicklungen befördern Veränderungen im Konzept des reinen Westfälischen Staatensystems. Sie könnten sich in die Richtung dessen bewegen, was Hedley Bull als ein "neues Mittelalter" bezeichnet hat, ein Mehrebenensystem politischer Autoritäten verbunden mit Mikro- und Makroregionalismen und mit grenzüberschreitenden Identitäten, die in einem viel komplexeren politischen Prozeß zusammenwirken⁴⁵.

Die kulturelle Herausforderung betrifft zentral das Problem der Hegemonie. "Hegemonie" wird hier - im Sinne Gramscis - als eine Struktur von Werten und Verständigungen über den Charakter der Ordnung begriffen, die die gesamte Gesellschaft durchwirkt - in diesem Falle also eine Weltgesellschaft, die sich aus Staaten und nicht-staatlichen, kollektiven Einheiten zusammensetzt⁴⁶. In einer hegemonialen Ordnung sind solche Werte und Verständigungen relativ stabil, und sie werden nicht in Frage gestellt. Den meisten Akteuren erscheinen sie als eine natürliche Ordnung der Dinge. Es sind diese intersubjektiven Verständigungen, die die Ordnung selbst konstituieren. Eine solche Struktur der Bedeutungen wird durch eine Machtstruktur untermauert. In dieser ist sehr wahrscheinlich ein Staat dominierend; aber dies allein reicht nicht aus, um Hegemonie zu schaffen. Die Hegemonie leitet sich vielmehr aus dem Denken und Handeln der dominanten sozialen Schichten des dominanten Staates bzw. der dominanten Staaten ab (sofern die herrschenden Sozialschichten

⁴⁵ Hedely Bull, *The Anarchical Society: A study of Order in World Politics*, New York: Columbia University Press, 1977, S. 254 - 255.

⁴⁶ Vgl. dazu Robert W. Cox, *Gramsci, Hegemonie und internationale Beziehungen: Ein Aufsatz zur Methode* (in dieser Studie).

anderer Staaten diesem Denken und Handeln nacheifern oder sich ihm unterwerfen). Diese gesellschaftliche Praxis und die Ideologien, die sie erklären und legitimieren, bilden die Grundlage einer hegemonialen Ordnung. Die Hegemonie formt das Denken und weist damit dem Handeln eine bestimmte Richtung zu.

Heute besteht eine deutliche Differenz zwischen der militärischen Macht, bei der die USA dominant sind, und der ökonomischen Macht, wo sich der Vorsprung der USA vermindert hat. Weder die militärische noch die ökonomische Macht alleine - oder auch deren Kombination - führen notwendig zur Hegemonie. In der Struktur von Hegemonie sind die ideologischen und kulturellen Faktoren entscheidend. Ob sich die hegemoniale Ordnung der Pax Americana derzeit im Niedergang befindet, wird heftig diskutiert⁴⁷. Aber schon die Tatsache dieser Fragestellung verweist darauf, daß die ideologischen Dimensionen dieser Hegemonie schwächer geworden sind, selbst dann, wenn sie sich in bezug auf die materiellen Machtbeziehungen, die der Hegemonie zugrunde liegen, als unbegründet erweisen sollte.

Wenn angenommen wird, daß sich die Hegemonie im Niedergang befindet, so gibt es verschiedene logische Möglichkeiten für die zukünftige Entwicklung: (a) eine Wiederbelebung der niedergehenden Hegemonie⁴⁸; (b) eine Wiederbelebung der universellen Werte der niedergehenden Hegemonialmacht - nicht durch einen einzigen Staat, sondern durch eine Oligarchie von mächtigen Staaten, die ihre Machtpotentiale aufeinander abstimmen müssen⁴⁹; (c) die Begründung einer neuen Hegemonie durch einen anderen Staat, der seine eigenen Ordnungsprinzipien erfolgreich zu verallgemeinern vermag⁵⁰; (d) eine nicht-hegemoniale Ordnung, in der keine Ordnungsprinzipien wirken und die vermittels des Zusammenspiels rivalisierender, mächtiger Staaten funktioniert, von denen jeder über Klientelstaaten verfügt; diese Ordnung wird sich wahrscheinlich auf eine Organisation rivalisierender Weltregionen gründen⁵¹; und (e) eine gegen-hegemoniale Ordnung mit einer breiten Machtdiffusion. In dieser vereinbaren zahlreiche kollektive Mächte, unter ihnen auch Staaten, allgemeine Prinzipien einer alternativen Ordnung ohne Dominanz. Offensichtlich sind einige dieser logischen Möglichkeiten wahrscheinlicher als andere. Und ebenso offensichtlich ist es, daß die Rolle und die Möglichkeiten des Multilateralismus dabei sehr unterschiedlich bestimmt wären. Die Varianten (a) und (c) sind die unwahr-

⁴⁷ Vgl. dazu z. B. Paul Kennedy, *The Rise and Fall of the Great Powers*, New York 1987; Joseph S. Nye, *Bound to Lead*, New York: Random House, 1990; Susan Strange, *The Persistent Myth of Lost Hegemony*, in: *International Organization*, Vol. 41, No. 4 (Autumn 1987), S. 551 - 574, Stephen Gill, *American Hegemony*.

⁴⁸ Das ist die These von Joseph Nye in: *Bound to Lead*.

⁴⁹ Das ist die Prognose von Keohane, *After Hegemony*.

⁵⁰ So z.B. die Spekulationen über eine Pax Nipponica bei Ezra Vogel, *Pax Nipponica?*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 64, No. 4 (Spring 1986), S. 752 - 767; und ein skeptischer Kommentar von Robert W. Cox, *Middlepowermanship, Japan, and Future World Order*, in: ders.: *Approaches to World Order*, S. 241 ff.

⁵¹ Vgl. z.B. Robert Gilpin, *The Political Economy of International Relations*, Princeton: Princeton University Press, 1987.

scheinlichsten - die Ära von einzelnen dominierenden Mächten, die eine Hegemonie begründen, scheint der Vergangenheit anzugehören. Es gibt keine glaubwürdigen Nachfolger für die Pax Britannica und die Pax Americana. Der gegenwärtige Globalisierungstrend läßt - zumindest mittelfristig - die Varianten (b) als sehr wahrscheinlich erscheinen - mit der besonderen Möglichkeit von (d), im Falle eines Zusammenbruchs, z.B. infolge einer schwerwiegenden Finanzkrise. In einer viel längerfristigen Perspektive bleibt auch (e) eine Möglichkeit - für viele der weniger Mächtigen in der Welt sogar eine Hoffnung.

Frühere Hegemonialordnungen haben ihre universellen Werte aus der dominierenden Gesellschaft abgeleitet, die ihrerseits ein Produkt der dominierenden Zivilisation ist. Eine posthegemoniale Ordnung würde dagegen ihren normativen Gehalt in der Suche nach einer gemeinsamen Grundlage für die sie konstituierenden Traditionen von verschiedenen Zivilisationen zu begründen haben. Was aber könnte diese gemeinsame Grundlage sein?

Eine erste Bedingung wäre die gegenseitige Anerkennung verschiedener Traditionen von Zivilisationen. Das ist vielleicht der schwierigste Schritt für diejenigen, die eine gemeinsame hegemoniale Perspektive geteilt haben und die nun überhaupt nicht darauf vorbereitet sind, die Sicherheit ihres Glaubens an eine natürliche Ordnung aufzugeben, die historisch auf der Verallgemeinerung einer Machtposition beruht, die ihrerseits durch eine bestimmte Zivilisation begründet ist. Diese Schwierigkeit wird noch durch die Art und Weise unterstrichen, in der politischer Wandel außerhalb des Westens wahrgenommen und im Westen dargestellt wird. Die Tendenz, alles durch die Brille westlicher Konzepte zu betrachten, kann z.B. zu der Schlußfolgerung führen, daß wir am "Ende der Geschichte" - als einer Apotheose der späten westlichen Zivilisation - angekommen sind. Gegenseitige Anerkennung verlangt dagegen die Bereitschaft, andere in ihren eigenen Begriffen zu verstehen.

Eine zweite Bedingung für eine posthegemoniale Ordnung wäre es, wenn wir uns über den Punkt der gegenseitigen Anerkennung hinaus auf eine Art von Supra-Inter-subjektivität zu bewegten, die ihrerseits eine Brücke zwischen den unterschiedlichen und getrennten Bedeutungen der verschiedenen, nebeneinander bestehenden Traditionen von Zivilisationen bilden könnten. Man kann über die Gründe daher spekulieren: (1) die Anerkennung der Notwendigkeit des Überlebens und der Erhaltung eines Gleichgewichtes der globalen Ökologie, obwohl die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen kontrovers bleiben; (2) die gegenseitige Akzeptanz einer Einschränkung der Anwendung von Gewalt bei der Lösung von Konflikten, was keine Aufhebung der organisierten politischen Gewalt bedeuten würde, obwohl dabei auch die Frage nach den Kosten des Rückgriffs auf sie gestellt werden könnte; (3) eine gemeinsame Vereinbarung, um die Ursachen von Konflikten zu erforschen und Verfahren für den Umgang mit Konflikten zu entwickeln. Diese Vereinbarung müßte die verschiedenen, nebeneinander bestehenden normativen Perspektiven respektieren.

Die historische Dialektik überschreitet die Schwelle der Gegenwart, von der Vergangenheit zur Zukunft. Ihre Denkmethode bewegt sich von einer Beurteilung jener Kräfte, die sich in der Vergangenheit entwickelt haben und in der Gegenwart zusammenspielen, hin zu einer Antizipation von Krisenpunkten, an denen reale Optionen für die Zukunft erkennbar werden. Sie stützt sich auf die ihr vorausgehenden drei wissenschaftlichen Paradigmen: den Realismus, den liberalen Institutionalismus und die Weltsystem-Analyse. Sie eignet sich deren Erkenntnisse mit der ihr eigenen hermeneutischen Methode an. Sie konzipiert das Problem des Multilateralismus als Problem der Konstruktion einer neuen Weltordnung.

Übersetzung von Frank Deppe

Zivilisationen und das 21. Jahrhundert - Einige theoretische Überlegungen¹

Wir reflektieren die Vergangenheit im Licht der Probleme der Gegenwart. In diesem Sinne schrieb Benedetto Croce, daß alle Geschichte gegenwärtige Geschichte ist.² Zivilisationen verkörpern Kontinuitäten im menschlichen Denken und Handeln. Durch diese versuchen verschiedene Menschengruppen, ihr Bewußtsein im Umgang mit gegenwärtigen Problemen zu entwickeln. In bestimmten Zeiten erscheinen solche Kontinuitäten als kraftvoll, anerkannt und sogar neu definiert. In anderen Zeiten sind sie verhüllt und anderen vorherrschenden Arten des Denkens und Handelns untergeordnet. In solchen Zeiten und bei diesen Menschengruppen gibt es dann keinen Diskurs über Zivilisationen; er wird unterdrückt oder ist dem Anschein nach irrelevant. Unter welchen Bedingungen also werden Zivilisationen zu einem bedeutenden Objekt des Wissens?

Mehr als drei Jahrzehnte stand das Wissen über das Weltgeschehen überwiegend im Zeichen des Kalten Krieges. Vor allem in der Theorie der Internationalen Beziehungen, besonders in ihrer amerikanischen Variante, stellte der *Neo-Realismus* eine Form des Wissens dar, deren Problemlösungen auf die Rivalität der Supermächte ausgerichtet waren. Der Neo-Realismus bildete eine Technologie der Macht und beruhte auf der Prämisse einer gemeinsamen Rationalität, die von beiden Seiten im Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion geteilt wurde. Auf beiden Seiten konnten auf die gleiche Art und Weise die Leitlinien der Politik im Rahmen von spieltheoretischen Übungen und "Rational Choice"-Hypothesen interpretiert werden.

Nachdem die allumfassende Kontrolle durch den Kalten Krieg aufgehoben war, trat die grundlegende, bis dahin jedoch verdeckte Vielfalt der menschlichen Lebensbedingungen deutlicher hervor. Der Neo-Realismus verlor sein Monopol, die Welt zu erklären und Handlungsvorschläge zu unterbreiten. Allerdings wurde die Zentralität des Kalten Krieges durch die Zentralität der Globalisierung abgelöst: durch die Vision einer – über die Imperative der globalen Wettbewerbsfähigkeit und die neuen Kommunikationstechnologien angetriebenen – unausweichlichen Homogenisierung der wirtschaftlichen und kulturellen Praxis. Als Ideologie ist die Globalisierung die vollendete Form der Entfremdung: etwas, das von Menschen geschaffen wurde, um eine absolute Macht über sie auszuüben.

¹ Dieser Artikel geht auf einen Vortrag zurück, der am 25. Mai 1998 auf Einladung des Instituts für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg gehalten wurde.

² Vgl. dazu B. Croce, *History as a Story of Liberty*, New York: Meridian Books, 1995, S. 17: "Die praktischen Bedürfnisse, die jedem historischen Urteil unterliegen, verleihen aller Geschichte den Charakter von 'Gegenwartsgeschichte', weil – wie weit die Zeit, an deren Ereignisse wir uns erinnern, auch zurückliegen mag – die Geschichte sich immer auf gegenwärtige Bedürfnisse und gegenwärtige Situationen bezieht, in der solche Ereignisse lebendig werden".

Es gibt jedoch ein historisch dialektisches Widerstandspotential gegen diese Vision der globalen Homogenisierung. In ihm manifestiert sich die Mannigfaltigkeit verschiedener Formen von Identität: Geschlecht, Ethnie, Religion, Sprache, regionale Verbundenheit und ein Bewußtsein der historischen Leiden und Erniedrigungen. Die beiden vorherrschenden Formen der Identität im frühen 20. Jahrhundert – Nationalität und Klasse – werden von diesen anderen Formen nicht aufgehoben, wohl aber gleichsam eingeschmolzen. Die weiteste Aggregation von Identität ist die Zivilisation. Innerhalb einer Dialektik von Homogenisierung und Diversifizierung tritt die Anerkennung von Zivilisationen der Globalisierung entgegen. Dies ist der wichtigste Grund für die Wiederbelebung des Interesses an Zivilisationen im Bereich der internationalen Beziehungen.³

Wie kann nun eine Theorie der Zivilisationen und ihrer Rolle für die zukünftige Welt erarbeitet werden, und welche Bedeutung hat dies für das Studium der internationalen Beziehungen? Beim Versuch, diese Fragen zu beantworten, will ich in diesem Artikel vier Punkte diskutieren:

1. Zunächst werde ich das Konzept der Zivilisationen historisieren, um das veränderte Bewußtsein über Zivilisationen im westlichen Denken zu reflektieren. Für jemanden, der in die westliche Tradition hineingeboren wurde, handelt es sich dabei um eine notwendige Übung zur Vergegenwärtigung unseres Selbstbewußtseins als einer Voraussetzung dafür, zum Bewußtsein anderer vorzustoßen.
2. Danach werde ich eine handhabbare Definition von "Zivilisation" vorschlagen. Was ist eine Zivilisation?
3. Um die Dynamiken des Wandels von Zivilisationen analysieren zu können, werde ich ihre einzelnen Dimensionen untersuchen.
4. Und als heuristische Anleitung zur Erforschung gegenwärtiger und zukünftiger Begegnungen und Transformationen von Zivilisationen werde ich abschließend ein Forschungsprogramm unterbreiten.

Die Historisierung des Konzepts der Zivilisation

Der Ursprung des Wortes "Zivilisation" läßt sich auf Frankreich des 18. Jahrhunderts zurückführen.⁴ Zur gleichen Zeit gewann in Deutschland der Begriff "Kultur" eine ver-

³ Samuel Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York: Simon and Schuster, 1996 gibt einen anderen Grund an: die Konflikte der Zukunft werden durch den Zusammenstoß der Zivilisationen bestimmt sein. Dies führt zu einer Wiederherstellung der Mentalität des Kalten Krieges, mit der Festlegung eines neuen Feindes (einer mutmaßlichen islamisch/konfuzianischen Koalition), die an die Stelle der sowjetischen Bedrohung tritt und deshalb die grundlegenden Strategien des Kalten Krieges erneut bestätigt.

⁴ Vgl. Nibert Elias, *Der Prozeß der Zivilisation*, 2 Bände, Frankfurt, a.M.: Suhrkamp, 1977; ebenso Fernand Braudel, *A History of Civilizations*, London: Allen Lane, The Penguin Press, 1994, S. 3-8.

gleichbare Bedeutung. Beide Worte wurden – als Gegensatz zur Barbarei – mit einem Prozeß der zunehmenden Zivilität konnotiert. Voraussetzung dafür war die Entstehung der Bourgeoisie als einer starken sozialen Kraft. In Frankreich war sie enger mit der Staatsmacht verbunden, in Deutschland war sie eher von dieser getrennt und verfügte in den Universitäten über ihre Bastionen. Der Prozeß der Zivilisation wurde im Europa des 18. Jahrhunderts – in Übereinstimmung mit der universellen Vernunft und dem Naturrecht, die auf die Naturwissenschaften, die Ökonomie, das Recht und die Moralität anwendbar waren – als ein universelles, für die Aufklärung charakteristisches Phänomen wahrgenommen. Dieser Prozeß war auf Zivilisation (im Singular) gerichtet.

Die Perspektive der Aufklärung auf Zivilität wurde bald durch die Bewegung der Romantik herausgefordert. Diese lehnte die Idee einer objektiven, durch universelle Gesetze beherrschten Welt ab, die danach strebt, universelle Normen des Rechtes und der Moral zu verwirklichen. Die Denker der Romantik betonten dagegen die Subjektivität und die Einzigartigkeit. So hatte jede besondere nationale Kultur ihre eigenen Zwecke und ihr eigenes Schicksal in der Weltgeschichte. In Deutschland vertrat Herder, in Frankreich Michelet und in England Burke diese Gegenposition zum Universalismus der Aufklärung. Später, im 19. Jahrhundert, wurde diese Thematik durch die historische Schule in Deutschland (z.B. durch Wilhelm Dilthey) weiterentwickelt. Die Expansionspolitik Europas im 19. Jahrhundert vermittelte solchen philosophischen Strömungen eine größere Wirksamkeit. Die *bürgerlichen Eroberer* (les bourgeois conquérants, um eine Formulierung von Charles Morazé⁵ zu übernehmen) stießen dabei auf andere Zivilisationen. Die Zivilisation (im Singular) mußte den Zivilisationen (im Plural) weichen. Der Imperialismus und die ihm verbundenen Wissenschaftler betrachteten die nicht-europäischen Zivilisationen allerdings als Forschungsobjekte. Die europäische Zivilisation (und ihr amerikanischer Ableger) wurde als eine dynamische und aktive, durch die Lehre vom Fortschritt inspirierte Handlungseinheit angesehen. Die nicht-europäischen Zivilisationen erschienen hingegen als passiv und statisch.

Die Bedingungen des späten 19. Jahrhunderts ließen Skepsis an den Lehren des Fortschritts aufkommen: dazu gehörten die Große Depression während der letzten drei Jahrzehnte, die sozialen Konflikte, die von der Urbanisierung und Industrialisierung ausgingen, der soziale Wandel, den Tönnies als Übergang von der Gemeinschaft zur Gesellschaft und Durkheim als Übergang von der mechanischen zur organischen Solidarität beschrieben und schließlich die imperialistischen Rivalitäten, die zum ersten Weltkrieg führten. Oswald Spengler's "Untergang des Abendlandes" (1912) war das erste bedeutende europäische Werk zum Thema der Zivilisationen und es reflektierte diese pessimistische Grundstimmung. Das Manuskript wurde im wesentlichen bis kurz vor Beginn des ersten Weltkrieges abgeschlossen. Danach

⁵ Charles Morazé, *Les bourgeois conquérants*, Paris: Armand Colin, 1957.

wurde es überarbeitet und am Ende des Krieges, im Kontext der deutschen Niederlage, im Jahre 1918 publiziert. Die englische Übersetzung erschien 1926 und 1928. Der diesem Werk zugrunde liegende Pessimismus reflektierte die Ära der Großen Weltwirtschaftskrise und des Aufstiegs des Faschismus.⁶ Spengler betrachtete die Geschichte als eine Stufenfolge von Geburt, Reife und Untergang von Zivilisationen, von denen jede durch einen spezifischen Geist gekennzeichnet ist. Er bezeichnete dies als seine "kopernikanische Revolution". Europa und der Westen wurde nicht länger als das Zentrum angesehen, dem sich die anderen Gesellschaften zuwandten. Es handelte sich vielmehr um eine von vielen Zivilisationen, die sich der vorbestimmten Abfolge der Stadien nicht entziehen kann und gerade in ihre letzte Phase eintritt. Spenglers Ansatz stützte sich dabei auf die Vorstellungen von Giambattista Vico und der Romantiker des frühen 19. Jahrhunderts. Seine Gedanken kreisten um die Frage, was die westliche Zivilisation angesichts ihres unvermeidlichen Untergangs noch zu leisten vermochte.

Das andere bedeutende Werk des frühen 20. Jahrhunderts über die Zivilisationen, Arnold J. Toynbee's "A Study of History", war optimistischer, denn es konnte sich auch die Möglichkeit der Wiedergeburt einer Zivilisation durch eine Wiederbelebung der Religion vorstellen. Dieses monumentale Werk mit vielen Bänden wurde in den 30er Jahren publiziert und war besonders nach dem Zweiten Weltkrieg⁷ in den USA sehr einflußreich. Ein wichtiger Förderer von Toynbee's Arbeiten in Amerika war Henry Luce, der Herausgeber der Zeitschriften "Time", "Life" und "Fortune". Luce machte sich Toynbee's Idee des "universellen Staates" als dem letzten Stadium einer Zivilisation zu eigen und sprach den USA die Rolle des Schöpfers eines neuen "universellen Staates" für die gesamte Welt zu. Im "Life-Magazin" verfaßte er einen Leitartikel mit dem Titel "Das amerikanische Jahrhundert". Gegen den amerikanischen Isolationismus vertrat er darin die Positionen des internationalistischen und interventionistischen Ostküsten-"Establishments". Durch Whittaker Chambers, ein ehemaliger Kommunist, der später durch seine Kronzeugenaussage im Prozeß und bei der Verurteilung von Alger Hiss berühmt wurde, veröffentlichte das "Time"-Magazin eine sehr einflußreiche Zusammenfassung von Toynbee's Arbeiten. Ganz zweifellos verhalf Luce Toynbee zu Ruhm und Ansehen. Seine Auffassung von den USA als Schöpfer eines "universellen Staates" widersprach jedoch dem Hauptanliegen von Toynbee, der in der Religion die Rettung und das Heil der Zivilisationen wie der Individuen sah.⁸

⁶ Vgl. die einbändige Ausgabe *The Decline of the West*, New York: Knopf, 1939; für den Kontext dieses Werkes vgl. H. Stuart Hughes, *Oswald Spengler. A Critical Estimate*, New York: Scribners, 1952.

⁷ Eine zweibändige, (von D.C. Somervell) verkürzte Ausgabe der ersten sechs Bände, die 1946, Oxford University Press erschien, machte Toynbee's *Study of History* einem größeren Publikum zugänglich.

⁸ Vgl. William H. McNeill, *Arnold J. Toynbee. A Life*, New York: Oxford University Press, 1989. McNeills Hauptwerk *The Rise of the West*, Chicago: University of Chicago Press, 1963 war - offenbar schon vom Titel her - eine Antwort auf Spengler's *Untergang des Abendlandes* und drückte die US-amerikanische Hybris der Nachkriegszeit aus. Sein Thema war, daß der hauptsächliche Faktor, der den historischen

In der Vereinnahmung Toynbees betonte Luce wiederum die Zivilisation im Singular – nämlich die Schaffung einer einzigen, allumfassenden, amerikanisch inspirierten Weltordnung. Als der Kalte Krieg das Denken über die Zukunft der Welt zu dominieren begann, schien es so, als ob es nur eine Wahl zwischen zwei Universalismen, d.h. Kapitalismus und Kommunismus, geben könne, die beide der europäischen Aufklärung entstammen. Der Gedanke an die Möglichkeit einer Koexistenz oder an eine Pluralität von Zivilisationen wurde verdrängt. Was immer für den Kalten Krieg ohne Bedeutung war, spielte auch in den Zentren der weltpolitischen Entscheidungen keine Rolle. Auf den unteren Ebenen war der Kalte Krieg freilich weniger von Bedeutung als der tägliche Kampf um das Überleben unter den Bedingungen von Armut und Mangel, der Beherrschung der Völker durch den Imperialismus und verschiedener Formen der Diskriminierung. Aber solche Erfahrungen wurden durch die "top-down"-Perspektive des Kalten Krieges verdeckt. Erst mit dessen formellen Ende konnten diese anderen Erfahrungen als Formen der Identität deutlicher artikuliert werden. Als umfassendste Aggregation von Identitäten kehrte eine Vielfalt von Zivilisationen wieder. Gleichwohl wurden diese neuen, keimenden Identitäten durch den triumphierenden Universalismus des Siegers im Kalten Krieg konterkariert: durch die Ideologie der ökonomischen Globalisierung.

Das westliche Bewußtsein spaltete sich zwischen einer dominanten universalistischen Perspektive, die die Zivilisation als eine - die ganze Welt umspannende - westliche Zivilisation ansieht, und einer pluralistischen Perspektive, die die (unterschiedlich definierte) westliche Zivilisation in der Koexistenz und Interaktion mit anderen Zivilisationen begreift. In der westlichen Geschichte stellte die pluralistische Konzeption wiederholt eine Reaktion auf wichtige historische Umbrüche dar: die Bekräftigung der Nationalkulturen bildete eine Antwort auf die Französische Revolution, auf den Fin-de-Siècle-Pessimismus des späten 19. Jahrhunderts sowie auf den Verlust und die Erschöpfung der Gewißheiten als Folge des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Krieges im späten 20. Jahrhundert. Bis heute blieb jedoch das universalistische Verständnis der Zivilisation ein Merkmal des westlichen Bewußtseins und ein intellektuelles Hindernis für die Anerkennung der prinzipiellen Gleichheit anderer Zivilisationen.

Wandel voranbringt, der Kontakt mit Fremden ist, die über neue und ungewöhnliche Fähigkeiten verfügen. Zivilisationen entstehen durch eine Ausbreitung von Wissen und Fähigkeiten von einem zentralen Punkt aus – so wie ihn die USA nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einzunehmen schienen. 25 Jahre später – in einer etwas reflektierteren Stimmung – bezeichnete McNeill seine eigenen Thesen rückwirkend als "eine Form des intellektuellen Imperialismus". (Der Artikel erschien zunächst im *Journal of World History*, 1/1990, S. 1-21 und wurde in der Neuausgabe von *The Rise of the West* im Jahre 1991 nachgedruckt.)

Was ist eine Zivilisation?

Archäologen, die die antiken Zivilisationen erforscht haben, definierten sie in materiellen Begriffen⁹. Der Prozeß der Zivilisation wird mit dem städtischen Leben, den staatlichen Strukturen, und technologischen Innovationen assoziiert – vom Neolithikum über das Kupfer- bis zum Bronzezeitalter, einschließlich der Erfindung des Rades, des Ochsenkarrens und des Segelschiffes. Solche Zivilisationen wurden seit 2500 v. Chr. im Niltal, im Fruchtbaren Halbmond¹⁰ und in der Umgebung von Mohenjo Daro dokumentiert. Weitere Stätten von autonomen Zivilisationen befanden sich in China, Afrika sowie Zentral- und Südamerika.

Diese materiellen, technologischen – wirtschaftlich organisierten und durch Klassen geprägten – Einheiten wurden durch die Religion, durch Mythen, Symbole und Sprache zusammengehalten; zumindest solange, wie eine rationalisierte Sprache zwischen ihnen noch keine Unterschiede machte. Die Gesamtheit der Symbole, die unter den Mitgliedern einer materiellen Zivilisation eine sinnvolle Kommunikation ermöglichen, können auch als die Strukturen von intersubjektiven Bedeutungen bezeichnet werden. Eine erste Definition von Zivilisation, mit der wir arbeiten können, zielt daher auf die Übereinstimmung oder auf die Beziehungen zwischen den materiellen Existenzbedingungen und diesen intersubjektiven Bedeutungen.

Der Begriff der "Übereinstimmung" impliziert jedoch keine Basis-Überbau-Beziehung in einem "vulgärmarxistischen" Sinn; denn verschiedene Strukturen intersubjektiver Bedeutungen können durchaus mit den gleichen materiellen Existenzbedingungen korrespondieren. Das setzt freilich voraus, daß sie den Menschen ein Bewußtsein von diesen materiellen Bedingungen vermitteln und es ihnen ermöglichen, ihre Zukunft zu planen und ihre Handlungen zielgerichtet zu koordinieren. Diese Beziehung kommt dem nahe, was Max Weber als "Wahlverwandtschaft" zwischen den Religionen und sozialen Gruppen bezeichnet hat¹¹.

Mit dieser Definition sind einige Implikationen verbunden:

1. Erkenntnistheorie:

Die Betonung der Intersubjektivität schließt ein, daß es verschiedene Weltanschauungen, unterschiedliche Vorstellungen vom Wesen der Welt und unterschiedliche Wahrnehmungen von "Realität" gibt. Die "reale Welt" ist daher gegeben, dem Denken äußerlich. Die "Realität" wird stets historisch und sozial konstruiert – als Teil eines Denkens, das mit seiner materiellen Umgebung interagiert. Verschiedene zivi-

⁹ So z.B. Gordon Childe, *What Happened in History?*, London: Penguin, 1942.

¹⁰ Bezeichnung für die noch im Regenfeldbau (ohne Bewässerung) nutzbaren Steppenlandschaften Jordaniens, Israels, Syriens und Iraks. Sie umschließen halbkreisförmig den Nordsaum Arabiens vom Jordan bis zum nordirakischen Tigris im Südosten.

¹¹ Vgl. Max Weber, "The Social Psychology of World Religions", in: H. H. Gerth and C. W. Mills, Eds., *From Max Weber*, London: Routledge and Kegan Paul, 1948, S. 267-301.

lisionische Sichtweisen nehmen unterschiedliche "Realitäten" auf, und diese unterliegen einer beständigen Veränderung und Entwicklung. Eine Schlußfolgerung hieraus ist, daß die Reflexivität, das Bewußtsein von den sozialen und historischen Bedingungen unseres eigenen Denkens notwendig ist. Eine weitere Schlußfolgerung besteht darin, daß wir fähig sein müssen, uns für die geistig-kulturellen Rahmenbedingungen oder die intersubjektiven Bedeutungen anderer Zivilisationen zu öffnen.¹² Damit nähern wir uns dem postmodernen Dilemma: wenn es keine absoluten Begründungen des sozialen Wissens mehr gibt, wo gibt es dann noch Wahrheit?

2. *Geschichtstheorien*

Verschiedene Theorien über die Entwicklung von Zivilisationen können wohl heuristische Hypothesen zur Verfügung stellen, als Aussagen über historische Gesetzmäßigkeiten müssen sie jedoch zurückgewiesen werden. Giambattista Vico vertrat die Auffassung, daß jede Zivilisation¹³ – unabhängig von allen anderen – einen bestimmten Ursprung und eine spezifische Geschichte habe. Diese besonderen Geschichten folgen jedoch einem gemeinsamen Muster, der "idealen ewigen Geschichte", welche – von heroischen und kreativen Ursprüngen ausgehend – aus der Barbarei der Sinne eine rationalisierte – durch universale Gesetze geregelte – Gesellschaft entwickelt. Diese geht allerdings mit der Zeit in die "Barbarei des Intellekts" über. Darin unterliegt die Verfolgung der Eigeninteressen keiner Beschränkung mehr. Dieser Zustand ist noch verdorbener als die ursprüngliche Barbarei der Sinne. Vico hob die innere Entwicklungsdynamik von Zivilisationen, die vor allem durch den Klassenkampf aktiviert wird, hervor; die Kontakte und Austauschprozesse zwischen den Zivilisationen wurden von ihm hingegen kaum beachtet. Er formulierte die klassische These vom historischen Zyklus der Zivilisationen.

Oswald Spenglers Auffassung von der Unverwechselbarkeit der Zivilisationen ähnelte der Position von Vico. Jede Zivilisation hat ihren eigenen Geist, aber jede durchläuft die gleichen Phasen der Entstehung, der Kreativität, der Rationalisierung

¹² R. G. Collingwood nannte diesen Prozeß in *The Idea of History*, Oxford: Clarendon Press, 1946: "Das Denken der Vergangenheit neu zu denken". Collingwood wandte dieses Konzept auf verschiedene Epochen innerhalb eines Geschichtskontinuums an; es kann aber auch auf verschiedene Kulturen oder Zivilisationen angewandt werden. Tatsächlich handelt es sich hier um jene Methode, die auch von Giambattista Vico befürwortet und angewandt wurde. Er schrieb, daß seine Anstrengung, die Entstehungsbedingungen und -formen des ersten menschlichen Denkens zu entdecken, ihn eine "Forschungsarbeit von gut 20 Jahren gekostet" habe. Es war notwendig, "von unseren heutigen verfeinerten Formen zurückzugehen auf diese wilden Naturen, die wir uns überhaupt nicht vorstellen und nur mit einer großen Anstrengung verstehen können". *The New Science of Giambattista Vico*, Ithaka: Cornell University Press, 1970, S. 338.

¹³ Vico verwendete noch nicht das Wort "Zivilisationen" - gut ein Jahrhundert, bevor es in Europa geläufig wurde. Er sprach statt dessen von "Nationen"; allerdings mit einer Bedeutung, die sich von den Nationalismen des 19. und 20. Jahrhunderts stark unterschied. "Nation" bedeutete für ihn eine Einheit mit einem gemeinsamen Ursprung und gemeinsamen Institutionen im Sinne einer gemeinsamen sozialen Praxis. Er verstand darunter nicht formale Institutionen und eine gemeinsame Sprache (z.B. das Englische oder das Französische), sondern ein allgemeines Mittel der kommunikativen Sinnstiftung, oder eben das, was wir hier "Intersubjektivität" nennen.

und des Niedergangs. Die Merkmale dieser Phasen unterschieden sich etwas von Vico's Konzept; dennoch war das Muster dasselbe. Toynbee dagegen betonte die Interaktion und den Austausch zwischen den Zivilisationen. Er interessierte sich mehr für die Prozesse des Übergangs zwischen den Zivilisation, also für den Zusammenhang zwischen einer untergehenden und einer aufsteigenden Zivilisation. Doch auch er hielt an der zentralen Hypothese vom Geschichtszyklus fest.

Es gab eine dreistufige Konzeption der Geschichte von Zivilisationen, die der Hypothese vom Zyklus voranging und neben dieser fortbestand. Im westlichen Bewußtsein übte die Zahl drei – als ein Schlüssel für den Begriff der Geschichte – eine enorme Faszination aus. Diese geht auf den kalabrischen Mönch Joachim von Fiore im 12. Jahrhundert zurück und sie kann natürlich aus der christlichen Dreifaltigkeitslehre abgeleitet werden. Joachim von Fiore unterteilte die Geschichte (für ihn gab es nur eine Geschichte, d.h. die Geschichte des Christentums) in drei Perioden: die Herrschaft des "Vaters", des leibhaftigen Gottes, eine autoritäre vorchristliche Ära; die Regentschaft des "Sohnes" oder das christliche Zeitalter, in dem politische Institutionen notwendig sind, um eine Übereinstimmung zwischen dem Verhalten der Menschen und der Offenbarung der Religion zu erzwingen; und die Herrschaft des Heiligen Geistes, die sich Fiore als eine Zukunft der menschlichen Gemeinschaft vorstellte, in der Harmonie – ohne die Notwendigkeit politischen Zwangs – auf natürliche Weise vorherrscht. Diese triadische Form des Denkens setzte sich im westlichen Bewußtsein fest und beeinflusste schließlich auch die dialektischen Theorien von Hegel und Marx. In simplifizierter Form wurde es zu einer linearen und progressiven Doktrin der Geschichte. Die triadischen und linearen Formen des historischen Denkens gehen stets von nur *einem* zivilisatorischen Entwicklungsweg aus.

Im nicht-westlichen Denken war eher eine dyadische Vorstellung von der Geschichte verbreitet. Deren stärkster Ausdruck findet sich in der chinesischen Konzeption eines fundamentalen Rhythmus des Universums, der sich im Wechsel zwischen *yin*, einer ruhigen Phase der Einheit und Harmonie, und *yang*, einer aktiven Phase der Aktivität, des Konfliktes und der Fragmentierung bewegt. Der islamische Diplomat und Philosoph Ibn Khaldun sprach im 14. Jahrhundert von einer beständigen Pendelbewegung zwischen zwei Formen des sozialen und politischen Lebens: *'umran badawi'* und *'umran hadari'*¹⁴. Die erste leitet sich aus dem ländlichen, die zweite aus dem städtischen Leben ab; ihre Bedeutungen gehen jedoch weit über diese Bindungen hinaus. *'Umran badawi'* bedeutet den Ursprung gesellschaftlicher Organisation und bezeichnet eine asketische Lebensweise. Hieraus kann sich dann ein Geist der Solidarität (*'asabiya*) bilden, durch den die Menschen in die Lage versetzt werden, einen Staat zu errichten. Ziel dieses Staates wird der Genuß einer seßhaften urba-

¹⁴ Ibn Kaldun, *The Muqaddimah*, übersetzt von F. Rosenthal, Princeton: University Press, 1967; zur Bedeutung der Auffassungen von Ibn Kaldun vgl. auch Yves Lacoste, *Ibn Kaldun. The Birth of History and the Past of the Third World*, London: Verso, 1984, S. 92-117.

nen Zivilisation oder *'umran hadari'* sein. Das städtische Leben und der Wohlstand bringen jedoch deren Verfall hervor. Schließlich erodiert der Geist der Solidarität, der sie selbst geschaffen hat. Die Geschichte wird demnach – sowohl bei den Chinesen wie bei Ibn Khaldun – eher als eine zyklische denn als eine progressive Bewegung betrachtet. Beide Konzeptionen beziehen sich auf die Entwicklungsdynamik *einer* Zivilisation, nicht jedoch auf die Koexistenz verschiedener Zivilisationen.

3. Grenzen in Raum und Zeit

Spengler und Toynbee stimmen weder über die Anzahl noch die Grenzen von Zivilisationen überein, was nahelegt, daß es sich hierbei um Fragen handelt, über die keine wissenschaftlichen Aussagen gemacht werden können. Fernand Braudel besteht hingegen darauf, daß sich jede Zivilisation aus einer bestimmten geographischen Region heraus entwickelt: "Zivilisationen zu untersuchen, heißt den Raum, das Land und seine Konturen, das Klima, die Vegetation, die Tierwelten und natürliche oder andere Vorteile zu untersuchen. Dabei ist gleichfalls zu untersuchen, was die Menschen aus diesen Bedingungen gemacht haben: Landwirtschaft, Viehzucht, Ernährung, Unterkunft, Bekleidung, Kommunikation, Industrie usw."¹⁵ Zweifellos haben sich historische Zivilisationen in bestimmten geographischen Räumen entwickelt und sind – wie Braudel feststellt – durch diese Ursprünge geprägt. Heute sind solche geographischen Bestimmungen jedoch angesichts der demographischen Expansion, der Migrationsbewegungen, der Verbreitung von Ideen und der Ausbreitung von kulturellen Enklaven in anderen Zivilisationen (Diaspora) problematisch geworden. Susan Strange spricht überzeugend von einer nicht länger territorial zu bestimmenden "Wirtschaftszivilisation"¹⁶. Innerhalb eines Landes, selbst innerhalb des persönlichen Raumes eines Individuums koexistieren verschiedene Zivilisationen. Es ist daher heute sinnvoller, eine Zivilisation als eine Sinngemeinschaft zu bezeichnen und dabei die Dimension der Intersubjektivität in der von mir vorgeschlagenen Definition aufzugreifen. Diese intersubjektiven Bedeutungen entwickeln sich in Beziehung zu den materiellen Bedingungen. Dabei spielt neben den transnationalen ökonomischen Netzwerken und der weltumspannenden Kommunikationstechnologie die Geographie nach wie vor eine wichtige Rolle.

Braudel schrieb außerdem: "Die Geschichte der Zivilisationen (...) ist die Geschichte eines wechselseitigen Austausches über mehrere Jahrhunderte hindurch, obwohl jede Zivilisation ihren ursprünglichen Charakter beibehalten hat."¹⁷ Man kann dieser Feststellung zustimmen und doch gleichzeitig anerkennen, daß sie ungelöste Probleme hinterläßt. Wenn sich Zivilisationen kontinuierlich verändern und mit anderen

¹⁵ Fernand Braudel, *A History of Civilizations*, New York: Penguin Books, 1994, S. 9-10.

¹⁶ Susan Strange, "The Name of the Game", in: N. X. Rizopoulos, Ed., *Sea Changes: American Foreign Policy in a World Transformed*, New York: Council on Foreign Relations, 1990.

¹⁷ Braudel, a.a.O., S. 8.

austauschen, worin besteht dann ihre zentrale Identität? Wie können wir ihre Grenzen festlegen?

Indem wir Zivilisationen als Singgemeinschaften definieren, konzederen wir schon die Möglichkeit, daß diese sich überlagern und vermischen. Dadurch löst sich die Entsprechung von Zivilisationen und Nationalstaaten ebenso auf wie die Überlegung, daß man die "Konfliktlinien" zwischen den Zivilisationen auf einer Weltkarte einzeichnen kann.¹⁸ Deshalb konzentriere ich mich mehr auf die Intersubjektivität und die Dynamiken, durch die die verschiedenen Entwicklungsformen der Intersubjektivität geprägt werden.

Dimensionen von Zivilisationen

Welches sind die Faktoren, die Intersubjektivität prägen?

Die folgenden Bemerkungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich will nur auf einige Faktoren aufmerksam machen, die die Art und Weise beeinflussen, wie Menschen die Welt, in der sie leben, verstehen und interpretieren. Es handelt sich dabei um Faktoren, die offensichtlich in allen Zivilisationen am Werk sind. Mit ihnen können wir die nebeneinander existierenden Zivilisationen unterscheiden, aber auch Veränderungen innerhalb einer jeden Zivilisation analysieren. Wahrscheinlich gibt es noch andere Faktoren, die wir bei der folgenden Systematisierung übersehen haben.

Die soziale Ökonomie (oder die gesellschaftlichen Beziehungen in der Produktion)

Die Art und Weise, wie Menschen sich organisieren, um ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen, ist ein grundlegender Aspekt von Zivilisationen. Sowohl der Liberalismus als auch der Marxismus betrachten den Kapitalismus als ein ökonomisches System, das nach inneren Gesetzen funktioniert, obwohl sie sich natürlich hinsichtlich der Bewertung dieses Systems deutlich unterscheiden. Karl Polanyi vertrat eine andere Auffassung. Als Sozialanthropologe untersuchte er die "Wirtschaftssysteme", d.h. die verschiedenen, historisch geschaffenen Wirtschaftsformen, in denen sich die Menschen organisierten, um ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen. In diesen verschiedenen Wirtschaftssystemen sind die wirtschaftlichen Prozesse stets in gesellschaftliche Beziehungen eingebettet. Sie dienten den gesellschaftlichen Zielen oder stimmten mit den sozialen Normen der Gemeinschaft überein. In der Geschichte standen daher die verschiedenen Wirtschaftsformen, die unterschiedlichen Weisen der gesellschaftlichen Organisation von Produktion und Verteilung, stets in

¹⁸ Das ist eine der Schwierigkeiten, die ich mit Samuel Huntingtons Metapher von den Zivilisationen als großen Formationen habe, die entlang bestimmter geographischer Grenzlinien miteinander kollidieren. Ebenso habe ich Probleme mit seiner Darstellung von Zivilisationen als groß geschriebenen Staaten.

einem engen Zusammenhang mit einer bestimmten gesellschaftlichen Organisationsform.

Polanyi's Interesse konzentrierte sich auf den Versuch, der im England des frühen 19. Jahrhunderts unternommen wurde, um die – bis dahin bestehende – historische Verbindung zwischen Wirtschaft und Gesellschaft aufzulösen: Es war der Versuch, einen sich selbst regulierenden Markt neben und über der Gesellschaft zu schaffen. Dieses "utopische" Experiment, so Polanyi, zerriß die Struktur der Gesellschaft, indem es ganze Klassen auf die Form isolierter und hilfloser Individuen zurechtstutzte. Dies provozierte Reaktionen von Seiten der Gesellschaft, die im späten 19. Jahrhundert damit begann, soziale Schutzvorrichtungen gegen die zerstörerischen Wirkungen der ökonomischen Prozesse zu schaffen: Arbeitsschutzgesetze, institutionalisierte industrielle Beziehungen, soziale Sicherheit und schließlich den Wohlfahrtsstaat.¹⁹

Ein weiterer Versuch, den sich selbst regulierenden Markt im Weltmaßstab durchzusetzen, vollzieht sich gegenwärtig vermittels der ökonomischen Globalisierung. Es besteht stets ein Konflikt zwischen der Beherrschung der Gesellschaft durch abstrakte, ökonomische Gesetzmäßigkeiten und der Herstellung von Wirtschaftssystemen, die die ökonomische Aktivität in Übereinstimmung mit den Normen der bestehenden Gesellschaft organisieren. Dieser Konflikt manifestiert sich heute – in verschiedenen Teilen der Welt – in praktischen politischen Fragen. Die Vorherrschaft des globalen, sich selbst regulierenden Marktes wird dabei von zivilisatorischen Perspektiven herausgefordert.

Der Globalisierung tritt Widerstand "von unten" entgegen, durch das neu erwachte Bewußtsein von Menschen, die durch die Globalisierung verletzt werden. Aber auch das Bestehen auf verschiedenen Kapitalismusmodellen, die in unterschiedlichen kulturellen Traditionen verwurzelt sind, oder auf verschiedenen miteinander konfligierenden Zukunftsperspektiven deutet Widerstand an. Formen dieses Widerstandes waren bisher: die Streikwellen in Frankreich (Dezember 1995) und in Südkorea (Januar 1997), die sich bewußt gegen die Globalisierung richteten; die Rebellion der Zapatistas in Chiapas, die bezeichnenderweise am gleichen Tag ausbrach, als das NAFTA-Abkommen in Kraft gesetzt wurde (Neujahrstag 1994); das, was Fantu Cheru die "stille Revolution" in Afrika nannte: die Abkehr lokaler Selbsthilfebewegungen vom Staat und von den internationalen Institutionen²⁰; und schließlich die Mobilisierung von zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die bislang das MAI-Abkommen (Multinational Agreement on Investment) blockieren konnten.

¹⁹ Karl Polanyi, *The Great Transformation*, Frankfurt, a.M.: Suhrkamp, 1978.

²⁰ Fantu Cheru, *The Silent Revolution in Africa: Debt, Development and Democracy*, Harrare and London: Zed/Anvil Press, 1989.

Der Kapitalismus ist insoweit global, als er nach bestimmten, allgemeinen Gesetzen zu funktionieren scheint, vor allem durch das Verhalten der Märkte in bezug auf Angebot und Nachfrage. Dieser allgemeine Grundzug des Kapitalismus wird noch dadurch verstärkt, daß die nationalen Regierungen sowohl die Macht als auch den Willen verloren haben, in das Verhalten der Märkte einzugreifen. Der Kapitalismus bleibt kulturell spezifisch; denn seine Institutionalisierung in verschiedenen Teilen der Welt wurde durch unterschiedliche historische Erfahrungen sowie durch unterschiedliche Auffassungen über seine sozialen Zwecke beeinflusst. Hierin liegt der Konflikt zwischen Globalisation und Zivilisationen; denn die zivilisatorischen Kräfte arbeiten stets darauf hin, die verschiedenen Formen des Kapitalismus sozial einzubetten.

Dieser Konflikt ist derzeit in Europa besonders lebendig. Die Europäische Union (EU) ist nämlich in zahlreichen politischen Fragen mit der Alternative zwischen einer hyperliberalen und einer auf soziale Marktwirtschaft gerichteten (bzw. einer sozialdemokratischen) Konzeption des Kapitalismus konfrontiert.²¹ Die Debatte in den Gremien der EU über das "soziale Europa" und das "demokratische Defizit" wird durch soziale und politische Kräfte in den Ländern der EU vorangetrieben. Lionel Jospin brachte es auf den Punkt, als er den überraschenden Sieg seiner Sozialistischen Partei im Juni 1997 als eine "Entscheidung für die Zivilisation" bezeichnete.²²

Die Finanzkrise in Asien 1998 könnte einen Konflikt zwischen dem globalen Kapitalismus, der die Voraussetzung dafür geschaffen hat, daß die westlichen Unternehmen die finanzielle Kontrolle über die produktiven Ressourcen Asiens gewinnen konnten²³, und den asiatischen Völkern und Regierungen entstehen lassen, die entschlossen sind, die Kontrolle über ihre wirtschaftliche und politische Zukunft zurückzugewinnen. Die Eigentümlichkeiten des asiatischen und besonders des japanischen Kapitalismus im Hinblick auf die gesellschaftlichen Beziehungen der Produktion sind hinreichend dargelegt worden.²⁴ Die Beziehungen des Individuums zur Gruppe, die Rolle von Staat und Gesellschaft, das Verhältnis von Konsens und Wettbewerb werden hier ganz anders als im hyperliberalen Kapitalismus verstanden. Ressentiments gegen die – westlich kontrollierten – globalen Finanzmärkte könnten die Entschlossenheit stärken, soziale und politische Wirtschaftsformen zu entwickeln, die eher den eigenen Traditionen entspricht.

²¹ Vgl. z.B. Michel Albert, *Kapitalismus kontra Kapitalismus*, Frankfurt; New York: Campus, 1991.

²² *Le Monde*, 2. Juni 1997.

²³ Michael Richardson, in: *International Herald Tribune*, 20./21. Juni 1998.

²⁴ Vgl. Shigeto Tsuru, *Japan's Capitalism*. Mit einem Vorwort von John Kenneth Galbraith, Cambridge: Cambridge University Press, 1993; vgl. auch Chalmers Johnson, *MITI and the Japanese Miracle*, Stanford University Press, 1982; und James Fallows, *Looking at the Sun: The Rise of the New East Asian Economic and Political System*, New York: Pantheon, 1994.

In Rußland ist in dem Vakuum, das der Kollaps des "Realsozialismus" hinterlassen hat, ein räuberischer Kapitalismus – durchtränkt mit mafiösen Gewaltmethoden – entstanden. In China scheint ein stärker kontrollierter Übergang vom Sozialismus stattzufinden. Andere Projekte von Wirtschaftssystemen außerhalb des kapitalistisch bestimmten Raumes bestehen in dem wahrscheinlich utopischen Ziel einer islamischen Sozialwirtschaft, in den Bewegungen für eine Selbstversorgungsökonomie und autonome Entwicklung der ländlichen Bevölkerung sowie in der Unterstützung für eine Sozialwirtschaft, die sich auf die Erhaltung der Biosphäre gründet, seitens "grüner" Abweichler in den wohlhabenderen Regionen der Welt.

Konventionelle Marxisten würden alle diese Projekte als Kapitalismus bezeichnen – und in einem gewissen Sinne trifft diese Aussage sogar zu. Gleichwohl verschleiert sie die Tatsache, daß die Unterschiede in der sozialen Organisation sowie in den weithin akzeptierten Wertvorstellungen, Verhaltensnormen und Erwartungen sehr wichtig für die Menschen sein können, die in diesen verschiedenen Formen von Gesellschaft arbeiten und leben. Die Zivilisationen stehen den ökonomischen Imperativen des Kapitalismus entgegen und leiten die Sozialökonomien in verschiedene Richtungen.

Dominanz und Unterordnung

Edward Said charakterisierte die westlichen Analysen der östlichen Zivilisationen als "Orientalismus"²⁵. Er meinte damit eine Form des Wissens, die die östlichen Zivilisationen als dem Westen untergeordnet ansah. Westliches Wissen, das die Position universalistischer Objektivität einnimmt, definiert die charakteristischen Merkmale beherrschter Zivilisationen. Zugleich verfügt es über die Macht, dieses Wissen den Beherrschten zu vermitteln. Die Eliten der beherrschten Zivilisation werden auf diese Weise in einen fremden Universalismus einbezogen. Kinhide Mushakoji verwendet den Begriff der "Verhüllung" ("occultation"), um die Art und Weise zu beschreiben, in der die Denkprozesse der einen Zivilisation durch die einer anderen, herrschenden Zivilisation ersetzt wurden. Dennoch sind die Denkprozesse in der beherrschten Zivilisation nicht vollständig unterdrückt. Sie bleiben latent und warten darauf, durch irgendeine Krise wiederbelebt zu werden.²⁶

Antonio Gramscis Konzept der "passiven Revolution" ist in diesem Zusammenhang relevant, obwohl Gramsci sich nicht mit Zivilisationen befaßt hat.²⁷ Er übernahm diesen

²⁵ Edward Said, *Orientalism*, New York: Vintage Books, 1979; vgl. auch sein neueres Buch: *Culture and Imperialism*, New York: Knopf, 1993.

²⁶ Kinhide Mushakoji, "Multilateralism in a multicultural world: notes for a theory of occultation", in: Robert W. Cox, Ed., *The New Realism: Perspectives on Multilateralism and World Order*, London: Macmillan for the United Nations University, 1996.

²⁷ Antonio Gramsci, *Selections from the Prison Notebooks* hrsg. und übersetzt von Quintin Hoare and Geoffrey Nowell Smith, New York: International Publishers, 1971, S. 105-120.

Begriff von Vincenzo Cuoco, dem Historiker von Neapel unter napoleonischer Herrschaft. Ihm bedeutete passive Revolution die Einführung von Ideen einer fremden Gesellschaft durch eine lokale Elite, obwohl diese Ideen beim einfachen Volk keine Resonanz erfuhren. Das Resultat war eine Situation, die von Gramsci Revolution/Restauration genannt wurde. Diese zeichnet sich dadurch aus, daß sich die neu erworbenen Ideen und Verhaltensformen niemals vollständig festsetzen können, weil sie niemals vollständig zur Masse der Bevölkerung durchdringen. Hier gibt es auch Parallelen zum intellektuellen und institutionellen Einfluß der Briten in Indien. Dieser schien in der Ära Nehru gesichert, wurde jedoch nach der Machtübernahme durch die Hindu Nationalisten in Frage gestellt.

Obwohl Oswald Spengler die These vertrat, daß Zivilisationen getrennt sind und sich nicht gegenseitig beeinflussen, entwickelte er ein interessantes Konzept, das zeigt, wie ein Impuls, der von der einen in die andere Zivilisation eindringt, diese teilweise verändert, aber doch aufgrund der resistenten Strukturen der anderen Zivilisation in seiner Wirkung beschränkt bleibt. Er nannte diesen Prozeß – mit einer Anleihe bei der Mineralogie – “Pseudomorphose”²⁸ und wandte ihn auf die Herausbildung des europäischen Mittelalters seit der Zeit des Augustus bis zum 10. Jahrhundert an. Die gerade entstehenden arabischen geistigen Energien wurde durch die festen und dauerhaften – griechisch-römischen – politischen Formen umgeformt. Spengler erkannte ein ähnliches Phänomen in der Art und Weise, wie die westlichen Ideen durch Peter den Großen nach Rußland importiert wurden, dort jedoch durch den russischen “Geist” eingezwängt und gefesselt wurden.²⁹

Alle diese Konzeptionen – Orientalismus, Verhüllung (“occultation”), passive Revolution und Pseudomorphose – beziehen sich auf das Phänomen der Vorherrschaft einer

28 “In einer Gesteinsschicht sind Kristalle eines Minerals eingeschlossen. Es entstehen Spalten und Risse; Wasser sickert herab und wäscht allmählich die Kristalle aus, so daß nur noch ihre Hohlform übrig bleibt. Später treten vulkanische Ereignisse ein, welche das Gebirge sprengen; glühende Massen quellen herein, erstarren und kristallisieren ebenfalls aus. Aber es steht ihnen nicht frei, es in ihrer eigenen Form zu tun; sie müssen die vorhandenen ausfüllen und so entstehen gefälschte Formen, Kristalle, deren innere Struktur dem äußeren Bau widerspricht, eine Gesteinsart in der Erscheinungsweise einer fremden. Dies wird von der Mineralogie Pseudomorphose genannt. Historische Pseudomorphosen nenne ich Fälle, in welchen eine fremde alte Kultur so mächtig über dem Lande liegt, daß eine junge, die hier zu Hause ist, nicht zu Atem kommt und nicht nur zu keiner Bildung reiner, eigener Ausdrucksformen, sondern nicht einmal zur vollen Entfaltung ihres Selbstbewußtseins gelangt. Alles was aus der Tiefe eines früheren Seelentums emporsteigt, wird in die Hohlformen des fremden Lebens ergossen; junge Gefühle erstarren in ältlichen Werken und statt des Sichaufreckens in eigener Gestaltungskraft wächst nur der Haß gegen die ferne Gewalt zur Riesengröße” O. Spengler, *Der Untergang des Abendlandes*, 2 Bände, München, 1972, S. 784.

29 Die Tragödie der russischen Pseudomorphose bestand nach Spengler in der fortbestehenden Vorherrschaft des aus dem Westen importierten Denkens über einen unterdrückten und kaum artikulierten russischen “Geist”. In Analogie könnte man sagen, daß die heutigen “Marktreformer” in Rußland nur die Fortführer der westlich inspirierten, kommunistischen Manager sind, die ihrerseits die natürlichen Nachfahren des Modernisierungsprogramms von Peter dem Großen waren. In der post-kommunistischen Krise hat sich eine Opposition gegen die Befürworter einer “Schocktherapie” gebildet, die das Bewußtsein von nicht-westlichen – “Volkstümmler” (narodniki) – Stimmungen wieder erweckt haben. Das reflektiert sich in der Literatur auch in dem wiederbelebten Interesse für die Werke von Nicholas Berdyaev. Vgl. Berdyaev, *The Russian Idea*, London: Geoffrey Bles, 1947.

Zivilisation über die andere sowie auf die fortwirkende Latenz der beherrschten Kultur und auf das Potential für eine erneute Bestätigung ihrer Authentizität. Es ist daher eine besonders wichtige Aufgabe der Forschung, diese Formen der linguistischen und begrifflichen Überdetermination nachzuzeichnen und dabei zu versuchen, die verschiedenen Bedeutungen zu erfassen, die diesen Formen der Überdetermination in den Diskursen der beherrschten Gruppen gegeben werden – und zugleich den Typus der Krisen zu identifizieren, in denen sich wahrscheinlich die Zurückweisung des von oben auferlegten Diskurses durch die beherrschten Gruppen beschleunigt.

Das spirituelle Bewußtsein

Der Soziologe Pitrim Sorokin stellte zwei Typen von Kulturen einander gegenüber: die auf Sinneseindrücken (“sensate”) und die auf Ideen (“ideational”) beruhenden³⁰. Die ersten lassen nur die Beobachtung äußerer Erscheinungen zu. Die “Objektivität” der Beobachtung wird durch Klassifizierung und den Nachweis der Beziehungen zwischen den beobachteten Daten erreicht. Die zweiten gehen davon aus, daß hinter der beobachtbaren Welt der Erscheinungen eine spirituelle Welt existiert – das Ding an sich oder die Welt der Begriffe von Kant. Für Sorokin handelte es sich dabei um Idealtypen, die niemals in reiner Form existieren, sondern stets in Kombinationen, die die eine oder die andere Tendenz stärker betonen.

Der Begriff “spirituell” muß nicht mit mystisch gleichgesetzt werden. Er kann auch eine Welt bedeuten, die sowohl auf der individuellen als auch auf der kollektiven Ebene durch Ideen belebt wird. Auf Ideen beruhend muß daher auch nicht notwendig “idealistisch” in dem Sinne bedeuten, daß die Welt nur der konkrete Ausdruck von Ideen ist. Die Erkenntnis spiritueller Elemente hinter den beobachtbaren Erscheinungen stimmt durchaus mit der Erkenntnis überein, daß die spezifische Form, die das Spirituelle zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten annimmt, immer in einer bestimmten Beziehung zu den materiellen Verhältnissen, in denen die Menschen leben, und zu der gesellschaftlichen Praxis steht, die sie in diesen materiellen Verhältnissen entwickeln. Max Weber erkannte dies in seiner Religionssoziologie.³¹ Es handelt sich dabei um ein gemeinsames Merkmal des westlichen historischen Denkens: von Giambattista Vico, über den deutschen (Wilhelm Dilthey), den englischen (R. G. Collingwood) bis zum italienischen Historizismus von Croce und Gramsci. Ihr gemeinsames Thema ist, daß das Denken den Schlüssel für den Begriff der kontinuierlichen Wechselwirkung zwischen Verstand und materiellen Bedingungen im Prozeß der Geschichte bildet. Methodisch eröffnet diese Hypothese über die

³⁰ Pitrim Sorokin, *Social and Cultural Dynamics*, in einer überarbeiteten und zu einem Band zusammengefaßten Ausgabe, Boston: Porter Sargent, 1957 (die Originalausgabe erschien im Jahre 1937).

³¹ Vgl. H. H. Gerth und C. W. Mills, Eds., *From Max Weber. Essays in Sociology*, London: Routledge & Kegan Paul, 1948, Teil III, S. 267-359; vgl. auch Reinhard Bendix, *Max Weber. An Intellectual Biography*, New York: Doubleday, 1960, vor allem S. 49-281.

Bedeutung der Ideen den Zugang zum Verständnis von Zivilisationen. Denn diese stellen die Art und Weise dar, wie große Menschengruppen die Welt interpretieren, auf sie reagieren und Projekte entwickeln, um in dieser Welt zu agieren.

Pitrim Sorokin dachte jedoch an mehr als eine bloße Methode des Verstehens. Er sah in dem Wechsel zwischen der Vorherrschaft der von Ideen bestimmten Kultur und der auf Sinneseindrücken beruhenden Kultur einen historischen Epochenwechsel. Alle wichtigen Komponenten einer Kultur – Wissenschaft und Philosophie, Gesetz und Ethik, Formen sozialer und politischer Organisation – veränderten sich ihm zufolge gleichzeitig und in der gleichen Richtung.³² Eine durch Ideen bestimmte Epoche ist für die kreative, poetische Anfangsphase einer Kultur charakteristisch (Sorokin spricht immer von Kultur statt von Zivilisation). Eine auf Sinneseindrücken beruhende Epoche bildet sich in einer reifen Periode heraus und zeichnet sich durch eine besonders reife Kultur aus. Diese Interpretation des Prozesses der Zivilisation gleicht der von Vico und Spengler. Spengler verwandte den Begriff "Kultur" (der im Deutschen diese besondere Bedeutung von Kreativität impliziert) für die Anfangsphase einer historischen Einheit, die er erst in ihrer reifen und niedergehenden Phase als Zivilisation bezeichnete. Sorokins Schriften aus den 30er Jahren prognostizieren – ähnlich wie Spengler einige Jahre vor ihm – eine Krise der im Westen vorherrschenden auf Sinneseindrücken beruhenden Kultur.³³ Diesen Überlegungen zufolge sollte – wie im *yin-* und *yang-Denken* in der chinesischen Kultur oder in der Vorstellung vom Wechsel zwischen dem Ländlichen und dem Urbanen bei Ibn Khaldun – der Niedergang einer "materialistischen" Kultur den Weg freimachen für eine Wiederbelebung der "idealistischen" Kultur.

Wie wir schon angedeutet haben, sollten solche Vorstellungen von historischen Gesetzen nicht als Tatsachenbeschreibungen sondern als heuristische Hypothesen angesehen werden. Welchen Wert auch immer man dem Gedanken einer historischen Abfolge oder eines Wechsels der kulturellen Perspektiven beimessen mag, bei der Untersuchung der Dynamik der Intersubjektivität ist es auf jeden Fall von Nutzen, die Bedeutung verschiedener Typen des spirituellen Bewußtseins für das menschliche Denken und Handeln zu reflektieren. Die Theologie hat uns – über die

³² Vgl. Sorokin, a.a.O., S. 223.

³³ Vgl. ebd., S. 622: "Die Krise ist viel tiefer als eine gewöhnliche; ihre Tiefe ist unergründlich, ihr Ende ist noch nicht in Sicht und die westliche Gesellschaft ist in ihrer Gesamtheit in sie einbezogen. Es handelt sich um die Krise einer auf Sinneseindrücken beruhenden Kultur, nunmehr in ihrem überreifen Stadium, jener Kultur, die die westliche Welt in den vergangenen fünf Jahrhunderten dominiert hat. Es handelt sich auch um eine Krise der (kapitalistischen) Vertragsgesellschaft". Gegen diese Prognose könnte eingewandt werden, daß die drei Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine durchaus blühende - auf Sinneseindrücken beruhende - Kultur erlebten, vor allem in den US-amerikanischen Sozialwissenschaften. Auch der Kollaps des "Realsozialismus" scheint der These von der Krise des Kapitalismus entgegenzustehen. Für diese These könnte argumentiert werden, daß die Krise nur vertagt wurde und daß deshalb Bewegungen wie der Postmodernismus und die Ökologie diese Krise – in einer viel präziseren und auf die Gegenwart bezogenen Begrifflichkeit – neu bestimmen.

Jahrhunderte – drei Typen hinterlassen, die auch heute noch anwendbar sind: Monotheismus, Polytheismus und Pantheismus.

Die Idee des Monotheismus ist vermutlich von der zentralisierten Macht antiker hydraulischer Reiche³⁴ abgeleitet, wo alles aus einer einzigen Quelle zu fließen schien. Diese Idee entstand im östlichen Mittelmeerraum und verbreitete sich in der ganzen Welt durch die drei monotheistischen Religionen: Judentum, Christentum und Islam.³⁵ Die monotheistische Mentalität beschränkt sich jedoch nicht auf die Zugehörigkeit zu einer dieser drei Religionen. Ihr bedeutendster Aspekt ist der Glaube an eine absolute Wahrheit, über die die Menschen verfügen, die sich von jeder formellen religiösen Bindung gelöst haben. Diese absolutistische Denkweise behauptet nicht nur einen Anspruch auf Gewißheit; sie schließt überdies die Ketzerei aus und belegt diese mit einem Bann. Hierdurch gibt sie der Zivilisation, die sie prägt, einen unauslöschlichen Charakter.

Die Polytheismus räumt die Möglichkeit mehrerer Wahrheiten ein und akzeptiert das Nebeneinander von Religionen, die sich nicht gegenseitig ausschließen. Im Unterschied zum absolutistischen Monotheismus gibt sich der Polytheismus relativ; er war zudem charakteristischer für die östlichen Zivilisationen. Es kommt nun nicht darauf an, die Zivilisationen durch eine monotheistische oder polytheistische Denkweise zu überzeichnen, sondern die Art und Weise zu untersuchen, in der solche Tendenzen eine Veränderung in der Evolution von Zivilisationen anzeigen können. Der Postmodernismus in der westlichen Zivilisation kann in dem Maße als eine polytheistische Entwicklung interpretiert werden, wie seine Vertreter akzeptieren, daß verschiedene Individuen und unterschiedliche Gruppen ihre eigenen "Wahrheiten" haben und "die Wahrheit" sozial und historisch konstruiert ist.³⁶

³⁴ Diese Formulierung bezieht sich auf die Entstehung von Staaten, die vor allem mit der Erschließung, Kontrolle und Verteilung der Wasserressourcen betraut waren. K. A. August Wittfogel hatte in seinen Studien über die "orientalische Despotie" den Zusammenhang zwischen "hydraulischer Gesellschaft" und zentralisierter Staatsmacht in den Mittelpunkt gestellt.

³⁵ Vgl. dazu ausführlich Karen Armstrong, *A History of God* (New York: Ballantine Books, 1993).

³⁶ David L Miller, *The New Polytheism* (New York: Harper & Row, 1974), S. 5 schreibt: "Der Polytheismus ist nicht nur eine gesellschaftliche Realität; er ist auch eine philosophische Verfassung. Er repräsentiert jene Realität, die Männer und Frauen erfahren, wenn sich die Wahrheit nicht nur gemäß einer einzigen Grammatik, einer einzigen Logik oder eines einzigen Symbolsystems artikuliert. Er gleicht einer Situation, die dann existiert, wenn die Metaphern, Geschichten, Anekdoten, Wortspiele, Dramen und Filme mit all ihrer rätselhaften Mehrdeutigkeit als zwingender erscheinen als die Rhetorik von politischen, religiösen und philosophischen Systemen. Sie erscheinen deswegen zwingender als die argumentativ dichten und logisch kohärenten Erklärungen des Selbst und der Gesellschaft, weil sie die Gleichzeitigkeit vielfältiger Bedeutungen zulassen, und davon ausgehen, daß die Wahrheit, die Güte und das Schöne niemals durch eine der nachfolgenden Logiken erfaßt werden kann: gut versus schlecht, hell versus dunkel, Wahrheit versus Fiktion, Realität versus Illusion, Sein versus Werden. In einer philosophisch betrachteten polytheistischen Situation kommt die zeitgemäße, neue Wissenschaft mit den Prinzipien des Relativismus, der Unbestimmtheit, der pluralen Systemlogiken und irrationalen Zahlen zum Durchbruch; Substanzen, die keine Substanz wie Elemente haben; zweifache Erklärungen des Lichts; und schwarze Löcher inmitten der tatsächlichen Realität."

Der Pantheismus sieht gegenüber dem Kosmos eine spirituelle Einheit, die sich in der mannigfaltigen Verschiedenheit der Dinge manifestiert. Alles ist mit dem "Ganzen" verbunden und von diesem abhängig. Dies war bereits die allgemeine Vorstellung im religiösen Bewußtsein der (Ur)Völker. Der Pantheismus ist auch im "upanis-hads" der Hindus vorhanden, der eine einzige Realität oder Einheit behauptet, die sich in vielfältigen Formen offenbart.³⁷ Innerhalb der derzeitigen westlichen Zivilisation entstand der Pantheismus aus den Tiefen der Ökologie oder dem Sinn für die Einheit und Interdependenz von allen Formen des Lebens und der lebenserhalten- den Grundlagen in der Biosphäre.³⁸

Die modernen Gesellschaften kannten in der Gestalt der "Weltuntergangs"-Kulte auch eine extreme Form des geistigen Bewußtseins. Unter der obersten Autorität ihrer Anführer werden in diesen Kulturen Wissenschaft oder Science-Fiction mit Erlösungslehren kombiniert. Auch technisch hoch begabte Leute zeigten sich begeistert, was darauf hindeutet, daß einige der formal gebildeten Menschen in ihrem Leben, wie es sich der heutigen modernen Welt darstellt, keinen eigentlichen und ausrei- chenden Sinn sehen. Einige Sekten - wie die Sonnentempler und die Heaven's Gate-Sekte - haben ihre Mitglieder zum Massenselbstmord veranlaßt. Andere, wie die japanische Aum Shinrikyo Sekte haben aktiv versucht, die Prophezeiung des Weltuntergangs selbst herbeizuführen.³⁹

Keine Zivilisation ist jemals auf eine einzige Form des spirituellen Bewußtseins re- duzierbar. Zivilisationen werden stets durch die Vermischung von verschiedenen und sich in ihrer Geltung abwechselnden Ideen gestaltet; wobei diese sich vermischen- den und verändernden Bewußtseinsformen im Zusammenhang mit der Entwicklung der materiellen Welt stehen. Der Monotheismus ist nicht wegen des wieder aufle- benden "Kirchenbesuchs" einflußreich, sondern wegen der absoluten Gewißheit der ideologischen Repräsentanten des globalen Kapitalismus.⁴⁰ Die Stärkung von alter- nativen Formen einer sozialen Ökonomie könnte - in der Erinnerung an den Po- lytheismus - eine Akzeptanz von Vielfalt ermutigen. Der Aufstieg einer ökologischen Wirtschaftspolitik verleiht dem Pantheismus mehr Gewicht; und die Entfremdung der Sekten von der Gesellschaft hat durchaus etwas mit der durch die moderne Wirt- schaft produzierten Anomie zu tun.

³⁷ Zur Diskussion, wie dieses Konzept der Einheit und Vielfalt durch die politische Geschichte Indiens beeinflusst wurde, vgl. Satish Chandra, "The Indian perspective"; in: Robert W. Cox (Hrsg.), *The New Realism: Perspectives on Multilateralism and World Order*, London: Macmillan for the United Nations University, 1997, S. 124-144.

³⁸ Vgl. unter anderem J.E. Lovelock, *GAIA. A New Look at Life on Earth*, Oxford: Oxford University Press, 1979, 1987; sowie Fritjof Capra, a.a.O.

³⁹ Yumiko Iida, "Virtual kingdom and dreams of Apocalypse: Contemporary Japan mirrored in *Aum Shinrikyo*", paper presented at 10th Annual Conference, Japan Studies Association of Canada, Ontario, October 3-5., 1997.

⁴⁰ Zur Kritik dieser Gewißheit vgl. George Soros, "The capitalist threat", *Atlantic Monthly*, February 1997.

Zeit und Raum

Aus seinen Studien über Zivilisationen folgerte Harold Innis, daß das relative Gewicht von Zeit und Raum weitere Bereiche einer Kultur auf eine bestimmte Art und Weise beeinflußt hat. In einer stabilen Gesellschaft besteht ein ausgeglichenes Verhältnis von Zeit- und Raumorientierung.⁴¹ Die Raumorientierung betrachtete er als etwas, das von dem Gewicht der Verwaltung, des Rechts und des Militärs abgeleitet ist. Die Zeitorientierung ergibt sich aus dem Gespür für religiöse und alltagskulturelle Kontinuitäten. Von der vorherrschenden Flüchtigkeit, von der – wie er es nannte – “Gegenwartsbezogenheit” seiner Zeitgenossen war Innis zutiefst beunruhigt. Er setzte sich demzufolge dafür ein, die Zeitorientierung wieder in ein angemessenes Gleichgewicht zu bringen.⁴²

Zeit ist ein hoch komplexes Problem. Je mehr man über sie nachdenkt, desto weniger kann man sich ihrer gewiß sein. Nach Henri Bergson, dessen philosophische Arbeiten Ende des 19. Jahrhunderts verfaßt wurden, gibt es zwei voneinander abweichende Vorstellungen von Zeit.⁴³ Die eine ist die selbstverständliche Vorstellung von Zeit, die sogenannte “Uhrzeit”, d.h. die Vorstellung eines universell homogenen Maßstabs, mit dem man von außen alle Ereignisse messen kann. Diese Zeit betrachtet Bergson als die auf den Raum reduzierte Zeit - auf einen Raum, der zeitlich durchschritten wird. Die andere Art der Zeit, die Bergson weitaus mehr interessiert, bezeichnet er als *durée*. Der Begriff läßt sich mehr schlecht als recht im Englischen bzw. Deutschen mit “Dauer” wiedergeben, da auch “Dauer” die räumliche Bedeutung einer von außen beobachteten Verbindung zwischen zwei Punkten, einem Anfang und einem Ende, haben kann. *Durée* bedeutet für Bergson eher die gelebte oder

41 Harold A. Innis, *The Bias of Communication*, Toronto: University of Toronto Press, 1951; Innis, *Empire and Communications*, Toronto: Press Porcépic, 1986, Publikation der ursprünglichen Fassung von Oxford University Press, 1950.

42 David Harvey, *The Condition of Postmodernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change*, Oxford: Basil Blackwell, 1989 betrachtet die Kompression von Zeit und Raum als Grundlage der Gegenwart. Für ihn wird in den Gesellschaftstheorien die Zeit gegenüber dem Raum, in der Ästhetik hingegen der Raum gegenüber der Zeit privilegiert. In Kenntnis der globalen Interdependenzen wird der Raum zusammengepreßt. Die Zeit-Kompression erfolgt dadurch, daß sich die Entscheidungshorizonte auf eine nicht-historische Gegenwart verengen. (Von Innis inspiriert, mag man nun sagen, daß die Zeit im Raum komprimiert wird.) Das stärkste Argument von Harvey besteht darin, daß unser Bewußtsein von Zeit und Raum von materiellen Prozessen abhängt. “Aus dieser materialistischen Perspektive können wir dann argumentieren, daß die objektiven Konzeptionen von Zeit und Raum notwendigerweise durch die materiellen Praktiken und Prozesse, über die sich das gesellschaftliche Leben reproduziert, erzeugt worden sind. ... Die Objektivität von Zeit und Raum wird auf jeden Fall von den materiellen Praktiken der sozialen Reproduktion bestimmt, und in dem Maße, wie diese geographisch und historisch variieren, wird sich zeigen, daß die gesellschaftliche Zeit und der gesellschaftliche Raum unterschiedlich konstruiert sind. Kurzum, jede besondere Produktionsweise oder Gesellschaftsformation verkörpert eine einzigartige Verknüpfung von zeitlichen und räumlichen Praktiken und Konzepten.” (S. 204) Die heutigen Konzepte von Zeit und Raum setzt Harvey in Beziehung zur Reorganisation der Produktion im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus; die Fragmentierung des Produktionsprozesses verstärkt durch das, was er als “flexible Akkumulation” bezeichnet, das Gefühl der Flüchtigkeit.

43 Henri Bergson, *Essai sur les données immédiates de la conscience*, Paris: 1889, wieder veröffentlicht in Genf: Skira, 1945.

erlebte Zeit, das subjektive Gefühl von Handeln und Entscheiden sowie des "Zeit"drucks, unter dem beide stehen.

Die moderne Physik hat seit Einstein die selbstverständliche Absolutheit der Uhrzeit zerstört. Seit Einstein wissen wir, daß Zeit und Raum miteinander verbunden sind und sich aufeinander beziehen. Mit dem Universum hatte die Zeit einen Anfang; sie wird demzufolge auch ein Ende haben. Die unterschiedlichen Zeiten hängen davon ab, wie sich die Körper im Raum bewegen. Die Zeit ist nicht etwas Absolutes, das nur in der Vorstellung Gottes besteht, sondern eine gedankliche Konstruktion der Menschen. Der post-einsteinische Physiker John Wheeler sagte: "Das Wort ‚Zeit‘ fiel nicht vom Himmel, sondern kam aus dem Mund des Menschen." Damit reduzierte er den Begriff der Zeit auf die eher bescheidene Definition, daß "es die Zeit auf natürliche Art und Weise verhindert, daß alle Dinge gleichzeitig geschehen".⁴⁴ Für die moderne Physik gibt es kein absolutes Maß, mit dem die Ereignisse der physikalischen, ganz zu schweigen von denen der menschlichen und sozialen Welt, zu messen wären.

Im Verlauf der Geschichte wurde die Zeit ganz unterschiedlich begriffen. Im europäischen Mittelalter betrachtete man die Zeit als ein organisches, subjektives Ding, als einen Teil der Natur. Die Aufklärung entwarf mit Newton erstmals die Idee der Zeit als einer abstrakten, unabhängigen, von der Natur getrennten Maßeinheit. Einstein führte die Zeit zur Natur zurück und nahm ihr gleichzeitig die selbstverständliche Gewißheit des 18. Jahrhunderts.

Auch der subjektive Begriff der *durée* hat sich gewandelt. Bergsons Arbeit hatte sich noch auf das Zeitbewußtsein des Individuums bezogen. Fernand Braudel erweiterte den Begriff um die historische Zeit.⁴⁵ Für ihn haben unterschiedliche Aspekte des menschlichen und sozialen Lebens auch unterschiedliche Zeitmaße. Der wirtschaftliche Wandel hat eine andere Geschwindigkeit als der Wandel in Kunst oder Architektur oder im Recht und in den Sitten. Hierin unterscheidet er sich von der Sichtweise Vicos und Spenglers, denen zufolge sich alle Aspekte der Gesellschaft gleichzeitig, durch einen einzigen Anstoß verändern. Nach Braudel gibt es im Wandel der verschiedenen Lebensbereiche schon einen Zusammenhang, dieser vollzieht sich jedoch nicht synchron. Obwohl sich die Geschichte der Vorstellungen und Gedanken in einem anderen Tempo als das materielle Leben entwickelt, interagieren beide miteinander.

In all diesen unterschiedlichen Historien – den unterschiedlichen "Zeiten" – gibt es Braudel zufolge drei verschiedene Zeitebenen. Die Ebene der Unmittelbarkeit ist die

⁴⁴ Paul Davies, *About Time. Einstein's Unfinished Revolution*, New York: Simon and Schuster, 1996. Die Zitate von John Wheeler sind von Seite 236 und 267.

⁴⁵ Braudels theoretische Gedanken über die Zeit und die Geschichte finden sich in Braudel, *On History* a.a.O; und in Braudel, *Civilisation matérielle, économie et capitalisme Xve-XVIIIe siècle. Le temps du monde*, Paris: Armand Colin, 1979, vol. III, vor allem Kapitel 1 und der Schluß.

Ebene der Ereignisse (*l'histoire événementielle*). Die Ereignisse können nachgezeichnet werden, sie erklären sich jedoch nicht aus sich selbst heraus. Hierzu müssen sie in ihrem zeitlichen und räumlichen Kontext begriffen werden. Die erste Erklärungsebene bezeichnet Braudel als *conjunctures*, einen mittelfristigen Zeitrahmen wie die langen ökonomischen Wellen, eine dauerhafte Konfiguration sozialer Kräfte, wie z.B. den Fordismus, die soziale Demokratie oder die Gültigkeit eines wissenschaftlichen Paradigmas. Die *conjuncture* selbst kann wiederum innerhalb der Konzeption der *longue durée* erklärt werden, einer historischen Struktur, die – geschaffen durch das kollektive Handeln der Menschen – über längere Zeiträume hinweg im Alltagsbewußtsein als die natürliche Ordnung der Dinge betrachtet wird. Die Sprache, der moralische Kodex, die Besitzverhältnisse, der Staat und das zwischenstaatliche System sind allesamt Konstruktionen des kollektiven menschlichen Handelns im Rahmen der *longue durée*, obwohl wir dazu neigen, sie als ewig fortdauernde Fundamente des menschlichen Lebens anzusehen. Tatsächlich sind sie jedoch, vermittelt über das kollektive menschliche Handeln, einem allmählichen Wandel unterworfen, und oft erreicht dieser Wandel im Rückblick jene Punkte, an denen sich ein tiefgreifender Übergang zu neuen historischen Strukturen vollzieht.

Eine historische Struktur der *longue durée* muß sowohl in ihren synchronen als auch in ihren diachronen Dimensionen begriffen werden – sowohl was die Interaktionen und Interdependenzen ihrer unterschiedlichen Komponenten als auch deren Entwicklung im Zeitablauf betrifft. Braudels großes Werk über die kapitalistische Weltwirtschaft scheint, da sie diese Ökonomie als Weltsystem versteht, das Synchrones zu privilegieren; man kann in seine Analysen jedoch auch hineinlesen, daß das Verständnis der synchronen Dimensionen gerade darauf zielt, die Widersprüche zu erkennen, aus denen strukturelle Transformationen erwachsen können. Braudels Theoretisierung der Geschichte überbrückt die Kluft zwischen der Statik der strukturfunktionalistischen Soziologie und dem Wandel durch Konflikt in der Perspektive der Soziologie von Vico und Marx. Dies führt uns zurück zu Harold Innis und zu seinem Problem der Balance zwischen der Raum- und der Zeitorientierung.

In unserer eigenen Welt hat die Zeit/Raum-Balance eine bedeutende Wirkung auf das ökonomische Verhalten und vermittelt über die Ökonomie auch auf alle anderen Lebensbereiche. Geld ist ein Symbol für ökonomische Macht. Die Realökonomie besteht aus der tatsächlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Das Geld ist fungibel und mobil wie die Geschwindigkeit der elektronischen Kommunikation. Die Produktion ist an spezifische Unternehmen gebunden und benötigt zu ihrer Entwicklung – technologische Innovationen und die Bereitstellung von Produktionsanlagen, die Ausbildung der Arbeiter – eine längere Zeit. Die symbolische Finanzökonomie operiert in einer synchronen Dimension; sie ist auf den Raum hin orientiert. In dem Maße, wie die Weltökonomie global wurde, begann die Finanzwelt die Produktion zu dominieren. Globalisierung bedeutet den Triumph des Raums über die Zeit, den Sieg des Vorübergehenden und Flüchtigen. Die ökonomische Grundlage für die

Unterordnung der Zeitorientierung ist durch die Globalisierung der Medien, die ein Bewußtsein einer ewigen Gegenwart propagieren, nochmals verstärkt worden. Dies ist die psychologische Bedeutung vom "Ende der Geschichte".

Das Wiederaufleben der Zivilisationen würde die Betonung vom Raum auf die Zeit verlagern. Zivilisationen sind Einheiten der *longue durée*. Dies umschließt zum Teil einen Sinn für die Kontinuität und die Entwicklung vergangener Ursprünge; vor allem aber beinhaltet es den Entwurf einer alternativen Zukunftsvision – einen Ausweg aus der Unausweichlichkeit der ewigen, homogenisierenden Gegenwärtigkeit der Globalisierung hin zu einem aktiven und kollektiven Entwurf von zukünftigen Ökonomien, die wieder eingebettet sind in reflexive Gesellschaften.

Ein Forschungsprogramm

Die Rolle und das Potential von Zivilisationen in der heutigen Welt zu erforschen, erfordert einen Erkenntnisansatz und eine thematische Fokussierung, die uns in die Lage versetzt, die Interaktion der zuvor erwähnten Dimensionen von Zivilisationen im Prozeß ihrer Entwicklung zu bewerten .

Epistemologie

Der tieferen Bedeutung von Zivilisationen liegen zwei herausragende Aussagen zugrunde:

1. *Für die menschliche Zukunft gibt es Alternativen.* Die Menschheit ist nicht dazu verpflichtet, einer durch die globale Wettbewerbsfähigkeit determinierten unaufhaltbaren Expansion der Globalisierung zu folgen, was unausweichlich zu einer homogenen Weltgesellschaft nach dem Modell des gegenwärtigen Amerika führt. Da Zivilisationen unterschiedliche Werte verkörpern, sind auch – zum Guten wie zum Schlechten – unterschiedliche Muster der sozialen Organisation vorstellbar. Das Problem der Moral und der gesellschaftlichen Entscheidung besteht weiter fort.
2. *Wenn unterschiedliche Zivilisationen nebeneinander bestehen können, erlangt das Problem des wechselseitigen Verstehens Priorität für den Bestand der Weltordnung.* Diese Aufgabe stellt sich nun in einem erkenntnistheoretischen Kontext, der sich von der Zeit des Kalten Kriegs deutlich unterscheidet. In dieser waren spieltheoretische und rational choice Perspektiven populär, die eine einzige, gemeinsam geteilte Rationalität annahmen. Die Fähigkeit, sich in die geistigen Vorstellungen von Anderen zu versetzen, wird zu einem essentiellen Bestandteil eines friedlichen Miteinanders.

R.G. Collingwood hat seinem Buch *The New Leviathan*⁴⁶ einen wichtigen Gedanken vorangestellt. Das Buch ist, da es den Nachdruck auf den Kampf zwischen Zivilisation (im Singular) und Barbarei legt, in seiner Konzeption stark durch den Zweiten Weltkrieg geprägt worden. Es enthält aber auch einen Gedanken über den Prozeß der Zivilisation – über den Prozeß der Erzeugung von Zivilität –, der für das Miteinander von Zivilisationen (im Plural) von Bedeutung ist. Collingwood bezieht sich auf die Unterscheidung, die Plato zwischen zwei Arten der Diskussion machte: eristisch und dialektisch. In einer eristischen Diskussion versucht jede der Parteien der anderen zu beweisen, daß sie richtig und die andere falsch liegt. In einer dialektischen Diskussion setzt jede der Parteien darauf, daß die ursprüngliche Meinungsverschiedenheit über den Diskussionsprozeß auf beiden Seiten der Einsicht weicht, daß beide Recht haben.⁴⁷ Jede sieht einen Aspekt einer Wahrheit, die beide infolge des dialektischen Prozesses letztlich teilen können. Für Collingwood war eine dialektische Diskussion besonders einer Welt im Sinne Heraklits angemessen, d.h. einer sich wandelnden Welt, in der sich die Realität, der Gegenstand der Diskussion fortwährend transformiert. Die Dialektik war, so sein Argument, das Mittel, um die nicht-sozialen Elemente in eine umfassendere Gesellschaft zu absorbieren; möglicherweise fördert sie nun aber auch, so könnte der Gedanke von Collingwood fortgeschrieben werden, das gegenseitige Verständnis koexistierender Zivilisationen, von denen jede eine unterschiedliche Sicht auf eine gemeinsame Welt hat.

Mikhail Bakhtin hat, auch wenn er ein anderes Vokabular benutzt, das Problem der Koexistenz mit einem ähnlichen, allerdings weiter entwickelten Ansatz erörtert.⁴⁸ Er weist den Begriff der Dialektik insofern zurück, als er von hegelianischen und marxistischen Geschichtstheorien verwandt wurde, die die Dialektik nur durch einen einzigen zentralen – ob nun ideellen oder materiellen – Impuls bestimmt sahen. Statt dessen benutzt er den Begriff des "Dialogs" im Sinne des sokratischen Dialogs von Plato (dies ist auch Collingwood's Quelle für den Begriff der "Dialektik"). Für Bakhtin sind die hegelianische und marxistische Dialektik Monologe, der Ausdruck eines einzigen Grundgedankens zur Interpretation und Erklärung der Welt. Die Welt von Bakhtin wird hingegen von historisch geprägten Menschen bewohnt, von denen jeder das Ganze aus seiner eigenen Perspektive betrachtet. In seinen Überlegungen zu Dostojewskij erörtert er, daß diese Menschen in den Novellen als Charaktere dargestellt werden, von denen jeder eine andere Sichtweise in die Handlung einbringt; und es keine übergreifende Interpretation des "Autors" gibt. Aber auch Zivilisationen mögen uns in diesem Sinne als Einheiten erscheinen, von denen jede eine eigene Intersubjektivität hat, und die ohne eine maßgebliche, übergreifende Theorie des

⁴⁶ Oxford University Press, 1942. Der Untertitel zu diesem Buch lautet: Mensch, Gesellschaft, Zivilisation und Barbarei.

⁴⁷ Ebd., S. 181-183.

⁴⁸ Mikhail Bakhtin, *Problems of Dostoevsky's Poetics* herausgegeben und übersetzt von Caryl Emerson. Mit einer Einführung von Wayne C. Booth, Minneapolis: University of Minnesota Press, 1984.

historischen Wandels miteinander agieren. Diese zivilisatorischen Perspektiven entwickeln sich im Zeitablauf; und die Welt koexistierender Perspektiven ist zeitlich nicht begrenzt. Es gibt keinen Schluß, kein Ende der Geschichte. Keine Einheit (ob Individuum oder Zivilisation) ist dazu legitimiert, die andere zu verdinglichen, d.h. als ein Objekt zu behandeln (wie in der Form des Orientalismus). Die Voraussetzung des Dialogs ist die wechselseitige Anerkennung als historisch geprägte Einheiten. Indem er sich auf Dostojewskijs Novellen bezieht, schreibt Bakhtin: "Die Welt eines einzigen erkennenden und urteilenden ‚Ich‘ wird durch die Probleme der wechselseitigen Beziehungen all der erkennenden und urteilenden ‚Ichs‘ ersetzt."⁴⁹

Zivilgesellschaft

Der Aufbau der Intersubjektivität kann sowohl aus einer "top down"- als auch aus einer "bottom up"-Perspektive untersucht werden. Die etablierten Institutionen – wie Staat, Kirche, Medien und Familie – neigen dazu, die Intersubjektivität, die gemeinsame alltägliche Sicht der Realität, Moral und das Verständnis der Normalität zu stabilisieren und zu reproduzieren. Der Wandel der Intersubjektivität – im Sinn von Ungerechtigkeit und neuen sozialen Normen – entwickelt sich "von unten", aus der Zivilgesellschaft. Dies gilt für die Bewegungen zur Frauenemanzipation, für Menschenrechte und auch für Aktionen der Armutsbekämpfung. Veränderungen in den sozialen Produktionsbeziehungen vermitteln sich über zivilgesellschaftliche Reaktionen entgegen den Initiativen der dominanten ökonomischen Kräfte. Die Erforschung dieser Bewegungen ermöglicht es, den Wandel in der Machtbalance in der Produktion, in der Herrschaft und Unterordnung von Zivilisationen, in den geistigen Formen und in den räumlichen und zeitlichen Orientierungen nachzuzeichnen. Die Zivilgesellschaft ist der Ort, in dem der Wandel der Intersubjektivität erzeugt wird und der die Grundlage der politischen Autorität auf allen Ebenen – von der lokalen bis zur globalen – begründet.

Zivile Solidarität

Wie effektiv die Zivilgesellschaft den sozialen Wandel fördert, hängt vom Grad der zivilen Solidarität ab. Dies ist ein klassisches Problem der politischen Theorie. Der Historiker und politische Theoretiker Charles Cochrane hat in seinem Buch *Christianity and Classical Culture*⁵⁰ den Wechsel der Stimmungslagen nachgezeichnet, die seit der kreativen Politik im Römischen Reich von Augustus von Vorstellungen eines Staatenbundes, Vernunft und Gerechtigkeit begleitet waren, bis dann im Fatalismus des späten Reichs, als das Leben von äußeren Umständen bestimmt schien, der

⁴⁹ a.a.O., S. 100.

⁵⁰ Oxford University Press, 1944. Cochrane war ein Schüler von R.G. Collingwood. Die Arbeit von Harold Innis stützte sich auf Gespräche mit Cochrane, seinem damaligen Kollegen an der University of Toronto.

Staat sich nicht mehr als Produkt eines menschlichen Kollektivs darstellte, sondern als ein in der Vergangenheit von einer heroischen Person auferlegter Zwang. Die Vorstellung einer einst vorherrschenden, historisch geprägten menschlichen Wirksamkeit wurde entleert und durch die Determination von Seiten der externen Macht des Schicksals ersetzt. Die Menschen, einst die Schöpfer und Unterstützer der Regierung, werden zu deren passiven Objekten.

Die Ursachen dieser Transformation sind in einer Abfolge historischer Interpretationen diskutiert worden, von denen uns jede mindestens genausoviel über die Zeit des Historikers und seine Sorgen verrät wie über die Transformation des Römischen Imperiums.⁵¹ Der klassische Humanismus, z.B. von Cicero und Vergil, suchte nach einer Balance zwischen "Tugend" und "Schicksal", doch im späten Reich hatte das "Schicksal" die "Tugend" überwältigt. Machiavelli hoffte seiner Zeit auf eine Wiederkehr von *virtù* – jener schöpferischen Energie, der es bedarf, um die interne Fragmentierung und die Konflikte zu überwinden und der externen Invasion zu widerstehen. Er betrachtete seine Zeitgenossen als zu korrupt, um von ihnen das zu erlangen, was wir heute als Zivilgesellschaft bezeichnen; folglich hielt er als Ersatz für die zivile *virtù* nach einem Fürsten Ausschau.⁵² Ibn Khaldun, ein islamischer Diplomat und Historiker des 14. Jahrhunderts, der die Geschichte Nordafrikas untersuchte, betrachtete die kollektive Solidarität der einfachen ländlichen Gemeinschaft, die er *'asabiya* nannte, als die notwendige Kraft für die Schaffung eines neuen Staates. Tatsächlich war die *'asabiya* jedoch eine fragile Kraft, eine Ursache des Verfalls von Sicherheit und Reichtum des städtischen Lebens.⁵³ Im 20. Jahrhundert hat der Soziologe Robert Putnam mit Besorgnis auf den Untergang jenes Gemeinnsinns hingewiesen, den Tocqueville im 19. Jahrhundert noch als Stärke des Amerikas gewürdigt hatte.⁵⁴

Die Stärke der zivilen Solidarität bestimmt die Fähigkeit der Gesellschaft zu einer zivilisatorischen Entwicklung und folglich auch die Fähigkeit, sich der Überwältigung und "okkulten" Vereinnahmung (in den Worten von Kinhide Mushakoji) durch eine andere Zivilisation zu widersetzen. Ein besseres Verständnis der Faktoren, die die zivile Solidarität unterstützen, bildet somit ein zentrales Element für das Verständnis der zivilisatorischen Dynamiken.

⁵¹ So z.B. Edward Gibbons, *The History of the Decline and Fall of the Roman Empire*, erstmals publiziert von 1776 bis 1788 in England; und die Arbeit des schweizer Historikers Jacob Burckhardt, *The Age of Constantine the Great*, erstmals 1852 publiziert.

⁵² Machiavelli, *The Prince and The Discourses*; vgl. auch Federigo Chabod, *Machiavelli and the Renaissance*, London: Bowes & Bowes, 1958 und J.G.A. Pocock, Princeton University Press, 1975.

⁵³ Ibn Khaldun, *The Muqaddima*, a.a.O.; und Robert W. Cox, "Towards a post-hegemonic conceptualization of world order: reflections on the relevancy of Ibn Khaldun" in James N. Rosenau und E.-O. Czempiel, Hrsg., *Governance Without Government: Order and Change in World Politics*, Cambridge University Press, 1992.

⁵⁴ Robert D. Putnam, "Bowling alone: America's declining social capital" *Journal of Democracy*, Jg. 6, Nr. 1, Januar 1995.

Die Biosphäre

Die grundlegende Voraussetzung jeder Form von Zivilisation ist es, die materiellen Bedingungen, die für das menschliche Leben von Vorteil sind, aufrechtzuerhalten. Zum Ende dieses Jahrtausends ist das Bewußtsein von der Fragilität der Biosphäre – der letzten materiellen Notwendigkeit – deutlicher als jemals zuvor in der Geschichte. Hierdurch ergibt sich die Herausforderung, Praktiken und intersubjektive Bedeutungen zu entwickeln, die dazu anleiten, die Biosphäre zu erhalten.

Während die Globalisierung der gleichförmigen räumlichen Orientierung der globalen Finanzwelt zuträglich ist, umschließt die Aufrechterhaltung der Biosphäre ein Zeitverständnis, eine Form des Denkens und Handelns, das die Konsequenzen der ökonomischen Praktiken in bezug auf ihre ökologischen Effekte antizipiert. Während die Globalisierung den absolutistischen Prinzipien der Ökonomie folgt, verlangt die Aufrechterhaltung der Biosphäre eine Geisteshaltung, die sich der Interdependenz aller Lebensformen bewußt ist. Dieses Verständnis einer globalen biologischen Interdependenz schließt von vornherein jede Form des Umweltschutzes aus, die die Probleme einfach von einem Ort zum anderen, aus den dominanten zu den untergeordneten Ökonomien verlagert, indem die wohlhabenden Gebiete gesäubert und die weniger mächtigen Regionen verpestet werden.

Auch innerhalb der gesellschaftlichen Organisation der Produktion wird die Sorge um die Biosphäre zu einer wichtigen Angelegenheit. Wenn die Unternehmensinteressen die Wettbewerbsfähigkeit zum obersten Kriterium machen, werden dem die ökologischen Konsequenzen der Produktion wie auch die Fragen von Beschäftigung und menschlichem Wohlstand untergeordnet. Die Biosphäre wirklich ernst zu nehmen, bedeutet jedoch, die herkömmliche Wirtschaftswissenschaft in ein Paradigma zu transformieren, das der Natur und der Gesellschaft gegenüber der Wettbewerbsfähigkeit Priorität einräumt – oder um mit Polanyi zu sprechen, das die Ökonomie wieder in die Gesellschaft und die Natur einbettet. Die unterschiedlichen zivilisatorischen Entwicklungspfade sind möglicherweise dazu in der Lage, dies auf verschiedenen Wegen zu bewerkstelligen.

Globales Regieren

Wird die Weltordnung als Koexistenz von Zivilisationen gedacht, so stellt sich auch das Problem des globalen Regierens auf eine neue Art und Weise. Ein Aspekt der aktuellen Entwicklung zeigt sich in der Transformation des zwischenstaatlichen Systems.⁵⁵ Es entsteht eine Mehrebenen-Struktur des Regierens: die Institutionen des globalen Marktes beschränken die Rechte des Staates zu intervenieren; die politi-

⁵⁵ Vgl. z.B. Yoshikazu Sakamoto (Hrsg.), *Global Transformation. Challenges to the State System*, Tokyo: United Nations University Press, 1994; und Hedley Bull, *The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics*, New York: Columbia University Press, 1977.

sche Autorität ist fragmentiert zwischen regionalen, nationalen und sub-nationalen Einheiten; das Prinzip der "Subsidiarität" (wie es in der EU hochgehalten wird) wird immer häufiger angewandt, wodurch in spezifischen Bereichen die Kompetenzen nach unten an die effektivere Handlungsebene weitergegeben werden; schwache Staaten werden hierdurch ins Chaos gestürzt; und eine widerwillige Supermacht handelt oder hält sich zurück, je nachdem, ob sie sich durch den Druck einer partiell zielgerichteten nationalen öffentlichen Meinung zum Handeln motiviert oder abgehalten sieht.

Unter diesen Bedingungen ist die wahrscheinlichste Form des globalen Regierens ein schwaches Zentrum innerhalb eines fragmentierten Systems. Ein solches Muster ist nicht ohne Beispiel. Es existierte bereits in Phasen des Chinesischen und auch des Japanischen Reiches sowie im europäischen Mittelalter mit dem Doppelzentrum von Reich und Papsttum. In der gegenwärtigen Welt scheinen die USA als ein derartiges Zentrum zu operieren, das sich gleichwohl einer eindeutigen und grundsätzlichen Gefolgschaft seitens der übrigen Welt nicht sicher sein kann. Diese Form des Regierens bestätigt die ökonomische Globalisierung und das Konzept einer einzigen Zivilisation, von der die anderen Zivilisationen letztlich absorbiert werden.

Die Alternative besteht in einem noch schwächeren Zentrum - zum Beispiel eine neu konstruierte UNO. Diese könnte, befreit vom Unilateralismus der USA, ihren Zweck darin sehen, nach einer gemeinsamen Grundlage zwischen den koexistierenden Zivilisationen zu suchen und jene materiellen Bedingungen zu definieren und zu fördern, die für die Entwicklung einer jeden Form von Zivilisation erforderlich sind. Die minimalen Zielsetzungen eines solchen Zentrums des globalen Regierens können folgendermaßen aussehen: (1) die Aufrechterhaltung der Biosphäre, (2) die Vermeidung von größeren Gewalttätigkeiten und (3) die wechselseitige Anerkennung der Unterschiede zwischen den Zivilisationen. Auf der Grundlage dieses Minimums können die Zielsetzungen dahingehend ausgeweitet werden, alternative Formen der sozialen und ökonomischen Organisation zu ermöglichen, die mit dem minimalen Verständnis der Menschenrechte und sozialen Wohlfahrt übereinstimmen. Die so konzipierten "Vereinten Nationen" würden innerhalb des oben skizzierten erkenntnistheoretischen Rahmens operieren, also die Vielfalt der "Realitäten" und "Wahrheiten" anerkennen und nicht deren Konvergenz, sondern deren Versöhnung anstreben.

Übersetzung von Gabriele Dunkel

- Nr. 1:** Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, (*September 1992*) UKB 20 DM (*vergriffen*)
- Nr. 2:** Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe, (*September 1993*) UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 3:** Eva Lavon, Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften?, (*Juni 1994*) UKB 20 DM (*vergriffen*)
- Nr. 4:** Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, (*August 1994*) UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 5:** Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven. Mit Beiträgen von Bob Jessop, Ingeborg Tömmel, Bernd Röttger, Anja Bultemeier/Frank Deppe, Thorsten Schulten, Nikos Kotzias und Hans-Jürgen Bieling, (*April 1995*) UKB 12,50 EURO
- Nr. 6:** Robin Jacobitz, Der Niedergang institutionalisierter Kooperation. Die Auswirkungen von Machtveränderungen zwischen den USA, Japan und Deutschland 1945 bis 1990 auf das GATT- und das IWF-Regime, (*Juli 1995*) UKB 15 EURO
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich, (*November 1995*) UKB 40 DM (*vergriffen*)
- Nr. 8:** Stefan Tidow, Das "Modell Österreich". Korporatistische Regulierung im Umbruch, (*November 1996*) UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 9:** Kai Michelsen, Die gescheiterte Transformation des "schwedischen Modells", (*Februar 1997*) UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 10:** Labour Markets and Employment Policy in the European Union. Contributions by Alain Lipietz, Martin Seeleib-Kaiser, Hans-Wolfgang Platzer, Gerda Falkner, Andreas Aust/Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber/Stefan Tidow, Michael Barrat Brown, Frieder Otto Wolf, Joachim Denking, Europäischer Metallgewerkschaftsbund and Nikos Kotzias, (*März 1997*) UKB 15 EURO
- Nr. 11:** Robert W. Cox, Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“, mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe und Stefan Tidow, (*Dezember 1998*), UKB 12,50 EURO
- Nr. 12:** Jochen Steinhilber, Die französische Europadebatte der achtziger und neunziger Jahre – Zwischen nationalstaatlicher Konsolidierung und Europäischer Integration, (*Dezember 1998*), UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 13:** Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber (Eds.), Dimensions of a Critical Theory of European Integration. Contributions by Frank Deppe, Stephen Gill, Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber, Henk Overbeek, Bastiaan van Appeldoorn, Magnus Ryner and Dieter Plehwe, (*März 2000*) 184 Seiten, UKB 12,50 EURO
- Nr. 14:** Ho-Geun Lee, Die Europäische Sozialpolitik im System der Mehrebenenregulation. Vom nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum „europäischen schumpeterianischen Leistungsregime“, (*Juni 2000*), UKB 20 EURO.
- Nr. 15:** Frank Deppe/Stefan Tidow (Hg.), Europäische Beschäftigungspolitik. Mit Beiträgen von: Martin Beckmann, Alvaro Berriel Díaz, Frank Deppe, Patrick Dold, Michael Felder, Gabriele Gilbert, Sven Gronau, Christina Jung, Jochen Steinhilber und Stefan Tidow (*Oktober 2000*), UKB 12,50 EURO
- Nr.16:** Martin Beckmann/Hans-Jürgen Bieling (Hg.), Finanzmarktintegration und die Transformation der Corporate Governance Systeme in der Europäischen Union. Mit Beiträgen von: Martin Beckmann; Hans-Jürgen Bieling; Alexander Heftrich; Daniel Lambach; Emanuel Maess und Klaus Pokorny (*Mai 2002*), UKB 12 EURO
- NR. 17:** Martin Beckmann, Shareholder-Ökonomie und die Reform der Alterssicherungssysteme in der Europäischen Union (*September 2002*), UKB 12 EURO

Nr. 18: Martin Beckmann; Hans-Jürgen Bieling; Frank Deppe (Hg.), The Emergence of a new Euro Capitalism? Implications for Analysis and Politics. Mit Beiträgen von: Hans-Jürgen Bieling; Dorothee Bohle; Frank Deppe; Sam Gindin/Leo Panitch; John Grahl; Christoph Scherrer (*April 2003*), UKB 12 EURO

Nr. 19: Woontaek Lim, Zur Transformation der industriellen Beziehungen in den europäischen Wohlfahrtsstaaten: von der sozialgerechten Produktivitätspolitik zur wettbewerbsorientierten Ungleichheit (*September 2003*), UKB 17 EURO

Nr. 20: Euroimperialismus? Mit Beiträgen von Otto Holman, Hans-Jürgen Bieling, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Ingo Malcher, Paul Schäfer, Ingo Schmidt und Melanie Wehrheim (*Januar 2005*), UKB 14 EURO

Nr. 21: Hans Jürgen Urban, Wettbewerbskorporatismus und soziale Politik – Zur Transformation wohlfahrtsstaatlicher Politikfelder am Beispiel der Gesundheitspolitik (*März 2005*), UKB 18 EURO

FEG Arbeitspapiere

Nr. 1: Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen, (*Februar 1990*) UKB 10 DM (*vergriffen*)

Nr. 2: Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration, (*Mai 1990*) UKB 6 DM (*vergriffen*)

Nr. 3: Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten, (*Januar 1991*) UKB 7 DM (*vergriffen*)

Nr. 4: Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, (*März 1991*) UKB 10 DM (*vergriffen*)

Nr. 5: Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, (*August 1991*) UKB 3,50 EURO

Nr. 6: Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, (*März 1992*) UKB 12 DM (*vergriffen*)

Nr. 7: Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen, (*Januar 1993*) UKB 7,50 EURO

Nr. 8: Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI, (*Januar 1993*) UKB 6,50 EURO

Nr. 9: Frank Deppe/Klaus Peter Weiner, The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe, (*Marburg/Lahn 1992*)

Nr. 10: Frank Deppe/Michael Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), (*September 1993*) UKB 7,50 EURO

Nr. 11: Ho Geun Lee, Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG, (*Januar 1994*) UKB 13 DM (*vergriffen*)

Nr. 12: Gudrun Hentges/Karen Schönwälder (Hrsg.), Zukunftsprojekt Europa: Die abgeschottete Union?, (*Januar 1994*) UKB 15 DM (*vergriffen*)

Nr. 13: Dorothee Bohle, Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht, (*September 1994*) UKB 10 DM (*vergriffen*)

Nr. 14: Thorsten Schulten, "European Works Councils" - New Forms of European Labour Relations Regulation?, (*März 1996*) UKB 10 DM

- Nr. 15:** Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe, Bernd Röttger, Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration - Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen, (*April 1996*) UKB 7,50 EURO
- Nr. 16:** Dieter Boris, Kristine Hirschhorn, North Atlantic Free Trade Association (NAFTA) - Consequences of Neoliberal Market Strategies for Mexico and Canada, (*August 1996*), UKB 5 EURO
- Nr. 17:** Hajo Holst, Das EU-Referendum in Norwegen 1994 – Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, Sozialdemokratie und neoliberale Hegemonie, (*September 1998*), UKB 4 EURO
- Nr. 18:** Stefan Tidow, Europäische Beschäftigungspolitik. Die Entstehung eines neuen Politikfeldes: Ursachen, Hintergründe und Verlauf des politischen Prozesses (*Oktober 1998*), UKB 7,50 EURO
- Nr. 19:** Otto Holman, Neoliberale Restrukturierung, transnationale Wirtschaftsbeziehungen und die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa, (*Dezember 1999*), UKB 6,50 EURO
- Nr. 20:** Hans-Jürgen Bieling, Sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der neoliberalen Konstellation, (*April 2000*), UKB 6,50 EURO
- Nr. 21:** Werner Raza, Entstaatlichung lokaler öffentlicher Dienstleistungserbringung in der Europäischen Union, (*November 2001*), UKB 6,50 EURO
- Nr. 22:** Clyde W. Barrow, God, Money, and the State. The Spirits of American Empire, (*Januar 2004*), UKB 6,50 EURO
- Nr. 23:** Stefan Schmalz, Die Verhandlungen zur panamerikanischen Freihandelszone ALCA. Hegemonieverfall neoliberaler Politikkonzeptionen in Lateinamerika?, (*Juni 2004*), UKB 7 EURO
- Nr. 24:** Vahram Soghomonyan, Europäische Integration und die regionale Konfiguration des Südkaukasus, (*November 2004/Januar 2005*), UKB 7 EURO
- Nr.25:** Stefan Heidbrink, US-Hegemonie und europäische Integration. Die militärpolitische Konfiguration Europas im transatlantischen Spannungsfeld, (*Januar 2005*), UKB 7 EURO
- Nr.26:** Steffi Meyer, Von Lomé nach Cotonou. Die Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und afrikanischen Staaten, (*Juli 2005*), 6,50UKB EURO

FEI: Leiter: Prof. Dr. F. Deppe, HD. Dr. H.-J. Bieling

Redaktion Arbeitspapiere und Studien: Bea Müller, David Salomon, Stefan Schmalz, Conny Weißbach

Bestellungen an FEI,

Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg,

Wilhelm-Röpke-Straße 6, Block G, 35032 Marburg, Tel.: 06421/2825685

E-Mail: feg@mail.uni-marburg.de